



Niederschrift

18. Plenarsitzung des Gemeinderates
15./16. Dezember 2020, 9 Uhr
öffentlich
Kongresszentrum, Gartenhalle
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

Punkt 1 der Tagesordnung: Einzelberatung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 einschließlich der Behandlung der Anträge und Anfragen des Gemeinderates sowie der Einwendungen von Einwohnerinnen und Einwohnern und Abgabepflichtigen zum Haushaltsentwurf

Punkt 2 der Tagesordnung: Inklusion in Kindertageseinrichtungen
Vorlage: 2020/0325

Punkt 3 der Tagesordnung: Investive Sportförderung: Umwandlung eines Rasenplatzes zum Kunstrasenplatz bei der SpVgg Durlach-Aue
Vorlage: 2020/1303

Punkt 4 der Tagesordnung: Investive Sportförderung: Sporthalle SSC Karlsruhe
Vorlage: 2020/1317

Punkt 5 der Tagesordnung: Haushalt 2021: Etatisierung und Aufstockung der vom Migrationsbeirat empfohlenen Projekte und Maßnahmen
Vorlage: 2020/1318

Punkt 6 der Tagesordnung: Rheinstrandbad Rappenwört: Instandsetzung Restaurantgebäude
Vorlage: 2020/1427

Beschluss:

Tagesordnungspunkt 2:

Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss der inhaltlichen Weiterentwicklung der Inklusion in Kindertageseinrichtungen zu und nimmt die finanziellen Mehraufwendungen zur Kenntnis.

Die zusätzlichen Maßnahmen stehen unter Finanzierungsvorbehalt, die abschließende Etatisierung im Doppelhaushalt 2021/2022 ist im Rahmen der Haushaltsberatungen zu beschließen.

Tagesordnungspunkt 3:

Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Sportausschuss einer regulären Sportförderung in Höhe von 504.966 EUR und einer Sonderförderung in Höhe von 216.952 EUR für die Umwandlung eines Fußballrasenplatzes in einen Kunstrasenplatz bei der SpVgg Durlach-Aue im Jahr 2021 zu.

Die Realisierung ist abhängig von der Finanzlage der Stadt. Eine Entscheidung erfolgt im Rahmen der Haushaltsberatung 2021.

Tagesordnungspunkt 4:

Der Gemeinderat bewilligt – nach Vorberatung im Sportausschuss – für das Gesamtprojekt (Neubau der Sporthalle und Errichtung der Freianlagen) einen Regelzuschuss im Sinne der Sportförderungsrichtlinien in Höhe 3.578.686 EUR und einen Sonderzuschuss in Höhe von 15.737.884 EUR. Das ist insgesamt ein Betrag in Höhe von 19.316.570 EUR. Davon wurden bereits 660.000 EUR als Planungsmittel zur Verfügung gestellt, so dass ein Betrag in Höhe von 18.656.570 EUR verbleibt.

Die Realisierung ist abhängig von der Finanzlage der Stadt. Eine Entscheidung erfolgt im Rahmen der Haushaltsberatung 2021.

Tagesordnungspunkt 5:

Der Gemeinderat beschließt

- die Projekte mit den entsprechenden Beträgen (Anlage, Liste A) in den Haushaltsplan aufzunehmen,
- die Aufstockung von Maßnahmen um die entsprechenden Beträge (Anlage, Liste B und C).

Tagesordnungspunkt 6:

Der Gemeinderat beschließt und genehmigt die Mittel zur Instandsetzung des Restaurantgebäudes im Rheinstrandbad Rappenwört und stellt diese in den Haushalt 2021 ff ein.

Abstimmungsergebnis:

Tagesordnungspunkt 2:	Bei 30 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt
Tagesordnungspunkt 3:	Bei 27 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zugestimmt
Tagesordnungspunkt 4:	einstimmig zugestimmt, geänderter Beschlusstext
Tagesordnungspunkt 5:	Liste A bei 27 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt
	Liste B, OZ 7 bei 20 Ja-Stimmen und 25 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt
	Liste B, OZ 8 bei 23 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen abgelehnt
	Liste B, OZ 9 und 10 bei 27 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt
	Liste B, OZ 11 bei 19 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt
	Liste B, OZ 12 bei 19 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt
	Liste C erledigt, eine Abstimmung.

Tagesordnungspunkt 6: einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf:

Zum technischen Ablauf darf ich noch einmal darauf hinweisen, Sie können beim Mikro einen Kopfhörer einstecken, müssen das kleine Rädchen bedienen. Dann haben Sie einen etwas hallfreieren Zugang zu allem, was gesagt wird. Ich möchte auch auf die entsprechenden Corona-Rahmenbedingungen hinweisen. Wir haben Ihnen noch jeweils zwei FFP2-Masken auf den Tisch gelegt.

Ich darf zunächst Frau Bürgermeisterin Lisbach entschuldigen, die in einer wichtigen Abstimmung zu den Impfzentren ist. Aus diesem Grund wird der Teilhaushalt, der das Umweltamt betrifft, auch erst nach der Mittagspause aufgerufen. Sofern wir heute Vormittag ansonsten schon dazu kommen würden, würde ich es verschieben auf direkt nach der Mittagspause. Nur, damit Sie sich nicht wundern.

Ich darf mich vor Eintritt in die Beratung noch einmal ganz herzlich für die Vorbereitung bedanken. Sie haben alle die dicken Aktenordner. Sie wissen alle, wieviel Arbeit in der Verwaltung dahintersteckt. Ich darf mich aber auch bei Ihnen allen bedanken, weil ich schon am Rande mitbekommen habe, wieviel Zeit Sie wiederum auf Klausursitzungen und in verschiedenen anderen Konstellationen in der Vorbereitung dieser Haushaltsberatungen aufgebracht haben. Auch dafür ein ganz herzliches Dankeschön an Sie. Die Haushaltsberatungen sind immer ein bisschen wie die Königsdisziplin. Gleichzeitig stehen sie doch in diesem Jahr unter einem ganz besonderen Stern.

Ich hatte es in meiner Haushaltsrede schon erörtert. Wir haben es in diesem Jahr mit den Folgen der Corona-Krise zu tun und beraten deshalb nur über einen Einjahreshaushalt. Es wird ein Haushalt des Umbruchs und des Aufbruchs sein, der vor allem mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung deutlich macht, dass es notwendig sein wird, unsere politischen Zielsetzungen zu schärfen und das richtige Augenmaß für die wirklich wichtigen zukunftsrelevanten Themen zu entwickeln. Die Verwaltung hat in zwei Veränderungslisten die wesentlichen und unabdingbaren Anpassungen gegenüber dem Haushaltsentwurf vom September zusammengestellt. Insbesondere ist die Novembersteuerschätzung nunmehr enthalten. Hierdurch haben sich das Gesamtergebnis und der Gesamtfinanzhaushalt noch einmal deutlich verschlechtert. Hinter mir sehen Sie jetzt noch einmal die aktuellen Eckwerte. Das Gesamtergebnis hat sich von Minus 88,2 Mio. Euro auf nunmehr Minus 101,6 Mio. Euro verschlechtert. Das liegt an der Umsetzung der Ergebnisse aus der Novembersteuerschätzung, und hier insbesondere an unseren Gemeindeanteilen an der Einkommenssteuer und Umsatzsteuer, während die Erträge aus dem kommunalen Finanzausgleich fast punktgenau geplant waren. Mehr Sorge bereitet uns der Zahlungsmittelbedarf, der sich von Minus 36,8 Mio. Euro auf nunmehr Minus 115,6 Mio. Euro deutlich verschlechtert hat. Das hat seine Ursache in den Defiziten unserer Beteiligungsunternehmen aus dem aktuellen Wirtschaftsjahr 2020. Die in 2020 zu bildenden Rückstellungen werden in 2021 ergebnissummenneutral aufgelöst. Das ergibt sich aus der 2. Veränderungsliste. Die konkreten Auszahlungsbeträge lösen in 2021 dann Liquiditätsbedarf aus. Dem können wir nur begegnen, indem wir zum Ende des Wirtschaftsjahres 2020 die Liquidität hierfür vorhalten.

Hinsichtlich der Investitionen haben wir in der 1. Und 2. Veränderungsliste geringfügige Anpassungen vorgenommen. Hier bleibt insgesamt abzuwarten, inwieweit wir dieses ambitionierte Programm überhaupt abarbeiten können. Die Neuverschuldung verbleibt bei 240 Mio. Euro, was zum voraussichtlichen Stand zum 31.12.2020 von rund 270 Mio. Euro eine Verdoppelung darstellt. Dass das dann nicht immer so weiter gehen kann, versteht sich von selbst.

Sie haben nunmehr die aktuellen Zahlen nochmals schwarz auf weiß erläutert bekommen. Es ist daher mehr als schwierig, noch einen finanziellen Spielraum für das eine oder andere Thema, das auf unserer Tagesordnung in den beiden Tagen steht, zu finden. Themen haben Sie trotz der gegebenen Situation in einem großen Ausmaß gefunden. 264 Einzelanträge zu nahezu 230 Aufgabenbereichen wurden gestellt. Die Verwaltung war durchaus überrascht und beschäftigt. Durch die Vielzahl der Anträge hatte das dann den Anschein, dass unsere Appelle über die wirtschaftliche Lage vielleicht nicht so gefruchtet haben. Deswegen darf ich noch einmal an Sie ausdrücklich appellieren, dass wir die dauernde Fähigkeit zur Erfüllung unserer Aufgaben nicht aus dem Auge verlieren sollten, dass wir für jede zusätzliche Aufgabe auch einen realistischen Vorschlag bräuchten, wie diese Aufgabe finanziert werden soll. Es darf hier auch nicht zu einer Einbahnstraße kommen. Der Gemeinderat sattelt immer drauf, und wir müssen schauen, wie wir das dann in der Finanzierung umsetzen. Das ist ein Appell, den ich noch einmal ausdrücklich an Sie richten möchte. Auch wir hätten uns als Verwaltung an vielen Stellen gerne noch mehr gewünscht.

Unabhängig vom Ausgang dieser Beratungen werden wir dann sofort nach dem Beginn des neuen Jahres in die Gedanken zur Konsolidierung des Haushalts eintreten und sicher manches, was wir in den Beratungen heute beschließen, in den nächsten Jahren kritisch hinterfragen. Je höher Sie jetzt den Haushalt treiben, umso intensiver müssen wir im nächsten Jahr wieder reduzieren. Das ergibt sich einfach automatisch aus der Logik. Das heißt, Sie tun sich heute vielleicht manchen Gefallen, aber der wird Ihnen wieder auf die Füße fallen, wenn wir nächstes Jahr darüber reden, wie wir das Ganze wieder zurücknehmen möchten.

Jetzt muss ich den üblichen Spruch machen. Normalerweise sollte der Gemeinderat keine Stellen schaffen, sondern uns nur die Aufgaben beschreiben, die wir zu erledigen haben, und es ist dann unsere Aufgabe, wie wir das mit den bestehenden oder zusätzlichen Stellen abarbeiten. Da ich aber weiß, dass dieser Appell an der einen oder anderen Stelle vielleicht verpuffen wird, möchte Ihnen vorschlagen, dass wir, falls Sie über neue Stellen abstimmen, diese mit einem Sperrvermerk versehen und mit Ihnen dann noch einmal in einer weiteren Diskussion versuchen zu erläutern, ob wir die Aufgabenerfüllung, die hinter dieser zu schaffenden Stelle ist, vielleicht auch ohne die zu schaffende Stelle hinbekommen, oder dann noch einmal trennscharf für einen entsprechenden Stellenplan mit Ihnen ins Gespräch gehen. Denn eine Stelle, die Sie hier anregen, muss erst einmal definiert werden. Wir müssen schauen, wo passt die hin. Wie muss die erläutert sein. Das würden wir dann gerne mit Ihnen - mit einem Sperrvermerk versehen - in einige Wochen oder Monaten nachholen.

Ich würde auch, wenn wir jetzt durch den Haushalt durchgehen, jeweils auf die Veränderungen hinweisen, die sich aus der Veränderungsliste ergeben. Das heißt, Sie müssen jetzt nicht die Veränderungsliste schon so gut studiert haben, dass Sie automatisch immer wissen, wo sich etwas verändert, sondern ich weise jeweils darauf hin. Über die Veränderungen aus der Veränderungsliste müssen wir allerdings nicht einzeln abstimmen, sondern das ist unsere Veränderung am Haushaltsentwurf. Über die stimmen Sie dann am Ende insgesamt ab. Sollten sich aber aus

der Veränderungsliste Fragen ergeben, dann stellen Sie sie bitte gleich an der Stelle, wo wir sie aufrufen. Denn sonst wird es etwas unübersichtlich.

Was ich natürlich auch an den entsprechenden Stellen aufrufe, sind die Beschlüsse, die wir schon einmal gefasst haben, die aber unter Finanzierungsvorbehalt standen und deswegen an den entsprechenden Stellen aufgerufen werden. Das soweit zur Einleitung.

Dann steigen wir ein. Ich würde Ihnen jeweils die Seitenzahl aufrufen. Die einzelnen Anträge haben wir mit den jeweiligen Ordnungsziffern durchnummeriert. Ich gehe davon aus, dass Sie damit klarkommen und wissen, welcher Antrag jeweils gemeint ist.

Ich rufe damit die **Seite 10** des Haushaltsentwurfs auf.

Antrag 1 (Seite 10): Personalaufbau nur bei KOD, kommunalen Kitas und Horten. Kein weiterer Personalaufbau. Absicherung vorhandener städtischer Arbeitsplätze (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich glaube, die Akustik ist heute schlechter als bisher. Ich würde vorschlagen, dass man versucht, so wie bei unseren Aufsichtsratssitzungen, auf der anderen Seite einen Vorhang zu installieren, der den Schall schluckt, bevor er von dieser eingezogenen Zwischenwand reflektiert wird. Das ist heute unser Problem. – So viel zum Technischen. Wie verabredet, stehe ich nicht auf, damit man mich besser versteht. Ich gebe mir Mühe, langsam zu sprechen, obwohl unsere Zeit sehr begrenzt ist.

Ich möchte mit diesem Antrag an meine Haushaltsrede erinnern. Wir als Fraktion der Alternative für Deutschland haben mit unseren Änderungsanträgen insgesamt eine Einsparmöglichkeit von über 25 Mio. Euro gefunden. Das heißt, wenn alle unsere Anträge angenommen werden, die, in denen gestrichen wird und die, in denen erhöht wird, wird insgesamt der Haushalt um etwas mehr als 25 Mio. Euro entlastet. Wir wollen an vielen Stellen sparen. Wir möchten, dass wegfallende Stellen bei der Stadt überprüft werden, ob sie in Zukunft noch erforderlich sind. Es ist dringend nötig, dass umorganisiert wird, weil sich die Art und Weise, wie die Verwaltung arbeitet, durch die EDV-Revolution verändert. Vor diesem Hintergrund möchten wir nicht, dass weitere Stellen aufgebaut werden. Im Mai haben wir der Schaffung weiterer 100 Stellen im Gegenwert von mehr als 9 Mio. Euro pro Jahr widersprochen. Als einzige, leider. Die Zahlen, die eben vom Herrn Oberbürgermeister aufgelegt wurden, zeigen, wir schlittern in eine echte Haushaltskrise. Wir müssen sparen.

Dieser Antrag geht darum, zu sparen und keine weiteren Stellen zu schaffen, mit zwei Ausnahmen. Mit der Ausnahme Kommunalen Ordnungsdienst. Da wollen wir 10 weitere Stellen haben, weil wir diese für unabdingbar halten, in einer Situation, in der wir in Baden-Württemberg sowohl auf Fläche als auch auf Einwohnerzahl bezogen im Bundesvergleich mit den anderen Bundesländern die wenigsten Polizisten haben. Gerade in der jetzigen Corona-Situation merken wir, dass es uns an allen Ecken und Enden an Ordnungskräften fehlt. Deswegen ist es unbedingt nötig, dass die Stadt an der Stelle die Initiative ergreift und den Kommunalen Ordnungsdienst um weitere 10 Personen aufstockt. Weil es einfach den Bürgern zugutekommt, damit sie sich in der Stadt wieder sicher fühlen und auch, damit in so einer Krise, wie wir sie jetzt gerade haben, gewährleistet ist, dass zum Wohle aller die Regeln von allen eingehalten werden. Gerade jetzt merken wir, dass wir mehr Kommunalen Ordnungsdienst dringend bräuchten.

Die andere Ausnahme ist die Kinderbetreuung. Eine gute Kinderbetreuung ist wichtig für die Gleichberechtigung von Mann und Frau. An der Stelle darf ebenfalls nur eingeschränkt gespart werden. Deswegen sind wir auch in dem Bereich bereit, weitere Stellen aufzubauen. In allen anderen Bereichen wollen wir keine zusätzlichen Stellen haben. Wir wollen, dass alle Stellen, die wegfallen, überprüft werden, damit die Verwaltung in Zukunft noch effizienter arbeitet, und damit für uns Bürger an der Stelle Geld gespart werden kann.

Die weiteren Ausführungen hatte ich bereits in meiner Haushaltsrede gemacht. Damit wäre ich am Ende der Begründung dieses Antrags und bitte um Zustimmung. Ich möchte noch sagen, dass wir aufgrund der Kürze der Zeit nicht zu allen unseren Anträgen sprechen werden. Es wird Anträge von uns geben, die einfach so abgestimmt werden.

Stadtrat Müller (CDU): Vor dem Hintergrund der finanziellen Lage auf den einjährigen Haushalt, den wir heute zu beschließen haben, sieht die CDU-Fraktion von weiteren Stellenzuwachsen ab. Das umschließt auch den Antrag der AfD im Hinblick auf den KOD, die Kitas und die Horte, weil wir der Meinung sind, dass ein weiterer Stellenzuwachs insbesondere über den Haushalt 2021 hinaus auf der Grundlage der finanziellen Situation nicht tragfähig ist. Viel mehr kommt noch dazu, dass der Antrag als solches aus unserer Sicht sach- und fachungerecht ist. Der Personalzuwachs gerade beim KOD der letzten Jahre, im letzten Haushalt, war ausreichend belegt, so dass es keine weiteren Stellen braucht.

Mir kommt es so, lieber Herr Kollege Dr. Schmidt, als sei dieser Antrag allein darauf abgemünzt, einen persönlichen Geschmack zu befriedigen, dem wir nicht folgen werden.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Herr Oberbürgermeister, wir werden Ihrem Appell folgen. Ich will ein paar grundsätzliche Worte zu unserem Abstimmungsverhalten generell sagen. Das Wörtchen Nein muss man in der Kindererziehung früh lernen, dass man Nein sagt. Da muss auch der Gemeinderat lernen, Nein zu sagen.

Ich habe im neuen kommunalen Haushaltsrecht nachgelesen. Da steht, dass das ordentliche Ergebnis die entscheidende Kenngröße eines Haushalts ist. Diese ist bei Minus 100 Mio. Euro. Das muss man sich einmal vorstellen. Alles, was wir jetzt draufpacken, macht das Ergebnis nur noch deutlich schlechter. Von daher werden wir uns im Nein-Sagen üben.

Wir werden dem Antrag der AfD entsagen. Erstens bekommen wir keine kommunalen Ordnungskräfte dazu. Und zweitens: Personal muss man immer sehr genau anschauen. Wo muss man aufbauen? Wo muss man kürzen? Da gibt es keine generelle Beschlussfassung. Also, unser Nein steht hier an dieser Stelle.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Auf diesen Antrag möchte ich im Detail nicht eingehen. Meine Fraktion wird ihm nicht zustimmen.

Aber ich möchte zwei, drei Sätze zu Ihren Einführungssätzen sagen. Wenn wir dem folgen, was Sie von uns erwarten, dann sollten wir jetzt aufstehen und nach Hause gehen oder mit einem Beschluss Ihrer Vorlage zustimmen. Denn dann müssen wir hier keine zwei Tage sitzen. Das verstehe ich überhaupt nicht. Ich verstehe, dass Sie aus Ihrer Sicht appellieren. Aber dass nach außen hin der Eindruck entsteht, der Gemeinderat gibt Geld aus, aber die Verwaltung gibt kein Geld aus, das stimmt so nicht. Sie hätten mindestens im Vorfeld auf die Fraktionen zugehen

können bei der Aufstellung und sagen: Was ist euch wichtig? Dann hätten vielleicht viele Anträge von uns nicht gestellt werden müssen. Aber uns sozusagen jetzt das Böse-Buben-Image anzuhängen, für meine Fraktion weise ich das zurück. Wir werden unserer Aufgabe, die wir hier haben als Gemeinderat, und auch das Königsrecht, wahrnehmen. Ich möchte es noch einmal erwähnen, es gilt mittlerweile fast schon als Schimpfwort.

Herr Kollege Kalmbach, Nein sagen, sagen Sie zu irgendetwas Nein, das die Verwaltung vorlegt? Das tun Sie nicht. Sie sagen nur Nein zu Anträgen von Ihren Kolleginnen und Kollegen. Dann hätte ich mir gewünscht, sagen Sie auch einmal Nein zu Dingen, wie die Verwaltung hier den Haushalt aufgestellt hat.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich denke wie Herr Cramer. Wir sollten Danke sagen für Ihren Appell. Ich hoffe, dass es ein ernst gemeinter Appell war, nämlich dass die zusätzlichen Aufgaben realistisch finanziert werden. Wir als FDP-Fraktion haben heute vier Prinzipien.

Das erste ist, dass 2021 wirklich ein ganz besonderes Jahr ist. Deshalb sagen wir, lasst uns beraten für 2022 und 2023. Dort können wir hoffentlich wieder diskutieren. Aber heute sagen wir nur ja, wo Corona existenzbedingte Drohungen verschiedener Institutionen gegenüber hat.

Dann haben wir das Prinzip, dass wir keine Revolution durch die Hintertür durchführen sollten. Es gibt Fraktionen hier, die eigentlich unsere Gesellschaft nahezu revolutionieren wollen. Das wollen wir nicht.

Dann haben wir auch den Eindruck, dass mehrere Anträge von einer Haltung kommen, dass Geld auf den Bäumen wächst. Wir wissen, dass Geld von fleißigen Mitarbeitern in Unternehmen erwirtschaftet wird. Das wollen wir deshalb respektieren.

Wir wollen heute mehr auf den Nein-Knopf drücken als auf den Ja-Knopf.

Der Vorsitzende: Ich möchte nur darauf hinweisen, dass Sie von der Verwaltung erwarten können, dass wir einen Haushalt aufstellen, der das alles ermöglicht, was Sie in den vergangenen Jahrzehnten beschlossen haben. Genau das tun wir heute. Darauf können Sie sich verlassen, dass das vernünftig funktionieren kann. Dass Sie, Herr Stadtrat Cramer, vom Königsrecht Gebrauch machen, wollte ich weder anzweifeln, noch Ihnen eine Rolle als böser Bube zuschieben. Wir müssen aber darauf hinweisen, dass die Situation dramatisch ist. Das ist das alte Spiel. Das kennen Sie aus vielen Jahrzehnten, dass wir unseren Haushaltsentwurf nicht verteidigen wollen, sondern wir wollen Ihnen ein Angebot machen. Sie haben aber natürlich das Recht zu sagen, man hätte auf uns zugehen können. Dann wären wir sogar mit Streichungen einverstanden gewesen. Das finde ich jetzt ein schönes Angebot. Sie können auch jetzt jederzeit Anträge einbringen und etwas streichen. Dann geht es uns insgesamt mit dem Haushalt auch bessern. Ansonsten würden wir Ihnen vorschlagen, diese Diskussion auf das Haushaltsjahr 2022 ff. zu verschieben, weil wir dann eine ganz andere Möglichkeit haben, auch mit möglichen Corona-Langzeitfolgen und allem, was dazu gehört, eine vernünftige Haushaltsplanung zu machen. Der Haushalt, wie er jetzt vorliegt, ist auch das Zugeständnis, dass eine wirklich gute strukturierte Haushaltsvorbereitung in diesem Jahr 2020 umständebedingt eigentlich nicht realistisch war. Deswegen können wir uns das für ein Jahr leisten, mit Ihnen so zu arbeiten. Ab dem nächsten Jahr muss das anders werden. Da werden wir uns noch gute Diskussionen miteinander liefern.

Jetzt kommen wir in die Abstimmung des Antrags mit der Ordnungsziffer 1. – Damit ist der Antrag **mehrheitlich abgelehnt**.

Anträge 2 und 2 a (Seite 10): Verstetigung des Projektes Perspektive Ausbildung – Förderung weiterer Ausbildungsjahrgänge (GRÜNE)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir Ihnen zugesagt hatten, dieses Projekt bis zum Jahr 2024 zu finanzieren. Ein Teil des Antrags bezieht sich aber auf eine Verstetigung über dieses Datum hinaus.

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Wir freuen uns sehr über die positive Haltung der Verwaltung zu unserem Antrag. Erleichtert sind wir, dass die notwendigen finanziellen Ressourcen bereits im Haushalt 2021 eingestellt sind, und darüber hinaus sogar die Mittel für weitere Einstellungsjahrgänge in der mittelfristigen Finanzplanung bis Ende 2024 berücksichtigt sind. Mit diesem wichtigen Schritt zeigt die Stadt, dass sie bereit ist, tatsächlich gesellschaftliche Verantwortung für die berufliche Integration von Geflüchteten zu übernehmen. Wir bedanken uns und sehen den Antrag damit als erledigt an.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Wenn der Antrag erledigt ist, ist alles in Ordnung.

Der Vorsitzende: Dann wird der Antrag als **erledigt** betrachtet.

Ich möchte auf der **Seite 10** noch darauf hinweisen, dass wir in der 1. Veränderungsliste beim Personal- und Versorgungsaufwand den aktuellen Tarifabschluss natürlich eingepflegt haben und sich dadurch die Zahle verändern.

Wir springen dann gleich weiter auf die **Seite 29**. Wenn auf den Seiten zwischendrin für Sie noch irgendetwas offen ist, dann sprechen Sie es bitte an. Ansonsten würde ich jetzt immer einfach so weitergehen.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die Personalkosten HSPKA, der Eigenfinanzierungsanteil SmartCities – dort wurden die Mittel reduziert, da wir den Bundeswettbewerb nicht erfolgreich abgeschlossen haben – und der Personalkostenersatz für den City-Manager bei SAM, drei Veränderungen sind, die wir über die 1. Veränderungsliste auf der Seite 29 vorgenommen haben.

Über die 2. Veränderungsliste ergeben sich für die Seite 29 Veränderungen bei den Fördergeldern Baden-Württemberg durch das Walter-Hallstein-Programm. Das ist ein Landesförderprogramm, für das wir einen positiven Bescheid bekommen haben. Das Land fördert die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Großräumen Karlsruhe und Straßburg, und wir haben dann die entsprechenden Aufwendungen dafür eingestellt sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite. Das ist in der 2. Veränderungsliste auf der Seite 29 eingepreist.

Damit hätten wir den Teilhaushalt 1000, der das Hauptamt betrifft, abgeschlossen. Weitere Anträge oder abzustimmende Geschichten gibt es dazu nicht.

Dann springe ich mit Ihnen auf die **Seite 38**, in den **Teilhaushalt Personal- und Organisation**. Dort haben wir über die 1. Veränderungsliste die Einführung des Moduls Fortbildungsmanagement zur Verwaltung der gesamtstädtischen Fortbildungen verändert.

Antrag 3 (Seite 38): Jobticket erweitern (GRÜNE, SPD)

Antrag 4 (Seite 38): Jobticket erweitern (DIE LINKE.)

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir hier entsprechende Mittel über die 1. Veränderungsliste eingestellt haben, und dass wir damit eigentlich die Anträge als **erledigt** betrachten könnten.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir finden, dass die Verwaltung nicht alle unsere Punkte erfüllt hat, sondern nur einen. Wir respektieren trotzdem die Kooperation zwischen Gesamtpersonalrat und Verwaltung und sehen deshalb auch unseren weitergehenden Antrag als erledigt an.

Der Vorsitzende: Dann habe ich damit schon darauf hingewiesen, dass über die 1. Veränderungsliste zusätzliche Mittel für das Jobticket eingestellt wurden.

Über die 2. Veränderungsliste und auch die 1. Veränderungsliste haben sich auf der **Seite 38** und auf der **Seite 43** Veränderungen in der Erstausrüstung des Ärztlichen Dienstes ergeben. Da war bisher ein zu geringer Betrag eingestellt worden.

Auf der **Seite 41** in der 1. Veränderungsliste haben wir die steigenden Produktkosten des weiteren Rollouts unserer E-Personalakte eingestellt.

Damit wären aus meiner Sicht alle Aspekte im Teilhaushalt 1100 Personal und Organisation besprochen. Wenn es von Ihrer Seite aus nichts mehr gibt, können wir damit weiterverfahren.

Ich springe auf die **Seite 49**, in den Teilhaushalt Stadtentwicklung, das ist der **Teilhaushalt 1200**.

Antrag 5 (Seite 49): Zuschuss Bürgerzentrum Mühlburg – Zwischenlösung (GRÜNE, SPD, DIE LINKE.)

Antrag 6 (Seite 49): Zuschuss Bürgerzentrum Mühlburg – Zwischenlösung (Bürgerverein Mühlburg e. V.)

Stadträtin Melchien (SPD): Ich darf für die Antragsteller diesen Antrag kurz begründen. Es ist richtig, dass der Gemeinderat am 22. Januar 2019 die Grundsätze für die Förderung von Bürgerzentren beschlossen hat. Zur Vollständigkeit gehört allerdings auch, dass wir im Mai dieses Jahres hier im Gemeinderat eine Evaluierung beschlossen haben, bei der wir insbesondere darauf hingewiesen haben, dass eine personelle Ausstattung notwendig sein wird, je nach Bürgerzentrum sicherlich unterschiedlich. Da kommt es dann auf die Rahmenbedingungen an. Deswegen haben wir dieses Vorgehen auch so miteinander vereinbart.

Heute ist es wichtig zu agieren und auf dringenden Bedarf zu reagieren. Daher haben wir diesen gemeinsamen Antrag gestellt, auf eine insgesamt moderate Erhöhung einer jährlichen Zuschussung von 7.000 Euro für den Betrieb des Bürgerzentrum Mühlburgs. Ich bitte Sie alle zu bedenken, wie viel Aktivität hier für wirklich wenig Mittelausgaben läuft. Hier sind regelmäßig 30 Gruppen aktiv und zwar von Kindern bis zu Senioren. Da läuft das gesellschaftliche Leben. Auf Dauer ist es mit den Ehrenamtlichen so nicht mehr leistbar, vor allem, weil das Bürgerzentrum auch einen dringenden Raumbedarf erfüllt, aber dieser durchaus arbeitsintensiv ist - Sie haben es gelesen in unserem Antrag, ich will es nicht wiederholen - mit großen Trennwänden, mit

einer unterschiedlichen Bestuhlung, die sehr viel personelle Arbeit mit sich bringt bei diesen vielen regelmäßigen Aktivitäten.

Wir wollen die Aktiven nicht allein lassen mit diesem brennenden Problem und abwarten. Ich muss noch korrigieren, dass diese Mittel tatsächlich jährlich eingestellt werden müssten, bis die Gesamtkonzeption der Bürgerzentren evaluiert und verändert ist, damit Mittel auch für Personal möglich sind. Das heißt, der Antrag des Bürgerzentrums wäre in dieser Höhe. Diesen jährlichen Einstellungen stimmen wir zu. Den Ehrenamtlichen sind wir sehr dankbar für ihre Unterstützung und ihren Einsatz. Dies wollen wir weiter fördern.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Das ist jetzt ein typischer Antrag. Da kann man fast nicht Nein sagen. Trotzdem muss die CDU das aus grundsätzlichen Erwägungen im Moment zurückstellen. Es wird uns niemand bestreiten wollen, dass die CDU wirklich ein Freund dieser Bürgerzentren und der Bürgervereine ist und macht, was zu machen ist. Aber wenn wir jetzt vor Fassung eines Grundsatzbeschlusses, vor Fassung eines Konzeptes Einzelmaßnahmen befürworten, dann kann man fast nicht irgendetwas bestreiten, was Sie gerade gesagt haben. Dann kommen wir in diesem Haushaltsjahr sicherlich in Teufels Küche. Deshalb bitte ich alle Ehrenamtlichen, einfach durchzuhalten. Wir müssen eine grundsätzliche Lösung finden. Dann gehen wir sicher auch mit.

Der Vorsitzende: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Der weitergehende Antrag ist der Antrag des Bürgervereins Mühlburg. Den würde ich zunächst zur Abstimmung stellen. – Das ist eine **Mehrheit**. Damit hat sich der interfraktionelle Antrag erledigt, wobei Sie dem sowieso schon beigetreten sind aus dem Bürgerverein Mühlburg.

Damit wäre der Teilhaushalt 1200 Stadtentwicklung abgeschlossen.

Wir kommen zum **Teilhaushalt 1500**, die Ortsverwaltungen. Dort auf der **Seite 74** ist über die 1. Veränderungsliste zur Miete der Altentagesstätte eine summenneutrale interne Leistungsverrechnung vorgenommen worden.

Auf der **Seite 91**, auch 1. Veränderungsliste, wurden in der Ortsverwaltung Wettersbach die IT-Mittel für die Errichtung eines Servicedesks und eines zusätzlichen Arbeitsplatzes im Ortsbauamt sowie zur Beschaffung von Office Pro-Lizenzen erhöht.

Das sind alle Veränderungen, die im Teilhaushalt 1500 stattgefunden haben. Anträge von Ihrer Seite gibt es dazu nicht. Damit könnten wir weiterblättern.

Wir kommen damit zum **Teilhaushalt 1700** Informationstechnik und Digitalisierung. Ich springe mit Ihnen auf die **Seite 101**.

Antrag 7 (Seite 100): Digitalisierung der Verwaltung (SPD)

Antrag 8 (Seite 100): Digitalisierung der Verwaltung (DIE LINKE.)

Ich möchte hier noch einmal die Hinweise geben, dass über die Veränderungsliste 1 im Teilhaushalt 2000 ein zentraler Ansatz für das IT-Budget vorgesehen ist, der bei Bedarf allen Teilhaushalten zur Verfügung gestellt wird. Das ergibt sich aus dem Teilhaushalt 2000 auf der Seite 123. Wir haben es noch nicht verteilt auf die einzelnen Ämter, sondern haben ein zentrales Budget hier eingeführt.

Wir kommen damit zu den beiden Anträgen. Ich würde sie gerne gemeinsam aufrufen, wenn Sie einverstanden sind.

Stadtrat Marvi (SPD): Ich kann mich der Stellungnahme der Verwaltung anschließen. Wir haben diesen Antrag gestellt als eine Art Bestandsaufnahme, wie es angesichts des großen Mehrbedarfs für Arbeiten von zuhause bestellt ist. Sie zeigen auf, dass schon eine ganze Menge getan wird für die technische Ausstattung. Das ist vor allem eine Frage der Umstellung von Geschäftsprozessen, wie das zukünftig noch viel mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zugänglich wird. Insofern ist für uns mit der Antwort der Verwaltung der Antrag **erledigt**.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir schließen uns ebenfalls der Antwort der Verwaltung an und erklären unseren Antrag für **erledigt**.

Der Vorsitzende: Ich möchte auf der **Seite 101** noch darauf hinweisen, dass wir die Mittel für die E-Akte-Lizenzen erhöht haben.

Das sind alle Veränderungen, die sich im Teilhaushalt 1700 ergeben.

Ich rufe damit den **Teilhaushalt 2000** Finanzen auf. Wir springen auf die **Seite 106**. Hier darf ich Sie darauf hinweisen, dass wir in der 1. Veränderungsliste die Personalkosten HSPKA summenneutral noch einmal mit dem Teilhaushalt 1000 umgestellt haben.

Damit kommen wir auf die **Seite 108**.

Antrag 9 (Seite 108): Gemeinwohlökonomie in Karlsruhe fördern (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Vor wenigen Monaten haben wir in einem großen interfraktionellen Antrag beschlossen, dass wir den Weg in Richtung Gemeinwohlökonomie gehen. Die Verwaltung hat erfreulicherweise in der Antwort darauf zugesagt, dass eine städtische Gesellschaft bereits im Haushalt berücksichtigt ist. Wir wollen weiterhin daran festhalten, dass wir auch ein städtisches Amt gemeinwohlbilanzieren wollen und müssen deshalb mündlich hier den Antrag abändern. Der würde sich jetzt so abändern, dass wir die Summe von 60.000 Euro auf 30.000 Euro reduzieren und mit einem Sperrvermerk versehen, bis wir ein städtisches Amt ausgewählt haben. Ich kann nur SPD und GRÜNE darum bitten, dem Antrag so zuzustimmen und unseren gemeinsamen Weg damit fortzuschreiten, dass wir die Stadt Karlsruhe in allen Belangen in Richtung Gemeinwohl orientieren und ausrichten wollen.

Der Vorsitzende: Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, dass nach unserer Schätzung die 60.000 Euro auch für ein solches Amt erforderlich sind und die 30.000 Euro nicht ausreichen.

Stadtrat Zeh (SPD): Auch die SPD hält Gemeinwohlbilanzen für einen interessanten Ansatz. Es geht hier darum, Erfolge in Bezug auf faire Beschaffung, faire Arbeitsbedingungen und ähnliches zu erreichen. Es ist eine Beratung von außen notwendig. Das ist ganz klar, weil wir bisher keine Erfahrung haben. Aber wir wollen der Verwaltung zustimmen, dass wir zunächst einmal mit einer Gesellschaft, der VOLKSWOHNUG, anfangen und dann die Erfahrung weiter nutzen, um in den kommenden Jahren das weiter auszubauen.

Stadträtin Weber (GRÜNE): Sie hatten erwähnt am Anfang unserer Sitzung, dass es ein Haushalt wird, der vom Umbau geprägt ist. Dieser Antrag geht genau in diese Richtung, dass wir einen Umbau unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaften benötigen. Es freut uns, dass mit der VOLKSWOHNUNG GmbH bereits Abstimmungsgespräche stattfanden, so dass im Jahr 2021 eine Gemeinwohlbilanz erstellt werden kann. Als städtisches Amt ist das Forstamt sehr interessiert, eine Gemeinwohlbilanz zu erstellen. Da das Forstamt kein eigenes Personal für so etwas hat, würde das Forstamt die Bilanz auf jeden Fall extern vergeben. Hierfür wären auch die 60.000 Euro vonnöten. Das Land hat erst kürzlich für den Staatswald eine solche Bilanz erstellen lassen, so dass man sich daran auch ein bisschen orientieren kann. Deshalb möchten wir dem Antrag der LINKE. zustimmen, 60.000 Euro zur externen Beauftragung einer Gemeinwohlbilanzierung für eine städtische Gesellschaft mit Sperrvermerk zu genehmigen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Hier sind wir dezidiert anderer Auffassung. Wir alle sind dem Gemeinwohl verpflichtet. Wir alle haben in unseren Gesellschaften und in unseren Ausschüssen auf Gemeinwohl zu achten. Wir brauchen nicht noch einen Supersachverständigen, der uns jetzt auch noch bei der Bilanzierung die Hand führt, nur weil Sie mit Ihrer sicherlich ideologischen Orientierung wohl argumentativ nicht durchzudringen scheinen. Wir brauchen diese Einrichtung nicht. Wir müssen hart an unseren Ämtern arbeiten, dass sie dem Gemeinwohl verpflichtet bleiben, wie bisher auch. Aber so etwas brauchen wir nicht.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich verstehe, dass Herr Kollege Bimmerle an die SPD und die GRÜNEN appelliert hat, denn dort haben wir in diesem Gemeinderat die Mehrheit. Ich respektiere, was Herr Zeh gesagt hat, dass die SPD nicht automatisch in diesem grün-linken Block mitarbeitet. Wir haben am Anfang gesagt, dass wir keine Revolution via Hintertür wollen. Das will ich wiederholen. Wir haben eine besondere Situation. Wir wollen alle gerne Gemeinwohl haben. Aber nicht auf diesem Weg. Wir stimmen dagegen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Ich bin ein Freund der Gemeinwohlbilanzierung. Aber die Stadt Karlsruhe ist per se, wie Stadtrat Pfannkuch gesagt hat, ein gemeinwohlorientierter Betrieb. Sehr wohl geht es um die finanzielle Betrachtung. Es geht auch um andere Aspekte dabei. Es geht nicht um Umbau. Das ist eine falsche Bezeichnung. Beim Gemeinwohl geht es nicht um Umbau eines Konzerns, sondern es geht um eine andere Betrachtungsweise. Die finde ich richtig und nützlich. Aber ich folge der Verwaltung. Wir probieren es einmal bei einer Gesellschaft. Dann reden wir wieder darüber.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich will nur wissen, worüber wir jetzt abstimmen. Der Antragsteller hat reduziert auf 30.000 Euro mit Sperrvermerk.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Da die Verwaltung gerade gesagt hat, dass, wenn überhaupt, die 60.000 Euro notwendig sind, dann können wir nur über 60.000 Euro mit Sperrvermerk abstimmen.

Der Vorsitzende: Der Antrag steht, 60.000 Euro mit Sperrvermerk. Die GRÜNEN hatten sich auch auf den originären Antrag bezogen. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Der Antrag ist damit **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 10 (Seite 108): Kommunale Betriebsprüfer*innen einstellen, 2 Vollzeitstellen (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir würden auf einen Redebeitrag verzichten und direkt zur Abstimmung übergehen.

Der Vorsitzende: Dann können wir gleich abstimmen. – Damit ist der Antrag **mehrheitlich abgelehnt**.

Auf der Seite 108 möchte ich ebenfalls noch darauf hinweisen, dass wir in der 1. Veränderungsliste einen Mehrbetrag bei den Wirtschaftsgebühren einstellt haben.

Auf der **Seite 110** geht es dann weiter.

Antrag 11 (Seite 110): Monatliche Zulage in Höhe von 300 Euro für Mitarbeiter*innen des Städtischen Klinikums (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Das ist ein Antrag, der vieles aufgreift, was in der Gesellschaft an sich in Bewegung ist, nämlich die Frage, inwieweit wir das Personal, das unser System am Laufen hält mit seinem Einsatz, ausreichend finanzieren können. Deshalb haben wir auch in Absprache mit dem Bündnis Krankenhaus statt Fabrik diesen Antrag gestellt, wohl wissend, dass er vor allem eine wichtige Entscheidung darüber sein wird, wie wir die finanziellen Mittel einstellen. Denn ich denke, niemand in diesem Gemeinderat oder die große Mehrheit des Gemeinderates würde bestreiten, dass das Personal am Klinikum oder generell im Gesundheits- und Pflegebereich eine höhere Bezahlung verdient hätte, angesichts des Einsatzes. Wohl wissend sagen wir auch, dass diese Entscheidung heute nicht eine Entscheidung darüber ist, ob man diesen Einsatz honoriert, sondern eine Frage darüber ist, ob Bund und Land endlich ihrer Verpflichtung nachkommen und das Gesundheits- und Pflegepersonal ausreichend bezahlen. Wir sehen an dieser Stelle die Notwendigkeit, dass Bund und Land handeln, sehen aber auch, dass wir hier vor Ort diese Problematik halten werden. Trotz des hohen Volumens wollen wir diesen Antrag abstimmen lassen, wohl wissend, dass wir dann überlegen müssen, wo die finanziellen Ressourcen möglich sind und ob für andere Themen dementsprechend Kürzungen erfolgen müssen. Wir haben gleich dazu noch eine Reihe von Finanzierungsanträgen. Das wäre eine Möglichkeit.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Hier kann man es kurz machen. Es ist schön, wenn sich eine Fraktion für die Situation unserer Pflegerinnen und Pfleger im Klinikum stark macht. Das sehen wir natürlich genauso. Aber man muss doch auch die Verwaltungsantwort lesen. Wir sind nicht der richtige Adressat. Wenden Sie sich an den Bund. Der Bund kann übrigens für solche Mittel auf andere Ressourcen zugreifen. Das macht er bisher noch nicht. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf. Nur, die Kommune ist nicht der Ausfallbürge für alle Probleme, die wir in diesem Lande haben.

Stadtrat Riebel (GRÜNE): Die Pflegekräfte leisten wichtige Arbeit. Das ist ungefragt. Es verdient auch Anerkennung. Hier geht es aber um weit mehr als die Bezahlung. Es geht um Dienstplansicherheit, eigene Gestaltungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz und ein anerkennender Umgang am Klinikum. Lassen Sie uns erst einmal daran arbeiten. Die Verhandlungen zu den Geldern sollten wir den Expert*innen überlassen, den Gewerkschaften. Diese konnte gerade einen kleinen Erfolg für die Beschäftigten erzielen. Dank dem Bund und dem Land gibt es zudem noch einen kleinen Bonus obendrauf. Auch muss die ausweichende Vergütung der Leistung durch die Krankenkasse mithilfe des Bundes und der Überwindung des DIG-Systems gewährleistet werden,

damit für eine dauerhaft bessere Bezahlung der Weg bereitet werden kann. Diesen Antrag müssen wir daher ablehnen.

Stadträtin Uysal (SPD): Lieber Kollege Bimmerle, Sie haben grundsätzlich Recht, dass man das Arbeiten mit und für Menschen dringend aufwerten muss, um auch künftig noch ausreichend viele junge Menschen für eine Ausbildung in einem Pflegeberuf gewinnen zu können. Wir brauchen tatsächlich spürbare Verbesserungen. Verbesserungen im Bereich der Arbeitsbedingungen, angemessenerer Bezahlung, fehlender Aufstiegschancen. Das wird alles viel Geld kosten, außer Frage. Es ist auch wichtig, dass wir hier investieren. Allerdings sehen wir die Zuständigkeit, wie mein Vorredner, nicht bei uns, sondern bei Land und Bund. Deshalb werden wir heute diesen Antrag nicht mittragen. Wir fordern das Land und den Bund auf, die politischen Versprechungen zeitnah umzusetzen.

Stadtrat Høyem (FDP): Nicht nur die Antragsteller schätzen den Pflegeeinsatz. Das tun wir alle. Es gibt auch andere Teile unserer Gesellschaft, die in dieser Zeit besonders stark eingesprungen sind und Extraarbeit machen. Für uns ist es wichtig, was gesagt wurde, dass wir als Kommune nicht die Gehälter festlegen. Das ist eine Tarifverhandlung. Der Bund ist hier in der Pflicht.

Stadträtin Ansin (KAL/Die PARTEI): Folgender Redebeitrag wird jetzt kommen von dem Bündnis Krankenhaus statt Fabrik. Sie haben geschluckt über den etwa 20 Mio. Euro kostenden Antrag pro Jahr. Gehörten Sie zu denen, die im Frühjahr dem Gesundheitspersonal Beifall klatschten? Wenigstens virtuell im Geiste? Das hat nichts gekostet. Aber kostenlos werden die gewaltigen Probleme nicht beseitigt. Sie wissen hoffentlich Bescheid über die Probleme in den Kliniken und in Pflegeheimen. Pflegenotstand ist kein Fremdwort mehr. Aber wissen Sie, wie es konkret im Städtischen Klinikum aussieht? Sind Sie der Meinung, Geschäftsführung und Pflegedirektion tun alles, um die Probleme zu lösen? Sie tun etwas. Aber sie lösen wenig, weil sie innerhalb der vorgegebenen ökonomischen Rahmenbedingungen agieren. Ist Ihnen bewusst, wie die Probleme entstanden sind? Oder meinen Sie, so ein Pech, dass gerade uns das Fachpersonal fehlt. Die Finanzierung durch das Fallpauschalensystem hat zu immer mehr Fallzahlen geführt, während alles Personal außer den Fallzahlen generierenden Ärzt*innen als Kostenfaktor relativ minimiert oder ausgesourced wurde. Inzwischen begreifen auch die eifrigsten Befürworter den sogenannten Fehlanreiz. Zu spät, die Krise ist da. Es sind außer der Pflege nahezu alle Berufsgruppen im Gesundheitswesen betroffen. Auch die gut bezahlten Ärzt*innen flüchten wegen der Arbeit aus dem Beruf. Labor, Röntgen, Küchenfachkräfte, alle stehen unter Druck. Deshalb der Antrag für alle Beschäftigten. Reden Sie sich nicht ein, der Pflegenotstand im Klinikum ließe sich durch ein paar Stellschrauben hier und Abwerbung ausländischer Fachkräfte dort, die anderswo fehlen werden, irgendwie beheben lassen. Denken Sie nur nicht, mit dem neuen Haus M wird alles besser. Da warten Sie auf Godot.

Tatsächlich zeichnet sich ab, nach Corona und mit dem neuen Haus M werden weitere Kolleginnen und Kollegen fehlen. Belastungen der Pandemie und die Personalpolitik mit Verlusten von Beschäftigten als Verschiebungsmasse haben viele erschöpft und resignieren lassen. Die Flucht in Teilzeit oder ganz aus dem Beruf wird sich 2021 verstärken. Auch ohne Corona werden zukünftig Betten stillgelegt werden müssen. Das kostet übrigens auch viel Geld. Seien Sie sich bewusst, welche Verantwortung Sie tragen. Sie haben heute die Möglichkeit und die Chance, eine große Stellschraube zu drehen, um bei der Lösung der geschaffenen Probleme im Gesundheitswesen einen Schritt weiterzukommen. Morgen müssen Sie weiterdrehen und Ihre bundespolitischen Verantwortlichen dazu bringen, die problemverursachenden Marktmechanismen zu

ändern und das Fallpauschalensystem zugunsten der Selbstkostendeckung abzuschaffen. Dann könnten Gesundheitsbeschäftigte ihre Qualifikation zugunsten guter Patientenversorgung voll zum Einsatz bringen und alle Patient*innen erhielten, was sie benötigen. Sie entscheiden: Weiter so oder Systemwechsel. Wenn es nicht gelingt, das Personal zu halten und neues in ausreichender Zahl zu gewinnen, wird die Krise im Gesundheitswesen und im Klinikum immer kritischer werden.

Der Vorsitzende: Ich möchte zwei Dinge noch kurz ergänzen, damit die nicht so im Raum stehen bleiben.

Ich halte die Pflegekräfte an Kliniken für nicht unterbezahlt. Ich kann aus meinen eigenen Erfahrungen im Klinikum sagen, dass es die Arbeitsbedingungen sind, die dort das Hauptproblem sind und nicht die Bezahlung. Viele gehen sogar aus den Kliniken weg in andere Bereiche, wo sie durchaus auch nicht besser bezahlt werden, aber sicherere Arbeitsbedingungen haben.

Das Zweite ist, ich kann nur noch einmal an Sie alle appellieren, wir können bundespolitische, landespolitische und sonstige Probleme nicht auf der kommunalen Ebene auffangen. Frau Ansin, Sie haben eben ganz viel Richtiges gesagt zu den Systemproblemen. Diese Systemprobleme bekomme ich aber nicht durch eine monatliche Zulage aufgefangen. Die müssen an anderer Stelle angegangen werden. Genau deswegen führt das, wenn Sie dem zustimmen würden, dazu, dass wir in eine ganz massive Konkurrenz zwischen den Krankenhäusern geraten, weil wir dann nämlich etwas zahlen, wozu andere Krankenhäuser nicht in der Lage und auch nicht verpflichtet sind. Das ist aus meiner Sicht die falsche Stellschraube, um an diesem Thema weiterzuarbeiten.

Hier geht es also um zwei Dinge. Das Eine ist, wir müssen das Thema Krankenhaus anders lösen. Das können wir aber nicht für das Klinikum alleine machen, sondern das muss an anderer Stelle auch gemacht werden. Und das Zweite ist, gerade in dieser Haushaltssituation können wir nicht alle Probleme, von denen wir an anderen Ebenen erwarten würden, dass sie angegangen werden, jetzt über den städtischen Haushalt versuchen einzufangen und uns damit noch in eine wie ich finde schwierige Konkurrenzsituation zu anderen Städten, zu anderen Einrichtungen usw. zu begeben und damit ein Stück weit die Solidarität aufzugeben, die es geben muss, über den Städtetag, über die Krankenhausgesellschaft, über die Gewerkschaften, um an diesem Systemproblem wirklich originär etwas zu verändern.

Das sage ich jetzt einmal. Es gibt noch viele Anträge, bei denen man das nochmal wiederholen könnte.

Wir kommen damit zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir kommen damit auf der **Seite 110** zu dem Hinweis, dass wir über die 2. Veränderungsliste die Verlustabdeckung aus 2020 auch noch in den Haushalt aufgenommen haben.

Auf der **Seite 111** über die 1. Veränderungsliste haben wir den Verlustausgleich für 2021 bis 2024 beim Eigenbetrieb Fußballstadion am Wildpark. Auf der Seite 111 haben wir die Verlustabdeckung aus 2020 über den gleichnamigen Eigenbetrieb.

Auf der **Seite 112** haben wir über die 1. Veränderungsliste die Konzessionsabgabe der Stadtwerke reduziert, weil wir hier mit weniger Erträgen rechnen.

Wir kommen damit auf die **Seite 113**.

Antrag 12 (Seite 113): Nightliner-Angebot, Konzeption (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Meine Unterlagen besagen, dass es tatsächlich zwei Anträge sein müssten, nämlich einmal der Antrag zur Einführung der Konzeption mit der Maximalsumme, und einmal ein Antrag zur Wiedereinführung des Nightliners am Donnerstag. Wir haben dieses Thema schon in den vergangenen Jahren ausführlich diskutiert. Wir wissen alle, wie schwierig die Situation ist, dass wir aber dennoch Handlungsbedarf wochentags sehen. Zumindest haben das einige Fraktionen immer wieder signalisiert. Wir sehen vor allem am Donnerstag eine Notwendigkeit, spätestens dann, wenn das kulturelle Leben, was wir uns gerade nicht vorstellen können, im Laufe des nächsten Jahres vielleicht wieder entstehen könnte, um eine Erreichbarkeit der Stadt über den öffentlichen Nahverkehr auch in der Nacht sicherzustellen. Deshalb werden wir beide Anträge mit einem Sperrvermerk versehen, weil es natürlich nur dann Sinn macht, einen solchen aufzuheben, wenn die Corona-Situation es zulässt. Denn in der Tat, aktuell würde dies keinen Sinn machen.

Wir bleiben dabei, dass die Einführung des Nightliners in einer Konzeption, die wir noch auszugestalten haben, entweder den Weg zurück in die Vergangenheit oder einen anderen Weg, notwendig ist und die nächsten Jahre wieder auf die Tagesordnung kommen wird. Wir werden deshalb die beiden Anträge zur Abstimmung stellen.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Der Nightliner während der Woche kostet ungefähr 7 Euro pro Fahrgast. Das ist eine ganze Menge. Deshalb haben wir es bei den letzten Sparhaushalten eingespart. Inzwischen ist die finanzielle Situation eher schlechter als damals. Deshalb ist es sehr problematisch. Es kommt dazu, dass wir im Moment auch die Fahrer nicht haben. Die Fahrer reichen nicht einmal für das normale Programm, erst recht nicht für zusätzliche Nachteinsätze. All das muss erst einmal behoben werden. Dann können wir wieder darüber sprechen, ob das möglich ist.

Stadtrat Maier (CDU): Gestatten Sie mir zum Anfang meines Wortbeitrags eine grundsätzliche Anmerkung. Ich werde bei meinen nächsten Redebeiträgen die Grußformel weglassen, nicht aus mangelndem Respekt vor dem Amt des Oberbürgermeisters oder vor Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern einfach, um uns etwas Lebenszeit zu sparen, werde es dann aber ab nächster Woche logischerweise wieder formell richtig machen.

Gerade im Umweltbereich und auch im ÖPNV-Bereich gäbe es viele wünschenswerte Dinge, die wir gerne mitgetragen hätten. Dazu hätten wir aber in der Vergangenheit - Verwaltungsspitze und auch wir, Teile des Hauses – etwas verantwortungsvoller mit den Geldern, die wir hier verwalten, umgehen müssen. Von daher sehen wir momentan für viele, für 99 % der Dinge, die wir heute beraten, keine Möglichkeit, sie finanziell darzustellen und müssen leider viele davon ablehnen.

Nun konkret, ich spreche jetzt zu Antrag Nr. 12, verbinde damit aber auch gleich meine Meinung zu Antrag Nr. 13. Wir werden diesen ablehnen. Es ist spannend zu beobachten, dass man

beim Nightliner bei der Einführung Prügel bekam, bei der damaligen Reduzierung Prügel bekam und jetzt das erneut immer wieder gefordert wird. Der Kollege Honné hat schon einiges Richtiges gesagt. Es muss auch leistbar sein. Vor dem Hintergrund sehen wir aktuell das Angebot als ausreichend. Außerdem werden wir im ÖPNV-Bereich erst einmal abwarten müssen. Wir werden im nächsten Jahr einen Meilenstein erledigt haben. Viele Einschränkungen, die die Karlsruherinnen und Karlsruher ertragen mussten, werden dann behoben sein. Dann werden wir das Netz beobachten, wie es sich positiv entwickelt. Daran glauben wir fest. Dann können wir auch wieder über andere Dinge im ÖPNV-Bereich reden. Aber jetzt sollten wir erst einmal abwarten und genau hinschauen. Von daher Anträge 12 und 13 Ablehnung seitens der CDU.

Stadträtin Uysal (SPD): Herr Kollege Bimmerle, lieber Lukas, auch hier hast du grundsätzlich Recht, dass wir über das Angebot in der Nacht sprechen müssen. Auch die SPD-Fraktion ist an Verbesserungen beim ÖPNV interessiert. Wir halten aber – das erwähne ich heute noch einmal – entsprechende Festlegungen bis zur Inbetriebnahme für verfrüht. Es ist nicht sinnvoll, über einzelne Maßnahmen jetzt zu entscheiden, ohne ein schlüssiges Gesamtkonzept für den ÖPNV zu haben. Damit wir einen erfolgreichen, attraktiven ÖPNV haben, müssen wir das Ganze betrachten. Lassen Sie uns doch die Kombilösung abwarten und dann noch einmal über die Einzelheiten sprechen. Es ist einfach verfrüht und deshalb, wie in der Vergangenheit auch, heute ein klares Nein.

Stadtrat Hock (FDP): Was meine Vorrednerin, Frau Uysal, gesagt hat, finde ich absolut richtig. Meine Fraktion hat dieses Thema auch schon im Gemeinderat aufgerufen, weil uns das Angebot des Nighthliners sehr wichtig war und immer noch ist. Aber eines muss man ganz klar sagen, es war dann die Aussage der Verkehrsbetriebe, dass nach Fertigstellung des Tunnels wieder automatisch auf uns zugekommen wird und dieses Konzept einmal vorgestellt wird, was man dann mit dem Nightliner vorhat. Deshalb: Wir sind sehr nahe bei Ihnen. Aber Stand heute ist es nicht möglich, dass wir jetzt zustimmen können. Wir sehen es wie Sie. Aber, bitte, nach Fertigstellung des Tunnels lassen Sie uns hören, was man vorhat. Wenn man es dann immer noch nicht machen möchte, dann können wir auf jeden Fall zusammen etwas machen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Herr Maier, Sie werden von meiner Fraktion, von der Karlsruher Liste/Die PARTEI, immer wieder dieses Thema hören. Das ist für unsere Fraktion im ÖPNV ein sehr wichtiger Aspekt. Es war, Herr Honné, ein absolut politischer Fehler, dass wir damals aus Haushaltsspargründen dieses abgesetzt haben. Mich wundert insbesondere, dass gerade Sie dann in dem Fall mit Beträgen kommen, die teilweise kein richtiges Bild abgeben. Wir werden weiterhin an diesem Thema dranbleiben. Herr Kollege Hock, für uns ist nicht abzusehen, das glauben wir auch nicht, dass dann, wenn die Kombilösung fertiggestellt wird, der Nightliner wieder aufgerufen wird. Ich prophezeie, dass dann mit dem Hinweis auf die Kombilösung erst recht der Nightliner nicht mehr eingesetzt werden wird.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortbeiträge. Sie haben mich darauf hingewiesen, dass es um zwei Dinge geht. Einmal um die Konzeption und einmal um die Wiedereinführung des Donnerstags. Ich würde jetzt mit der Konzeption anfangen und die zur Abstimmung stellen. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir kommen jetzt zur Wiedereinführung des Nightliners in der Nacht von Donnerstag auf Freitag. Auch da bitte ich Sie um Ihr Votum. – Auch das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

Antrag 13 (S. 113): Kfz-Abmeldung gegen KVV-Jahresticket für Senior*innen und darüber hinaus (DIE LINKE.)

Antrag 13 a (S. 113) Kfz-Abmeldung gegen KVV-Jahresticket sonstige Karlsruher Einwohner*innen (DIE LINKE.)

(Zuruf **Stadtrat Bimmerle/DIE LINKE.**)

Ist erledigt? – Gut, dann haben wir die beiden **erledigt**.

Antrag 14 (S. 113): Externe Untersuchung – Alternative Finanzierungsmöglichkeit ÖPNV Karlsruhe (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Das ist jetzt ein Redebeitrag, der auch alle anderen Anträge zusammenfassen wird. Sie haben grundsätzlich in Ihrer Ausführung, Herr Oberbürgermeister und Frau Erste Bürgermeisterin, darauf hingewiesen, dass wir, wenn wir Änderungsanträge stellen zum Entwurf der Verwaltung, natürlich auch sagen müssen, wie wir das finanzieren wollen. Wir beraten heute über 250 Anträge. Wir sind überrascht, dass wir die einzigen waren, die irgendeinen Finanzierungsantrag gestellt haben, wohl wissend, dass man die richtig finden kann oder auch falsch. Aber wenn man mehr Geld ausgeben will, muss man sagen, woher es kommt. Das tun wir an der Stelle. Wir haben Anträge gestellt zur Anpassung bestehender Hebesätze der Steuern, bei der Gewerbesteuer, bei der Grundsteuer, bei der Vergnügungssteuer. Wir haben die Einführung neuer Steuern beantragt, wie die Übernachtungssteuer, und wir haben die Konzeption gefordert, dass wir in Zukunft alternative Finanzierungsmöglichkeiten im ÖPNV-Bereich haben.

Alle drei Themen sind wichtig. Wir können die heute alle ablehnen, wohl wissend, dass wir in genau einem Jahr einem Teil der Anträge sicherlich zustimmen werden müssen, weil genau die finanzielle Situation der Stadt dies bedarf. Mein Motto war immer, wenn man weiß, dass man im nächsten Jahr kein Geld hat, fängt man am Besten sofort an, Geld zu sparen oder mehr zu verdienen. An der Stelle sollten wir in diesem Jahr 2021 anfangen mehr zu verdienen und nicht erst zu warten, bis wir 2022 dann umso mehr Steuern erheben müssen. Es ist doch klar, alles das, was wir heute nicht verlangen, müssen wir in Zukunft 2022 als noch viel größeren Schritt für die Bürger*innen und für die kommunalen Unternehmen verlangen.

Sie haben in Ihrer Antwort der Verwaltung richtig darauf hingewiesen, dass zu den alternativen Finanzierungsmöglichkeiten eine Antwort auf Landesebene noch aussteht. Das bedauern wir. Wir hatten gehofft, dass sie in 2020 kommt. Es gibt aber bereits eine Untersuchung, die 2016 durchgeführt wurde, die genau diese Modelle aufgreift. An diese hätten wir uns angeschlossen. Wir bleiben trotzdem dabei, dass wir erwarten, dass 2021 diese Ergebnisse kommen werden, um diesen Antrag zu stellen. Wir können heute nur an den Gemeinderat appellieren, dass es notwendig ist, jetzt die Finanzierungsquellen der Stadt zu stärken, nicht zu warten, bis wir letztendlich am finanziellen Abgrund stehen, sondern jetzt Entscheidungen zu treffen, wohl wissend, dass es unangenehm ist, dass es schwierig ist, das den Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen zu erklären. Aber die finanzielle Situation der Stadt und die Notwendigkeit der Investition in eine soziale und ökologische Wende der Stadt bedürfen dieser Entscheidung.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Auch die GRÜNE-Fraktion sieht es so, dass mehr Einnahmen nötig sind, um den öffentlichen Verkehr nicht nur zu halten, sondern auch zu verbessern. Aber wir

haben die rechtlichen Möglichkeiten nicht dazu. Auch die vier Kommunen, die in dem Pilotprojekt des Landes dabei waren, haben nur Untersuchungen gemacht, haben ihre Wünsche äußern können. Das war's. Die nehmen keinen einzigen Euro in 2021 ein, weil wir alle noch darauf warten, was denn überhaupt demnächst gesetzlich zulässig ist. Dann sind wir die ersten, die sagen, davon müssen wir etwas umsetzen, auch in Karlsruhe. Aber erst einmal müssen wir wissen, was es ist. Hier einen Haushaltsantrag zu stellen, hilft nichts. Es müssen Verordnungen geändert werden, Satzungen geändert werden usw. Das hat mit Haushalt erst einmal nichts zu tun. Der Haushalt ist froh darüber, wenn er Einnahmen bekommt. Aber in der Reihenfolge geht es doch nur.

Stadtrat Maier (CDU): Dieser Antrag ist ein Stück weit auch Augenwischerei. Denn am Ende des Tages muss irgendjemand das Ganze bezahlen. Im Zweifel sind es Steuergelder, die dann an anderer Stelle einkassiert werden. Von daher vertrauen wir der Verwaltung und auch unseren Verkehrsbetrieben, dass wir sowohl Fördermittel abgreifen, als auch kluge und intelligente Finanzierungssysteme einführen beziehungsweise aktualisieren. Von daher heute an dieser Stelle Ablehnung.

Stadträtin Uysal (SPD): Kommunen stehen tatsächlich vor großen finanziellen Herausforderungen beim Erhalt der ÖPNV-Infrastruktur. Gleichzeitig soll der ÖPNV natürlich neuen Ansprüchen gerecht werden, wie Barrierefreiheit etc. Er muss auch massiv ausgebaut werden, damit Menschen ihn nutzen. Bei der Erreichung der Klimaschutz- und Luftreinhaltziele kommt ihm auch eine außerordentlich wichtige Rolle zu. Deshalb hast du vollkommen Recht, Lukas, dass die Kommunen auch finanzielle Spielräume brauchen. Auch die SPD begrüßt alternative Finanzierungsmöglichkeiten, die die zukünftigen Kosten des Karlsruher ÖPNV auffangen. Allerdings werden wir heute diesem Antrag so nicht zustimmen, weil wir erst die rechtlichen Rahmenbedingungen abwarten möchten. Der Kollege Honné hat es richtig ausgeführt. Sobald die geschaffen sind, können wir sehr gerne noch einmal darüber sprechen.

Der Vorsitzende: Damit stelle ich den Antrag zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Der Antrag ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Ich darf zur **Seite 113** noch hinzufügen, dass wir über die 1. Veränderungsliste einen Mehrertrag bei der Konzessionsabgabe VBK eingepflegt haben und eine erhaltende Verbundförderung durch das Land Baden-Württemberg und Weiterleitung an den KVV. Wobei das nur eine summenneutrale Darstellung ist.

Über die 2. Veränderungsliste haben wir die Verlustabdeckung aus 2020 eingepflegt, auf der Seite 113 Verlustabdeckung ebenfalls des KVV.

Damit kommen wir auf die **Seite 116**.

Antrag 15 (S. 116): Indoor-Meeting komplett streichen (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Auch wir werden die Anrede weglassen, weil wir sonst am Ende zu wenig Zeit für unsere Redebeiträge haben.

Wir haben hier eine besondere Situation. Das Indoor-Meeting findet jetzt tatsächlich nur noch für die Kameras statt. Wir haben die ganze Zeit kritisiert, dass es eigentlich für die Vereine in

Karlsruhe nichts bringt und eigentlich für Karlsruhe auch nicht. Den Fernsehzuschauern ist es egal, wo es stattfindet. Es wird jetzt mit maximal 199 Leuten in der Europahalle stattfinden. Vor dem Hintergrund der geänderten Situation hätte man es sehr wohl einfach streichen können, im Gegensatz zu dem, was in der Stellungnahme der Stadt steht. Wir hätten jetzt eine halbe Million eingespart. Wir möchten dieses Geld den Vereinen direkt zukommen lassen. Wir haben auch entsprechende Anträge gestellt, um einen fast ebenso hohen Betrag direkt an die Vereine auszuzahlen. Deswegen bitten wir um Unterstützung.

Stadtrat Hofmann (CDU): Liebe AfD, das ist genau der Punkt. Am Anfang große Reden schwingen und sagen, wir sparen 25 Mio. Euro ein, und dann die Realitäten nicht anerkennen. Es ist eben nicht so, dass man einfach aus Verträgen herauskommt, die man bereits letztes Jahr geschlossen hat, wo noch gar kein Corona da war, wo wir gar nicht wussten, dass wir eine andere Veranstaltung machen. Man muss auch, wenn man großspurig am Anfang ankündigt, dass man 25 Mio. Euro einsparen möchte, bei der Realität bleiben und dann auch sehen, dass das vielleicht teilweise gar nicht so ist. Wenn man hier im Prinzip versucht, den Sport und andere gegeneinander auszuspielen, dann ist auch das falsch. Denn diese Mittel sind gar nicht aus dem Sporthaushalt, nur ein ganz kleiner Teil. Das sind Veranstaltungen, die gar nicht dem Sport zur Verfügung stünden. Wir haben in Karlsruhe mit unseren besitzenden Vereinen hervorragende Sportförderung. Es muss hier nicht immer suggeriert werden, dass wir irgendwelche Mittel dem Sport entziehen würden. Von daher ist dieser Antrag nicht nur nicht genehmigungsfähig, weil es eben schon viel zu spät ist und wir in Regresszahlungen kommen würden, sondern es ist auch völlig am Thema vorbei, weil es damit überhaupt nichts zu tun hat.

Die Anträge, die Sie im Nachhinein noch gestellt haben für Erhöhungen usw., auch das ist völlig an der Sache vorbei, da in den letzten Jahren, als wir die Fortschreibung der Sportförderrichtlinien gemacht haben, sehr viele Dinge schon gemacht wurden und das, was Sie jetzt fordern, zu Ungleichbehandlungen und Ungerechtigkeiten im Sport führen würde. Von daher ist der Antrag leider: Thema verfehlt, setzen!

Stadtrat Hock (FDP): Dieser Antrag verfehlt völlig das Ziel. Ich weiß auch nicht, was die AfD mit diesem Antrag bezwecken möchte, zumal es längst entschieden ist. Das hier aufzurufen, ist meines Erachtens Populismus pur, um uns in eine Situation zu bringen, dass wir jetzt noch großartig über eine Sache diskutieren, die schon längst entschieden ist. Die Vereine - wenn Sie mit den Vereinen in dieser Stadt gesprochen hätten – sagen Ihnen nämlich, sie sind froh, dass das Indoor-Meeting in dieser Stadt stattfinden kann. Auch wenn es jetzt nur im Fernsehen stattfindet. Wenn ich sehe, was wir versuchen als Stadt Karlsruhe, nicht nur in Karlsruhe selber, sondern auch darüber hinaus, damit die Bürgerinnen und Bürger zu uns kommen, dann ist das eine Werbepattform wie keine andere für unsere Stadt Karlsruhe. Das muss man auch einmal sehen und darf man nicht ganz außer Acht lassen. Da wird meines Erachtens jetzt auf eine Sache aufgehoben, die längst entschieden ist. Deshalb kann ich Ihnen nur sagen, diesen Antrag hätte es nicht gebraucht.

Stadträtin Fenrich (AfD): Jetzt muss ich doch der Vollständigkeit halber etwas sagen, Herr Hofmann und Herr Hock. Wir hatten das seinerzeit im Aufsichtsrat diskutiert. Da gab es drei Varianten, wenn ich mich recht erinnere. Die dritte Variante, die favorisiert wurde, auch von der KME, war die, dass man das in der Europahalle stattfinden lässt unter dann abgespeckten Bedingungen. Die Einsparungen damals waren lediglich 100.000 Euro. Jetzt muss ich dazu sagen, wir gingen, wenn ich mich recht erinnere, bei der seinerzeitigen Diskussion davon aus, dass wir im

Januar, wenn das ganze Ding stattfinden soll, andere Verhältnisse haben. Aber die haben wir jetzt nicht. Ich weiß nicht, wie es draußen ankommt, wenn wir sagen, das findet statt. Wir wissen natürlich auch nicht, ob alle Sportler, die eingeladen waren und die gerne teilnehmen würden, auch kommen. Die Verwaltung sagt jetzt, ich zitiere wörtlich: „Zum jetzigen Stand ca. 3 Monate vor der Durchführung erscheint der Verwaltung eine Absage als nicht zielführend.“ Da hätte ich gerne erwartet, dass man vielleicht seitens der Verwaltung auch etwas sagt, inwieweit man vielleicht doch aus dem Vertrag herauskommt. Vielleicht lohnt es sich in der Tat nicht, weil zu wenig Sportler teilnehmen. Von dem abgesehen, ist das Indoor-Meeting eine gute Sache. Darüber brauchen wir nicht reden. Aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist dieses einfach schlecht.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich weise darauf hin, dass auf der **Seite 116** über die 1. Veränderungsliste der Haltungsaufwand KVVH, die KMK-Verlustabdeckung und Schadensersatz, der Betriebs- und Projektkostenzuschuss KME und für die KTG, also Tourismus, der Betriebskostenzuschuss und der Projektzuschuss Auslandsmaßbearbeitung angepasst wurden. Desgleichen über die 2. Veränderungsliste eine entsprechende Sammlung von Verlustabdeckungen beziehungsweise Liquiditätszuschüsse für KVVH, KMK, KME und KTG. Dahinter verbergen sich im Wesentlichen die Corona-Folgen.

Antrag 16 (Seite 118): Grundsteuer B senken (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Kurzer Rückblick, der Haushaltskonsolidierungsprozess 2015 hat zu wenig Sparen und zu viel Steuererhöhung geführt. Seither beantragen wir jedes Mal bei den Haushaltsberatungen, dass diese Steuer wieder rückgängig gemacht wird. Warum? Weil es nämlich inkonsequent ist, dass die Gemeinderatsmehrheit immer günstiges Wohnen einfordert, aber dann die Grundsteuer erhöht. Denn die Grundsteuer wird mit den Nebenkosten auf alle Mieter umgelegt. Das heißt, die Mieter bezahlen jeden Monat mehr. Die fast 6 Mio. Euro, um die es hier geht, werden zum großen Teil von Mietern bezahlt. Dass wir ohne das Geld auskommen, haben wir vor 2015 geschafft. Wir würden es jetzt auch schaffen, denn wir haben gesagt, mit den Streichanträgen, die wir auch noch stellen, sparen wir trotzdem, obwohl wir hier 6 Mio. Euro weniger an Steuern haben, am Ende noch 25 Mio. Euro. Deswegen ist es nicht zutreffend, was in der Verwaltungsantwort steht, dass wir keine Gegenfinanzierung vorschlagen. Wir haben eine Gegenfinanzierung. Wir könnten ohne Weiteres auf diese unnötige Steuererhöhung verzichten und den Mietern diese fast 6 Mio. Euro wieder geben und natürlich auch den Grundstücksbesitzern, die nicht zur Miete wohnen. Das heißt, wir würden das Wohnen insgesamt in Karlsruhe um fast 6 Mio. Euro billiger machen. Deswegen bitte ich um Unterstützung.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Zu dem Antrag Nr. 16 ein paar Bemerkungen. Die Finanzlage hatte sich bei der Stadt schon vor der Corona-Pandemie eingetrübt. Jetzt mit der Corona-Pandemie haben wir erhebliche Ausfälle auf der Einnahmenseite. Wir haben geringere Steuereinnahmen, geringere Erträge städtischer Gesellschaften. Auf der Ausgabenseite haben wir höhere Erstattungen bei Betreuungseinrichtungen, wir brauchen Hilfsmaßnahmen für Kulturbetriebe und vieles andere mehr. All das ist notwendig, verschlechtert aber nochmals die Finanzlage dramatisch. Deswegen ist im Moment nicht die Zeit, Steuersenkungen vorzunehmen. Auch inhaltlich ist der Antrag falsch. Über die Grundsteuer wird keine gute Wohnungspolitik gemacht. Bezahlbares Wohnen wird durch einen gesunden Wohnungsmarkt erreicht und nicht durch

Steuerpolitik. Dazu braucht man eine gute Sozialpolitik, die menschenwürdiges Wohnen auch für geringe Einkommen ermöglicht.

Zusammengefasst: Steuern nach dem Gießkannenprinzip senken in Zeiten schwieriger Finanzlage der Stadt ist falsch. Der Antrag ist abzulehnen.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Herr Dr. Schmidt, Sie haben im Ansatz Recht. Wir haben uns bei der letzten Haushaltsberatung auch gegen diese Grundsatzzustimmung gewandt, weil wir gesagt haben, letztendlich wird es umgelegt. Der Mieter muss es mittragen. Aber die CDU Karlsruhe steht natürlich auch für Verlässlichkeit, auch in diesem Bereich. Wir haben uns nach langer Diskussion dafür entschieden, den Satz beizubehalten, weil wir auch dem etwas entgegensteuern müssen, was Herr Dr. Cremer eben gesagt hat. Wir haben viele finanzielle Aufgaben zu schultern in den nächsten Monaten und Jahren. Deshalb sagen wir als Fraktion in diesem Fall Beibehaltung des jetzigen Satzes.

Stadtrat Høyem (FDP): Selbstverständlich haben wir Sympathie dafür. Aber dieses Jahr ist kein Jahr für Steuersenkungen. Es ist ganz bestimmt – das sagen ich wegen der zukünftigen Anträge – auch kein Jahr für Steuererhöhungen. Wir wollen das sehr gerne in 2022/2023 weiterdiskutieren. Aber zurzeit ist es keine Zeit für Senkungen und besonders nicht für Erhöhungen.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortbeiträge. Damit steht der Antrag zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt geht es in die andere Richtung, in Grundsteuer erhöhen.

Antrag 17 (Seite 118): Grundsteuer erhöhen für eine soziale Wohnraumoffensive; Erhöhung Hebesatz Grundsteuer A: +30 % (auf 500 v. H.) (DIE LINKE.)

Antrag 17 a (Seite 118): B-Grundsteuer erhöhen für eine soziale Wohnraumoffensive; Erhöhung Hebesatz Grundsteuer b: +30 % (auf 500 v. H.) (Die LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Kein Redebeitrag von unserer Seite.

Der Vorsitzende: Können wir die beiden Anträge zusammen abstimmen? Dann rufe ich 17 und 17 a gemeinsam auf. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 18 (Seite 118): Unternehmen an der Zukunft der Stadt beteiligen – Gewerbesteuerhebesätze erhöhen (DIE LINKE.)

Antrag 18 a (Seite 118): Unternehmen an der Zukunft der Stadt beteiligen – Gewerbesteuerhebesätze erhöhen: Folgewirkung Gewerbesteuerumlage (DIE LINKE.)

Antrag 18 b (Seite 118): Unternehmen an der Zukunft der Stadt beteiligen – Gewerbesteuerhebesätze erhöhen: Aufträge: Sicherstellung, dass Gewerbesteuerhebesätze regional koordiniert und festgelegt werden; Initiierung harmonisierender Gewerbesteuerhebesätze in der Region (DIE LINKE.)

Auch hier gibt es keine Redebeiträge. Dann können wir das gleich zur Abstimmung stellen. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 19 (Seite 118): Vergnügungssteuer erhöhen (DIE LINKE.)

Auch hier gibt es keinen Redebeitrag. Wir kommen gleich zur Abstimmung. – Auch das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Anträge 20 bis 20 b (Seite 118): Einführung einer Übernachtungspauschale in Karlsruhe (DIE LINKE.)

Auch hier kein Wortbeitrag, damit gleich zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Auf **Seite 118** weise ich noch darauf hin, dass in der 1. Veränderungsliste noch einmal die Umlage für den Kommunalverband für Jugend und Soziales angepasst wurde, sowie in der 1. und 2. Veränderungsliste sowohl Schlüsselzuweisungen vom Land, Familienleistungsausgleich, sonstige Zuweisung nach § 11 FaG, Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, FaG-Umlage, Status Quo-Ausgleich. Das hat alles vor allem mit der Steuerschätzung November zu tun.

Auf der **Seite 123** ist über die 1. Veränderungsliste der zentrale Ansatz für das IT-Budget noch einmal verändert worden. Darauf hatten wir an anderer Stelle auch schon hingewiesen. Damit wäre der Teilhaushalt 2000 Finanzen für heute erledigt.

Ich rufe auf den **Teilhaushalt 3000** Zentraler Juristischer Dienst und gehe mit Ihnen auf die **Seite 131**.

Antrag 21 (Seite 131): Schaffung einer Personalstelle der/des Antirassismusbeauftragten, (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Manchmal wird uns nachgesagt, dass wir unserer Zeit voraus sind. Vermutlich sind wir es an der Stelle auch, weil wir heute wiederum einen Antrag stellen, wo wir fest davon ausgehen werden, dass wir in den nächsten Jahren genau diesen beschließen und nur über den Zeitraum diskutieren werden. Wir haben im vergangenen Jahr zwei Anträge gestellt, die alle sowohl das Thema Antirassismus, als auch die Situation von queeren Menschen in der Stadt behandelt haben, einmal ein Antrag des Aktionsbündnis gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Diskriminierung jeglicher Art von der LINKE.-Fraktion, der mehrheitlich angenommen wurde, und einmal einen Antrag von SPD und GRÜNE zu dem Thema Stärkung von queeren Strukturen vor Ort, wo auch das Thema der Interessensvertretung von queeren Menschen in der Stadt aufgegriffen wird. Wir sehen bei beiden einen Bedarf, dass wir weiterhin auch auf der Stadtseite zusätzliche Stellen schaffen, weil es nicht darum geht, dass die Stadt alle Aufgaben übernimmt, die zum Teil von der Zivilgesellschaft und vielen sozialen Strukturen vor Ort kommen, sondern in Form einer koordinativen Rolle, die konzeptionell weiterarbeitet, die Lücken identifiziert, die auch Stärken erkennt und dementsprechend Schwerpunkt setzt und dazu führt, dass wir die Strukturen, die wir vor Ort hier in Karlsruhe haben, verbinden, ausbauen und weiter stärken. Denn beides sind wichtige Themen. Beides sind Themen, die wir in der Zukunft bearbeiten müssen, weil wir trotz der Fortschritte der vergangenen Jahre immer noch eine Diskriminierung in der Gesellschaft tagtäglich erkennen können.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Das Anliegen unterstützen wir natürlich auch. Wir wollen auf jeden Fall, dass die Antirassismus-Tage, die Antirassismus-Wochen wieder durchgeführt werden. Jetzt ist es so, dass es im Augenblick Überlegungen gibt innerhalb der Gruppierungen, wie man weiter macht, in welchem Rhythmus man die Antirassismus-Wochen durchführt und ob sie überhaupt in diesem Jahr 2021 wie in der Vergangenheit durchgeführt werden können. Von daher ist es im Augenblick auch nicht sinnvoll und notwendig, dass wir jetzt eine Stelle schaffen. Wir werden uns auf jeden Fall mit diesem Thema erneut wieder intensiv befassen, wenn es um den Haushalt für 2022/23 geht. Von daher würden wir heute diesen Antrag – nicht aber das Anliegen als solches, dass wir wieder aktiv werden – nicht unterstützen.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Die CDU-Fraktion verfolgt die klare Linie, eine solide Haushaltspolitik zu betreiben. Daher stimmen wir grundsätzlich neuen Stellenschaffungen nicht zu. Zu diesem speziellen Punkt möchten wir aber auch darauf hinweisen, dass uns natürlich Antirassismus, Antiextremismus eine wichtige Sache ist. Wir haben in Karlsruhe aber gute Strukturen. Wir haben bereits die Antidiskriminierungsstelle, in deren Kern- und Aufgabenbereich genau diese Thematik fällt. Wir haben die Wochen gegen Rassismus. Hier werden wir uns weiter einbringen.

Stadtrat Marvi (SPD): Ich glaube, dass man jetzt nicht unbedingt die Verbindung zu den Wochen gegen Rassismus – über die wir noch reden werden – angesichts dieser Stellenschaffung herstellen muss. Aber ich will auch unsere Redezeit als SPD-Fraktion nicht aufbrauchen, um zu jeder einzelnen zu argumentieren, da man ganz grundsätzlich mit dem Thema Stellenschaffung im nächsten Haushalt umgehen will. Wir haben eine sehr extrem angespannte Haushaltssituation. Viele dieser Stellenschaffungen, die hier beantragt sind, sind gut gemeint und umfassen wichtige Themen. Aber wir werden – das sage ich ganz allgemein - uns extremst bei diesem Thema zurückhalten und nur ganz gezielt und punktuell für mehr Personalbedarf stimmen,

dann auch gerne mit Sperrvermerk. Wir wollen in diesen Haushaltszeiten die Bedingungen für die Beschäftigten bei der Stadt Karlsruhe verbessern. Auch daher müssen wir Maß halten bei einem weiteren deutlichen Anstieg von Ausgaben für neue Stellen.

Stadtrat Riebel (GRÜNE): Wie die Kollegin Rastätter schon gesagt hat, sehen wir es kritisch mit dem Antirassismusbeauftragten. Aber das gleiche gilt auch für die LSBTTIQ-Stelle. Denn dazu brauchen wir erst einmal ein umfassendes Konzept. Wir haben einen Antrag dazu gestellt, haben aber gesagt, es soll noch einmal im Sozialausschuss beraten werden. Das müssen wir abwarten. Wir müssen die Community richtig einbinden. Daher müssen wir diesen Antrag auch erst einmal ablehnen und hoffen dann, dass es im nächsten Jahr klappt mit dem Konzept. Dann können wir 2022/23 das dann sicherlich auch in den Haushalt einstellen und davor ausgiebig beraten.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir haben bestimmt viele Themen in unserer Gesellschaft, die es wert sind zu diskutieren. Aber gerade dieses Jahr haben wir keine Möglichkeit, Stellen zu bewilligen. Ich denke, wir können das in 2022/23 wieder diskutieren.

Der Vorsitzende: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr und rufe die Ordnungsziffer 21 zur Abstimmung auf. Da geht es um den Antirassismusbeauftragten. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 22 (Seite 131): Einrichtung einer Stelle zur Interessenvertretung der LSBTTIQ-Community (DIE LINKE.)

Ich bitte auch hier um Ihr Votum. – Das ist auch **mehrheitlich abgelehnt**.

Auf der **Seite 131** ist noch zu vermelden, dass wir über die 1. Veränderungsliste Rechtsanwaltskosten zum Hochwasserpolder Bellenkopf-Rappenwört eingestellt haben und über die 2. Veränderungsliste die Schaffung einer Vollzeitstelle bei der Kontaktstelle Frau und Beruf. Diese eine Vollzeitstelle ergibt sich aus der halben Stelle, die wir schon einmal miteinander vereinbart hatten, plus einer weiteren halben Stelle, die wir einrichten können, weil wir jetzt eine 50-%-Förderung durch das Land bekommen. Insofern können wir diese Kontaktstelle auf etwas kleinerem Niveau fortsetzen und bekommen es aber zur Hälfte vom Land finanziert. So hatten wir es vereinbart.

Ich darf auf der **Seite 138** noch in der 1. Veränderungsliste bekannt geben, dass wir hier noch ein IT-Projekt zum Erwerb DV-Software Grundstücksbewertungsstelle kostentechnisch eingepflegt haben. Damit wäre der Teilhaushalt 3000 beendet.

Ich würde meinen, dass wir jetzt die 15 Minuten Pause machen und dann unsere Sitzung fortsetzen. Wir überspringen den Teilhaushalt 3100 und würden dann gleich mit 3200 fortfahren. Wir sehen uns in 15 Minuten wieder. Das ist dann 10:53 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung von 10:38 bis 10:53 Uhr)

Ich bitte Sie, wieder Ihre Plätze einzunehmen. Den Teilhaushalt 3100 wollen wir direkt nach der Mittagspause aufrufen. Ich nehme Sie jetzt mit auf die **Seite 159**, in den **Teilhaushalt 3200** Ordnungs- und Bürgerwesen.

Hier liegen zwei etwas konträre Anträge vor, nämlich

Antrag 73 (Seite 159): Kommunalen Ordnungsdienst, Stellenschaffung 10 Vollzeitstellen (AfD)
Antrag 74 (Seite 159): Kommunalen Ordnungsdienst, Stellenreduzierung 10 Vollzeitstellen (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Ich denke, die können wir gemeinsam diskutieren, da dafür immer gegen das andere sein bedeutet.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich habe es eingangs schon begründet. Es ist offensichtlich, wir haben zu wenig Polizei. Deswegen brauchen wir mehr KOD. Deswegen bitten wir um Unterstützung für diesen Antrag.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Wir haben zu wenig Polizei. Wir haben zu wenig Landespolizei. Denn Polizei ist eine Landesaufgabe. Das war von Anfang an ein falscher Weg, von der Mehrheit des Hauses und auch von der Verwaltung so gewollt, dass wir als Kommune hoheitliche Landesaufgaben übernehmen. Das heißt, wir stellen ein und schaffen Stellen für den kommunalen Ordnungsdienst. Das ist grundsätzlich ein falscher Weg. Schon allein aus diesem Grund sollte man den Weg nicht weitergehen, geschweige denn ausbauen, vor dem Hintergrund des Haushaltes, dass eingespart werden muss. Das ist das große Credo hier im Haus in den letzten zwei Stunden, von der Bürgermeisterbank her, aber auch hier aus dem Haus. In diesem Fall interessiert das offensichtlich niemand. Hier hätten wir Möglichkeiten, Geld nicht in den Haushalt zu stellen, herauszunehmen aus dem Haushalt, um für Anträge, die jetzt positiv beschieden werden, eine Gegenfinanzierung zu haben. Aus diesen Gründen muss und sollte unserem Antrag zugestimmt werden. Ich weiß natürlich, wie jetzt die Reflexe hoch gehen von den Befürwortern. Aber Sie sind letztendlich nicht konsequent. Ich sage das an die große Fraktion auf der rechten Seite des Hauses. Wenn man Ihre Argumentation nimmt die ganze Zeit, was Stellen betrifft und was den Haushalt betrifft, müssten Sie diesem Antrag zustimmen und natürlich dem Antrag der Fraktion ganz rechts außen nicht zustimmen. Es geht darum, den Haushalt zu entlasten. Es geht aber politisch vor allem darum, als Kommune keine Landesaufgaben zu übernehmen.

Stadträtin Bischoff (GRÜNE): Die letzte Kriminalitätsstatistik hat gezeigt, dass allgemein im Stadtgebiet die Anzahl der Straftaten rückgängig ist. Das ist aber ein Trend, der nicht für alle Bereiche in der Stadt und auch nicht für alle Straftaten gilt. Unserer Meinung nach muss, um das subjektive Sicherheitsgefühl und die tatsächliche Sicherheitslage wieder in Einklang zu bringen, ein richtiges Maß gefunden werden. Auf der einen Seite durch präventive Maßnahmen, aber auch dort, wo es notwendig ist, durch entsprechende Präsenz der Ordnungskräfte. Unserer Meinung nach ist der KOD das richtige Mittel. Wir werden daher dem Antrag der Erhöhung der Stellen nicht zustimmen, da wir der Meinung sind, dass das Personal entsprechend ausgestattet ist. Wir haben es gehört, in den letzten Jahren gab es bereits eine Aufstockung der Stellen. Wir werden aber auch nicht einer Streichung der Stellen nicht zustimmen.

Stadtrat Müller (CDU): Herr Kollege Cramer, die einzigen Reflexe, die ich jetzt zu diesen Punkten wahrgenommen habe, waren die vorausschaubaren Reflexe der jeweiligen Antragsteller und sonst keine. Wir lehnen die Stellenzuwächse beim KOD ab. Allein schon vor dem Hintergrund, dass wir im letzten Haushalt einen Stellenzuwachs beschlossen haben in diesem

Gemeinderat. Wir halten diese geschaffenen Stellen für ausreichend und sehen einer weiteren Stellenerhöhung nicht entgegen. Aber wir sehen genauso eine Stellenreduzierung für wenig sinnvoll. Ich warne davor, es gleichsetzen zu wollen. Der KOD als solches ist in der Tat keine Landespolizei, hat in dem Sinne auch keine polizeihoeheitlichen Tätigkeiten zu erfüllen. Aber – das ist der Kern der ganzen Sache – der KOD leistet keine Ersatzarbeit, sondern eine wichtige Ergänzungsarbeit in unserer Stadt. Auch die Stadt als kommunale Polizeibehörde bedarf eines gewissen Personalstammes, um ihre Aufgaben auch nachhaltig erfüllen zu können. Deswegen halten wir nach wie vor am KOD fest, sehen aber sowohl eine Stellenweitung als auch Stellenreduzierung in keinem Fall.

Stadtrat Marvi (SPD): Dieses Thema löst bei mir gar keine Reflexe mehr aus. Seitdem ich dem Gemeinderat angehöre, diskutieren wir in jeder Haushaltsberatung über das Thema KOD rauf und runter. Da sind wir alle langsam aber sicher abgehärtet. Ich habe auch immer die gleichen Redebeiträge zu dem Thema. Von daher ist alles okay. Der KOD – da kennen Sie die Haltung meiner Fraktion – ist für uns eine Erfolgsgeschichte. Wir standen von Anfang an – das ist jetzt auch schon fast 10 Jahre her, dass der KOD hier etabliert wurde – neben der Union und den Freien Wählern immer zu dieser Institution. Sie ist für uns kein Ersatz für die Arbeit unserer Polizei, das kam gerade im Wortbeitrag schon klar zum Ausdruck, sondern eine Einheit, die orientiert an unseren kommunalen Möglichkeiten dieses Thema unterstützt, Sicherheit unterstützt, polizeiliche Arbeit ergänzt, ein Ansprechpartner für die Bevölkerung bildet und das Sicherheitsgefühl in unserer Stadt verstärkt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des KOD leisten gute Arbeit mit mehreren Tausend Ein-sätzen pro Jahr. Sie haben einen wichtigen Beitrag zum Leben in unserer Stadt. Ihre Arbeit ist wichtig. Der KOD wird gebraucht. Deswegen halten wir am KOD so fest, wie er heute ist.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich bin auch ganz reflexlos. Wir haben oft über den KOD gesprochen. Der KOD macht eine sehr gute Arbeit. Selbstverständlich hat Kollege Cramer Recht. Das ist eine Landesaufgabe. Aber wir wollen mehr Polizei, wir wollen nicht mehr KOD.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Grundsätzlich haben wir gemerkt, dass wir Freien Wähler uns heute sehr zurückhalten angesichts der angespannten Haushaltslage, angesichts der Auswirkungen der Pandemie namens Corona. So werden wir uns auch in den nächsten Abstimmungen verhalten. Wir haben versucht, einen ausgeglichenen Haushalt zu planen und auch so unsere Anträge zu leisten. So werden wir auch heute bei diesem Punkt stimmen. Der Kollege Marvi hat bereits ausführlich berichtet, dass wir als Freie Wähler mit der CDU und der SPD der Einführung des KOD zugestimmt haben. Wir halten diese Entscheidung heute für genauso richtig wie damals. Denn der KOD flankiert die Polizei. Ich hätte mir aber gewünscht, dass die Landesregierung seit damals die Landespolizei gestärkt hätte. Es ist nicht der Fall. Aber angesichts der jetzigen Haushaltslage können wir einer Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes, der wirklich sehr gute Arbeit macht, auch im Rahmen der Pandemie, nicht zustimmen. Wir werden aber auch einer Reduzierung nicht zustimmen. Denn wir wollen diesem Ordnungsdienst in seiner Stärke, die jetzt Optimalmaß hat, nicht entgegenlaufen.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. Ich rufe auf Antrag Nr. 73, der Antrag der AfD. – Das ist damit **mehrheitlich abgelehnt**.

Ich rufe auf Antrag Nr. 74, ein interfraktioneller Antrag KAL/Die PARTEI, DIE LINKE. – Auch das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir verlassen den Teilhaushalt 3200 und kommen in den **Teilhaushalt 3700**, die Feuerwehr, auf die **Seite 167**.

Antrag 75 (Seite 167): Ausstattung Jugend-/Kinderfeuerwehr (Beschaffung Helme) (GRÜNE)

Antrag 76 (Seite 167): Ausstattung Jugend-/Kinderfeuerwehr (Beschaffung Helme) (SPD)

Antrag 77 (Seite 167): Ausstattung Jugend-/Kinderfeuerwehr (Beschaffung Helme) (DIE LINKE.)

Die Anträge haben sich aus unserer Sicht **erledigt**. Wir haben die Beschaffung dieser Helme bereits ins Jahr 2020 hineingenommen.

Antrag 78 (Seite 167): Freier Schwimmbadunterricht für Jugendfeuerwehr (DIE LINKE.)

Es gibt keinen Redebeitrag. Dann können wir gleich zur Abstimmung kommen. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Auf der **Seite 167** beziehungsweise **Seite 178** darf ich zur 1. Veränderungsliste ergänzen, dass es hier um den Wirtschaftsplan 2021 der Integrierten Leitstelle geht. Auf der **Seite 171** geht es jetzt mit den Anträgen weiter.

Antrag 79 (Seite 171): Beschaffung digitaler Meldeempfänger (GRÜNE)

Antrag 80 (Seite 171): Beschaffung digitaler Meldeempfänger (DIE LINKE.)

Auch das können wir als **erledigt** betrachten. Das haben wir 2020 bereits vorgenommen.

Antrag 81 (Seite 171): Vorgezogene Beschaffung von zwei Feuerwehrfahrzeugen (LF 10) (DIE LINKE.)

Antrag 82 (Seite 171): Vorgezogene Beschaffung von zwei Feuerwehrfahrzeugen (LF 10) (FW|FÜR)

Lfd. Nr. 1 Liste Finanzierungsvorbehalt: Fahrzeugbeschaffungen der Branddirektion

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Es ist so, dass diese Fahrzeuge eigentlich schon geplant sind. Wir wollten vorgreifen in der Geschichte. Ich bin mir nicht sicher, weil ich nicht auf diese Vorlage zugreifen kann. Vielleicht eine kurze Stellungnahme.

Der Vorsitzende: Wenn ich das richtig sehe, geht es darum, dass die beiden Anträge begehren, dass wir sofort diese Fahrzeuge beschaffen sollen, während wir Ihnen vorschlagen, es erst einmal teilzubeschaffen und dann in einer zweiten Tranche zu beschaffen. Insofern gibt es zwei Änderungsanträge, die aber dasselbe begehren, dass man jetzt gleich beides beschafft. Die würde ich jetzt zur Abstimmung stellen und dann die eventuell veränderte Beschlussvorlage der Verwaltung.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Dann will ich doch etwas zu dem Antrag sagen. Es geht darum, diese Fahrzeuge sind geplant und sollen tatsächlich beschafft werden. Der Grund unseres Antrags ist, dass man uns klar gemacht hat, wenn wir diese vier Fahrzeuge jetzt nicht bestellen, sind zwei Fahrzeuge für die Seminare und wären praxisgebunden, das heißt, dass es für den

Bevölkerungseinsatz zwei Fahrzeuge weniger wären. Das ist die Intention dieses Antrags von unserer Seite.

Der Vorsitzende: Von der fachlichen Seite wird das wohl so nicht gesehen. Ich kann Ihnen noch einmal kurz den Vermerk hier vorlesen. Wir wollen zwei Fahrzeuge 2021 beschaffen und zwei weitere 2023. Den Forderungen nach Baugleichheit und Skaleneffekten kann mit dem vorgeschlagenen Vorgehen vollständig nachgekommen werden, so dass keine Nachteile entstehen. Aus unserer Sicht gibt es keinen dringlichen Bedarf auf eine sofortige Beschaffung aller Fahrzeuge. Das ist die fachliche Stellungnahme von unserer Seite.

Stadträtin Großmann (GRÜNE): Das sehen wir ähnlich. Wir stimmen aus finanziellen Gründen der Anschaffung von vier statt nur zwei Löschfahrzeugen nicht zu. Das ist in unseren Augen nicht zwingend notwendig. Die Fahrzeuge sind nicht verkehrsgefährdend oder nicht im Einsatz. Sie sind voll funktionsfähig und sollten so lange wie möglich eingesetzt werden. Wir halten das für Ressourcenverschwendung, wenn die Fahrzeuge ohne Not ausgemustert werden. In zwei Jahren gibt es eventuell sogar modernere Fahrzeuge, die das Klima weniger belasten.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Das muss man jetzt doch einmal richtig und offen betonen: Es gibt und es gab nie Sicherheitsprobleme in dieser Stadt, weil ein Fahrzeug in dieser Stadt Karlsruhe nicht vorhanden ist. Es ist ein Zusatzfahrzeug. Es wäre wünschenswert. Aber in der jetzigen Situation, wie wir finanziell aufgestellt sind, müssen wir nichts mehr dazu sagen. Ich glaube, wir alle in diesem Hause stehen zu dieser Feuerwehr, seien es die freiwilligen oder seien es die Berufsfeuerwehren in dieser Stadt. Sie leisten einen hervorragenden Dienst. Uns ist die Feuerwehr recht und teuer genug. Ich glaube, das war schon immer ein Grundsatz, an den wir uns auch in diesem Falle ausnahmsweise halten müssen. Wir können leider nicht zustimmen.

Stadträtin Ernemann (SPD): Ich muss allen Vorredner, mit Ausnahme von Herrn Wenzel, Recht geben. Meine Fraktion sieht das genauso. Obwohl indirekt auch meine Freiwillige Feuerwehr in Hohenwettersbach betroffen ist, die jetzt noch länger auf ihr Fahrzeug warten muss. Wir sehen es aber genauso. Unsere Feuerwehr hat eine exzellente Ausstattung. Das ist bekannt, über die Stadtgrenzen hinaus. Insofern sehen wir im Moment keine Notwendigkeit. Wir sind mit der Vorlage der Verwaltung einverstanden.

Der Vorsitzende: Ich rufe jetzt die beiden Änderungsanträge auf, die begehren, dass alle Fahrzeuge sofort beschafft werden. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann rufe ich die unveränderte Vorlage der Verwaltung auf, dass wir die zwei Fahrzeuge 2021 beschaffen. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Ich darf noch darauf verweisen, dass über die 1. Veränderungsliste auf der **Seite 121** die IP-Mittel beim Stadtamt Durlach für Feuerwehr und die IP-Mittel Stadtamt Durlach für Klimatisierung der Unterrichtsräume Freiwillige Feuerwehr Durlach eingestellt wurden, sowie auf der **Seite 174** Einzahlungen aus Investitionszuwendungen für die Bootshalle.

Damit wäre der **Teilhaushalt 3700** abgeschlossen. Wir kommen zum **Teilhaushalt 4000** Schulen und Sport. Ich nehme Sie jetzt mit auf die **Seite 183**.

Antrag 83 (Seite 183): Ausbau Ganztagesgrundschulen stoppen (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Als wir vor sechs Jahren mit dem Ausbau der Ganztagsgrundschulen angefangen haben, gab es eine Umfrage, die die Stadt angestrengt hat, auf deren Basis argumentiert wurde, dass Ganztagsgrundschulen ausgebaut werden müssen. 20 % der Befragten wollten gar keine Betreuung haben. Vom Rest war es ungefähr so, dass die Hälfte die Ganztagsgrundschule wollte und die andere Hälfte wollte die konventionelle Grundschule mit einer Hortbetreuung nachmittags, weil die Hortbetreuung flexibel ist, im Gegensatz zur reglementierten Ganztagschule. Dieser Anteil von 35 % der Befürworter der Ganztagsgrundschule ist jetzt erreicht mit dem Ausbau der Ganztagsgrundschulen. Wenn wir also weiter Ganztagsgrundschulen einführen würden, würden wir dem Willen der Bevölkerung nicht mehr entsprechen, sondern letztendlich gegen den Willen der Bevölkerung weiter Ganztagsgrundschulen ausbauen. Deswegen plädieren wir dafür, damit jetzt aufzuhören.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Selbstverständlich bleiben wir dabei, dass wir die Ganztageschulen in unserer Stadt weiter ausbauen. Die Ganztagschule ist ein hervorragendes Angebot für Kinder mit allen Begabungen und allen Potentialen. Sie ist eine rhythmisierte Schule, in der Freizeitangebote mit Unterricht kindgerecht und optimal umgesetzt werden können. Die Zeiten sind so, dass immer mehr Familien dieses verlässliche und gute Angebot nutzen. Ganztags ist ohnehin eine Aufgabe des Landes. Von daher stehen wir zum Ausbau der Ganztagschule. Man muss dazu sagen, dass keine Eltern gezwungen werden, ihr Kind in eine Ganztagschule zu geben. Das ist nach wie vor ein freiwilliges Angebot. Dieses gute Angebot wollen wir überall in den Stadtteilen den Eltern zur Verfügung stellen. Dann können die Eltern tatsächlich wählen, ob sie eine Halbtagschule oder eine Ganztagschule wollen. Deshalb bleiben wir dabei. Wir werden den Ausbau konsequent weiter fortsetzen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Auch dieser Antrag bedient wieder ein Narrativ nach dem Motto „Ganztags versus Hort“. Ich denke, das ist nicht zielführend. Wir haben immer gesagt, wir brauchen einen bedarfsgerechten Ausbau der Ganztageschulen und werden sukzessive zustimmen, wenn es bedarfsgerecht ist. Wir brauchen aber sicherlich in dem Bereich Ganztagesausbau – aber das ist nicht Thema – eine stärkere Fokussierung, vielleicht auch auf die gebundene Form. Und alternativ dazu einen Halbtags mit ergänzender Betreuung, auch mit Hort. Aber das hat nichts damit zu tun, den Ausbau zu stoppen, wenn er gefordert wird. Außerdem, wie Kollegin Rastätter schon sagte, ist es eine Aufgabe, die insbesondere das Land zu tun hat und mit der die Stadt nur als Träger der Schulen mitverbunden ist. Von daher hat dieser Antrag hier nichts verloren.

Stadträtin Uysal (SPD): Am 24.11.2015 wurde hier im Gemeinderat mehrheitlich beschlossen, dass die Ganztagschulen das Basismodell der Schule-Kind-Betreuung darstellt und der Betreuungsbedarf zunächst hierüber gedeckt werden soll. Dieses Angebot wird bedarfsweise durch eine flexible Nachmittagsbetreuung ergänzt. Hinzu kommt, dass wir weitere Betreuungsangebote neben dem Basismodell Ganztagschulen haben, wie zum Beispiel den Hort. Dieser Antrag, der übrigens im letzten Haushalt wortgleich beantwortet wurde, möchte den Ausbau der Ganztagschulen stoppen. Er möchte nicht nur den Ausbau stoppen, sondern auch die Wahlfreiheit der Eltern einschränken und die vielfältige Schullandschaft hier vor Ort nicht respektieren. In jüngster Zeit haben wir neben der Ganztagschule auch vielen weiteren Betreuungsmodellen zugestimmt. Ich erwähne hier nur Knielingen. Ihr Antrag geht ideologischen Vorstellungen nach und ist deshalb nicht zielführend. Zielführend wäre, sich zu überlegen, wie man es schafft, Parallelstrukturen abzubauen und gleichzeitig gezielt zu erwähnen, an welchen Standorten

Hortplätze von Bedarf sind. Wir haben den Eindruck, dass Sie zum wiederholten Mal Hortplätze fordern, ohne dabei eine konkrete Vorstellung für die Umsetzung und ein Konzept zu haben. Deshalb ein klares Nein auch heute.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortbeiträge. Dann kommen wir zur Abstimmung. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 84 (Seite 183): Kostenloses Mittagessen an Ganztageschulen (DIE LINKE.)

Antrag 85 (Seite 183): Benutzungsentgelte für verlässliche Grundschulen streichen (DIE LINKE.)

Antrag 86 (Seite 183): Kostenlose flexible Nachmittags- und Ferienbetreuung (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Dieser Redebetrag behandelt dann auch alle weiteren Anträge im Bereich Bildung. Für uns als LINKE. ist das Thema, ein sozialgerechtes Bildungssystem zu schaffen, ein Kernanliegen. Dieses sozialgerechte Bildungssystem ist nicht nur das, was wir über Lehrpläne sicherstellen können, sondern auch über den Zugang für Menschen mit geringem Einkommen, besonders für die Kinder und Jugendliche, nämlich den Weg zur Schule kostenlos zu gestalten, das Mittagessen, die Betreuung danach und viele weitere Themen. Auch vor der Schule die gebührenfreie Kita und danach auch das Thema Fachschulen. Das ist ein Bereich, den wir als sehr wichtig erachten und in dem wir weiterhin nächste Schritte gehen müssen, wohlwissend, dass wir eine schwierige Finanzsituation haben. Aber wir sind einen Weg gegangen. Wir können ihn nur Schritt für Schritt gehen. Leider wurden unsere Finanzanträge vorhin abgelehnt. Sonst hätten wir ein dementsprechendes Volumen gehabt, um alle Anträge zu machen. Wir halten aber weiterhin an den Anträgen fest. Sie sind richtig. Wir müssen daran arbeiten, dass alle Kinder aus Familien mit geringem Einkommen einen guten Zugang zum Bildungssystem haben. Deshalb werden wir die Anträge auch zur Abstimmung stellen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Auch uns liegen ein hervorragendes Bildungswesen und sozialgerechte Angebote für Familien sehr am Herzen. Aber gerecht ist nicht, dass man alle über einen Kamm schert, sondern Gerechtigkeit liegt darin begründet, dass wir diejenigen unterstützen, die mehr Unterstützung brauchen. Das sind in unserem Falle in unserer Stadt die armen Familien, die Familien mit besonderen schwierigen Lebenslagen. Hier haben wir über den Kinderpass die Möglichkeit, einen immer höher werdenden Anteil von Kindern und ihre Familien stärker zu entlasten. Von daher ist es gerecht, wenn wir von denjenigen, die angesichts der schwierigen Haushaltslage ihren Beitrag leisten können - die Beiträge sind ohnehin in Karlsruhe sehr moderat - weiterhin Gebühren verlangen. Das betrifft auch das Mittagessen. Unser Ziel ist, an allen Ganztageseinrichtungen ein Schulmittagessen, ein Mittagessen in den Kindertagesstätten von hoher Qualität anzubieten. Das hat hohe Priorität, mit hervorragenden Produkten, kindgerecht usw. Das sind für uns die zentralen Ziele, auch immer mehr Bioqualität anzubieten. Von daher ist es so, dass bei Kindern mit Kinderpass gerade auch die Eltern entlastet werden von den Kosten für das Schulmittagessen. Daher sehen wir keine Notwendigkeit, das Schulmittagessen für alle kostenlos anzubieten. Aber wir stehen für soziale Gerechtigkeit und Entlastung von allen, die diese Unterstützung brauchen.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Ich spreche jetzt auch für die Anträge Nrn. 84 – 86. Das Ansinnen dieser Anträge, belastete Familien zu unterstützen, ist gut und richtig. Auch meiner Fraktion ist Bildungsgerechtigkeit sehr wichtig. Ich denke aber, dass wir auch in den vergangenen Jahren gezeigt haben hier im Haus, dass wir viele Dinge unternehmen, um diese

Bildungsgerechtigkeit auch weiter zur Verfügung zu stellen. In diesen Anträgen sehen wir jetzt nicht, dass der kommunale Haushalt einspringen müsste. Denn es gibt – die Kollegin hat es schon gesagt – verschiedene Möglichkeiten, die Erstattungen zu bekommen, zum einen über den Karlsruher Kinderpass, es ist ein Ferienbetreuungsangebot möglich, das Bildungs- und Teilhabepaket übernimmt manche Leistungen. Gerade beim Mittagessen möchte meine Fraktion auf die vielen privaten Initiativen hinweisen, die hier unterstützend tätig sind. Ich denke an den Karlsruher Kindertisch, der jeden Tag 500 Mittagessen bezahlt, über Spenden privater und institutioneller Organisationen, für Kinder, die sonst kein warmes Essen bekommen in unserer Stadt. Ich denke, dieses Paket insgesamt ist schon gut. Deswegen müssen wir heute diese Anträge ablehnen.

Stadträtin Uysal (SPD): Ich werde mich kurzhalten. Die Kollegin Rastätter hat es schon formuliert. Wir werden auch heute diesem Antrag nicht zustimmen.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich bewundere die linke Medienstrategie. Ich finde das ganz elegant und intelligent, dass man immer sein Programm hier im Gemeinderat als Schaufenster für die Medien darstellt, auch wenn man weiß, dass es abgelehnt wird. Kompliment für die Medienstrategie. Das ist nicht nur heute sehr deutlich. Das ist generell eine sehr intelligente Medienstrategie.

Wir sind alle an den Schulen interessiert. Bei dem Mittagessen ist es sogar so, dass wir das als FDP-Gemeinderatsfraktion vor acht Jahren im Haushalt auch vorgeschlagen haben. Aber es ist jetzt nicht die Zeit dafür. Deshalb lehnen wir das ab. Aber noch einmal: Ein Kompliment für die linke Medienstrategie. Die Medien gehen auch darauf ein.

Stadtrat Schnell (AfD): Nur kurz eine Bemerkung zu den Fachschulen: Die Kosten sind im Vergleich der Städte in Baden-Württemberg für die Besucher dieser Fachschulen ganz unterschiedlich, auch die Kostendeckungsgrade sind ganz unterschiedlich. Aber es ist insbesondere interessant, dass die Städte mit den höchsten Kostendeckungsgraden bei weitem nicht die höchsten Kosten haben. Deshalb würde ich sagen, hier ist Optimierungsbedarf. Wenn man Beiträge senken will, sollte man erst darauf schauen, ob man die ...

(Zurufe)

Wir hatten vorhin das Thema mit den Fachschulen mit dabei. Deswegen spreche ich jetzt zu dem Thema. Deshalb sollte man erst einmal schauen, ob man Optimierungspotential hat, um die Kosten zu senken für die Schüler, ohne dass wir auf Einnahmen verzichten.

Der Vorsitzende: Ich würde vorschlagen, dass wir über die Anträge Nrn. 84 – 86 hintereinander abstimmen. Ich sehe jetzt keinen Widerspruch. Dann rufe ich den Antrag Nr. 84, DIE LINKE., kostenloses Mittagessen an Ganztagschulen, auf. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe auf Antrag Nr. 85, ebenfalls DIE LINKE., Benutzungsentgelte für verlässliche Grundschule streichen. – Auch das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir kommen zum Antrag Nr. 86, ein Antrag DIE LINKE., Kostenlose flexible Nachmittags- und Ferienbetreuung. – Das ist auch eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte generell noch einmal darauf hinweisen, dass wir an anderer Stelle sicherlich auch noch darüber reden, wie wir die Verbesserung der Lebenssituation von armen Familien in den Griff bekommen. Wobei ich glaube, dass wir im interkommunalen Vergleich schon sehr gut aufgestellt sind. Ich habe im Moment manchmal den Eindruck, es entsteht der Eindruck, nur was umsonst ist, ist gut. Das passt aber nicht zu unserem Gesellschaftsmodell, wenn man zum Beispiel gleichzeitig fordert, dass es angemessene Tarifierhöhungen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt, wozu ich mich ausdrücklich bekenne. Aber dann ist umgekehrt unlogisch zu sagen, alles, was die öffentliche Hand anbietet, muss aber umsonst sein. Nur dann ist es wirklich gerecht. Da bitte ich noch einmal alle, die auf der Linie liegen, nachzudenken, ob das von der Bevölkerung dann auch immer so gesehen wird.

Antrag 87 (Seite 183): Schulgelder an Fachschulen absenken bzw. abschaffen (SPD, KAL/DIE PARTEI)

Antrag 87 a (Seite 183): Schulgelder an Fachschulen absenken bzw. abschaffen (DIE LINKE.)

Antrag 88 (Seite 183): Schulgelder an Fachschulen absenken bzw. abschaffen (GRÜNE)

Stadträtin Uysal (SPD): Wie bereits im Mai 2019 und in meiner Haushaltsrede angekündigt, freue ich mich heute darauf, diesen Antrag einbringen zu dürfen. Wie wir wissen, besteht an allen öffentlichen Schulen, mit Ausnahme der Fachschulen, Schulgeld- und Lernmittelfreiheit. Gerade die Techniker- und Meisterweiterbildung ist für unsere Region im wahrsten Sinne des Wortes wertvoll, wenn nicht gar essentiell. Mit der Weiterbildung an den Fachschulen ist es möglich, dringend benötigte Fachkräfte mit hoher Qualifikation nach Karlsruhe zu locken, von denen dann viele anschließend hier bei uns bleiben. Die Gebühren der Fachschulen in Karlsruhe sind landesweit die höchsten und liegen deutlich über denen anderer Standorte. Gebühren sind für angehende Fachschülerinnen und Fachschüler wichtige Entscheidungskriterien bei der Wahl des Standortes, wenn man auch noch bedenkt, was diese Schülerinnen und Schüler noch alles bezahlen müssen, wie Miete, Fachliteratur, Computer usw. Wir stehen landesweit und sogar teils bundesweit und jetzt noch mit Stuttgart in Konkurrenz. Um dringend benötigte Fachkräfte für die Region zu gewinnen, ist es unumgänglich, die Schulgelder abzuschaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNE-Fraktion, ich bin etwas irritiert über Ihren Antrag. Ich meine mich zu erinnern, als ich diesen Antrag im Mai 2019 eingebracht hatte, haben Sie, Frau Rastätter, ganz eloquent für die Gebührenabschaffung plädiert. Heute sprechen Sie von einer Reduzierung. Wir finden eine Reduzierung nicht zielführend. Nicht zielführend deshalb, weil wir unseren Standort dadurch nicht attraktiv machen. Die Schülerinnen und Schüler werden trotzdem die kostenneutralen Angebote in unmittelbarer Nachbarschaft bevorzugen. Investitionen in Fachschulen sind unmittelbare Zukunftsinvestitionen für den lokalen Wirtschafts-, Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Lassen Sie uns doch gemeinsam für das Weiterbestehen der Fachschulen mit der Gebührenabschaffung ein klares Signal setzen, ein klares Signal für Bildungsgerechtigkeit und ein klares Signal für Fachkräfte sichern. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie diesen Antrag unterstützen.

Stadträtin Großmann (GRÜNE): Ich möchte darauf hinweisen, dass wir bei unserem Antrag eine Änderung vornehmen möchten. Statt der 35 % Reduktion schlagen wir jetzt 50 % vor.

Ich möchte noch einmal darauf eingehen, wie unsere Gedanken dazu sind. Wir sind auf jeden Fall auch für Bildungsgerechtigkeit. Aber mit den hier aufgeführten Bildungszentren setzen

bereits gut ausgebildete Menschen ihre Berufskarriere durch eine Zusatzausbildung fort. Das ist in keinem anderen Bereich zwingend kostenlos. Wir GRÜNE wollen die Gebühren dieser Bildungszentren an die von anderen Standorten angleichen. Das ist gerecht. Denn Karlsruhe liegt mit seinen Semesterbeiträgen im oberen Bereich zu vergleichbaren Standorten. Mit einer Reduktion der Gebühren um 50 % ist eine Angleichung auf jeden Fall gewährleistet. Eine Abwanderung an andere günstigere Schulen ist dann nicht mehr erforderlich. Kein Mensch fährt, wenn er oder sie in Karlsruhe lebt, jeden Tag mit dem Auto oder mit der Bahn nach Stuttgart, weil dadurch 100 Euro im Monat gespart werden. Die Zeit spielt auch noch eine Rolle. Mit diesem Antrag können wir sicherstellen, dass diese Schulen gegenüber anderen in Baden-Württemberg oder Deutschland konkurrenzfähig bleiben. Wir sind auf jeden Fall der Meinung, dass ein Teil der Gebühren für Fachschüler*innen und Meister*innen bei berufsaufbauenden Bildungszentren wie diesen zumutbar sind.

Der Vorsitzende: Wir haben es mit drei Anträgen zu tun. Der dritte Antrag kommt von DIE LINKE.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Nur ganz kurz: Wir begrüßen, dass wir sehen, dass es doch einen Unterschied macht, wie Kommunalwahlen ausgehen, dass wir heute einen wunderbaren Kompromiss hinbekommen können und einen wichtigen Schritt in Richtung eines guten, qualitativ hochwertigen Bildungssystems in Karlsruhe gehen und an einem Baustein eine Veränderung vornehmen können. Ich glaube, das ist ein wirklich gutes Zeichen, das wir heute in die Gesellschaft aussenden, nämlich dass Weiterbildung auch honoriert und unterstützt wird seitens der Stadt. Zusätzlich zu dem, was wir bereits heute alles unterstützen, wohlgemerkt.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Lieber Kollege Marvi, das letzte Mal hatte ich wirklich die Hoffnung, dass die Sozialdemokratie in Karlsruhe die Wirtschaft versteht. Denn Sie haben einen prägenden Satz zu mir gesagt, als es um kostenlosen ÖPNV ging: Richtiger Antrag, falscher Zeitpunkt. Sie können sich erinnern.

Jetzt möchte ich aber auf diesen Antrag eingehen, der von einer großen Mehrheit dieses Hauses gestellt worden ist. Es ist alles richtig, was gesagt wurde. Das Entscheidende ist, wir dürfen in Karlsruhe keinen Kurs an den Berufsschulen verlieren. Denn wird ein Kurs nicht mehr stattfinden, weil die Schülerzahlen nicht mehr stimmen, dann wird es unheimlich schwierig sein, diesen Kurs im kommenden Jahr neu aufzulegen. Ein ganz entscheidendes Steckenpferd von uns ist es, dass wir die Möglichkeit haben, Facharbeiter mit den Technikern, mit den Mastern hier für unsere Region zu gewinnen. Deshalb ist dieser Antrag mehr als richtig.

Jetzt ist es natürlich nicht ganz einfach. Es ist ein relativ hoher Betrag. Wir reden von 712.000 Euro pro Jahr. Wir haben uns in der Fraktion folgenden Kompromiss überlegt und würden Ihnen den gern vorschlagen: Wir würden die gesamte Summe mitgehen, würden aber sagen, dass wir erst mit dem Doppelhaushalt 2022/23 starten, weil wir auch meinen, dass wir den Schulen eine gewisse Vorlaufzeit geben müssen. Die müssen die Kurse immer ausschreiben. Sie werden auch bundesweit ausgeschrieben. Ich glaube, dass das eine gewisse Vorlaufzeit braucht und wir im kommenden Doppelhaushalt den gesamten Betrag mittragen würden beziehungsweise heute einen Grundsatzbeschluss. Dafür bitten wir um Ihre Unterstützung für den Doppelhaushalt 2022/23.

Stadtrat Jooß (FDP): Wie immer, in meiner Brust schlagen zwei Herzen. Ich bin selbst Meisterschüler. Ich würde natürlich gerne die Meisterschüler unterstützen. Aber erstens ist es Landessache, und zweitens haben wir im Moment die Corona-Krise, wo wir das gar nicht leisten können. Ich könnte mir aber vorstellen, dass wir dem Vorschlag der CDU folgen und dem zu einem späteren Zeitpunkt zustimmen.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen, möchte nur noch einmal darauf hinweisen, dass man das Thema Bildungsgerechtigkeit an der Stelle insofern hinterfragen muss, als es hier um eine Weiterbildung geht, eine Qualifizierung. Ansonsten sind Qualifizierungen und Weiterbildung anderswo auch nicht kostenfrei. Wir haben durchaus auch bei den Volkshochschulen nicht den Anspruch, alle Computerkurse für Menschen, die in Arbeit stehen, jetzt kostenfrei zu machen, auch wenn die sicherlich ebenso zur Weiterbildung oder Qualifizierung gehören. – Erster Punkt.

Zweiter Punkt. Ich habe auf Landesebene als Bildungspolitischer Sprecher auch für die Fachschulen immer das Wort ergriffen. Aber ich betrachte es als Landesaufgabe, dafür zu sorgen, dass das Land Baden-Württemberg denselben Kurs einschlägt wie viele andere Bundesländer auch, dass man nämlich die entsprechenden Fachschulen kostenfrei macht.

Und Drittens. Ich habe bei vielen Verabschiedungen erlebt, dass die Familien sehr intensiv versuchen, einen solchen Fachschulbesuch möglich zu machen, und hatte bisher nicht den Eindruck, dass es immer an finanziellen Mitteln mangelt. Ich hätte großes Verständnis dafür, das im Rahmen des Karlsruher Passes abzubilden für diejenigen, die es aus eigenen Mitteln nicht möglich machen können.

Und Viertens. Es gibt ein Weiterbildungsgesetz. Und es gibt vor allem auch die Möglichkeit von Arbeitgebern, die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter zu fördern. Wenn wir jetzt öffentlich erklären, wir sind für die kostenfreien Fachschulen, wird kein Betrieb mehr den Meisterkurs seines Mitarbeiters mitfinanzieren, was es heute zum Teil in Betrieben noch gibt. Auch das nehmen Sie ein Stück weit in Kauf. Das müssen Sie einfach wissen.

Jetzt habe wir drei verschiedene Antragsituationen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Nur noch einmal ganz kurz. Es ist zwar formal richtig oder politisch kann es richtig sein, auf das Land zu verweisen. Aber wir stehen doch – das ist mit ein Ausgangspunkt – in direkter Konkurrenz mit Stuttgart und anderen Berufsfachschulen. Die senken oder gehen auf Null mit den Schulgeldern. Daran müssen wir uns als Karlsruher Schulen orientieren. Deswegen macht der Antrag schon Sinn.

Was mich allerdings noch einmal interessieren würde, was die CDU konkret für einen Vorschlag hat, den sie hier auch zur Abstimmung stellen will. Mir ist das Prozedere im Moment nicht ganz klar.

Der Vorsitzende: Das werde ich Ihnen gleich erklären. Ich glaube, ich habe es verstanden.

Die Konkurrenz ist aus meiner Sicht nicht Stuttgart. Sie haben aber insofern Recht, als es im benachbarten Rheinland-Pfalz auch dafür keine Gebühren gibt. Da gibt es in der Tat eine nennenswerte Konkurrenz. Ich will auch gar nicht gegen das Inhaltliche sprechen. Ich wollte nur noch

einmal deutlich machen, dass es an anderen Stellen eigentlich die Anknüpfungspunkte gibt, etwas zu verändern, und wir als Kommune eine Aufgabe wieder einmal übernehmen, wo ich denke, anderswo müssten eigentlich die Entscheidungen fallen.

Die weitestgehenden Anträge sind 87 und 87 a, die Schulgelder an Fachschulen absenken und sofort diese 712.800 Euro einzustellen. Es gibt jetzt einen zweiten Antrag, das ist derselbe Antrag, den ich eben genannt habe plus dann den Vorschlag der CDU, das erst ab dem Haushaltsjahr 2022 durchzuführen. Und es gibt einen dritten Antrag. Das ist der von den GRÜNEN, der jetzt allerdings noch einmal verändert wurde, wo Sie auf 50 % der Summe gehen. Dann müsste man ab dem Jahr 2021, wenn ich es richtig gerechnet habe, 356.400 Euro einstellen. So würde ich jetzt die verschiedenen Anträge zur Abstimmung stellen.

(Zurufe)

Der weitestgehende Antrag ist, sofort diese 712.800 Euro einzustellen. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **Ablehnung**.

Jetzt kommt der zweite Antrag. Das ist auch der über 712.800 Euro, aber das Ganze erst ab 2022 einzuführen.

Stadtrat Marvi (SPD): Könnten wir bitte für eine Minute unterbrechen? Das ist die Reihenfolge? Das heißt, wir stimmen über die CDU ab und erst dann über GRÜNE usw.

Der Vorsitzende: Genau. Denn das ist der weitergehende Antrag.

Stadtrat Marvi (SPD): Dann würde ich jetzt für eine Minute um Unterbrechung bitten.

Der Vorsitzende: Dann unterbrechen wir für zwei Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung von 11:39 Uhr bis 11:45 Uhr)

Können wir dann weitermachen? Was Sie jetzt noch nicht geklärt haben, werden Sie die nächsten 10 Minuten auch nicht klären.

Ich werde beide Anträge zur Abstimmung stellen, weil das zum einen eine Beauftragung ab 2022 ist, und das andere ist die sofortige Einstellung der Hälfte der Summe. Da wir im Jahr 2021 das Ganze sowieso erst ab Herbst organisiert bekommen, würde die Summe so gesehen ausreichen. Insofern ist für uns schon wichtig, was Sie dann ab 2022 wollen. Denn sonst macht das keinen Sinn.

Stadtrat Hofmann (CDU): Kurz noch einmal die Nachfrage, da es doch schon relativ eng ist für dieses Schuljahr. Da gibt es zum Teil schon Anmeldungen. Ist es überhaupt noch realistisch machbar. Das war unser Grund zu sagen, wir gehen dann in das Jahr 2022/23.

Der Vorsitzende: Wenn Sie das beschließen, bekommen sie es im besten Fall zurückgezahlt. Nach meiner Vorstellung müsste man es ab dem Schuljahr 2021/22 anbieten. Da die Anmeldungen erst im Februar/März sind, würden die Menschen noch mitbekommen, dass es umsonst ist. Das heißt, Ihre Idee, dass sich dann mehr Leute zu solch einer Qualifizierung bereitfinden,

würde dann ab dem Schuljahr 2021/22 greifen. Vorher macht es keinen großen Sinn, denn die Anmeldungen laufen jetzt schon.

Sie beauftragen die Verwaltung mit einem Budget von 712.800 Euro, schon ab dem Schuljahr 2022 die kostenfreien Fachschulen in den Haushalt aufzunehmen. Da bitte ich Sie jetzt um Ihr entsprechendes Votum.

Herr Høyem, sollen wir die Abstimmung wiederholen? Wir müssen die Abstimmung wiederholen. Ich bitte noch einmal um ein Votum und bitte jetzt wirklich alle, konzentriert dabei zu sein. – Damit haben Sie das ab dem Jahr 2022 eingeführt. Dann wäre es systemlogisch, dass wir jetzt darüber abstimmen, dass wir den Betrag einstellen, der nötig ist, um es ab September 2021 schon durchzuführen. Ob das jetzt dann diese 356.000 Euro sind oder vielleicht nur 280.000 Euro ...

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Das heißt, die Summe, die Sie jetzt vorschlagen, würde dann bedeuten September bis Dezember 0 Euro Schulgeld. Das kommt dann rechnerisch vielleicht auf das gleiche heraus wie wir vorgeschlagen haben, ist aber von der Idee, vom Ansatz her etwas ganz anderes. Deswegen ergibt sich daraus jetzt nicht unbedingt eine logische Zustimmung, nur weil der Betrag gleich ist, wenn die dahinterstehende Systematik eine ganz andere ist.

Der Vorsitzende: Dann stimmen wir jetzt über Ihren Antrag ab, dass wir für das komplette Kalender- und Schuljahr 2021 die Beiträge halbieren. Da bitte ich um Ihr Votum. – Auch das ist jetzt eine **Mehrheit**.

Das heißt, es wird jetzt etwas unübersichtlich. Wir haben im Jahr 2021 halbiertes Schulgeld ab Januar. Und ab Januar 2022 haben wir dann auf Null gesetzt. Wie wir das jetzt organisieren ...

Herr Frisch (Schul- und Sportamt): Für die Änderung der Schulgelder ist eine Satzungsänderung erforderlich. Wir könnten das frühestens ab Oktober machen. Das wäre das Semester im 2. Halbjahr 2021.

Der Vorsitzende: Können wir nicht folgendes miteinander vereinbaren? Sie geben uns jetzt die Option, dass wir es schon zum Schuljahr 2021/22 einführen können. Denn sonst müssten die zwei oder drei Monate Schulgeld zahlen und ab 2022 zahlen sie dann nichts mehr. Das ist Unsinn. Insofern wäre mein Vorschlag, abweichend von dem Antrag, den Sie gestellt haben, dass wir jetzt für 2021 die Mittel einstellen, dass es ab September oder Oktober 2021 dann für alle Kurse entsprechend gilt. So macht es Sinn. Dann müssten wir vorher noch eine entsprechende Schulgeldsatzung ändern.

(Zurufe)

Der Antrag der CDU in Ergänzung zu den anderen Anträgen war, ab dem Jahr 2022. Da ging es nicht um das Schuljahr 2022/23. Das habe ich anders verstanden. Dann müssen wir das noch einmal klären.

Sie haben 700.000 Euro eingestellt. Das brauchen Sie, um ein ganzes Jahr beitragsfrei zu bekommen. Damit ist doch klar, dass es ab Januar gilt und nicht ab September. – Ach so, für das nächste Schuljahr.

(Zurufe)

Aber dann brauchen Sie doch gar keine 700.000 Euro. Das macht jetzt keinen Sinn. Ich habe Sie so verstanden, dass Sie ab dem Kalenderjahr 2022 uns beauftragt haben ... - Nicht, na gut. Dann gab es eine Mehrheit, es ab September 2022 kostenfrei zu machen. Dann gab es jetzt den anderen Antrag der GRÜNE, dass wir das schon im Jahr vorher zur Hälfte reduzieren. Der hat jetzt auch eine Mehrheit gefunden. Das heißt, es gibt ab September 2021 eine Halbierung und ab September 2022 ... Okay, jetzt habe ich es verstanden. Vielen Dank.

Damit haben wir die Ziffer 87, 87 a und 88 auch hinter uns gebracht.

Antrag 89 (Seite 183): Kostenfreie Fahrt für Schüler und Azubis KVV (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 90 (Seite 183): Aufhebung der Mindestentfernung für Grundschüler – Förderung Scoolcard (GRÜNE)

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Ich spreche dann auch gleich für den Antrag Nr. 90, Aufhebung der Mindestentfernung bei der Scoolcard. Das ist unser Vorschlag, wie wir die Beförderung für die Schüler*innen unterstützen, die ganz explizit mit der Scoolcard nicht nur für den Schulweg gedacht ist. So ist es in der Idee auch nicht, sondern es geht auch darum, es Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen, auch in der Freizeit zu Sport-, Musik-, Kulturangeboten mit dem ÖPNV zu fahren, wie sonst auch. Da ist es aus unserer Sicht in keiner Weise zielführend, wenn ein Unterschied bezogen auf den Wohnort gemacht wird. Da können Menschen zwei Häuser nebeneinander wohnen und manches Grundschulkind zahlt 10 Euro im Monat und manches 40 Euro im Monat. Das ist aus unserer Sicht keine faire Staffelung der Beiträge oder andersherum gesehen, der Zuschüsse bei der Scoolcard. Deswegen plädieren wir für die Ablehnung.

Wir haben aber auch gesehen, dass die Verwaltung nicht sonderlich viel Informationsgrundlage anbieten konnte in der Stellungnahme. Auch dem KVV liegt es nicht vor, dass nicht differenziert werden kann, wie viele Kinder in welchem Alter und welcher Schulart diese Scoolcard benötigen, weswegen auch diese aus unserer Sicht nicht ganz zielführende Stellungnahme zustande gekommen ist, weil sie überhaupt nicht berücksichtigen, wie viele Kinder es aktuell betrifft und wie viele eventuelle Neukunden und Neukundinnen dazukommen, wo sich dann auch die Einnahmen erhöhen. Deswegen halten wir den Antrag aufrecht. Aber ich denke, wenn wir ihn nicht durchsetzen, dann werden wir dieses Thema weiterverfolgen, um auch diese Zahlengrundlage noch einmal auf sichere Füße zu stellen.

Stadtrat Maier (CDU): Auch ich spreche für Antrag Nr. 89 und Nr. 90 gemeinsam. Ich habe an anderer Stelle schon öfter gesagt, dass der KVV ein Erfolgsmodell ist. Es ist in dem Fall dann auch nicht zielführend, wenn die Stadt Karlsruhe jedes Mal eine Extrawurst backen will. Von daher ist das auch aus finanzieller Sicht nicht darstellbar. Wir lehnen ab.

Antrag Nr. 90, die Scoolcard hat, wie wir der Verwaltungsantwort entnehmen können, jetzt schon einen Zuschussbedarf von 1 Mio. Euro jährlich. Darüber hinaus noch einmal wiederkehrende haushaltsbindende Mittel hier einzustellen, kann nicht zielführend sein. Das können wir uns aktuell nicht leisten. Von daher lehnen wir auch diesen Antrag ab.

Stadträtin Melchien (SPD): Bei dem Antrag Nr. 89 sprechen die Zahlen für sich. Da will ich unsere Ablehnung nicht weiter begründen, als dass jährlich 20 Mio. Euro notwendig wären.

Ich möchte jetzt auf den Antrag der GRÜNEN, Ziffer 90, näher eingehen. Als SPD-Fraktion sind wir sicherlich keine Verfechter des Konzepts der Mindestentfernung. Kollege Löffler ist auf die Wichtigkeit von Freizeitmobilität eingegangen. Das sehen wir ähnlich, wobei der Schulweg noch einmal eine andere Priorität bei kommunalem Handeln, kommunaler Finanzierung haben muss, sich aus unserer Sicht eindeutig unterscheidet. Wenn das Beantragte, wie die GRÜNE-Fraktion es darstellt, quasi kostenneutral wäre, dann würden wir mit Freuden heute zustimmen. Die Verwaltung stellt aber dar, dass jährlich Millionen in noch offener Höhe notwendig wären. Deswegen sehen auch wir, dass es derzeit sicherlich nicht darstellbar ist. Ich fände es darüber hinaus aber sehr spannend, diese Diskrepanz aufzulösen. Vielleicht können wir diese vertiefte Debatte an anderer Stelle weiterführen.

Stadtrat Jooß (FDP): Die Sache ist eigentlich ganz einfach. Die GRÜNEN wollen Rad fahren und fördern das Rad fahren. Die Schüler, die nicht in der Grundschule sind, die schulortnah wohnen, können zu Fuß gehen. Die Schüler in den weiterführenden Schulen können Rad fahren, haben dann Bewegung. Die Kosten bleiben uns, auch bei den Verkehrsbetrieben, erspart. Deswegen lehnen wir beide Anträge ab.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Die FDP als Fahrradlobbyist ist auch eine neue Entwicklung. Aber grundsätzlich ist uns ein wichtiges Anliegen, den Schulweg kostenfrei zu gestalten. Wir haben es vor einem Jahr gestellt. Es wurde richtigerweise in die Haushaltsberatung verwiesen. Wir halten weiter daran fest, dass wir diese Richtung gehen werden. Später haben wir einen Antrag in Verbindung mit dem Karlsruher Pass, wo wir über ein überschaubares Finanzvolumen sprechen, wo wir hoffen, dass wir eine Mehrheit finden. Wir können zum GRÜNE-Antrag sagen, wir können die Argumentation gut verstehen und werden das auch heute unterstützen, weil es tatsächlich ein Ansatz ist, Diskrepanzen aufzuheben und Problemstellungen zu beseitigen in einem Umfang, den wir auch als Stadt Karlsruhe gewährleisten werden. Deswegen werden wir ihn auch unterstützen.

Der Vorsitzende: Damit kommen wir zur Abstimmung. Ich rufe den Antrag Nr. 89 auf, Kostenfreie Fahrt für Schüler und Azubis KVV (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.) – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Nr. 90 steht zur Abstimmung, ein Antrag der GRÜNEN, Aufhebung Mindestentfernung für Grundschüler. Auch hier bitte ich um Ihr Votum. – Das ist auch eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 91 (Seite 183): Projektzuschuss „Kochen für's Klima“ – Tischlein-Deck-Dich e. V. (DIE LINKE.)

Antrag 91 a (Seite 183): Projektzuschuss „Kochen für's Klima“ – Tischlein-Deck-Dich e. V. (GRÜNE)

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Der Verein Tischlein-Deck-Dich macht schon seit vielen Jahren eine hervorragende Arbeit, indem Ernährungsbildung von Grundschulkindern gefördert wird. Die haben das Kochmobil angeschafft, das KiKoMo, das dann an allen Grundschulstandorten Angebote machen kann. Jetzt geht es hier um den Bereich, 40 Kurse durchzuführen, Kochen

für's Klima, wo insbesondere der Klimaaspekt Gesunde Ernährung nachhaltig klimagerecht im Mittelpunkt steht. Wir wissen natürlich, dass gerade die Ernährungsbildung im Zusammenhang mit Biodiversität und Klimaschutz steht. Von daher ist es ein sehr gutes Anliegen. Die machen das auch wirklich hervorragend.

Es ist allerdings so, wir haben noch ein zweites Kochmobil in Karlsruhe, das seit einigen Jahren gefördert wird. Auch damals hatten wir GRÜNE das beantragt, das Slow Mobil von Slowfood, das ebenfalls vergleichbare Arbeit leistet. Mit diesen zwei Initiativen sind wir jetzt hervorragend aufgestellt in unserer Stadt. Das Slow Mobil bekommt 100.000 Euro schon seit einigen Jahren für diese wertvolle Bildungsarbeit, speziell für Grundschulkinder. Von daher sehen wir es jetzt als gerechtfertigt an, dass Tischlein-Deck-Dich als Initiative, die teilweise auch andere Schwerpunkte hat, für diese spezielle Arbeit Kochen für's Klima gefördert wird mit 10.000 Euro. Es gibt auch viele Ehrenamtliche in dem Verein. Es gibt auch Sponsoren, so dass wir davon ausgehen können, dass diese wertvolle Bildungsarbeit auch so durchgeführt werden kann. Insofern hoffen wir auf die Unterstützung von 10.000 Euro, die dann vergleichbar ist mit dem, was das Slow Mobil von Slowfood derzeit auch bekommt.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Man muss zugestehen, dass das eine wirklich sehr gute Einrichtung ist. Es ist auch das Ziel nur zu unterstreichen, Kinder sehr früh heranzuführen. Nur muss man jetzt natürlich alles in einer Bezugnahme zu der Frage sehen, inwieweit ist eine Kommune verpflichtet, solche Dinge zu unterlegen, inwieweit sollte man nicht nachhaltig dafür sorgen, dass das in die Bildungspläne – soweit das nicht schon sowieso geschehen ist – aufgenommen wird. Ich glaube, dann hätten wir flächenhaft das Thema abgedeckt. Im Moment und in dieser Zeit, in dieser Lage, kann die CDU das leider nicht unterstützen.

Stadträtin Moser (SPD): Ich schätze die Arbeit des Vereins Tischlein-Deck-Dich sehr. Vor allem finde ich das Kochmobil überaus gelungen und geeignet, Kindern gesunde regionale Lebensmittel möglichst noch in Bioqualität nahezubringen. In den Schulen und bei Veranstaltungen wird das auch mit Kindern umgesetzt. Allerdings sehen wir hier, wie Renate Rastätter vorhin schon angesprochen hat, zu Slow Mobil Doppelstrukturen. Der Verein ist sehr aktiv, was Sponsoren angeht. Wir hören immer wieder in SWR unter „Herzessache“, dass man für den Verein Tischlein-Deck-Dich spenden kann. Wir lehnen in der jetzigen Haushaltssituation für diesen Haushalt die Ausweitung der freiwilligen Leistungen ab.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Dann stelle ich die Anträge zur Abstimmung. Der weitergehende Antrag ist der der LINKE., einen einmaligen Projektzuschuss von 22.900 Euro. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe auf den Antrag der GRÜNEN, einen einmaligen Projektzuschuss von 10.000 Euro. – Das kann nicht stimmen. Das müssen wir noch einmal wiederholen. Ich wiederhole die Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 92 (Seite 183): Erhöhung Schulbudget (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Möchten die Antragsteller das Wort? – Das sehe ich nicht. Dann stellen wir es gleich zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte noch ergänzen zur **Seite 183**, zum einen über die 1. Veränderungsliste: Veränderungen in den Positionen Sachkostenbeiträge, Mehrertrag Schulgeld und Förderung von Schulen in freier Trägerschaft, anteilige Beschaffung Personalkosten durch den Landkreis Karlsruhe für Hausmeister der Hardtwaldschule. Desgleichen Aufwendungen für zwei neue Stellen für Freiwillige im Sozialen Jahr für den Ganztagsbereich und für die internen Vorbereitungsklassen an der Schillerschule. Übergang Schule und Beruf an allgemeinbildenden Schulen, Berufseinstiegsberatung an sieben allgemeinbildenden Schulen, dort der Finanzierungsanteil der Stadt. Dann Aufwendungen für die Schülerbeförderung, Betriebskostenzuschuss Hardtwaldschule, Mehraufwendungen für Schulschwimmen aufgrund entsprechender Corona-bedingter Veränderungen.

2. Veränderungsliste, selbe Seite im Haushaltsplan: Erhöhung des Zuschusses an die Europäische Schule, Digitalpakt Schule, Fördergelder zur Finanzierung und Qualifizierung von IT-Administratoren. Ich darf noch ebenfalls 2. Veränderungsliste darauf hinweisen: Verwendung von Zuschüssen aus dem Förderprogramm Corona-Schulbudget, entsprechende Haushaltsvermerke. Die lese ich jetzt nicht alle vor.

Dann kommen wir auf die **Seite 188**.

Antrag 93 (Seite 188): Sportförderung – Erhöhung Vereinszuschuss pro Mitglied: Kennzahlen und Konzept (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich spreche jetzt auch für die folgenden Anträge. Ich habe es vorhin ausgeführt, wir wollten auf das Leichtathletik-Meeting verzichten und dieses Geld stattdessen für die Sportförderung ausgeben. Wir bleiben dabei, der Sport muss noch mehr gefördert werden. Förderung und Ehrenamt lohnt sich immer für die Stadt, denn man trägt nur einen sehr geringen Teil der tatsächlichen Kosten, die entstehen. Wenn man mit dieser Förderung mehr Ehrenamtliche dazu bringt, sich im Verein zu engagieren und Jugendliche und Menschen, die sich bewegen wollen, zu betreuen, dann zahlt sich das auf alle Fälle aus, weil die Gesundheit insgesamt zunimmt und weil es auch für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt wichtig ist und erst Recht in Krisenzeiten wie jetzt. Deswegen bitte ich um Unterstützung für unsere Anträge.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich würde jetzt auch für den Antrag Nr. 93 und dann für die Anträge Nrn. 96 und 97 sprechen. Denn das ist im Endeffekt das Gleiche. Wir haben vor drei Jahren die Sportförderrichtlinien neu überarbeitet. Da ist alles drin. Da muss man jetzt nicht wieder mit solchen Anträgen kommen. Aber es ist schon interessant, dieses Bedienen von diesen einseitigen Sachen. Die Flüchtlinge sind an der Wohnungsnot schuld. Die Ganztageschule ist an zu wenige Kindern in Sportvereinen schuld. Das ist einfach zu einfach, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD. Ich denke, wir haben in Karlsruhe einen sehr breiten Konsens im Bereich Sport, Bildung und haben wirklich sehr viel getan in letzter Zeit, dass man hier nicht mit solchen Anträgen immer wieder kommen und versuchen muss, irgendwelche Keile dazwischen zu treiben.

Wir lehnen diese drei Anträge ab.

Der Vorsitzende: Weitere Wortmeldungen habe ich nicht. Dann rufe ich die Ordnungsziffer 93 auf, den AfD-Antrag. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 94 (Seite 188): Sportförderung – Anpassung Sportförderrichtlinien (Sportkreis Karlsruhe e. V.)

Hier wird die Erhöhung der Zuschüsse um 10 % begehrt, für Jugend, offene Freizeitsportangebote, Leistungssport, Zuschüsse zur Pflege und Unterhaltung vereinseigener Sportanlagen.

Stadtrat Schmidt (GRÜNE): Wir unterstützen den Antrag des Sportkreises, weil auch Sportvereine unter Mehrausgaben oder Mindereinnahmen durch die Corona-Pandemie leiden. Die Gründe sind im Antrag dargelegt: aufwändige Hygienekonzepte, geringere Auslastung von Kursen oder reduzierte Zuschauerzahlen. Deswegen glauben wir, dass der Antrag des Sportkreises für eine einmalige Erhöhung einen guten Beitrag leisten kann, dass Breitensport 2021 auch unter erschwerten Bedingungen wieder starten kann.

Stadtrat Hofmann (CDU): Wir sehen es genauso in diesem Bereich. Auch wenn die Kollegen von der AfD das nicht verstehen, hier handelt es sich um eine Corona-Sofortmaßnahme, so wie es auch im Antrag des Sportkreises beschrieben wird. In Ihren Anträgen handelt es sich um dauerhafte Erhöhungen, was nicht zielführend ist, weil wir eine sehr gute Sportförderung haben. Aber hier handelt es sich wirklich um eine einmalige Geschichte, da die Vereine gerade jetzt ächzen unter den Corona-Maßnahmen. Sie haben Mitgliederschwund. Sie haben auch das eine oder andere Problem in der Neuakquise und haben vor allem auch Mindereinnahmen im Bereich der Gastronomie. Von daher macht es absolut Sinn, dass wir auch als Kommunen unsere besitzenden Vereine, dieses Modell, auf das wir auch sehr stolz sind, hier unterstützen und diesem Antrag zustimmen.

Stadträtin Moser (SPD): Ich möchte auch zu unserem Antrag Nr. 95 sprechen und in den Antrag Nr. 94 des Sportkreises miteinschließen. Der Jugendzuschuss im Sport wurde von 313.000 Euro im Jahr 2020 auf 194.000 im Jahr 2021 gekürzt, was faktisch so nicht ist, weil die Haushaltsmittel gegenseitig deckungsfähig sind. Umso unverständlicher ist es für mich, dass ausgerechnet die Kürzung beim Jugendzuschuss ausgewiesen wurde und nicht ein anderer Posten, wie zum Beispiel die Sportveranstaltungen oder Veranstaltungen im gesamtstädtischen Interesse. Aus Sicht der SPD-Fraktion ist das nicht hinnehmbar und gerade in der jetzigen Zeit ein falsches Zeichen, da die Mittel bisher immer ausgeschöpft wurden und dringend benötigt werden. In den Sportförderrichtlinien sind die 15 Euro pro Jugendlichen festgeschrieben. Wir möchte gerne – und bitten auch, dass alle Fraktionen zustimmen -, dass das auch im Haushalt so ausgewiesen und ein anderer Posten dafür gekürzt wird.

Dies bedeutet für mich einen respektvollen Umgang miteinander und Wertschätzung für die ehrenamtlichen Tätigkeiten. Die Ausweisung ist ein starkes Signal für die Vereine. Den Antrag des Sportkreises auf 10prozentige Erhöhung für 2021 unterstützen wir den genannten Bereichen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Der Förderung, die vom Sportkreis angefragt wird, folgen wir sehr gerne. Es handelt sich hier um eine Notsituation. Der wollen wir begegnen. Es handelt sich nicht um eine Aufstockung, sondern um eine Notsituation. Das macht den Unterschied aus. Deswegen sagen wir hier zu.

Der Vorsitzende: Jetzt müssen wir durch die Anträge durchgehen. Teilweise ist zu Anträgen geredet worden, die ich noch gar nicht aufgerufen hatte.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Uns ist egal, mit welchen Argumenten unser Antrag abgelehnt wird und ein anderer, wo es darum geht, den Sport zu fördern, für gutgeheißen wird. Wir tragen den natürlich trotzdem mit. Vor allem, da er nach den Unterlagen hier dauerhaft angelegt ist.

Der Vorsitzende: Ich rufe jetzt den Antrag Nr. 94 des Sportkreises auf. Da sind wir uns einig, dass es nur einmalig für das Jahr 2021 gilt. Dann bitte ich hier um das Votum. – Das sieht nach einer großen **Mehrheit dafür** aus.

Antrag 95 (Seite 188): Sportförderung – Erhöhung Jugendzuschuss (SPD)

Frau Stadträtin Moser, das ist aus unserer Sicht durch die 1. Veränderungsliste **erledigt**, weil wir es genau da korrigiert haben.

Antrag 96 (Seite 188): Sportförderung – Unterhalt vereinseigener Sportanlagen (AfD)

Den Antrag stelle ich gleich zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 97 (Seite 188): Sportförderung – Erhöhung Leistungssportförderung (AfD)
Lfd. Nr. 3 Liste Finanzierungsvorbehalt: Förderung von Leistungssport-Vereinsmannschaften der 1. und 2. Bundesliga (Vorlage 2020/0363)**

Ich rufe zunächst den Antrag der AfD auf und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Stadtrat Hofmann (CDU): Hierzu wollte ich noch etwas sagen. Wir hatten diesen Punkt dahingehend damals behandelt, dass er nach einem Jahr evaluiert werden und dann dauerhaft aufgenommen werden sollte, so wie es jetzt vorgesehen ist. Jetzt haben wir natürlich in dem Jahr 2020 überhaupt keine Erfahrungen sammeln können, dadurch dass fast keine Meisterschaften stattgefunden haben. Von daher bitten wir darum, dies erst einmal abzuwarten. Es macht keinen Sinn, hier eine dauerhafte Förderung einzustellen, weil wir erst die Erfahrungswerte – so hatten wir uns damals auch geeinigt – sammeln wollen, ob dieser einzustellende Betrag überhaupt reicht. Das war damals die große Frage. Es ging jetzt leider mit dem Jahr 2020 nicht. Von daher wäre das – deswegen war mir das zu schnell in dem Bereich – eine andere Grundlage, dass wir das für 2021 einstellen einmalig, aber diese dauerhafte Förderung nicht einstellen. Da fehlt einfach die Grundlage zu sagen, es reicht oder es reicht nicht, weil die ganzen Maßnahmen so nicht stattfinden konnten.

Der Vorsitzende: Die Verwaltung kann sich dem anschließen. Wir würden dann unsere Beschlussvorlage so konkretisieren, dass es nur einmalig für 2021 eingestellt wird und wir das dann gegebenenfalls evaluiert in den Haushaltsberatungen 2022/23 festklopfen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Herr Kollege Hofmann hat es korrekterweise angemerkt. Aber ich denke, dass wir auch 2021 noch mit einem Fragezeichen betrachten sollten, so dass eventuell eine tatsächliche Evaluation nur 2022, wenn wir dann auch optimistisch sein wollen, was die Krise angeht, stattfinden kann.

Der Vorsitzende: So hatte ich eben versucht, es darzustellen. Nur einmalig 2021 einstellen, dann evaluieren und dann für das Jahr 2022/23 wird es erneut ...

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Ich denke nicht, dass wir 2021 wirklich eine Grundlage zur Evaluation haben. Das war meine Aussage. Aber vielleicht kann Herr Bürgermeister Lenz das einschätzen.

Bürgermeister Lenz: Wir haben für Ende April, wie in diesem Jahr auch, wieder eine Klausur vor. Dann kann man vielleicht schon evaluieren. In der neuen Normalität gibt es natürlich andere Evaluationsbedingungen. Insofern schauen wir, wie versprochen. Aber es war dieses Jahr nicht möglich. Insofern deckt es sich mit Ihrem Anliegen, Herr Stadtrat Hofmann und Herr Stadtrat Löffler.

Der Vorsitzende: Wir können festhalten, aber das ist eher etwas für die Prosa, dass wir nicht sicher sind, ob 2021 eine ähnlich gute Evaluation möglich ist. Umso mehr vereinbaren wir jetzt nur für 2021 etwas und würden es dann bei den Haushaltsberatungen für 2022 noch einmal neu diskutieren.

Dann stimmen wir jetzt über diese etwas veränderte Verwaltungsvorlage ab. – Das ist eine deutliche **Mehrheit**

Antrag 98 (Seite 188): Sportförderung – Erhöhung Übungsleiterzuschüsse (AfD)

Wir können den Antrag direkt zur Abstimmung stellen. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 99 (Seite 188): Sportförderung – Erhöhung Fahrtkostenzuschüsse (AfD)

Ich bitte hier um Ihr Votum. – **Mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 100 (Seite 188): Sportförderung – Zuschusserhöhung für Sportveranstaltungen (AfD)

Ich bitte gleich um Ihr Votum. – Auch das ist eine **Ablehnung**.

Auf der **Seite 188** verweise ich noch auf die angepassten Zahlen aus der 1. Veränderungsliste: Bereitstellung städtischer Frei- und Hallenbäder für Übungsabende der Vereine, laufende Sportförderung, Erbbauzins summenneutral mit dem Teilhaushalt Liegenschaften und Sportamt Digital, neue Software für die Verwaltung der Sportvereine sowie laufende Sportförderung, Mehrbedarf wegen Neufassung der Sportförderrichtlinien und Vereinsbelegungen, Mehraufwendungen Fächerbad, Erhöhung der Bäderpreise, WTA-Turnier usw.

Auf der **Seite 194** schlägt die 1. Veränderungsliste zu mit der Ausstattung der Schulen, mit Präsentationsflächen im Zusammenhang IT-moderne Schule, Mehrauszahlungen Mobiliar Schulprovisorium Ernst-Frey-Straße 3, Walter-Eucken-Schule. In der 2. Veränderungsliste steht der Digitalpakt Schule, die entsprechenden Fördergelder, Lehrkräfteausstattung.

Auf der **Seite 196** haben wir die IT-Mittel Stadtamt Durlach für Förderung von Entwicklungsprojekten bei Sportvereinen.

Wir können dann insgesamt auf die **Seite 196** gehen. Da gibt es eine Gemeinderatsvorlage, die das **Instandhaltungspaket für die ESG Frankonia (OZ 2 der Liste Finanzierungsvorbehalt)**

begehrt. Der Punkt ist bereits im Haushalt aufgenommen und versehentlich auf der Liste. Das ist **erledigt**.

Tagesordnungspunkt 3: Investive Sportförderung: Umwandlung eines Rasenplatzes zum Kunstrasenplatz bei der SpVgg Durlach-Aue (Vorlage: 2020/1303)

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir werden diesem Antrag auf Einrichtung des Kunstrasenplatzes zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen. Wir wissen, dass einerseits zwar bei den Kunstrasenplätzen die Beispielbarkeit deutlich besser ist, speziell auch im Winter, andererseits sind aus ökologischen Gründen Kunstrasenplätze sehr problematisch. Zwar wird künftig keine Mikroplastik mehr aufgebracht, sondern Alternativen. Aber trotzdem gibt es von der großen Kunststofffläche Abrieb. Es gibt trotzdem Mikroplastik, die in die Umwelt abgegeben wird. Es ist im Prinzip ein großes Problem, dass für Bodenlebewesen die Nutzung aus ökologischer Sicht sehr problematisch ist. Wir wollen beantragen, dass im nächsten Jahr das Thema Nachhaltigkeit im Sport intensiver diskutiert wird und gegebenenfalls unsere Sportförderrichtlinien entsprechend verschärft werden. Denn das Bewusstsein innerhalb des Sports, dass Ökologie noch viel stärker als bisher im Einklang mit Sportaktivitäten gebracht werden muss, ist seit zwei Jahren deutlich angewachsen gegenüber der Zeit, als wir die Sportförderrichtlinien verabschiedet haben. Wenn wir heute in aller Schnelle einer solchen Umwandlung zustimmen, dann hat es einen gewissen Präzedenzcharakter. Es werden dadurch noch stärkere Begehrlichkeiten geweckt. Deshalb sollten wir zuerst einmal alle Kriterien klären, schauen, wie gehen wir damit um, wie können wir die Nachhaltigkeit im Sport deutlich verbessern, und an welcher Stelle ist es dann unausweichlich, dass wir Sportrasenplätze gegebenenfalls genehmigen. Deswegen werden wir heute nicht zustimmen und bitten darum, erst einmal die Nachhaltigkeit im Sport viel stärker in den Blick zu nehmen, und das jetzt noch einmal vertagen bis zum Frühjahr nächsten Jahres, dass wir dann konzeptionell weiterkommen.

Stadtrat Müller (CDU): Die Spielvereinigung Aue ist der Verein mit der größten Jugendfußballabteilung in ganz Karlsruhe mit 420 Kindern und Jugendlichen in 23 Jugend- und Kindermannschaften. Die Kapazitäten der Spielvereinigung Aue sind nicht erst seit heute und nicht erst seit diesem Jahr, sondern seit den letzten Jahren weit über ihre Grenzen hinaus ausgelastet, so dass die Spielvereinigung Aue mittlerweile in der Konsequenz in einem Dilemma steckt. In einem Dilemma dahingehend, dass wiederholt und immer wieder Monat für Monat der Aufnahmeantrag zum Kinder- und Jugendfußball bei der Spielvereinigung Aue abgelehnt werden muss, weil die Platzkapazitäten hierzu nicht ausreichen. Damit einhergehend waren natürlich auch Synergieeffektvereinbarungen mit anderen Sportvereinen wie beispielsweise ASV Wolfartsweier immer eine Interimslösung. Aber auch diese Konstellationen sind nicht mehr aufrechtzuerhalten, weil der Sportverein in Wolfartsweier diese aufgekündigt hat, so dass die Spielvereinigung in Aue in ein noch größeres Dilemma kommt, ihre Jugend- und Kindermannschaften gegebenenfalls weiter reduzieren zu müssen. Eine Ausweitung der Sportflächen mit Naturrasen ist in dem Gebiet einfach nicht möglich, so dass auf die Möglichkeit eines Kunstrasenplatzes zurückgegriffen werden muss. Auch vor dem Hintergrund, dass weitere Wohnbebauungen in Aue, Oberer Säuterich, aber auch in Wolfartsweier an der Wendeschleife in der nächsten Zeit umgesetzt werden, so dass damit zu rechnen ist, dass ein weiterer Zulauf auf die Spielvereinigung zukommen wird und die insgesamt prekäre Situation im Jugend- und Kinderfußballbereich weiter zunehmen wird. Deswegen stimmen wir in dieser Situation für die investive Sportförderung der Spielvereinigung Durlach-Aue zur Erstellung eines Kunstrasenplatzes umso mehr, da nicht mit Kunststoff oder Plastikgranulat gearbeitet wird, sondern die

umweltfreundlichere Korkverfüllung stattfinden würde. Das ist verbindlich zugesichert worden Seitens der Spielvereinigung Aue. Ich bitte Sie, gerade für den Kinder- und Jugendfußball als einen Schwerpunkt im äußersten Osten dieser Stadt, um Zustimmung für dieses Projekt.

Stadträtin Moser (SPD): Mein Kollege eben hat schon alle Punkte aufgezählt. Es gibt nichts hinzuzufügen. Wir stimmen dem zu, auch im Sinne der Kinder und Jugendlichen, wie gerade angesprochen.

Stadtrat Jooß (FDP): Erstens, in Aue gibt es dieses Jahr ein Jubiläum. Zweitens, das meiste ist schon gesagt, die Flächenbedarfe sind größer. Dann kann man dort ganztags besser spielen, als auf einem Naturrasen. Deshalb stimmen wir dem Antrag zu.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Wir fahren Fahrrad und haben einen Abrieb. Da wird keiner auf die Idee kommen zu sagen, weil es dort Abrieb gibt, fahren wir nicht mehr Fahrrad. Deswegen ist ein Kunstrasenplatz, weil er Abrieb hat, noch keinen Grund, ihn abzulehnen. Wenn wir mehr Gruppen auf der gleichen Fläche unterbringen, dann ist es ökologisch sinnvoller, als dass wir zwei Naturplätze machen. An dieser Stelle kann man nur sagen, das ist ökologisch höchst sinnvoll, was wir da machen. Deswegen stimmen wir sehr gerne zu.

Bürgermeister Lenz: Ich darf die Debatte aus dem Sportausschuss noch einmal kurz zusammenfassen.

Die Gewährung eines Sonderzuschusses, Frau Stadträtin Rastätter, für die Errichtung eines Kunstrasenplatzes – das ist völlig richtig – muss an strenge Kriterien gebunden werden. Ich glaube wir haben uns damit eine ganze Stunde im Sportausschuss auseinandergesetzt. Prinzipiell zum Kunstrasenplatz: Das Füllmaterial ist schon seit zwei Jahren nicht mehr das Plastik. Insofern kann ich für etwas Entwarnung sorgen.

Dann wichtig, zunächst ist die Spielvereinigung Durlach-Aue förderberechtigt entsprechend unseren städtischen Sportförderrichtlinien. Daran sollten wir uns auch halten. Die Argumente sind schon ausgetauscht. Ein erheblicher Bedarf im Kinder- und Jugendsport ist nachweisbar, vor allen Dingen, wenn das Neubaugebiet Oberer Säuterich kommt. Es ist für uns im gesamtstädtischen Interesse ein Stadtteilentwicklungsprojekt, das mit dem Sport als federführenden dann bewerkstelligt wird. Ich war gerade dieser Tage dort, weil überlegt wird, dort noch eine kleine Halle zu bauen. Auch da ist wieder großes Engagement, gibt es große eigene Investitionsbereitstellungen. Die sorgenvollen Gesichter, die ich jetzt schon sehe, den Bau in Systembauweise klären, dann geht es um 2 Mio. Euro und nicht um 4 oder 5 Mio. Euro. Wir werden sehen, was an der Stelle passiert. Deswegen bittet die Verwaltung um Zustimmung des vorberatenen Ergebnisses unseres Sportausschusses.

Der Vorsitzende: Jetzt stimmt mein Blutdruck wieder, Halle und Systembauweise.

Damit haben wir das Thema ausgetauscht. Wir stellen jetzt unter Tagesordnungspunkt 3 der regulären Tagesordnung die Investive Sportförderung Spielvereinigung Durlach-Aue zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Tagesordnungspunkt 4: Investive Sportförderung: Sporthalle SSC Karlsruhe (Vorlage: 2020/1317)

Bürgermeister Lenz: Wie Sie wissen, plant der SSC Karlsruhe eine Dreifeldsporthalle mit einer Zuschauerkapazität von bis 1.000 Zuschauerinnen und Zuschauern. Für dieses Projekt wurde bereits am 09.04.2019 ein Zuschuss zur Abdeckung der Planungskosten in Höhe von 660.000 Euro bewilligt. Die Planung ist abgeschlossen, die Vorbereitungen für die Ausschreibung laufen. Die Gesamtkosten gehen in Richtung 20 Mio. Euro. Das wissen Sie alles. Für die Maßnahme sollen von unserer Seite, von Ihnen, von der Stadt ca. 18 ½ Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden. Der Badische Sportbund bringt 500.000 Euro, fast 600.000 Euro ein und der Verein selbst auch eine halbe Million Euro. Der SSC hat erklärt, könnte aber darauf verzichten, dass es möglich ist, die erste Tranche von ungefähr 2 Mio. Euro, wenn ich es richtig im Kopf habe, vorzufinanzieren und wäre mit einer Verpflichtungsermächtigung und damit verbundenen Finanzierung in den nächsten Jahren einverstanden. Aber die voraussichtlichen Unterhaltungskosten, das ist wichtig für später, entsprechen natürlich dann den Kosten einer städtischen Sporthalle. Den Mehrwert für die element-i-Schule brauche ich an der Stelle nicht betonen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Die Vorlage spricht für sich. Wir haben sie schon im Sportausschuss vorberaten. Für mich ist auch noch einmal das Engagement des SSC wichtig, die sogar bereit sind, in eine Vorfinanzierung zu gehen, das Ganze zu unterstützen und im Prinzip auch als eine Art Bauherr hier fungieren und das Ganze entsprechend durchziehen. Das ist etwas, was wir als Kommune gar nicht in der Art und Weise leisten können. Von daher ist es eigentlich ein Vorzeigeprojekt. Wir wissen alle, wie wichtig es gerade auch für die aufstrebende Volleyball-Mannschaft ist, die dringend diese Hallenhöhe braucht. Von daher werden wir dieser Vorlage zustimmen.

Der Vorsitzende: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass der Vortrag von Herrn Bürgermeister Lenz beinhaltet hat, dass wir die Vorlage abändern. Das heißt 2021 fällt nichts an. Aber wir erklären uns zu einer Verpflichtungsermächtigung von

(Zuruf)

- Ich wollte nur noch einmal darauf hinweisen.

Stadtrat Schmidt (GRÜNE): Ich möchte noch kurz das gesamtstädtische Interesse am Bau dieser Halle betonen und noch einmal die Tatsache, dass, wenn wir den Verein bauen lassen und der Verein sein Ehrenamt, seine Expertise einbringt, es unterm Strich sowohl günstiger als auch schneller ist, als wenn wir das alles selber ausschreiben würden. Ich hatte am Anfang gedacht: Oh Gott, 20 Mio. Euro. Ich bin sicher, diese 20 Mio. Euro sind gut investiert. Deswegen sind wir froh und stolz, dass wir heute zustimmen können.

Stadträtin Moser (SPD): Der Verein SSC Karlsruhe-Waldstadt ist sehr rührig. Die haben schon vor ein paar Jahren ein Gebäude erstellt. Ich finde es sehr gut, dass die das in Eigenregie übernehmen werden. Wir brauchen dringend Dreifeldsporthallen. Außerdem brauchen wir diese Halle auch für den Schulsport der element-i-Schule. Von daher stimmen wir dem Antrag zu.

Stadtrat Hock (FDP): Ich habe nur eine Verständnisfrage. Sie haben erwähnt, es fällt in 2021 nichts an. Das heißt, ich habe es richtig verstanden, erst dann das Jahr darauf.

Der Vorsitzende: Das haben Sie insofern richtig verstanden, als unsere Vorlage 2 Mio. Euro im Jahr 2021, 13 Mio. Euro in 2022 und dann gibt es noch eine Summe hintendran, vorsieht. Was wir Ihnen jetzt vorschlagen, ist, dass wir 2021 nicht die 2 Mio. Euro einstellen, aber dann eine Verpflichtungsermächtigung von 15 Mio. Euro für das Jahr 2022 und die restlichen 3,7 Mio. Euro dann in 2023, wie vorgesehen. Weil der Verein, wenn er diese Finanzierungszusage von uns hat, ausreichend Eigenmittel und die Sportförderung aus dem Badischen Sportverband und anderes erst einmal nutzen kann, um im Jahr 2022 loszumachen. Das ist die Veränderung zu dem, was Ihnen vorliegt. So bringen wir das jetzt in die Abstimmung. Weitere Wortmeldungen habe ich nicht gesehen. – Das ist eine **einstimmige Entscheidung**. Ein schönes Votum für den SSC.

Auf der **Seite 197** hat die 1. Veränderungsliste noch eine Anpassung der Lehr- und Unterrichtsmittel mit sich gebracht.

Wir kommen damit auf die **Seite 198**.

Antrag 101 (Seite 198): Sanierung und Umbau Theodor-Steinmann-Haus (Lehrlingswohnheim) – Hardstiftung (GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadträtin Moser (SPD): Auszubildende in den Berufen Dachdecker, Tierpfleger, Verwaltungsberufe der Bundesagentur und andere, finden während ihres Blockunterrichts im Theodor-Steinmann-Haus eine preisgünstige Unterkunft. Es gibt in Karlsruhe mehrere Lehrlingswohnheime. Das Theodor-Steinmann-Haus ist das größte mit 100 Betten. Die Auslastung liegt bei nahezu 100 %. Und der Bedarf steigt. Im Schulbeirat haben wir gerade der Neueinrichtung einer Landesfachklasse für Elektroniker*innen für die Gebäudesystemintegration zugestimmt. Das werden wir auch im nächsten Gemeinderat am 22. Dezember auf der Tagesordnung haben. Das Theodor-Steinmann-Haus, Ecke Garten-/Friedenstraße ist unverzichtbar für Karlsruhe. Allerdings ist es sehr in die Jahre gekommen und muss dringend saniert werden. Deshalb beantragen wir einen Kostenzuschuss in Höhe von 250.000 Euro für den nächsten Haushalt 2021.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Die CDU-Fraktion macht hier eine ihrer wenigen Ausnahmen aus der Einsparlinie, die wir grundsätzlich verfolgen bei den Haushaltsberatungen. Das Theodor-Steinmann-Haus hat dringenden Sanierungsbedarf. Der Brandschutz ist vonnöten. Wir sehen vor allem in dem Betrag auch eine Investition in die Zukunft, um das Wohnheim für Lehrlinge in den Handwerksberufen zu erhalten. Das ist eines der einmaligen Projekte in Karlsruhe. Der Bedarf von Lehrlingen an Wohnraum ist nötig, vor allem an preisgünstigem Wohnraum. Es ist eine Investition für den Bestand dieser Einrichtung.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir noch von anderen Trägern andere Lehrlingswohnheime haben. Sie machen hiermit möglicherweise ein Fass auf. Darauf möchte ich einfach nur hinweisen.

Dann kommen wir zur entsprechenden Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Ich würde alle an Landtagswahlen Beteiligte auffordern, die Übernahme der Unterbringungskosten in solchen Lehrlingswohnheimen noch einmal von der Landesseite einzufordern. Denn das neben den Fachschulen ein weiterer großer Nachteil für die entsprechende Landschaft in

Baden-Württemberg, dass das Land bisher keine angemessene Unterstützung bei dieser Beherbergung bei Landes- und Bundesfachklassen übernimmt.

Wir kommen damit weiter auf der **Seite 198** zu einer Mitteilung über die Veränderung in der 1. Veränderungsliste. Hier ist der Investitionskostenzuschuss zur Ludwig-Guttman-Schule noch angepasst worden.

Wir können damit den Teilhaushalt 4000 verlassen und kommen zu **Teilhaushalt 4100 Kultur**. Ich nehme Sie jetzt mit auf die **Seite 207**. Hier sind über die 1. Veränderungsliste die Beträge zur Sicherung von Archivgut bei der Ortsverwaltung Wolfartsweier - da geht es um einen Schimmelbefall - eingepreist worden.

Auf der **Seite 210** kommt der erste Antrag aus der Mitte des Gemeinderates.

Antrag 102 (Seite 210): Dynamisierung der Zuschüsse für Personal- und Mietkosten im Kulturbereich (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich wollte ankündigen, dass wir den jetzt erst einmal von der Tagesordnung nehmen, weil wir von den anderen Fraktionen Signale bekommen haben, da vielleicht konzeptionell zeitnah zu beginnen, weil wir auch alle wissen – das weiß auch die Verwaltung -, dass die Kultureinrichtungen deutlich in Schieflage geraten. Deswegen ist dieses Konzept einer Dynamisierung auf jeden Fall sinnvoll.

Der Vorsitzende: Gut, von der Liste genommen.

Antrag 103 (Seite 210): Pauschale Förderung bei sonstigen Theatern und Musikpflege (AfD)

Antrag 104 (Seite 210): Pauschale Einsparung beim (Staats-)Theatern

Ob Sie auch über weitere Ihrer Anträge gleich etwas sagen wollen, entscheiden Sie bitte und kündigen es uns an.

Stadtrat Schnell (AfD): Es ist im Kontext zu sehen zum Antrag Nr. 104, der Kürzung beim Badischen Staatstheater. Ich fange einmal damit an. Diese Kürzung um 4 % ist etwas, was wir ursprünglich im letzten Haushalt vorgesehen hatten. Dann wurde es aber doch nicht gemacht. Ich finde, aufgrund der finanziellen Situation der Stadt Karlsruhe ist so eine moderate Kürzung beim Badischen Staatstheater, bei dem jeder Besuch im Jahr 2019 mit 162 Euro bezuschusst wurde, nicht so drastisch. Auf der anderen Seite haben wir insbesondere bei den Theatern, die im Theaterhaus logieren und dort ihre Aufführungen haben oder – wenn nicht Corona wäre – hätten, strukturelle Probleme, dort wirtschaftlich arbeiten zu können. Da sind zwar Ansätze in Planung, das auf eine bessere Basis zu stellen. Aber bis das soweit ist, wird es noch eine Weile gehen. Deshalb sind wir der Ansicht, dass wir einen Teil des Geldes, das wir beim Badischen Staatstheater einsparen können, insbesondere für diese Theater ausgeben sollten. Das ist ein Betrag von 176.000 Euro. Ich bitte deshalb um Ihre Zustimmung.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Von uns die Haltung, dass es vertragliche Vereinbarungen gibt, die bindend sind für die Stadt Karlsruhe, insbesondere auch beim Staatstheater, dass wir grundsätzlich bei irgendwelchen Einsparungen, die wir vornehmen wollen in dem Bereich, belastbare

Angaben brauchen, wo und wie und ohne den Bestand zu gefährden. Insofern lehnen wir den Antrag ab.

Stadtrat Høyem (FDP): Ganz prinzipiell sollten wir uns nicht in die Tarifverhandlungen einmischen. Hier haben wir eine Institution mit 750 Mitarbeitern. Man kann das richtig oder schlecht finden, wenn es dort eine Tarifierhöhung gibt. Aber wenn die Verhandlungspartner das entschieden haben, dann müssen wir dem folgen. Übrigens kann man sagen, dass gerade die Mitarbeiter im Badischen Staatstheater die letzten Jahre – hier spreche ich nicht über den Generalintendanten, sondern über die Gebäude – unglaublich schwierige Arbeitsbedingungen hatten. Wir lehnen das ab.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann können in die Abstimmung der beiden Anträge einsteigen.

Ich rufe Antrag Nr. 103 auf, der AfD-Antrag Pauschale Förderung bei sonstigen Theatern und Musikpflege. – Das ist eine **Ablehnung**.

Ich rufe Antrag Nr. 104 auf, die pauschalen Einsparungen beim Staatstheater. – Das ist auch **mehrheitlich abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zum Thema Nothilfe mit verschiedenen Facetten. Wir könnten es getrennt aufrufen oder auch zusammen diskutieren. Das überlasse ich Ihnen.

Antrag 105 (Seite 210): Nothilfe – Existenzsicherung: Existenzsicherungsfonds für freie Kulturinstitutionen in Karlsruhe (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Das haben wir auch schon im Kulturausschuss für erledigt erklärt, weil die Verwaltung in unserem Sinne reagiert hat.

Antrag 106 (Seite 210): Nothilfe – Existenzsicherung: Marotte Figurentheater (FDP)

Stadtrat Hock (FDP): Das Figurentheater Marotte ist in seiner Art wahrscheinlich einzigartig in Deutschland. In diesem Corona-Krisenjahr hat das Marotte Figurentheater einiges an Rückschlägen erleiden müssen und steht mit dem Rücken zur Wand. Deshalb hat meine Fraktion heute beantragt, dass corona-bedingt dieser Zuschuss von 19.000 Euro der Marotte gewährt wird. Wir bitten, bei diesem Antrag um Ihre Unterstützung.

Stadtrat Schmidt (GRÜNE): Ich möchte den Einstieg in den Bereich Kultur, wo zumindest die AfD-Anträge weg sind, nutzen, um eine allgemeine Einführung in diesen Bereich von unserer Seite zu machen.

Wie viele andere, schmerzt uns GRÜNE, wie hart die Kultur von den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie getroffen wurde. Das betrifft zwar die gesamte Kultur, aber natürlich vor allem die freie Kultur, die Soziokultur und die freien Theater. Genau das sind die Kultureinrichtungen, die Karlsruhes Kulturlandschaft erst so vielfältig und innovativ machen. Wir GRÜNE wollen die Kultur, die Kulturträger, die Kulturschaffenden nicht im Stich lassen. Deswegen ist uns wichtig, dass es alle Kultureinrichtungen, die es in der Zeit vor der Corona-Pandemie gegeben hat, auch noch nach der Corona-Pandemie geben wird. Denn Kultur ist unserer Meinung nach kein Luxus, sondern ein Lebenselixier. Eine Stadt ohne Musik, ohne Theater und ohne Museen, ist eine tote Stadt. Das wollen wir verhindern. Deswegen haben wir bereits im April 2020 einen kommunalen Nothilfefonds für Kultureinrichtungen über 2,5 Mio. Euro beantragt. Wir wissen, dass auch im Jahr 2021 viele Einschränkungen noch Bestand haben werden. Was wir nicht wissen zum gegenwärtigen Zeitpunkt, ist, ob der Fonds komplett ausgeschöpft werden wird, weil viele Anträge noch bis Januar 2021 gestellt werden können. Erst dann, wenn wir wissen, ob auch nach Inanspruchnahme von Bundes- und Landesmitteln noch weiter Bedarf ist nach einem kommunalen Nothilfefonds, wissen wir, ob es noch weitere kommunale Mittel gibt, die nötig sind. Falls dem so ist, werden wir überplanmäßig auch im nächsten Jahr einen weiteren Fonds beantragen.

Wegen des 2021 beginnenden und steigenden Haushaltsdefizits ist die Erhöhung der Förderung für Kultureinrichtungen nur in dringenden Fällen möglich. Das haben wir bereits in unserer Haushaltsrede deutlich gemacht. Wir GRÜNE werden deshalb – mit der Ausnahme von SAU e. V. – keine neue institutionelle Förderung in den Haushalt 2020 aufnehmen. Haushaltsanträge von Fraktionen zur Abhilfe von Notlagen, wie jetzt auch gerade zu dem Punkt, zu dem wir reden, werden wir nicht unterstützen, da genau dieser Notlagenfonds vorhanden ist, über den ich gerade gesprochen habe. Von daher kann ich auch in Teilen diese Anträge nicht ganz nachvollziehen.

Eine Ausnahme stellt für uns allerdings der Kinder- und Jugendchor Cantus Juvenum dar. Ich habe eben über den Nothilfefonds gesprochen. Dieser Nothilfefonds richtet sich primär an Einrichtungen, die bereits institutionell gefördert wurden. Cantus Juvenum wurde bisher noch

nicht institutionell gefördert. Wir möchten aber, dass dieser Ausnahmekor erhalten bleibt. Deswegen haben wir uns dafür entschieden, gemeinsam mit der SPD einen Antrag zu stellen, dass auch hier ein einmaliger Zuschuss fließt.

Wir sehen außerdem bei der Marotte, bei dem Jakobus-Theater, Diapason, dem BBK, Badischer Kunstverein, Gedok und dem Centre Culturel einen Bedarf für eine moderate Erhöhung der institutionellen Zuschüsse. Alle der genannten Einrichtungen konnten uns glaubhaft darlegen, dass die Erhöhung für den Fortbestand ihrer Strukturen auch unabhängig von Corona erforderlich und angemessen ist. Außerdem beantragen wir für die Kinemathek und den Jazz-Club einmalige Zuschüsse für unabwendbare Baumaßnahmen, um ihre Räume in der Kaiserpassage für das Publikum nutzbar zu machen. Deswegen sollen die Projekte dort unbedingt realisiert werden und nicht auf den letzten Metern scheitern. Mit einem einmaligen Betriebskostenzuschuss von 10.000 Euro möchte wir außerdem den Werkraum unterstützen. Der Verein hat mit Handwerkerproblemen zu kämpfen, die zu einem großen Teil durch Eigenleistung aufgefangen werden konnten. Aber trotzdem braucht es noch diese 10.000 Euro, um das gewissermaßen zu sichern.

Wir wissen, dass die Kultureinrichtungen auch im kommenden Jahr noch mit Einschränkungen zu kämpfen haben werden. Deswegen schauen wir, dass wir die Kultur auch im Doppelhaushalt 2022/23 erneut gut aufstellen und dass die Kultur uns hier in Karlsruhe so erhalten bleibt, wie wir es vor der Krise kannten.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Auch ich werde jetzt die Möglichkeit in Anspruch nehmen, grundsätzliche Ausführungen der CDU-Fraktion für den gesamten Bereich Kultur zu machen. Die CDU-Fraktion hat dieses Jahr leider aufgrund der gesamten Haushaltslage des hohen Defizits von über 120 Mio. Euro, wie wir eingangs gesehen haben, keine eigenen Anträge in diesem Bereich gestellt. Das hat uns weh getan, das tut uns weh, weil wir dadurch unser Königsrecht, das uns viel wert ist, nicht ausüben können. Aber wir sehen insgesamt, dass wir an der Ausgabenpolitik dringend Veränderungen brauchen. Bei den Großprojekten, aber auch im gesamten Rahmen, damit wir künftig weiterhin nachhaltig haushalten können und vor allem wieder eine Perspektive haben, irgendwann wieder in einen soliden Haushalt zu kommen und dann auch wieder aktiv mit eigenen Anträgen im Bereich Kultur, Soziales, in allen Bereichen zu gestalten und Möglichkeiten zu schaffen.

Unsere Kultur leidet. Das sehen wir das gesamte Jahr. Wir leiden durchaus mit. Sie haben durchgehalten. Sie haben Hoffnung, dass sie ihren Bestand erhalten können. Das ist ein Punkt, wo wir auch mitsichern wollen. Denn wir wollen vermeiden, dass wir künftig in die Situation geraten, womöglich noch Kürzungen vornehmen zu müssen. Denn das würde die Kultur dann nicht mehr verkraften. Wir haben es uns daher sorgfältig überlegt, wie wir mit den einzelnen Anträgen der anderen Fraktionen umgehen werden. Wir halten unsere klare Linie, die besagt, dass wir kein zusätzliches Personal und keine Zuschusserhöhungen mitgehen werden. Aber wir sehen Ausnahmen, wenn es um den Bereich der corona-bedingten Schieflage geht, in die eine Einrichtung geraten ist. Hier gibt es aber das Corona-Hilfspaket, das wir geschaffen haben in der Juli-Sitzung, um Möglichkeiten zu schaffen, auch außerplanmäßig Anträge zu stellen. Wir werden uns auch künftig dafür einsetzen, dass 2021 bei Bedarf und bei anhaltenden Beschränkungen dieses Paket und die Antragsfristen erweitert werden. Wir werden aber jetzt die Anträge Nr. 108 und 109 nicht bejahen, weil diese bereits mit dem Corona-Paket ihre Anträge stellen können. Wir sehen, dass das in dem Volumen der 2,5 Mio. Euro möglich ist.

Wir werden Ausnahmen machen, wenn es um einmalige Investitionszuschüsse geht, wie beispielsweise – dazu kommen wir später – Jazz-Club, Kinemathek, weil dort einfach die Baustellen akut da sind. Das muss voran gehen, sonst kann man die Kulturbetriebe nicht mehr erhalten. Das sind Investitionen für die Zukunft. Da sparen wir künftig dann auch höhere Ausgaben und Kosten. Wir werden auch beispielsweise einmalig SAU e. V. – das ist dann Antrag Nr. 110 – unterstützen, weil dieser Verein belastbar dargelegt hat, dass er tatsächlich durch Corona in eine extreme Schieflage geraten ist. Wir halten es auch für erwähnenswert, dass SAU e. V. in der Vergangenheit noch nie städtische Zuschüsse in irgendeiner Form in Anspruch nehmen wollte, sondern stets durch Eigenleistung viel beigetragen hat. Das ist zu unterstützen.

Das sind die grundsätzlichen Ausführungen der CDU-Fraktion. Bei den Ausnahmen, bei denen wir später zustimmen, werde ich mich kurz äußern. Ansonsten wünschen wir den Kultureinrichtungen Durchhaltevermögen. Wir danken ihnen für all ihr Engagement in diesem sehr schwierigen Jahr. Wir wollen mit unserem Abstimmungsverhalten vor allem Kunst und Kultur zukunftsfähig erhalten und sichern. Wir wollen, dass die Qualität und die Vielfalt auch in den kommenden Jahren erhalten bleibt.

Stadträtin Ernemann (SPD): Zum Erhalt und Unterstützung der Kultur – das ist überhaupt keine Frage – steht meine Fraktion seit Jahren. Ich muss noch einmal auf den letzten Doppelhaushalt zurückgehen. Da haben wir das eindeutig bewiesen. Der Kollege Schmidt hat schon im Wesentlichen alles gesagt, was ich hätte auch sagen wollen. Aber lassen Sie mich doch noch ein paar Dinge hinzufügen.

Es hat uns dieses Jahr sehr schwer gemacht abzuwägen als politischer Entscheidungsträger, durch diesen von uns genehmigten Nothilfefonds, der noch nicht vollkommen ausgeschöpft ist, da laufen noch Anträge, die Antragsfrist ist noch nicht abgelaufen. Es war eine Abwägungssache. Natürlich haben uns fast alle Kulturträger glaubwürdig vermittelt, dass Bedarf besteht. Aber es war ziemlich schwer abzuwägen, wer bekommt was aus dem Nothilfefonds, wo müssen wir nachlegen, wo ist wirklich der Bedarf. Wir haben das gemacht. Ich muss sagen, wir sind im Wesentlichen, bis auf eine Ausnahme – SAU e. V. – unserer Linie treu geblieben und unserem Vorsatz, keine neue Institution aufzunehmen in die institutionelle Förderung. Denn – lassen Sie mich das anmerken – wer einmal eine institutionelle Förderung erhält, erhält sie dauernd. Ich habe es noch nicht erlebt in 15 Jahren Stadtrat, dass die zurückgenommen wurde. Insofern ist es wirklich eine Entscheidung, die zukunftsweisend ist. Aber auch bei SAU e. V. waren wir der Meinung, SAU e. V. muss und gehört institutionell gefördert. Die Alte Hackerei ist die Hardware, und SAU e. V., dieser ehrenamtlich geführte Verein, bietet die Software und das mit viel ehrenamtlichem Engagement.

Was wir erstmals auch unterstützen, ist Diapason, die Musikschule in Durlach, die eine außergewöhnlich gute Arbeit machen, auch aus der Situation heraus. Das ist jetzt ein Unterschied. In der Vorlage steht „institutionelle Förderung“. Es ist aber keine institutionelle Förderung in dem Antrag der SPD und der GRÜNE. Es ist ein einmaliger Betrag für Cantus Juvenum. Dieser Chor, der über die Grenzen Karlsruhes hinaus wirklich ein großes Ansehen genießt. Was wir auch einmalig unterstützen, nicht fortlaufend, ist dieses Jahr der Badische Kunstverein, die schon seit Jahren keine institutionelle Förderung mehr erfahren haben. Was wir auch ablehnen, dazu stehe ich, das kann ich auch ankündigen, ist dieses Jahr im Doppelhaushalt – ich sage nicht jegliche, aber das kann sich noch ändern -, wir werden das Centre Culturel nicht finanziell

unterstützen, auch nicht Werkraum und auch nicht Tiyatro Diyalog. Das ist keine Missachtung ihres Engagements und ihrer politischen Tätigkeit. Das ist eine Abwägung. Wir können nicht alle Haushaltswünsche erfüllen. In dem Fall haben unter all den vielen Anträgen und Gesprächen, die wir geführt hatten, diese drei Institutionen nicht die Mehrheit in meiner Fraktion gefunden.

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Wir haben in diesen Haushaltsberatungen unseren Schwerpunkt ziemlich in den Bereich der Kultur gelegt, was unsere Anträge angeht. Ich denke, das ist unser Schwerpunkt. Denn das kulturelle Leben in einer Stadt ist unverzichtbar für den sozialen Zusammenhalt in einer Gesellschaft. Die freien Kulturträger und die freien Theater erfüllen diesen Auftrag seit Jahren, tragen dazu bei, dass Karlsruhe in der Kulturlandschaft vielfältig und bunt ist. Dafür gebührt ihnen unser Dank und auch der Dank an die Verwaltung und an die Kolleginnen und Kollegen, dass wir hier eingegriffen haben mit dem Nothilfefonds, um die Schiefanlagen, die durch den corona-bedingten Shutdown entstanden sind, abzufedern. Denn genau in der freien Kulturszene und Theaterszenen stehen viele Einrichtungen kurz vor dem endgültigen Aus. Finanzielle Polster drohten aufgebraucht zu werden oder waren gar nicht vorhanden. Für die gezeigte Bereitschaft der Stadtverwaltung und des Gemeinderates, den betroffenen Einrichtungen mit individuellen Lösungen zu helfen, danken wir noch einmal herzlich, da jeder dieser Betriebe vor eigenen Schwierigkeiten steht.

Jetzt ist es so, dass die Einrichtungen in den vergangenen Zeiten unheimlich viel Kreativität bewiesen haben, sei es im Einwerben von Spenden oder Durchführung von Veranstaltungen in diesen Zeiten, so dass es zunächst einmal gar nicht so schlimm gekommen ist, wie befürchtet und auf den genannten Topf noch im nächsten Jahr zurückgegriffen werden kann. Vor diesem Hintergrund sind unsere gesamten Kulturanträge zu sehen.

Wir haben noch eine Bitte. Das bezieht sich auf die Ordnungszahl 110, zum SAU e. V., der Antrag der FDP. Wir werden unseren Antrag Nr. 123 zum SAU e. V. modifizieren und auf einen Betrag von 20.000 Euro reduzieren. Wir bitten, dass diese beiden Anträge gemeinsam behandelt werden.

Stadtrat Schnell (AfD): Ich habe eine Nachfrage zum Antrag Nr. 106. Das läuft unter dem Thema Nothilfe – Existenzsicherung. Inwieweit ist das durch das Programm, das Herr Dr. Käuflein mit dem Kulturamt hat, inkludiert? Oder haben die auch die Möglichkeit, auf diese Mittel zuzugreifen und die Anträge entsprechend zu begründen?

Dann zu den Anträgen Nr. 107 bis 109, zu diesem Chor. In der Stellungnahme der Stadt steht, dass Sie eine Beteiligung der Kirchen erwarten. Gibt es da irgendwelche Anzeichen, was dort passiert? Denn das Subsidiaritätsprinzip, dass man Hilfe zur Selbsthilfe mit dazugibt, halten wir hoch und würden das als Voraussetzung ansehen, diesen Anträgen zustimmen zu können.

Ansonsten werden wir, abgesehen von den Theatern im Theaterhaus, die ein strukturelles finanzielles Problem haben, wie wir kürzlich gehört haben, beim Kulturbereich bei diesem Haushalt und der finanziellen Situation der Stadt darauf achten, dass das, was wir haben, erhalten bleibt, dass nichts verloren geht. Aber Aufstockungen im institutionellen Bereich, dauerhaft, da sehen wir keine Möglichkeiten.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Auch von mir erst einmal ein paar einleitende Worte. Wir starten in einen Haushalt in einer Zeit, die für die Kultur so schwer ist, wie noch nie. Das kulturelle

Leben ist beinahe vollständig zum Erliegen gekommen, auch wenn wir eine sehr große Kreativität der Kulturschaffenden haben, die man nicht vergessen darf. Natürlich hat das auch immense Auswirkungen, das darf man nicht vergessen, auf die sowieso schon sehr prekäre Situation vieler Beschäftigter in diesem Sektor, der immerhin einer der größten hier in der Region ist. Deswegen begrüßen wir als Fraktion natürlich auch Initiativen, die diese unglaublich vielfältigen Beschäftigungsbereiche hinter der Kultur sichtbar machen, sei es von Catering bis Veranstaltungstechnik.

Wie meine Vorredner möchte ich auch auf diesen Existenzfehlbetragsausgleich, wie er so sperrig heißt, verweisen. Das war eine sehr große und sehr wichtige und wertvolle Sicherungsmaßnahme, die wir letztes Jahr getroffen haben. Ich bin auch sehr froh, dass die Verwaltung von sich aus die Gelder im nächsten Jahr weiterhin abrufbar hält. Ich glaube, es geht nicht um die Höhe. Es geht vor allem um die Existenz. Wenn ich weiß, da ist ein Auffangnetz, dann turmt es sich doch sehr viel leichter auf dem Seil. Es ist auch wichtig, dass wir diese Flexibilität haben und jetzt nicht am Ende des Jahres überstürzt Gelder auszahlen müssen, die man vielleicht später viel dringender braucht. Ich bin auch dafür, einzelnen Einrichtungen, wie Cantus Juvenum, heute eine Existenzsicherung zu geben. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Signal, auch wenn die natürlich selbst einen Antrag auf unseren Rettungsfonds stellen könnten. Das war auch explizit auf unseren Wunsch für Einrichtungen offen, die bisher noch nicht gefördert wurden.

Aber neben dieser Sicherung von dem, was wir haben, wo ich auch dieses breite Bekenntnis sehr begrüße, geht es uns darum, dass sich Kultur weiterentwickeln kann. Man kann sie nicht betonieren und einfrieren. Man muss auch den Kultureinrichtungen die Möglichkeit geben, das, was sie machen, zu überdenken und vielleicht weiterzuentwickeln. Da unterstütze ich heute sehr gerne und mit großer Begeisterung den Antrag des Künstlerhauses, die jetzt einen Generationswechsel schaffen wollen und mit viel Elan und engagierten Leuten etwas Neues wagen und sich neu aufstellen wollen. Das ist auf jeden Fall hervorzuheben. Auch das Gedok unterstütze ich sehr gerne. Ich freue mich, dass diese ganzen Signale aus den Reihen hier ich so deuten kann, dass SAU e. V. zum ersten Mal institutionell gefördert wird.

Stadtrat Hofmann (CDU): Nur zur Sicherheit - ich gehe davon aus, dass Sie jetzt die Anträge einzeln abstimmen werden - habe ich mich noch einmal gemeldet. Gerade als CDU, die Kollegin Dr. Dogan hat es schon gesagt, ist das Theaterhaus sehr wichtig. Es sind jetzt mehrere Anträge drin. Einmal die 19.000 Euro von der FDP, unten sind es ein mal 12.000 Euro für Marotte und 7.000 Euro für Jakobus. Ich denke, das ist wahrscheinlich ähnlich. Es ist mehrfach darauf hingewiesen worden, gerade die Problematik Theaterhaus ist allen hier bekannt. Wir haben uns alle auch dazu bekannt, dass dort ein strukturelles Defizit da ist. Ich denke, das lösen wir jetzt aber nicht, wenn wir immer wieder rangehen und sukzessive etwas aufbauen. Deswegen wäre es meiner Fraktion wichtig, dass wir für 2021 diesen Zuschuss mitgehen, und dass dann der Kulturausschuss oder sich das Amt damit befasst und für den Doppelhaushalt 2022/23 die entsprechenden Mittel so einstellt, dass es langfristig sinnvoll ist. Da geht es auch um die Problematik, wie wir gesagt haben, bezüglich eventuell Spielstättenverlagerungen oder sonst etwas, dass wir es als Ganzes sehen und nicht immer Stückwerk, jedes Jahr einen Teil hier mehr einbringen. Von daher würden wir gerne das für ein Jahr abstimmen und dann den Auftrag mitgeben, dies langfristig entsprechend zu sichern, dass dies, ähnlich, wie wir es vorhin gemacht haben, dann damit eingebracht wird.

Stadtrat Cramer (KAL/DIE PARTEI) zur Geschäftsordnung: Mit Blick auf die Uhr möchte ich den Vorschlag machen, dass wir die Einzelabstimmungen der Anträge nach der Mittagspause machen. Denn alles schaffen wir nicht, oder die Mittagspause wird doch ein ganz schönes Stück nach hinten verschoben. Ich hoffe, dass das Plenum mitgehen kann.

Der Vorsitzende: Ich plädiere darauf, dass Sie uns noch eine halbe Stunde geben. Dann bekommen wir nämlich die ganzen Einzelanträge durch, weil wir jetzt gerade im Thema sind. Da wäre jetzt meine Gegenrede.

Dann stelle ich den Geschäftsordnungsantrag auf Eintritt in die Mittagspause jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung (*Anm.: 7 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung*). Ich mache aber dann wirklich um halb zwei Schluss. Sie brauchen keine Angst zu haben, dass das jetzt ewig geht.

Bürgermeister Dr. Käuflein: Es ist eine doppelte Fragestellung von Stadtrat Schnell nach der Marotte. Förderfähig aus diesen 2,5 Mio. Euro ist, wer bisher eine Förderung bekommen hat oder wer förderfähig wäre, aber aus irgendwelchen Gründen darauf verzichtet hat. Das trifft für die Marotte zu. Diese 2,5 Mio. Euro sind allerdings wirklich die Ultima Ratio. Also, wenn die Existenz einer Einrichtung gefährdet ist, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, dann kann ein Antrag gestellt werden. Jetzt ist möglicherweise nicht jeder Antrag im Kulturbereich, der auf Corona verweist, in dieser Zuspitzung zu lesen, dass es um die reine Existenzsicherung geht.

Cantus Juvenum, da schlage ich Ihnen vor, ich finde es einleuchtend, dass man sagt, die Stadt fördert nur subsidiär oder komplementär oder wie auch immer. Sie können das mit einem Sperrvermerk abbilden, dass Sie sagen, die Stadt hilft unter der Voraussetzung, dass die evangelische Kirche auch bezahlt. Da gibt es bereits Schriftwechsel. Ich weiß jetzt nicht genau, ob es eine definitive Zusage gibt. Aber es gibt positive Signale. Insofern meine Empfehlung, machen Sie doch einfach einen Sperrvermerk.

Zu Herrn Stadtrat Hofmann: Ich werte das als einen Auftrag an den Kulturausschuss, dass wir über dieses Thema Theaterhaus, das uns wiederholt beschäftigt hat, noch einmal vertieft nachdenken. Denn in der Tat: Diese drei Theater in einem Haus, ohne eine grundsätzliche Erweiterung des Gebäudes – die ist nicht trivial – ist es nicht gut funktionsfähig. Insofern müssen wir uns noch einmal ganz grundsätzlich dieses Themas annehmen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ergänzend noch: Das Theaterhaus hatten wir umfangreich diskutiert in der letzten Kulturausschusssitzung. Das haben wahrscheinlich nicht alle in diesem Haus mitbekommen. Da sind genau diese Fragestellungen und Planungen angesprochen worden, die jetzt Kollege Hofmann angesprochen hat. Wir bleiben hier am Ball und werden das weiter verfolgen in Absprache mit den drei Einrichtungen. Übrigens hat das Sandkorn, das möchte ich an der Stelle auch erwähnen, bisher keinen Antrag gestellt oder sich nicht geäußert, dass sie aus dem Nothilfefonds Mittel brauchen. Es wird sich noch abzeichnen, wie das weitergeht.

Aber ich möchte doch noch zum Theaterhaus erwähnen, dass bei der Marotte einerseits der Nothilfefonds relevant und wichtig ist, andererseits aber die 12.000 Euro, die wir GRÜNE gestellt haben, dahingehend erklärt werden müssen, dass die Marotte eine Auflage bezüglich des Brandschutzes bekommen hat, die so gravierend war, dass sie Zuschauerreihen und ihre

Lagerstätten unter der Tribüne abbauen mussten. Daraus resultiert ein Defizit der Mittel des Landes um rund 12.000 Euro. Das heißt, die 12.000 Euro sind eine institutionelle Erhöhung, die aber nur das ausgleicht, was ihnen abhandengekommen ist durch die Brandschutzauflagen. Da sie die Einnahmen nicht mehr generieren können, um das auszugleichen, bitten wir darum, dass dieser Antrag auf institutionelle Erhöhung, diese 12.000 Euro, heute beschlossen wird. Sonst haben die ein Defizit, das sie im Jahr 2021 gar nicht ausgleichen können.

Der Vorsitzende: Wir springen jetzt zum Teil schon sehr weit nach vorne. Ich würde jetzt vorschlagen, dass wir bis einschließlich Ordnungsziffer 123 alles über die Bühne bringen, weil das die ganzen Themen sind, die eben aufgerufen wurden.

Wir haben zum Teil das Problem, dass Sie für das Jahr 2021 eine einmalige Nothilfe beantragt haben. Es gibt dann noch Anträge, die eine institutionelle Förderung oder Steigerung begehren. Insofern versuche ich jetzt, die Dinge etwas zusammenzufassen. Wir sind jetzt bei der Marotte. Einmal gibt es den FDP-Antrag auf einmalig 19.000 Euro. Und es gibt unter Ordnungsziffer 111 und 112 noch jeweils institutionelle Anträge mit 12.000 Euro beziehungsweise 40.000 Euro.

Wenn Sie mir einfach zugestehen, dass wir jetzt trotzdem in der Reihenfolge der Ordnungsziffern bleiben - denn sonst werden wir alle völlig durcheinander -, würde ich jetzt erst einmal diese 19.000 Euro Nothilfe aufrufen, die von der FDP beantragt wurden. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann kommen wir zu den ganzen Cantus Juvenum-Nothilfeanträgen.

Antrag 107 (Seite 210): Nothilfe – Existenzsicherung: Cantus Juvenum: Institutionelle Förderung (GRÜNE, SPD)

Antrag 108 (Seite 210): Nothilfe – Existenzförderung: Finanzielle Nothilfe für den Cantus Juvenum (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 109 (Seite 210): Nothilfe – Existenzsicherung: Förderung des Kinder- und Jugendchores „Cantus Juvenum“ (Cantus Juvenum Karlsruhe e. V.)

Unter Ziffer 122 gibt es dann noch einmal die institutionelle Förderung. Wir machen es jetzt trotzdem so, dass ich diese drei Anträge zusammennehme: Existenzsicherung Nothilfe 30.000 Euro. Der Vorschlag war, es mit einem Sperrvermerk zu versehen, wie Herr Dr. Käuflein vorgeschlagen hat. Ist damit alles klar soweit? Land und Kirche war noch einmal der Wunsch. Sind die Antragsteller alle einverstanden?

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Der Antrag auf 30.000 Euro, den wir gemeinsam gestellt haben, soll keine institutionelle Förderung sein, Kollegin Ernemann hat das schon gesagt, und auch mein Kollege Markus Schmidt hat es in seinen Ausführungen betont, sondern eine einmalige Förderung, die künftig nicht mehr so notwendig sein wird, weil Cantus Juvenum sich bislang sehr gut finanzieren konnte. Von daher bitten wir, dass das berücksichtigt wird bei der Abstimmung.

Der Vorsitzende: Ich hatte die Ordnungsziffer 107, 108, 109 als einmalige Nothilfe 30.000 Euro aufgerufen, versehen mit einem Sperrvermerk pro Finanzierung Land und Kirche. Da war die Frage an die Antragsteller, ob dieser Sperrvermerk für alle Antragsteller okay ist oder nicht.

(Zuruf)

- Ohne Sperrvermerk! Gut, dann rufe ich den Antrag der GRÜNE und der SPD auf. Wie ist es bei den Antragstellern KAL/Die PARTEI und DIE LINKE.? Mit oder ohne Sperrvermerk? – Auch ohne.

Dann rufe ich die Anträge Nrn. 107, 108 und 109 ohne Sperrvermerk auf, als einmalige Nothilfe – das ist der weitestgehende Antrag.

(Zurufe)

- Jetzt lassen Sie mich einfach einmal abstimmen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir würden dann einen Ergänzungsantrag stellen, mit Sperrvermerk.

Der Vorsitzende: Das habe ich verstanden. Der weitestgehende Antrag ist erst einmal ohne Sperrvermerk. Das sind die Anträge 107, 108 und 109. Die stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Gut, der hat schon eine **Mehrheit**. Dann brauchen wir jetzt nicht mit Sperrvermerk noch einmal abstimmen.

Antrag 110 (Seite 216): Nothilfe – Existenzsicherung: Finanzielle Nothilfe SAU e. V. (FDP)

Antrag 123 (Seite 216): Karlsruhe braucht Kultur – Institutionelle Förderung für Subculture and Underground (SAU) e. V. (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Sie haben schon verwiesen, Herr Haug, wenn ich das noch richtig im Kopf habe, auf Antrag Nr. 123, wo Sie auch statt der 65.000 Euro auf die 20.000 gehen würden, wenn ich es richtig verstanden habe. Aber dann als institutionellen Zuschuss.

Dann würde ich jetzt den institutionellen Zuschuss für SAU e. V., 20.000 Euro pro Jahr, als weitestgehenden Antrag zur Abstimmung stellen. – Das ist eine **Mehrheit**.

Damit hat sich der FDP-Antrag auf einmalig 20.000 Euro **erledigt**.

Antrag 111 (Seite 210): Marotte Figurentheater: Erhöhung institutionelle Förderung (GRÜNE, SPD)

Antrag 112 (Seite 210): Marotte Figurentheater: Erhöhung institutionelle Förderung (Marotte Figurentheater Karlsruhe)

Da haben wir einmal diese 12.000 Euro pro Jahr und einmal die 40.000 Euro pro Jahr. Dann würde ich den weitergehenden Antrag, das ist die Ordnungsziffer 112, der ist von der Marotte selber gestellt worden, auf 40.000 Euro im Jahr Erhöhung institutionell, zur Abstimmung stellen. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir kommen jetzt zum Antrag der GRÜNE und der SPD, Marotte Figurentheater. Das ist die Ordnungsziffer 111, Erhöhung institutionelle Förderung um jährlich 12.000 Euro.

Stadtrat Hofmann (CDU): Hier hatte ich meinen Wortbeitrag dahingehend, dass wir dies grundsätzlich unterstützen, aber dass wir das jetzt vielleicht nur für dieses eine Jahr beschließen, und dass wir uns trotzdem noch einmal mit der ganzen Sache befassen. Die Kollegin Rastätter hat es gesagt, natürlich ist die Problematik da, aber dass wir das in den nächsten Doppelhaushalt mit hineinnehmen. Denn es ist wiederum die Problematik nicht gelöst. Klar ist es in dem Fall bei der Marotte mit der Sitzreihe, mit dem Ganzen, dass wir noch einmal das Ganze mit hineinnehmen, aber die Verwaltung schon bitten, dies entsprechend auch mitaufzunehmen für die nächsten Jahre.

Der Vorsitzende: Sie schlagen quasi den GRÜNEN und der SPD vor, ihren Antrag zu ändern. Ich habe jetzt nicht verstanden, dass der geändert wurde.

(Zurufe)

- Ich habe es hier anders stehen.

Ich rufe jetzt die Ordnungsziffer 111 auf, 12.000 Euro Erhöhung jedes Jahr. Dann können wir noch einmal über 12.000 Euro für ein Jahr abstimmen. Das können wir alles gerne machen. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung. Das ist der Antrag Nr. 111. – Das ist eine **Zustimmung**. Das heißt, institutionell 12.000 Euro jedes Jahr fortlaufend.

Antrag 113 (Seite 210): Jakobus-Theater: Erhöhung institutionelle Förderung (GRÜNE, SPD)

Antrag 114 (Seite 210): Jakobus-Theater: Erhöhung institutionelle Förderung (GRÜNE, SPD, Jakobus-Theater)

Da bitte ich Sie gleich um Ihr Votum. – Auch das ist eine **Mehrheit**.

Antrag 115 (Seite 210): Erhöhung Zuschuss für „Tiyatro Diyalog Karlsruhe e. V.“ (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Wenn ich das richtig verstehe, ist das auch institutionell. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir kommen jetzt zum Werkraum. Da gibt es drei Anträge.

Antrag 116 (Seite 210): Werkraum Karlsruhe (FDP)

Ich bitte hier um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 117 (Seite 210): Werkraum Karlsruhe e. V. – Einmaliger Betriebskostenzuschuss (GRÜNE)

Antrag 118 (Seite 210): Werkraum Karlsruhe e. V. – Einmaliger Betriebskostenzuschuss (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Auch da bitte ich um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Antrag 119 (Seite 210): Badisches Staatstheater – Zuschüsse auf Stand 2019 einfrieren (FW|FÜR)

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Wir sind für das Badische Staatstheater. Es ist uns wichtig, dass es attraktiv ist, dass es gut floriert, dass es angenommen wird. Wir hatten aber gesehen, dass Stellen aufgebaut wurden, hochdotierte Stellen. Es geht hier nicht um Tarifgeschichten, sondern es geht um hochdotierte Stellen, wo auch eine Menge Gelder gebunden sind. Es wurden einige Produktionen in den Sand gesetzt, dass wir glauben, eine Kooperation mit anderen Theatern würde deutlich Gelder sparen. Wir haben auch erlebt, dass Künstler teuer eingekauft wurden, wo eigentlich eigene Künstler im Haus gewesen wären, die man hätte einsetzen können. Es gibt jede Menge Einsparpotential. Da wollen wir ran. Deswegen sagen wir, diese Förderung muss eingefroren werden auf den Stand von 2019. Das ist unser Antrag.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Zu dieser Idee ist zunächst einmal einerseits zu sagen, sie klappt im Ergebnis nicht. Im Grunde handelt es sich um Personalkostensteigerungen, die man einfach mitmachen muss, nicht nur, weil man im Verbund mit dem Land ist, sondern weil man gegenüber diesem Gesamtpersonal des Badischen Staatstheaters auch in einer Verpflichtung steht. Von einer Überbezahlung habe ich jetzt aus diesem Bereich noch nichts gehört. Da müssen wir einfach in die Pflicht.

Das andere, Herr Oberbürgermeister, ich erlaube mir jetzt auch gleich, auf Nr. 146 einzugehen, denn da ist die Intention eine ähnliche. Auch da ist es doch so, dass wir lange zugesagt haben, Brandschutzmaßnahmen beispielsweise zu veranlassen und andere Dinge, die mit der Gesamtentwicklung des Theaters nicht in einem Zusammenhang stehen. Da sind wir in der Pflicht. Die müssen wir auch erfüllen. Trotz allem finde ich Ihre Initiative schon deswegen richtig, weil wir an dieser Stelle im Haushalt einfach einmal den Zeigefinger erheben müssen. So kann es insgesamt nicht weitergehen. Es ist völlig richtig, dass dann in Ihren Antragsbegründungen auch auf die Frage der Kostenentwicklung eingegangen wird. Auch die CDU möchte hier innehalten. Wir müssen zurück auf Los. Wir müssen einen Stopp einrichten, was die Baukostenentwicklung angeht. Nur, ich sage es ganz ausdrücklich, es hat mit Ihrer Intention jetzt leider nichts zu tun. Da muss man der Verwaltungsvorlage folgen. Diese Kosten sind da. Die muss die Stadt auch übernehmen.

Der Vorsitzende: Ich würde bitten, dass wir diesen zweiten Teil des Antrags nachher diskutieren. Jetzt geht es erst einmal nur um diese Geschichte, dass wir das auf der Höhe von 2019 einfrieren. Sonst kommen wir nämlich nicht mit unserem Zeitplan hin.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich möchte dazu nur eines anmerken. Das Staatstheater ist jetzt in einer sehr schwierigen Situation, auch mit Blick auf das gesamte Personal. Da besteht eine riesige Unruhe. Die Menschen sind gerade dabei, sich neu aufzustellen, sich zu engagieren und zu schauen, wie es weitergeht. Jetzt hier in die Parade zu fahren und sagen – denn das zielt auf

das Personal ab – hier Mittel einzusparen, ist eine ganz falsche Ansage. Inwieweit wir zukünftig im Prozess klären, was wir brauchen und wie es weitergehen kann und wo wir auch sparen können, das steht außer Frage. Aber nicht jetzt auf das Personal zielen. Das lehnen wir aus dem Grund auch ab.

Stadträtin Ernemann (SPD): Ich bin schon etwas verwundert. Wochenlang, monatelang hatten wir hier die Diskussion um das Badische Staatstheater. Wir haben immer wieder die Bedeutung dieses Hauses hervorgehoben, große Solidarität mit den Mitarbeitern und die Wertschätzung des Hauses bekundet. Es geht einfach nicht, dass es immer wieder – das habe ich hier in den Vorlagen gelesen - der böse Bub ist: das Große Haus des Badischen Staatstheaters bekommt zu viel Geld, sie sind verschwenderisch, da müssen wir etwas wegnehmen. Ich weiß nicht, welcher Antrag das war, irgendwo habe ich das gelesen, dass ich beim Badischen Staatstheater kürzen muss und das dann auf die kleinen Kulturinstitutionen verteile, weil die in den letzten Jahren zu schlecht bedacht worden wären. Das stimmt mitnichten. Das Badische Staatstheater hat – das will ich gar nicht ausführen – eine Komplementärfinanzierung Stadt/Land, wo wir in der Verpflichtung sind. Aber diese Diskussion, dass ich das große Badische Staatstheater beäugen muss, dass ich denen etwas wegnehmen muss oder da etwas kürzen muss, um das auf die kleinen zu verteilen, auf diese Diskussion lassen weder ich noch meine Fraktion uns ein.

Stadtrat Høyem (FDP): Unser Badisches Staatstheater ist ein unglaublich wichtiger Standortfaktor für uns und für Baden-Württemberg generell. Wir haben das bisher gemeinsam mit dem Land finanziert. Das sollten wir auch in der Zukunft machen. Es ist richtig, dass wir Probleme haben. Aber wir haben jetzt zum ersten Mal wirklich Versuche gemacht, die Zukunft zu gestalten. Ich denke, in so einer Zukunftsgestaltung wäre es ein absolut falsches Signal, etwas Rückschrittliches zu machen. Rückschrittlich wäre, wenn wir jetzt die Kosten auf 2019 einfrieren. Also, lasst uns jetzt wirklich ehrlich dem Badischen Staatstheater eine Zukunftsmöglichkeit geben. Wir haben jetzt die Instrumente. Wir sind in vollem Gange, das zu machen. Ich denke, dass man realistisch Optimist werden kann.

Der Vorsitzende: Dann können wir jetzt den Antrag zur Abstimmung stellen.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Nur ganz kurz. Ich wollte noch darauf hinweisen, wen denn diese Kürzung treffen würde. Es würde das künstlerische Personal im Staatstheater treffen, die jetzt schon an ihren Grenzen sind, weil sie unglaublich viele Vorführungen machen müssen und das Geld immer weiter gekürzt wurde. Man hatte vor 20 Jahren noch 30 Schauspieler*innen. Jetzt sind wir bei 19. Die Vorstellungen sind nicht weniger geworden. Das muss man sich hierbei immer bewusst machen. Das Ensemble wird immer jünger, weil man die alten Leute nicht mehr bezahlen kann. Deswegen finde ich das sehr unverantwortlich.

Stadtrat Kalmbach (FWFÜR): Nur zur Korrektur. Sie haben mir nicht zugehört. Es ging nicht um die tarifgebundenen oder anderen Verträge. Ich habe von hochdotierten Stellen gesprochen, die gemehrt wurden in den letzten Jahren. Es ging um viele verschiedene andere Punkte. Die hatte ich angeführt.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. Ich stelle unter Ordnungsziffer 119 den Antrag FW|FÜR Badisches Staatstheater, Zuschüsse einfrieren zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 120 (Seite 210): Diapason: Erhöhung der institutionellen Förderung (DIE LINKE.)

Antrag 121 (Seite 210): Diapason: Erhöhung der institutionellen Förderung (GRÜNE)

Der weitergehende Antrag ist der der LINKE. auf jährlich 16.000 Euro institutionelle Förderung. Da bitte ich um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt kommt der Antrag der GRÜNE, 8.500 Euro.

Stadträtin Ernemann (SPD): Die SPD wollte einen mündlichen Änderungsantrag von 8.500 Euro auf 5.000 Euro stellen.

Der Vorsitzende: Jetzt haben wir erst einmal den Antrag der GRÜNE. Das sind 8.500 Euro. Dann stelle ich das jetzt zur Abstimmung. – Das ist wiederum eine **Ablehnung**.

Ich habe es jetzt nicht als Änderungsantrag verstanden, sondern als ergänzenden Antrag. Es gibt jetzt den Antrag über 5.000 Euro institutionelle Förderung im Jahr zusätzlich. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist jetzt **mehrheitlich angenommen**.

Antrag 122 (Seite 210): Institutionelle Förderung des Kinder- und Jugendchores „Cantus Juvenum“ (Badisches Staatstheater)

Da haben wir schon eine einmalige Sache von 30.000 Euro beschlossen. Jetzt geht es darum, dass das fortlaufend gemacht wird. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **Ablehnung**.

Auf der **Seite 210** ist darüber hinaus über die 2. Veränderungsliste die Erhöhung des Betriebsmittelzuschusses an das Badische Staatstheater, da gibt es einen Sperrvermerk. Das hat etwas mit der anschließend im nächsten Jahr erfolgenden Diskussion über Sanierung zu tun. Das heißt, wir würden es jetzt aufnehmen, aber mit einem Sperrvermerk versehen und erst dann öffnen, wenn wir das noch einmal miteinander geklärt haben.

Dann darf ich auf der **Seite 214** mitteilen, dass über die 1. Veränderungsliste zur Volkshochschule Mietkostenersatz mit Sperrvermerk eingeflossen sind. Voraussetzung für die Aufhebung des Sperrvermerks ist die Untersuchung und Umsetzung des im Rahmen der Organisationsuntersuchung erstellen 12-Punkte-Programm.

Unter der **Ordnungsziffer 123** gab es einen Antrag von KAL/Die PARTEI, DIE LINKE. zum SAU e. V. Dem haben Sie schon mit reduziertem Betrag zugestimmt.

Dann machen wir an dieser Stelle jetzt Schluss und sehen uns in einer Stunde wieder. Das ist dann um 14:35 Uhr. Gute Mittagspause!

(Unterbrechung der Sitzung von 13:35 Uhr bis 14:40 Uhr)

Der Vorsitzende: Ich darf Sie bitten, sich wieder auf Ihre Plätze zu begeben und auf die Papiere zu konzentrieren.

Bevor wir in die weitere Beratung einsteigen, hätte ich noch eine kurze Rückfrage. Ist es für die Mehrheit im Haus in Ordnung, dass wir die Gemeinderatssitzung in einer Woche wieder im Bürgersaal machen, oder legen Sie Wert darauf, dass wir in die Gartenhalle gehen?

(Zurufe)

Es gibt hier sehr viel Zuspruch für die Gartenhalle. Dann würden wir das so in die Wege leiten, Herr Wiederkehr. Dann können wir das so machen.

Wir waren zuletzt auf der Seite 216 und würden den Kulturhaushaltsplan jetzt fertig machen und dann mit Umwelt und Arbeit beginnen.

Lfd. Nr. 7 Liste Finanzierungsvorbehalt: Verschiebung der EKT von 2020 nach 2021; Gegenfinanzierung durch die nach 2022 verschobenen Wochen gegen Rassismus

Lfd. Nr. 8 Liste Finanzierungsvorbehalt: Verschiebung der Wochen gegen Rassismus von 2021 nach 2022, dadurch freiwerdende HH-Mittel sollen für die EKT 2021 verwendet werden

Antrag 124 (Seite 216): Wochen gegen Rassismus: Durchführung 2021 (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich kann an dieser Stelle sagen, dass wir diese Gegenrechnung nicht mitgehen können. Wir haben schon den Rhythmus für die Tage gegen Rassismus vor ein paar Jahren auf alle zwei Jahre geschoben. Jetzt noch einmal ein Jahr zu verschieben, geht für uns nicht in Ordnung. Vor allem nicht, wenn wir uns überlegen, auf was für ein Jahr wir zurückschauen. Ich will nur an die Anschläge in Hanau erinnern, aber auch in Halle im letzten Jahr. Wir brauchen mehr denn je eine starke Stimme gegen Rassismus. Das hat auch unsere Zivilgesellschaft gezeigt, dass sie laut ist und auch laut sein möchte. Deswegen sehen wir es nicht als Manko an, dass das Kulturamt nächstes Jahr nicht in der Lage sein wird, es personell zu stemmen, sondern wir wollen gerne diese Organisation und Durchführung ganz in die Hände der Zivilgesellschaft nehmen. Wir sind im Grunde quasi einer Woche gegen Rassismus von einer wachen Zivilgesellschaft für eine wache Zivilgesellschaft.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Wir würden es mit der Verwaltung halten und auch durchaus eine Verschiebung mittragen. Die Durchführung war nicht möglich. Wir wissen nicht, wie sich das Ganze noch entwickelt. Daher würden wir bei den jetzigen Plänen verbleiben wollen.

Stadtrat Zeh (SPD): Auch die SPD-Fraktion war überrascht von dieser Verschiebung, die wohl nur im Kulturamt abgesprochen wurde. Wir werden es nicht so einfach mitgehen. Selbstverständlich, Frau Dogan hat Recht, wir wissen nicht, was im März 2021 ist. Aber die Vorbereitung für die Wochen gegen Rassismus waren eigentlich gelaufen. Daher würden wir dem Antrag der KAL/Die PARTEI, die Wochen gegen Rassismus mit 75.000 Euro in den Haushalt einzustellen, mitgehen, wenn auch mit Sperrvermerk, weil schon klar ist, dass das Kulturamt nicht beide Veranstaltungen gleichzeitig organisieren kann. Es kann natürlich sein, dass eine Organisationsform gefunden wird, die auf externer Basis läuft. Daher gehen wir den Antrag so mit und stellen die 75.000 Euro mit Sperrvermerk ein. Klar ist auch, die Europäischen Kulturtage haben auch ihre Berechtigung. Aber so einfach wollen wir nicht auf die Wochen gegen Rassismus 2021 verzichten.

Stadtrat Schnell (AfD): Da der Antrag der KAL/Die PARTEI und unser Antrag getrennt behandelt werden, spreche ich jetzt nur zum Antrag der KAL/DIE PARTEI. Wir gehen mit der Stellungnahme der Verwaltung mit und sehen keine Möglichkeit, das dieses Jahr finanziell zu unterstützen.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich kann für beide Antragsteller sprechen. Wir würden dem Anliegen der SPD entsprechend und den Sperrvermerk mitaufnehmen. Das macht an der Stelle Sinn.

Der Vorsitzende: Ich will Ihnen noch einmal kurz erläutern, wie ich das verstanden hatte, dass wir nämlich die Europäischen Kulturtage von 2020 auf 2021 verschieben wegen Undurchführbarkeit, das entsprechende Programm einfach ein Jahr später machen, und sich damit die Wochen gegen Rassismus auch um ein Jahr verschieben. Was bedeutet, dass im Jahr 2021 nicht durch die Stadtverwaltung die Wochen gegen Rassismus durchgeführt werden, sondern durch das Zivilgesellschaftliche Bündnis. Das Zivilgesellschaftliche Bündnis hatte bisher deutlich geringeren Aufwand und ist gegenfinanziert worden, als wenn es die Stadtverwaltung als städtische Wochen gegen Rassismus selbst durchführt.

Jetzt verstehe ich Ihren Antrag so, dass Sie sagen, Europäische Kulturtage ist okay in 2021. Aber Sie möchten zusätzlich auch die Wochen gegen Rassismus in einem höheren Umfang gefördert haben. Wir hatten übrigens ausgemacht mit der Zivilgesellschaft, dass wir 20.000 bis 25.000 Euro bereitstellen. Aber Sie begehren jetzt, dass wir 75.000 Euro dafür bereitstellen. Habe ich das jetzt richtig verstanden?

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Genau richtig. Unser Signal aus der Zivilgesellschaft war etwas anders als die 25.000 Euro. Es waren tatsächlich diese 75.000 Euro. Wir müssen noch einmal im Detail diskutieren, was das Kulturamt überhaupt leisten kann, und dass nicht alles über die Zivilgesellschaft abgedeckt werden kann an Personalaufwendungen.

Bürgermeister Dr. Käuflein: Das können Sie so beschließen. Da sind Sie völlig frei. Die klare Aussage ist, was das Kulturamt von der Kapazität her leisten kann und was nicht. Das will ich noch einmal in Erinnerung rufen und die Frage aufwerfen, ob Sie dann in Zukunft wieder auf den alternierenden Rhythmus zurückkommen wollen, also im jährlichen Wechsel diese beiden Veranstaltungen. Denn jetzt fallen sie in ein Jahr, in 2021, wenn Sie das so mehrheitlich beschließen. Was ist dann 2022 ff.? Denn dieser Rhythmus hat nicht nur was die Kapazität der Durchführung angeht, sondern auch inhaltlich einen gewissen Sinn.

Der Vorsitzende: Es gibt zum Thema Wochen gegen Rassismus sowieso eine neue Diskussion. Inwieweit soll die Stadt das tun und inwieweit sollen die zivilgesellschaftlichen Gruppen das tun? Es gibt aus diesen Überlegungen heraus auch eine Teilbegründung für die Forderung, einen eigenen Antirassismusbeauftragten zu benennen. Das hat nicht nur etwas mit der Beschwerdestelle zu tun, sondern hat auch etwas damit zu tun, diese Veranstaltungsreihe vorzubereiten. So habe ich zumindest den einen Brief aus diesem Bündnis verstanden.

Insofern, Herr Dr. Käuflein, wir müssen diese Frage beantworten. Aber ich würde das gerne anschließend in Ruhe mit den ganzen Gruppen tun. Heute entscheiden wir erst einmal für 2021. Da ist die Idee, dass wir 75.000 Euro statt der 25.000 Euro in den Haushalt einstellen. Wir würden aber einen Sperrvermerk dran machen, damit man sich noch einmal über Programm usw.

unterhalten kann. So habe ich das jetzt verstanden. Alles andere müssen wir in der Tat relativ zügig klären. Ich hatte dem Bündnis, das mich angeschrieben hat, zugesagt, dass wir uns in den ersten Monaten des neuen Jahres damit beschäftigen. Da müssen wir dann solche Geschichten endgültig klären.

Dann gibt es jetzt nur den einen Antrag abzustimmen. Der AfD-Antrag kommt dann noch. Der Antrag, der diese 75.000 Euro für die Wochen gegen Rassismus im Jahr 2021 begehrt. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Annahme**.

Antrag 125 (Seite 216): Wochen gegen Rassismus (AfD)

Wollen die Antragsteller noch etwas dazu sagen?

Stadtrat Dr. Schnell (AfD): Das Wesentliche ist schon in der Antragsbegründung genannt. Wir haben den Eindruck, dass die Wochen gegen Rassismus auch parteipolitisch genutzt werden, insbesondere gegen die AfD mobil zu machen. Die Stadt hat in ihrer Antwort zwar ganz klar gesagt, dass sie parteipolitisch neutral ist, aber keinen Einfluss auf die Mitorganisatoren nehmen kann und will. Da sich unter denen auch welche befinden, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden und wir nächstes Jahr im März - da würden die sehr gut hineinpassen – eine Landtagswahl haben und im Herbst eine Bundestagswahl, haben wir schwere Bedenken, diese Wochen gegen Rassismus durchzuführen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Die Befürchtungen meines Vorredners sind nicht berechtigt. In der Vergangenheit haben die Gruppen, die die Programme und Veranstaltungen gemacht haben, ihre Schwerpunkte gesetzt, aber sicher nicht Ihre Partei als Schwerpunkt gehabt. Da geht es um ganz andere Themen. Von daher brauchen Sie sich keine Sorgen machen. Auch der Gemeinderat muss nicht meinen, dass es jetzt parteipolitisch irgendetwas gegen die AfD oder wen auch immer gibt, sondern es geht um etwas ganz anderes. Es geht um eine grundsätzliche Aufklärung, auch über die Arbeit, die das ganze Jahr über gemacht wird, die in den einzelnen Veranstaltungen manifestiert wird. Darum geht es.

Der Vorsitzende: Jetzt haben wir den Antrag der AfD, der sich aus meiner Sicht fast erledigt hat. Aber wir können ihn gerne noch einmal aufrufen. Denn die 75.000 Euro wurden gerade eingestellt. Jetzt macht es wenig Sinn zu beantragen, sie wieder herauszunehmen. Das war mir nicht so klar, sonst hätte ich die beiden Anträge zusammen aufgerufen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Das hat mich auch gewundert. Die Abstimmung ist schon gelaufen. Deswegen macht es keinen Sinn, jetzt noch einmal abzustimmen.

Der Vorsitzende: Ich möchte nur noch darauf hinweisen, die Wochen gegen Rassismus nächstes Jahr beginnen am 15. März und damit genau einen Tag nach der Landtagswahl.

Stadtrat Schnell (AfD): Ich wollte nur sagen, auf der Website der Stadt steht, dass die Wochen gegen Rassismus am 12. März beginnen. Vielleicht ist das falsch. Das wäre schon noch vor der Landtagswahl.

Der Vorsitzende: Vielen Dank für den Hinweis. Bei mir im Kalender steht es anders. Dann müssen wir das noch abgleichen.

Antrag 126 (Seite 216): Haus der Heimat (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Den Antrag haben wir zugegebenermaßen letzten Jahr schon einmal gestellt, einfach weil der Bedarf im Haus der Heimat da ist. Jetzt bin ich gespannt, ob, wie beim letzten Mal, wieder gesagt wird, der Bedarf ist nicht da. Nach den uns vorliegenden Informationen besteht der Bedarf. Das Haus der Heimat ist eine wichtige Anlaufstelle für die ganzen Vereine, die sich dort treffen, und sollte auf alle Fälle erhalten bleiben. Deswegen bitten wir um Unterstützung für diesen Antrag.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir direkt zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 127 (Seite 216): Brauchtum, Heimatpflege (AfD)

Gibt es von den Antragstellern dazu Ausführungen? – Gibt es nicht, dann können wir gleich darüber abstimmen. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 128 (Seite 216): Fastnachtsumzüge (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): An der Stelle vielen Dank für die Verwaltungsantwort, aus der ganz klar hervorgeht, dass nach dem Anschlag auf den Breitscheidplatz einfach ein höherer finanzieller Bedarf besteht, um solche Umzüge zu schützen. Wir gehen jetzt davon aus, dass bis zum Fasching wieder alles normal ist. Das würde bedeuten, dass wir diesen Mehraufwand haben bei den Fastnachtsumzügen. Deswegen bitten wir um Unterstützung für unseren Antrag.

Der Vorsitzende: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 129 (Seite 216): Ausstellungsvergütung für Bildende Künstler*innen (DIE LINKE.)

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich folge in dem Fall der Verwaltungsvorlage, die vorschlägt, das erst einmal konzeptionell zu diskutieren.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich wollte das Anliegen sehr unterstützen. Das war genau auch unser Ziel, dass wir das im Kulturausschuss konzeptionell untersuchen. Denn das Anliegen ist sehr berechtigt. Inhaltlich können wir dann diskutieren. Deshalb verzichte ich jetzt auf inhaltliche Ausführungen dazu.

Stadtrat Høyem: Ich wollte nur mein Kompliment wiederholen. Das ist sehr schön, unseren Gemeinderat als Ausstellung für Ideologie zu benutzen, und dann einen Antrag zu stellen, das zurückzunehmen. Dann haben die Medien das mitbekommen. Alle haben das mitbekommen. Es ist eine intelligente Strategie.

Der Vorsitzende: Wenn vollständig berichtet wird, kommen alle vor. Dann sehen wir einmal.

- Erledigt

Antrag 130 (Seite 216): BBK – Erhöhung der institutionellen Förderung (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 131 (Seite 216): BBK – Erhöhung der institutionellen Förderung (GRÜNE)

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Auch das können wir relativ kurz machen. Der BBK hat eine langjährige wunderbare Tradition und ist im Grunde schon immer die Interessensvertretung der Bildenden Künstler*innen gewesen. Allerdings ist in den letzten Jahren – man kann schon sagen, in den letzten 20 Jahren – ein Rückgang zu verzeichnen gewesen. Das junge Team – Frau Kollegin Göttel hat heute Morgen schon darauf hingewiesen – hat sich jetzt komplett neu ausgerichtet und eine neue Konzeption entwickelt, das für die jungen Künstler*innen wieder eine Heimat bieten kann im BBK. Das Anliegen ist zu unterstützen. Von daher haben wir allerdings eine moderate Erhöhung beantragt, die als Einstieg sinnvoll wäre. Wir würden dann dem weitergehenden Antrag nicht zustimmen, sondern bei unserem Antrag bleiben. Von daher kommt übrigens auch die Debatte über die Ausstellungsvergütung, die dort geführt wird und inhaltlich – wie gesagt – berechtigt ist. Aber alles Weitere im Kulturausschuss.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich muss mich korrigieren, dass Sie uns mitgeteilt haben, dass diese 18.000 Euro dann jedes Jahr fließen sollen. Es geht in beiden Fällen um einen institutionellen Zuschuss.

Stadtrat Hofmann (CDU): Da müssen wir doch noch einmal etwas sagen: Wir würden das erst einmal unter dem Stichwort „Corona-Förderung“ für ein Jahr mitgehen und dann in den neuen Haushalt mitaufnehmen, dass wir im neuen Doppelhaushalt das Ganze so, wie wir vorhin gesagt haben, mitgehen. Die mehrjährige würden wir auf jeden Fall nicht mitgehen. Von daher bitte das auch noch abstimmen.

Der Vorsitzende: Dann fange ich mit dem weitestgehenden Antrag an. Das ist der mit 70.000 Euro pro Jahr und institutionell. – Das ist eine **Ablehnung**.

Dann rufe ich auf den Antrag der GRÜNEN, 18.000 Euro institutionell jedes Jahr. – Das ist schon eine **Mehrheit**. Dann hat sich der andere Antrag erledigt.

Antrag 132 (Seite 216): Institutionelle Förderung Badischer Kunstverein (GRÜNE)

Antrag 133 (Seite 216): Institutionelle Förderung Badischer Kunstverein (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 134 (Seite 216): Badischer Kunstverein (SPD)

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Nur in Kurzform. Der Badische Kunstverein hat über viele Jahre hinweg keine Erhöhung der institutionellen Förderung bekommen. Er hat zwar für das Jubiläum im letzten Jahr Mittel bekommen. Aber die waren nur bezogen auf die Jubiläumsveranstaltungen. Daher ist es berechtigt, da es sich um eine außerordentlich innovative Kultureinrichtung handelt mit einer großen Ausstrahlungswirkung weit über die Stadt hinaus, vor allem auch für Innovationen in der Kunst, in der disziplinären Kunst, Frauenkunst usw. Von daher finden wir, dass es angemessen ist, diese hochkarätige Einrichtung entsprechend institutionell zu fördern mit dem Betrag, den wir beantragt haben.

Stadträtin Ernemann (SPD): Auch wir schätzen außerordentlich die Arbeit des Badischen Kunstvereins. Aber in Anbetracht der Finanzlage beschränken wir es auf einen einmaligen

Betrag von 25.000 Euro und werden dann im Laufe des nächsten Doppelhaushalts erneut entscheiden.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Wir würden auch nur den einmaligen Zuschuss aufgrund der corona-bedingten Situation, und dass dadurch viele Veranstaltungseinnahmen nicht generiert werden konnten, mitgehen.

Stadtrat Schnell (AfD): Es ist richtig, beim Badischen Kunstverein gibt es immer wieder spannende Ausstellungen, zu denen ich gerne gehe. Aber aufgrund der Finanzsituation muss ich sagen, wir sollten im Augenblick das Bestreben haben, das, was wir haben, zu erhalten. Neu und mehr ist im Augenblick einfach nicht drin. Für die corona-bedingten Ausfälle haben wir einen Rettungsschirm der Stadt, der greift, wenn andere Zuschüsse vom Land oder Bund nicht oder nicht mehr in ausreichender Menge zur Verfügung stehen. Deshalb werden wir diesen Anträgen nicht zustimmen.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Dann stelle ich die beiden weitergehenden Anträge zur Abstimmung, einmal unter Nr. 132 GRÜNE, einmal unter Nr. 133 KAL/Die PARTEI, DIE LINKE., jeweils eine Erhöhung um 25.000 Euro institutionell. – Das ist **keine Mehrheit**.

Dann kommt als nächstes der Antrag der SPD unter Ordnungsziffer 134, ein einmaliger Zuschuss von 25.000 Euro. – Das ist eine deutliche **Mehrheit**.

Antrag 135 (Seite 216): Gedok e. V.: Erhöhung der institutionellen Förderung (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 136 (Seite 216): Gedok e. V.: Erhöhung der institutionellen Förderung (GRÜNE)

Es handelt sich um ähnlich lautende Anträge mit unterschiedlichen Beträgen.

Gibt es Gesprächsbedarf? – Das ist nicht Fall. Dann rufe ich erst den weitergehenden Antrag auf. Da geht es um die Erhöhung um 12.100 Euro institutionell. Das ist der Antrag der KAL/Die PARTEI und DIE LINKE. – Das ist **Ablehnung**.

Dann gibt es den Antrag der GRÜNE um die Erhöhung der institutionellen Förderung von 8.500 Euro, auch jährlich. Da bitte ich um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit**.

Antrag 137 (Seite 216): DAV Deutsch-Afrikanischer Verein Karlsruhe: Zuschuss für Bürokräft und Projektmanagement (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Kurz zur Erläuterung. Der Deutsch-Afrikanische Verein steht noch auf der Migrationsliste vom Büro für Integration mit einem Antrag auf Übernahme von institutioneller Förderung. Dem würden wir zustimmen, aber diesem Antrag separat nicht. Das gleiche betrifft übrigens auch einen anderen Punkt. Deshalb würden wir jetzt den hier ablehnen, aber auf der Migrationsliste zustimmen.

Der Vorsitzende: Dann kommen wir zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 138 (Seite 216): Centre Culturel Franco-Allemande (CCFA): Defizitausgleich (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 139 (Seite 216): Stiftung Centre Culturel Franco-Allemande Karlsruhe (FDP)

Antrag 140 (Seite 216): CCFA: Erhöhung der institutionellen Förderung (GRÜNE)

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist es jetzt Kaffeesatz-Leserei, was am weitestgehenden ist. Fangen wir einmal mit Antrag Nr. 138 an, einmalig 90.000 Euro. Da bitte ich um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Dann rufe ich den FDP-Antrag auf, einmalig 35.000 Euro. – Auch das ist eine **Ablehnung**.

Dann kommt der Antrag der GRÜNE auf eine zusätzliche jährliche institutionelle Förderung von 10.000 Euro.

(Zuruf **Stadträtin Rastätter/GRÜNE**)

- Ich verstehe kein Wort. Herr Löffler hat mir gerade signalisiert, jedes Jahr. Dann müssten Sie sich jetzt einigen.

(Weitere Zurufe)

- Ich habe jetzt die Lösung nicht verstanden.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Der Antrag lautete: Erhöhung der institutionellen Förderung. Das war im ursprünglichen Antrag, den wir gestellt hatten, nicht korrekt ausgewiesen. Deswegen die Verwirrung. Der Antrag gibt das aber her.

Der Vorsitzende: Dass es jährlich ist? So haben wir es auch verstanden. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **Ablehnung**.

Antrag 141 (Seite 216): Nachtkultur weiterentwickeln: Stelle des/der Nachtbürgermeister*in schaffen (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir wollten kurz auf die Antwort der Verwaltung eingehen. Da steht richtigerweise – das wurde hineinkopiert – die damalige Antwort der Verwaltung darauf. Ich möchte aber noch einmal darauf hinweisen, dass sogar in dem verabschiedeten Sicherheitskonzept das Thema Nachtbürgermeister nochmals aufgegriffen wurde. Ich glaube, das passt

auch in die Antwort der Verwaltung mit hinein. Ich glaube, dass gerade, wenn Corona irgendwann einmal abflacht und die Kultur wieder anlaufen wird, wir eine massive Zunahme von Beschwerden seitens der Bürgerschaft erleben werden, weil die Menschen gar nicht mehr gewöhnt sind, wieviel Lärm tatsächlich in einer Stadt entsteht. Deshalb glauben wir weiterhin, dass der Nachtbürgermeister auch zum jetzigen Zeitpunkt Sinn macht, um genau dort vorzubeugen, so dass wir nicht im Herbst alle 10.000 Mails bekommen von Anwohnern, dass es Lärmprobleme gibt. Deshalb bleiben wir weiterhin bei dem Antrag.

Stadträtin Ernemann (SPD): Ich habe nur eine Anmerkung. Herr Bimmerle, haben Sie eigentlich Respekt vor Gemeinderatsbeschlüssen? Vor einem Jahr hat der Gemeinderat beschlossen, dass wir keinen Nachtbürgermeister wollen. Was in anderen Städten gut ist, heißt noch lange nicht, dass es auch für Karlsruhe gut ist. Ich halte mich an Gemeinderatsbeschlüsse. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Sinneswandel innerhalb eines halben Jahres bei den Gemeinderatsmitgliedern jetzt eingetreten ist. Wir haben am 18. Februar beschlossen und diesen Antrag abgelehnt. Jetzt kommen Sie in der zweiten Etappe noch einmal mit der Begründung, dass Corona die Situation verändert hat. Das finde ich schon etwas sehr an den Haaren herbeigezogen.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Frau Kollegin Ernemann, der Antrag wurde nicht abgelehnt, sondern wir haben das im Rahmen einer Anfrage zum ganzen Thema Nachtkultur gemacht. Wir sind überein gekommen mit der Verwaltung, dass die Verwaltung mit den Clubbesitzern diese Diskussion führt. Da gab es eine Überlegung, wie wir weiter vorgehen. Das ist kein Antrag, der abgelehnt wurde. Es war auch damals kein Antrag zur Stellenschaffung, sondern eine Überprüfung. Ich glaube, da sollten wir dann doch bei der Wahrheit bleiben.

Der Vorsitzende: Das steht jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 142 (Seite 216): Mieterlass(-zuschuss) Majolika in Summe von 150.000 Euro (KAL/Die PARTEI)

Antrag 143 (Seite 216): Zusätzliche Kulturförderung Majolika (Staatliche Majolikamanufaktur Karlsruhe)

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Die Antragsteller möchten ihren Antrag modifizieren, und zwar den eingestellten Betrag. Wir möchte jetzt, dass 75.000 Euro mit Sperrvermerk eingestellt werden. Es tut sich jetzt etwas bei der Majolika. Ich denke, mit Sperrvermerk vergeben wir uns nichts. Wie bei der letzten Zustimmung muss ganz klar sein, dass die Verwaltung und der Gemeinderat sehen, dass das Konzept greift. Erst dann würde dieser Betrag freigegeben. Von daher bitte ich um ein starkes Votum.

Der Vorsitzende: Wenn ich das richtig verstehe, stehen 150.000 Euro mit Sperrvermerk schon drin. Sie wollen jetzt zusätzlich noch 75.000 Euro mit Sperrvermerk und zwar jährlich. Dann würde ich das jetzt zur Abstimmung stellen.

(Zuruf)

- Einmalig! Gut. Also, noch einmal, wir haben 150.000 Euro mit Sperrvermerk schon drin stehen. Sie wünschen noch einmal einmalig 75.000 Euro zusätzlich, aber auch mit Sperrvermerk. Habe ich das jetzt richtig verstanden?

Dann hat aber irgendjemand 150.000 Euro zusätzlich gefordert, statt 75.000 Euro. Dann muss ich das zuerst aufrufen. Das ist die Ordnungsziffer 143. Ich rufe auf, einmalig 150.000 Euro zusätzlich zu den 150.000 Euro, die schon drin stehen, für die Majolika. Das nehmen wir alles unter Sperrvermerk, das ist klar. Denn, wenn wir die eine Hälfte unter Sperrvermerk nehmen, nehmen wir das andere auch. Da bitte ich jetzt um Ihr Votum. – Das wird **abgelehnt**.

Jetzt kommt der modifizierte Antrag der KAL/Die PARTEI 75.000 Euro mit Sperrvermerk zusätzlich auf 150.000 Euro, die schon drin stehen, einmalig. Da bitte ich Sie jetzt auch um Ihr Votum. – Das ist eine **Zustimmung**.

Damit stehen dann 225.000 Euro mit Sperrvermerk drin. Diesen Sperrvermerk haben wir über die 1. Veränderungsliste aufgenommen. Das entspricht der Beschlusslage von Ihnen vom 28. Juli., dass erst ein Konzept vorliegen muss, bevor man an die Auszahlung dieses Zuschusses denkt.

Desgleichen haben wir über die 1. Veränderungsliste 50 % Ersatz für Personalaufwendungen für zwei Stellen Digitalmanagement am ZKM aufgenommen. Das hat etwas mit einem Landesförderprogramm zu tun, das wir an der Stelle zur Umsetzung bringen wollten.

Ebenfalls auf der **Seite 216** über die 2. Veränderungsliste gibt es eine Aufwandsreduzierung. Da geht es um den Tanzpakt Stadt – Land – Bund. Da ist etwas ausgefallen. Deswegen ist das noch einmal verändert worden.

Wir kommen damit auf die **Seite 221**. Da sind über die Veränderungsliste einmal der Ortsverwaltung Grötzingen für Kunstwerke und Stelen und dem Stadtamt Durlach für den Erwerb von Kunstwerken noch entsprechende Mittel bereitgestellt worden.

Lfd. Nr. 6 Liste Finanzierungsvorbehalt: Stele Leibgrenadier-Denkmal am Europaplatz (Seite 221)

Wir haben auf der Seite 221 auch noch eine zurückgehaltene Entscheidung zum Thema Leibgrenadierdenkmal am Europaplatz. Da weiß ich jetzt nicht genau warum. Wegen der 5.000 Euro? – Okay. Da gibt es eine Beschlussvorlage aus dem Kulturausschuss. Da geht es um den Textvorschlag für die Stele. Da das Ganze 5.000 Euro kostet, ist es jetzt hier in den Haushaltsberatungen gelandet. Das würde ich jetzt gerne zur Abstimmung stellen. – Das ist **mehrheitlich beschlossen**.

Antrag 144 (Seite 222): Investitionszuschuss Kinemathek (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 145 (Seite 222): Investitionszuschuss Kinemathek (GRÜNE, SPD)

Gibt es Wortmeldungen? – Dann würde ich den weitergehenden Antrag, das ist KAL/Die PARTEI, DIE LINKE., mit 90.000 Euro zur Abstimmung stellen. – Das ist eine **Ablehnung**.

Jetzt dasselbe noch einmal mit 85.000 Euro. Das ist eine deutliche **Mehrheit**.

Antrag 146 (Seite 223): Badisches Staatstheater – Sperrvermerk für Sanierung (FW|FÜR)

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Sie kennen die Geschichte. Zuerst 125 Mio. Euro, 325 Mio. Euro, jetzt sind 500 Mio. Euro im Gespräch. Es ist sicher nicht das letzte Wort in dieser Sache. Bevor wir einfach so weitermachen, im Bestand zu bauen, wo keiner weiß, was noch alles auf uns zukommt, möchten wir uns davor bewahren und sagen, es ist besser, zunächst einen Stopp zu setzen und in die Tiefe zu planen. Bevor wir nicht wissen, was es im Endeffekt kostet, sollten wir nicht weiterbauen. Deswegen soll dieser Betrag von 3,5 Mio. Euro, die schon vergeben sind, auf Sperrvermerk.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich habe vorhin bereits zu dem Punkt gesprochen. Ich will es nur noch einmal betonen. Dieser Antrag zielt auf eine andere Sache. Im Moment kann man dem Badischen Staatstheater diese langfristigen Maßnahmen nicht nehmen. Das sind wichtige Dinge im Brandschutz und mit sonstigen strukturellen Dingen, die langfristige Baumaßnahmen betreffen. Die haben mit dem Neubau nichts zu tun. Der Antrag geht in die falsche Richtung, obwohl das Thema irgendwann einmal so gesetzt werden muss.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich wollte nur sagen, dass man gerade jetzt im Bauausschuss daran arbeitet, mit verschiedenen Modulen und Möglichkeiten kostenberechnende Modelle zu machen, so dass man das über eine 12jährige Periode baut. Das ist das eine.

Das andere ist, das sage ich nicht nur meinem Freund, Herrn Kalmbach, sondern allen hier, wir bauen kein neues Staatstheater. Wir haben die wichtigste Stadtentwicklungsmöglichkeit rund um das Ettlinger Tor mit dem Hermann-Levi-Platz, mit dem Landratsamt gegenüber, das ganze Ettlinger Tor. Hier muss dieses Theater eingefasst werden. Bitte nicht immer sagen, ein neues Staatstheater. Das machen wir nicht. Wir machen ein Staatstheater mit einer Öffnung zu dieser wichtigen Stadtentwicklungsmöglichkeit in Karlsruhe.

Der Vorsitzende: Wir stellen das jetzt zur Abstimmung. Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 147 (Seite 223): Jazzclub Karlsruhe e. V. – Investitionszuschuss (GRÜNE, SPD)

Antrag 148 (Seite 223): Jazzclub Karlsruhe e. V. – Investitionszuschuss (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 149 (Seite 223): Jazzclub Karlsruhe e. V. – Investitionszuschuss (Jazzclub Karlsruhe e. V.)

Gibt es dazu Wortmeldungen? Wären Sie einverstanden, dass wir die Anträge alle zusammenfassen können unter 149.000 Euro? – Okay. Dann stelle ich die jetzt zur Abstimmung. – Das ist **mehrheitlich angenommen**.

Ich würde ganz kurz noch den Teilhaushalt Musikschulen aufrufen. Das ist **Teilhaushalt 4300**. Dann haben wir das nämlich auch weg.

Da will ich Ihnen nur mitteilen, dass auf der **Seite 228** über die 1. Veränderungsliste noch die Einrichtung von WLAN und Wartungsverträge für Hardware und Software in die Haushaltsaufstellung eingeflossen sind.

Damit kommen wir zum **Teilhaushalt 3100** Umwelt und Arbeitsschutz. Das hatten wir so vereinbart, dass wir das zurückstellen. Ich muss Sie jetzt wieder bitten, auf die **Seite 143** nach vorne zu blättern.

Antrag 23 (Seite 143): Nachhaltige Wirtschaftskreisläufe fördern – Verschwendung vermeiden (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir hatten im vergangenen Jahr die Diskussion über den Leihladen in der Oststadt, wo es auch darum geht, ob wir Zuschüsse zu Projekten aus der Zivilgesellschaft ermöglichen können, die sich im Bereich von nachhaltigem Wirtschaften, seien es Leihläden, Repair-Cafés usw., darstellen. Wir finden es eine sinnvolle Angelegenheit, so etwas im Anschlag mitzufinanzieren, weil das ein großartiges Engagement in der Bevölkerung ist. Wir werden jetzt diesen Antrag modifizieren auf die Summe von 10.000 Euro, versehen mit einem Sperrvermerk, statt den bisher vorgesehenen 30.000 Euro.

Stadträtin Weber (GRÜNE): Im November hat das Europaparlament Leitplanungen für Recht auf Reparatur gesetzt. In diesem Beschluss geht es nicht nur darum, die Langlebigkeit von Produkten zu erhöhen, sondern auch den absoluten Ressourcen- und Energieverbrauch zu reduzieren. So soll Umwelt- und Verbraucherschutz mit zukunftssicherer Industriepolitik verbunden werden. Die Umsetzung dieser Ziele liegt in der Hand der Kommunen. Karlsruhe kann gerade in Zeiten des Postwachstums mit der Förderung einer Kultur der Wiederverwendung und des Sharings wesentlich zu einem nachhaltigen Leben und Wirtschaften beitragen. Unterstützenswert sind unabhängige Werkstätten und Reparaturbetriebe, wie Leihlokale, Repair-Cafés oder Foodsharing-Initiativen, die überproduzierte Lebensmittel aus privaten Haushalten sowie von kleinen und großen Betrieben retten. Es geht also nicht darum, etwas neu herzustellen, sondern das, was daraus vorhanden ist, wiederzuverwenden, zu reparieren oder besser zu verteilen. Im besten Sinne eine Kreislaufwirtschaft, die den Energie- und Ressourcenverbrauch bei der Herstellung und Nutzung von Produkten und Dienstleistungen absolut reduziert.

Diese Nachhaltigkeitsstrategiesuffizienz im Vergleich zu anderen Nachhaltigkeitsstrategien hat im Vollzug, dass keine zusätzlichen Maschinen oder Innovationen benötigt werden. Suffizienz ist daher eine niedrighängende Frucht, mit minimalem Aufwand maximalen Erfolg zu erzielen. Hierzu sind wir als Gemeinde gefragt, diesen neuen Geschäftsmodellen günstige Rahmen- und Wachstumsbedingungen zu geben. Genauso wie digitale Start-ups zum Beispiel im Cyberlab gefördert werden. Durch Öffentlichkeitsarbeit, finanzieller Förderung und bessere Infrastrukturen können wir ein Klima für ein verändertes Angebot von Produkten und Dienstleistungen ermöglichen, das auch lokale Arbeitsplätze schaffen kann. In diesem Sinne begrüßen wir den Antrag der LINKE., Orte des nachhaltigen und solidarischen Wirtschaftens zu fördern, allerdings mit einem Sperrvermerk.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Wünschenswerter Antrag, aber unter den finanziellen Rahmenbedingungen unrealistisch.

Stadtrat Huber (SPD): Die Vorteile einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft sind bekannt. Wir haben in Karlsruhe wunderbare Beispiele von Organisationen, die sich damit beschäftigen, Leihlokal, Repair-Cafe wurden schon genannt. Wir haben als SPD das auch aktiv unterstützt und auch mit einer Mehrheit hier im Haus das Leihlokal einmalig mit 10.000 Euro unterstützt. Wir finden es gut. Wir sind der LINKE. sehr dankbar, dass sie jetzt noch einmal die Summe etwas reduziert haben. Mit 10.000 Euro und Sperrvermerk können wir durchaus mitgehen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Ich finde es ein Superthema. Allerdings kann ich mir nicht vorstellen, dass man mit 10.000 Euro und Sperrvermerk etwas hinbekommt. Wenn man das grundsätzlich fördern will, muss man grundsätzlich darüber nachdenken. Das sollten wir uns einmal antun und gründlich darüber nachdenken. Dann kann Karlsruhe auch als Ganzes vorbildlich sein.

Der Vorsitzende: Ich muss jetzt noch einmal nachfragen: Ich habe jetzt 10.000 Euro statt 30.000 Euro, jedes Jahr und mit Sperrvermerk. Oder nur einmalig?

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Wir hatten das so verstanden, dass der Sperrvermerk dann gilt, bis ein Konzept vorliegt, welche Institutionen nach welchen Kriterien und Gründen gefördert werden. Dann müssen die Antragsteller sagen, ob das jetzt jährlich sein soll. Aber das ergäbe dann Sinn.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Aus unserer Sicht dann jährlich.

Der Vorsitzende: Dann stelle ich das zur Abstimmung. – Das ist eine **Mehrheit**.

Wir kommen auf die **Seite 145**.

Antrag 24 (Seite 145): Entsiegelungsoffensive im öffentlichen Raum für eine bessere Lebensqualität (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir halten weiter an dem Antrag fest. Wir glauben, dass nicht nur im Rahmen von Umbauten das Thema Entsiegelung adressiert werden sollte, sondern auch ganz gezielt im innerstädtischen Bereich, sei es auf Parkflächen oder anderen Thematiken. Deshalb sind wir auch nicht mit der Antwort der Verwaltung einverstanden, auch wenn es natürlich richtig ist, dass es bereits gemacht wird. Aber wir wollen einen Schritt weitergehen und das gezielt eigenständig als Baumaßnahme angehen. Daher dieser Antrag.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Das Anliegen wird von uns selbstverständlich unterstützt. Es ist dringend notwendig, dass wir Flächen in Karlsruhe entsiegeln. Es wurde früher zu viel versiegelt. Da besteht wirklich in der Tat ein großer Handlungsbedarf. Jetzt sagt die Verwaltung auch, dass sie bereits im Rahmen ihrer Bau- und Erneuerungsmaßnahmen diese umsetzt, beschränkt es allerdings momentan auf unterirdische Infrastruktur. Es gibt aber bis jetzt noch kein Konzept, keine Auflistung oder keine Ausarbeitung, welche Flächen entsiegelt werden können. Das heißt, es wäre eigentlich wichtig, dass das vorgeschaltet wird, und dass wir uns darüber zu Beginn des nächsten Jahres verständigen und die Stadtverwaltung entsprechend etwas vorbereitet für uns.

Ich möchte aber dazu sagen, dass wir GRÜNE unter Ziffer 249 einen Antrag gestellt haben auf Erhöhung des Förderprogramms Dachbegrünung, Fassadenbegrünung und Entsiegelung von Flächen. Hier sind insbesondere die Schottergärten gemeint. Da die jetzt ohnehin per Naturschutzgesetz verboten sind, wäre das der erste Schritt, dass man die Mittel, die wir beantragt haben, einsetzt, dass man hier vorankommt und dort, wo Schottergärten bestehen, berät, unterstützt und dazu beiträgt, dass die zurückgebaut werden, und dass neue gar nicht erst entstehen und man das entsprechend kontrollieren kann. Das ist im Vorgriff schon eine Begründung. Von daher sehen wir jetzt die 300.000 Euro für das kommende Jahr noch nicht wirklich für erforderlich und lehnen es deshalb ab.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Entsiegelungsmaßnahmen, vor allem im Innenstadtbereich, sind sinnvoll. Gerade deswegen werden sie schon bei Bau- und Erneuerungsmaßnahmen mit durchgeführt, soweit es von der Infrastruktur her möglich ist. Wir verlassen uns für heute daher auf die Antwort der Verwaltung, dass zusätzliche Mittel nicht erforderlich sind und lehnen den Antrag ab.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Der Antrag hat etwas Smartes. Ich möchte jetzt nicht wiederholen, was mein Kollege Høyem gesagt hat. Aber es geht in diese Richtung. Wir sehen, wie draußen in der Stadt die Entwicklungen und die Bauarbeiten vorangehen. Ich denke, ein solcher Antrag wäre sinnvoll bei konkreten Maßnahmen, wie zum Beispiel bei der kürzlich entschiedenen Baufläche des Forums Rechts. Da wurde auch die Forderung gestellt, Entsiegelung ortsnah zu praktizieren. Dann werden wir auch sehen, wie es funktioniert. In dem Fall vertraue ich auch der Verwaltung mit ihrer Stellungnahme. Ich sehe es tatsächlich, dass dieses Thema auch so praktiziert wird.

Ich habe diesen Antrag bewusst für einen kurzen Redebeitrag gewählt, weil er gut in der Sache, aber zurzeit falsch ist. Beim Thema Gegenfinanzierung der Anträge sind wir eigentlich durch. Wenn ich mich nicht täusche, kommen jetzt nur noch Anträge, die uns Geld kosten. Deshalb werden wir uns auch weiterhin sehr zurückhalten mit unseren Ja-Stimmen. Diesen Antrag werde ich – wie meine Vorredner – für unsere Fraktion leider ablehnen müssen.

Stadtrat Høyem (FDP): Jede Zeit hat verschiedene Modewörter. Hier gibt es das Modewort Entsiegelung. Wenn man das sagt, ist es wie ein Zauberwort. Dann kommt automatisch Geld. Ich finde, dass Entsiegelung gut ist, absolut. Aber es wäre eine gute Idee zu wissen, wo man entsiegelt und wie man das machen will und nicht nur ein modernes Klischee-Modewort, und dann sagen, dann kommen 300.000 Euro. Wir lehnen das deshalb ab. Nicht den Inhalt, Entsiegelung ist sehr gut. Wir diskutieren das im Planungsausschuss. Wir tun das. Danke für die Verwaltungsantwort. Aber nur 300.000 Euro wegen einem modernen Wort, das ist zu viel.

Der Vorsitzende: Dann kommen wir zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich darf Ihnen noch mitteilen, dass über die 1. Veränderungsliste die Mittel für ökologische Maßnahmen noch angepasst wurden.

Antrag 25 (Seite 147): Externe Unternehmen – projektbezogene Zuschüsse streichen (AfD)

Ich stelle den Antrag zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 26 (Seite 147): Erhöhung des Zuschusses für NABU Gruppe Karlsruhe e. V. (DIE LINKE.)

Antrag 27 (Seite 147): Erhöhung des Zuschusses für NABU Gruppe Karlsruhe (GRÜNE)

Stadtrat Honné (GRÜNE): Ich rede auch gleich zu den Anträgen Nrn. 28, 29 und 30. Das ist alles ein ähnlicher Inhalt.

Wir haben beantragt, dass die ehrenamtlichen Naturschutzverbände etwas mehr Geld bekommen sollen. Es geht um 4.000 Euro für drei Verbände, ist also ganz kleines Geld. Es kann niemand sagen, das kann man nicht bezahlen. Die Verwaltung hat geantwortet, bei zweien wird der Betrag dadurch verdoppelt. Das ist für mich aber kein Gegenargument, zeigt eher, wie knapp die im Moment gehalten werden, und dass das in keiner Relation zur Wirkung der Verbände steht. Die werden umso dringender gebraucht angesichts der Klimakrise und des Artensterbens. Insofern kann man eigentlich gar nicht dagegen stimmen.

Stadtrat Maier (CDU): Ich glaube, dagegen stimmen kann man trotzdem. Aber ich hoffe, dass Frau Bürgermeisterin Lisbach das durch Umschichtung erreicht, dass eine gerechtere Verteilung der Gelder an diese Kleingruppierungen geht.

Stadtrat Huber (SPD): Ich bin ganz bei meinem Kollege Honné. Zweimal nichts ist immer noch nichts. Oder zweimal wenig ist immer noch wenig. Ich glaube, dass diese Verbände schon seit sehr langer Zeit eine unglaublich gute Arbeit machen, BUZO vor allem, mit dem 50. Jubiläum nächstes Jahr. Die Aufgabe, die diese Verbände erfüllen, wird nicht kleiner, sondern nur noch deutlich größer. Ich glaube, dann ist diese geringfügige Erhöhung dieses Zuschusses durchaus gerechtfertigt.

Der Vorsitzende: Dann stelle ich jetzt die beiden Anträge gemeinsam zur Abstimmung. Es geht um eine jährliche Erhöhung des Zuschusses um 1.000 Euro. – Das ist eine **Mehrheit**.

Antrag 28 (Seite 147): Erhöhung des Zuschusses für BUZO (DIE LINKE.)

Antrag 29 (Seite 147): Erhöhung des Zuschusses für BUZO (SPD)

Antrag 30 (Seite 147): Erhöhung des Zuschusses für BUZO (GRÜNE)

Da habe ich einmal eine jährliche Steigerung um 2.000 Euro und einmal eine einmalige.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Es sollte durchgehend sein. Das haben wir falsch geschrieben.

Der Vorsitzende: Sieht die SPD das auch so, oder bleiben Sie bei einmalig? – Fortlaufend. Dann schließen Sie sich alle dem gemeinsamen Wunsch an, mit 2.000 Euro jährlich institutionell den Zuschuss zu erhöhen. Wir können gleich in die Abstimmung gehen. – Auch das ist eine **Mehrheit**.

Antrag 31 (Seite 147): Erhöhung des Zuschusses für BUND Karlsruhe (GRÜNE)

Das sind auch 1.000 Euro fortlaufend im Jahr. Da können wir gleich abstimmen. – Auch das ist eine **Mehrheit**.

Antrag 32 (Seite 147): Bezuschussung an GloW e. V. (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir begrüßen die fachliche Antwort der Verwaltung, dass dieses Projekt eine Bereicherung wäre im Bereich der nachhaltigen Bildung. Wir nehmen zur Kenntnis, dass finanziell eine Ablehnung seitens der Verwaltung erfolgt ist. Das ist tatsächlich ein Bereich, wo es um ein neues Projekt gehen wird. Es ist aber eine einmalige Finanzierung, was diesen Antrag angeht, also keine institutionelle Förderung, sondern einmalig für das nächste Jahr. Wir sehen es als Bereicherung des Bildungsbereichs an und werden den Antrag aufrechterhalten.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir GRÜNE können uns inhaltlich dieser Argumentation anschließen. Wir hatten auch ein intensives Gespräch mit den Initiatorinnen, die jetzt schon aktiv sind in diesem Bereich und es auch wirklich hervorragend machen. Es sind alles Absolventinnen des Masterstudiengangs Biodiversität der Pädagogischen Hochschule. Es läuft schon. Aber wir möchte jetzt nicht so schnell einsteigen und würden beantragen, dass wir 10.000 Euro mit Sperrvermerk einstellen, damit diese Bildungsarbeit gerade an Schulen oder in Jugendvereinen konsequent fortgesetzt werden kann. Ohne Sachmittel und eine Aufwandsentschädigung ist es sonst nicht zu leisten.

Der Vorsitzende: Dann haben wir zwei Anträge, einmal 20.000 Euro einmalig. Und einmal 10.000 Euro mit Sperrvermerk.

Dann rufe ich zunächst die 20.000 Euro auf. – Das ist eine Mehrheit **dagegen**.

Dann rufe ich auf, einmalige 10.000 Euro mit Sperrvermerk. – Auch das ist eine **Ablehnung**.

Antrag 33 (Seite 147): Fördertopf für Kooperation von Umweltverbänden mit Karlsruher Schulen – Ausgaben reduzieren (AfD)

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Ich möchte diesen Antrag zum Anlass nehmen, eine grundsätzliche Rede zu halten zu einer Reihe von Anträgen. Ich denke, wir werden sie dann auch alle erkennen.

Diese Reihe von Anträgen erinnert an den Slogan „Defund the Police“, der in den USA immer wieder zu hören ist. Der Slogan wäre hier „Defund Climate Action“. Entzieht dem Klimaschutz die Finanzierung. Genauso ähnlich, wie man mögliche Probleme über Sicherheitsbehörden nicht dadurch lösen könnte, ihnen die Mittel zu entziehen, lässt sich die Klimakrise auch nicht dadurch lösen, dass man die Mittel für den Klimaschutz streicht. Hier wird gefordert, streicht die Mittel für die Kooperation von Umweltverbänden mit Schulen. Drückt solch ein Antrag die Furcht aus, dass eine gute Umweltbildung mehr junge, engagierte Menschen dazu bringen könnte, eine angemessene Klimapolitik einzufordern, wie es zum Beispiel Fridays for Future tut? Dann gibt es Anträge, die fordern, dass so etwas wie Stromsparerpartner beendet werden soll. Das Rational dahinter bleibt das Geheimnis derer, die ihn stellen. Solche Projekte verbinden Emissionsminderung mit Entlastung von Haushalten mit niedrigen Einkommen. Es trägt

also dazu bei, diejenigen zu unterstützen, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind. Das sind normalerweise diejenigen mit geringen Mitteln.

Dann wird gefordert, die Zuschüsse an die Karlsruher Klimaschutzagentur zu streichen, Klimaschutzkampagnen einzustellen, Klimaschutzfonds zu streichen. Lauter Anträge, bei denen ein Großteil gegen den Klimaschutz im Sinn zu stehen scheint. Mittel seien nicht effizient eingesetzt. Effiziente Alternativen – Fehlanzeige. Quartiersprojekte seien zu streichen. Weitere Mittel, die direkt den Bürgerinnen und Bürgern zugutekämen, sollen einfach gestrichen werden. Es bleibt nur alles bei diesen Dingen. Wir können die Klimakrise nicht durch Streichen von Mitteln bekämpfen. All das ist abzulehnen.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Ich spreche jetzt auch für die nächsten sechs Anträge. Auch wenn die Haushaltssituation ernst ist, haben wir doch sehr sinnvolle und wichtige Punkte bereits im Haushalt verankert. Die Kooperation mit den Umweltverbänden und Schulen hat sich seit Jahren etabliert. Auch der Tausch von Kühlgeräten und das Projekt Stromspartoppartner sind wichtige Bestandteile. Wir lehnen eine Streichung beziehungsweise Kürzung auf jeden Fall ab, müssen aber aufgrund der ernststen Haushaltssituation natürlich auch die Erhöhungsanträge der LINKE ablehnen.

Zum Antrag Nr. 38, die Zuschüsse für die KEK zu streichen: Dafür haben wir gar kein Verständnis. Denn die KEK ist ein Erfolgsmodell in Karlsruhe und wichtiger denn je. Deswegen ist es auch wichtig, dass wir die Mittel im Haushalt belassen, wie sie vorgesehen sind.

Stadtrat Schnell (AfD): Wenn wir jetzt ins Grundsätzliche gehen, dann möchte ich das auch tun. Wir haben in der Welt ungefähr 40 Mio. Tonnen CO₂-Verbrauch im Jahr. Wenn Sie sich das einmal als 4 m Höhe vorstellen wollen, dann sind Sie bei den runden Säulen, die Sie hier sehen, im oberen Drittel. Davon machen allein China und Indien zusammen 1,4 m. Gemäß Pariser Abkommen müssen sogenannte Entwicklungsländer wie Indien und China bis 2030 keinerlei Reduktion ihrer CO₂-Emission vornehmen. Das heißt, die wachsen weiter wie bisher. Da werden aus den 1,40 m, die Sie heute haben, dann 2,10 m, also noch 70 cm oben drauf. Dann sind wir am Ende dieser großen Säule. Von dieser Säule war Deutschland einmal 10 cm, bevor die DDR industrialisiert wurde. Heute sind wir bei 8 cm. Aus denen wollen wir 6 cm machen bis 2030. Karlsruhe hat, wenn Sie jetzt diese Zahlen nehmen, eine Höhe von 0,3 mm, die wir der Erde ersparen können, wenn wir wie Lemminge jetzt kollektiv Selbstmord begehen würden. Diesen Effekt auf das Weltklima können Sie noch nicht einmal erkennen.

Deshalb haben wir mehrere Anträge gestellt, indem wir ein Streichen oder Zurückfahren dieser in unseren Augen sinnlosen Ausgaben fordern. Jetzt kommen Sie von den GRÜNEN und meinen, wenn wir uns in Karlsruhe dem sogenannten Klimaschutz verschreiben, zig Millionen zum Fenster hinauswerfen, die Wirtschaft ruinieren, die Bürger schröpfen, dann würde sich klimamäßig irgendetwas ändern. Halten Sie sich diese Säule vor Augen und den Beitrag, den Karlsruhe dazu theoretisch leisten könnte.

Herr Dr. Cremer hat es in der letzten Sitzung völlig korrekt beschrieben. Klimaschutz ist wie Deichbau. Da kann man nicht an irgendeiner Stelle den Deich aus welchen Gründen auch immer einfach niedriger machen, ohne dass es negative Auswirkungen hätte. So lange also von den sogenannten Entwicklungsländern nicht verlangt wird, ihren CO₂-Ausstoß zu verringern, sie

grenzenlos mehr CO₂ herausblasen dürfen, ist jeder Euro, den wir hier für vermeintlichen Klimaschutz ausgeben, einer zu viel.

Stadtrat Huber (SPD): Ihre Anträge und auch jetzt Ihr Redebeitrag zeigen auf wunderbare Weise, dass Sie die Gesellschaft, die Sie hier vertreten, weder verstanden haben, noch begreifen, welche Herausforderungen dieser Gesellschaft gerade bevorstehen. Sie haben auch nicht das politische System begriffen. Sie haben nicht begriffen, dass wir alle mitwirken müssen bei der Bekämpfung des Klimawandels. Sie verweisen jetzt auf die Bundesebene und sagen, die Bundesebene hat schon genug Steuern hineingebuttert, jetzt müssen wir das auf kommunaler Ebene nicht machen. Dann erzählen Sie irgendetwas von 4 m und Chinesen. Sie haben überhaupt nicht kapiert, dass es eine Aufgabe ist für alle Menschen auf diesem Planeten, diese Herausforderung anzunehmen.

(Vereinzelter Beifall)

Was Sie auch so wunderbar demaskiert - auf Bundesebene erwarte ich gar nichts, auf Landesebene noch viel weniger -, ist, Sie stellen sich hier manchmal hin und machen so, als wären Sie in Karlsruhe die klassischen Kommunalpolitiker, pragmatisch und all das. Aber wenn man dann Ihre Anträge sieht, dann sieht man, Sie blasen in genau das gleiche Horn. Sie sind genauso ahnungslos wie Ihre Kollegen auf Landes- und Bundesebene. Das muss man an der Stelle einfach einmal klipp und klar sagen.

(Vereinzelter Beifall)

Stadtrat Høyem (FDP): Die Klimaveränderung ist ganz bestimmt die größte Herausforderung unserer Menschheit, die unsere Generation hat. Darüber kann man eigentlich nicht streiten. Die Herausforderung ist gigantisch. Wir müssen alles versuchen, was möglich ist. Trotzdem ist es korrekt, dass die Klimaveränderung eine globale Veränderung ist. Vieles, was wir tun, ist vielleicht gut gedacht, aber trotzdem nur Kosmetik und hat nicht wirklich mit dieser großen Herausforderung zu tun. Deshalb würde ich mich sehr freuen, wenn die GRÜNE an einem Tag – vielleicht nicht heute – nur ein Wort sagen, nämlich, dass die Klimaveränderung global ist. Wenn das einmal von den GRÜNEN käme, wäre ich ein sehr glücklicher Mann. Denn das ist etwas, was ich in meinem Leben jetzt versuche zu tun. Das ist die globale Bekämpfung dieser immensen großen Herausforderung.

Dann wollte ich noch einen Satz sagen. Klimaschutz ist wichtig. Aber es ist kein heiliges Wort. Es ist immer gefährlich, wenn man in der Politik nur ein dominantes Thema hat. Wenn man eine Zeit lang nur über Flüchtlinge spricht, wenn wir – das erleben wir jetzt – nur über Corona sprechen. Wenn wir eine Zeit lang nur über Klimaschutz sprechen und alle anderen vielseitigen Aufgaben vergessen, ist das gefährlich für die Politik. Denn dann wird die Politik ein Monolog, dominiert von einem einzigen Wort, und kein echter Dialog zwischen Bürgern. So viel zum Thema. Diese fünf Streichungen lehnen wir ab, weil wir schon diese Strukturen etabliert haben. Die funktionieren. Aber Sie machen mich unglaublich glücklich, Herr Dr. Cremer, wenn Sie eines Tages sagen, ja, Herr Høyem, Klimaveränderung ist global.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Es kann sein, dass es wirklich stimmt, dass wir nur 0,3 mm Beitrag haben zu diesen meterhohen Ausstößen. Es kann sein, dass unser Beitrag gar nicht relevant ist. Aber wenn alle anderen etwas falsch machen, heißt es nicht, dass wir es auch falsch

machen müssen. Das heißt, wir haben unsere Verantwortung für unser Haus zu übernehmen. Wir sind nicht verantwortlich, was die anderen in ihrem Haus machen. Wir müssen es richtig machen. Das bedeutet, wir müssen so tun, als ob es alle anderen auch richtig machen würden. Wir bringen unseren Beitrag, dann wird es gut. Wir dürfen uns nicht abhängig machen von den anderen. Es ist unser Auftrag, dass wir unser Haus bestellen, dass unser Haus gut bestellt ist, und sagen, wenn ihr es so macht, wie wir, dann ist es okay. Wir sollten vorbildlich sein. Dann erledigen wir unseren Auftrag.

Der Vorsitzende: Wenn wir gerade so schön am Plaudern sind, würde ich gerne noch den Aspekt eines etwas historischen Darwinismus einführen. Die Malediven gehen nicht unter, weil China in den nächsten Jahren noch ein paar Kohlekraftwerke in Gang setzt, sondern die Malediven saufen ab, weil man in den letzten 150 Jahren auf der nördlichen Erdhalbkugel alles reingeblasen hat. Es ist etwas zynisch zu sagen, ich versage den anderen die Entwicklung, die ich schon hinter mir habe, weil das am Ende für das Klima schädlicher ist, als wenn ich nichts tue und die anderen auf diese Entwicklung verzichten. Wir müssen das in einer sehr vernünftigen Weise miteinander verbinden. Das wird uns weltweit niemand abnehmen, wenn wir nicht auch das tun, was wir dafür tun können. Darum geht es. Ich kann von niemandem auf der Welt verlangen, dass er nicht auch den Lebensstandard erreichen möchte, den wir haben, und dass er darauf verzichtet, und kann im selbem Atemzug sagen, dann brauche ich aber für das Klima nichts zu tun und kann auch meinen Lebensstandard so halten. Das ist in einer gewissen Weise zynisch. Insofern müssen wir beides tun. Man muss weltweit agieren. Man muss aber auch Entwicklungen zulassen. Wir werden auch von unserem Lebensstandard aus meiner Sicht herunterkommen müssen in verschiedenen Bereichen. Insofern haben auch verschiedene Beschlüsse in der Dauerwirkung etwas mit diesem Thema zu tun.

Wir sind immer noch bei der Ordnungsziffer 33, Fördertopf für Kooperation von Umweltverbänden mit Karlsruher Schulen reduzieren. Da bitte ich Sie jetzt um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 34 (Seite 147): Tausch von Kühlgeräten – Bezuschussung erhöhen (DIE LINKE.)

Antrag 35 (Seite 147): Tausch von Kühlgeräten beenden (AfD)

Der weitergehende Antrag ist der AfD-Antrag, nämlich die 60.000 Euro einzusparen. Ich glaube nicht, dass es hier noch Wortmeldungen gibt. Dann können wir über den AfD-Antrag, Ordnungszimmer 35, abstimmen. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Damit rufe ich den Antrag DIE LINKE. auf, noch einmal 30.000 Euro draufzulegen auf dieses Projekt. Auch da bitte ich Sie um Ihr Votum. – Auch das ist **abgelehnt**

Antrag 38 (Seite 147): Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK) – Zuschüsse streichen (AfD)

Über den stimmen wir auch gleich ab. – Das ist **abgelehnt**.

Antrag 39 (Seite 147): Klimaschutzkampagne – Ausgaben stoppen (AfD)

Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist **abgelehnt**.

Antrag 40 (Seite 147): Erstellung eines integrierten Quartierkonzepts für Stupferich – streichen (AfD)

Antrag 41 (Seite 147): Erstellung eines integrierten Quartierkonzepts für Wettersbach – streichen (AfD)

Antrag 42 (Seite 147): Erstellung eines integrierten Quartierkonzepts für Grötzingen – streichen (AfD)

Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann können wir die nacheinander abstimmen.

Wir kommen zur Ordnungsziffer 40. Da geht es um Stupferich. - **Abgelehnt**

(Heiterkeit)

Ich werde gerade darauf aufmerksam gemacht, dass ich die Anträge Nrn. 36 und 37 übersprungen habe. Jetzt machen wir erst einmal die Quartierskonzepte fertig.

(Zurufe, Heiterkeit)

- Wir stellen für das Protokoll fest, dass Herr Cramer eigentlich auch ablehnen wollte.

Dann machen wir jetzt Nr. 41. Da geht es um das integrierte Quartierkonzept Wettersbach. Auch hier bitte ich um Ihr Votum. – Das ist **abgelehnt**.

Dann kommt Ordnungsziffer 42, auch ein AfD-Antrag, Quartierskonzept Grötzingen. Auch hier bitte ich um Ihr Votum. – Das ist auch **abgelehnt**.

Ich habe die Kühlgeräte und die Stromsparerpartner übereinander gelegt. Das geht natürlich nicht. Deswegen springen wir jetzt noch einmal zurück.

Antrag 36 (Seite 147): Projekt Stromsparer – Bezuschussung erhöhen (DIE LINKE.)

Antrag 37 (Seite 147): Projekt Stromsparer – Ausgaben stoppen (AfD)

Der weitergehende Antrag ist der von der AfD.

(Zurufe)

- Wir haben die Kühlgeräte abgestimmt, aber nicht die Stromsparerpartner. Das war eben auch mein Irrtum.

(Weiter Zurufe)

- Ich habe es auch so gedacht. Aber es wird mehrfach darauf hingewiesen.

Wir rufen noch einmal, weil es so schön ist, die Ziffer 37 auf. Da geht es um die Stromsparpartner – Ausgaben stoppen, ein AfD-Antrag. Ich bitte um Ihr Votum. – **Abgelehnt**

Dann rufe ich noch einmal Nr. 36 auf, ein Antrag DIE LINKE., das Projekt Stromsparpartner noch einmal um 30.000 Euro zu erhöhen. Da bitte ich auch um Ihr Votum. – Das ist **abgelehnt**.

Antrag 43 (Seite 147): Streichung Klimaschutzfonds (AfD)

Da bitte ich auch gleich um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte Sie noch darüber informieren, dass in der 1. Veränderungsliste wir die jährliche Bezuschussung des Leihlokals wieder herausgenommen haben, weil sie seinerzeit nur einmalig eine solche Bezuschussung beschlossen haben. Das ist uns fälschlicherweise als verstetigten Zuschuss hineingeraten.

Ich darf ebenfalls auf der **Seite 147** über die 2. Veränderungsliste auf den Energieleitplan Kommunalen Wärmeplan nach § 7 d KSG hinweisen.

Wir haben jetzt 16:00 Uhr. Wir haben die halbe Stunde Nachmittagspause schon verschoben. Insofern unterbreche ich jetzt die Sitzung bis 16:30 Uhr. Dann machen wir bis 19:00 Uhr durch. Und dann machen wir Schluss.

(Unterbrechung der Sitzung von 16:00 bis 16:32 Uhr)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir für 2021 im Ergebnishaushalt 7,26 Mio. Euro und im Investitionsbereich 3 Mio. Euro für Klimaschutzkonzept-Umsetzung vorgesehen hatten als ergänzende Mittel, dass wir Ihnen dazu im Oktober im Hauptausschuss eine Liste vorgelegt hatten mit der Zuordnung zu verschiedenen Projekten und Beiträgen und Ihnen angekündigt haben, dass wir dazu einen Sperrvermerk in den Haushalt einstellen. Nachdem jetzt die ganzen Projekte und Mittelverwendungen doch sehr konkretisiert sind, könnten wir eigentlich diesen Sperrvermerk komplett aufheben. Ich würde das morgen aber gerne noch einmal aufrufen, denn Sie sollten diese Liste auf dem Tisch liegen haben, damit Sie überhaupt wissen, was Sie beschließen. Das haben Sie heute nicht, wie wir gerade festgestellt haben. Insofern würden Sie sich nicht, dass beim Thema Klimaschutzkonzept und Sperrvermerke morgen noch einmal ein Sonderpunkt auf Sie zukommt.

Jetzt machen wir erst einmal auf der **Seite 147** weiter.

Antrag 44 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Effizienteste und wirtschaftliche Maßnahmen des KSK vorrangig umsetzen (CDU)

Das ist am 17.11.2020 noch einmal in den Fachausschuss verwiesen worden.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Das Thema gibt mir noch einmal Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass die CDU-Fraktion mit einem differenzierten Antrag an die Verwaltung herangetragen hat, dass wir eine Methode anwenden sollten, mit der wir eine einfachere Priorisierung der verschiedenen in Frage kommenden Klimaschutzmaßnahmen vornehmen können.

Aber trotz allem, was in der zurückliegenden Diskussion gesagt wurde, muss auch noch einmal von unserer Fraktion aus klargestellt werden: Es gibt überhaupt keine Alternative zu diesem Klimaschutzkonzept für eine Kommune wie Karlsruhe. Von daher sind die Einwendungen, die von AfD-Seite kommen, wirklich nicht zutreffend. Wir müssen schon tun, was wir für eine Kommune auch tun können. Wenn aber der Herr Dr. Cremer das Klagelied des Jeremia singt und sagt, wir würden sozusagen diesem Klimakonzept die Mittel nehmen, die Fonds streichen, dann wird völlig übersehen, was gerade eben der Herr Oberbürgermeister noch einmal wiederholend gesagt hat. In der Verwaltungsvorlage ist ein sehr exklusives Paket für ein Klimaschutzkonzept enthalten. Dieses Konzept unterstützt meine Fraktion uneingeschränkt. Die Botschaft muss doch sein, dass wir einen effektiven Klimaschutz machen wollen. Wir müssen langsam auf der linken Seite davon abkommen, emotionalen Klimaschutz zu betreiben. Es hilft nicht viel, sondern es muss das Richtige gemacht werden. Das steht hinter unserem Antrag.

Vergessen Sie als zweites nicht, wir müssen die Wirtschaft mitnehmen. Ich habe den Eindruck, sie ist schon gut unterwegs auf diesem Thema. Dieses müssen wir fördern.

Ein drittes ist, Corona und Klimaschutz sind eine Megaherausforderung. Nicht nur für unser Land, sondern auch für diese Stadt. Da müssen wir den Kopf oben behalten. Panik ist hier der schlechteste Ratgeber.

Ein viertes, das ist ganz wichtig. Jeder Euro muss wirken. Das ist der Hintergrund unseres Antrags, der noch im Fachausschuss erfreulicherweise vertieft werden wird, weil wir nämlich nicht alles gleichzeitig machen können. Das wird häufig übersehen. Sie glauben, dass wir zusammen mit Ihren heftigen Unterstützern hier alles gleichzeitig machen können. Das geht aber nicht. Wenn das nicht geht, müssen wir priorisieren. Wenn wir priorisieren müssen, brauchen wir vernünftige, objektive, wissenschaftliche Kriterien. Das ist der Hintergrund.

Bei allem, was wir jetzt machen, muss auch in unserer Stadtgesellschaft ein Zusammenhalt im Vordergrund stehen. Die Wirtschaft muss am Leben erhalten bleiben. Wir müssen nachhaltige Arbeit erhalten.

Sechstens, ein städtischer Haushalt muss deswegen mit Augenmaß aufgestellt sein. Wir können anders als der Bundesminister für Finanzen nicht einfach Kredite aufnehmen. Das übersehen Sie, weil Sie immer sagen, das und jenes muss sein. Sie werden auch durch alle Leute, die den Klimaschutz wirklich kennen, unterstützt. Aber wir brauchen eine Priorität, weil wir nicht alles machen können.

Die CDU steht hinter dem ehrgeizigen Klimaschutzplan, und zwar ohne Wenn und Aber. Die Verwaltung hat, wie schon gesagt, 19 Mio. Euro eingestellt plus Stellenschaffung. Und das Ganze wird für die nächsten 10 Jahre im Grunde mehr oder weniger festgeschrieben. Dagegen geht das links-grüne Bündnis und veranlasst jetzt Anträge in einer Größenordnung, die nicht mehr ernst zu nehmen ist. Wir haben einmal zusammengerechnet. Im Extremfall sind es 43 Mio. Euro, die wir in diesen Haushalt reinpacken sollen, einen Jahreshaushalt. Unglaublich, wie verantwortungslos wir mit unserem Haushalt umgehen. Ich füge hinzu, es sind neben den 43 Mio. Euro noch 26 zusätzliche Stellen über das Verwaltungskonzept hinaus. Also, blinder Eifer ersetzt wie immer die erforderliche Tatkraft nicht.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Ich möchte die Chance nutzen, den ersten Antrag im Bereich Klimaschutz, der nicht von der AfD kommt, als Startpunkt zu nehmen für unsere Grundsatzrede im Bereich Klimaschutz. Wir hatten schon die Grundsatzdebatte, wieso wir unbedingt auf kommunaler Ebene den Klimaschutz brauchen und wieso wir unser Klimaschutzkonzept hier vor Ort durchführen müssen. Herr Høyem, ich tue Ihnen gerne den Gefallen und sage ganz klar: Klimaänderungen sind global. Aber wir alle kennen den Spruch: Think global, act local. Denn wo, wenn nicht in der Kommune, wo, wenn nicht in Karlsruhe, werden die Solaranlagen aufs Dach gepackt, die am Ende CO₂ einsparen? Wo werden die Windkraftanlagen gebaut? Wo werden Gebäude saniert? Das ist natürlich bei uns vor Ort. Deswegen müssen alle Programme auf der ganzen Welt auch lokal verankert sein, nämlich in den Kommunen. Darum gibt es auch gar keine Möglichkeit, dass wir uns dem Klimaschutz in Karlsruhe verweigern. Da haben wir einfach die Verantwortung. Dazu stehen wir auch.

Die Klimakrise wartet nicht. Die Klimakrise wird auch nicht aufgehalten von knappen Kassen. Wir haben jetzt aktuell schon knapp 20 Mio. Euro im Haushalt eingestellt. Das ist ein sehr wichtiger erster Schritt und zeigt auch eine klare Trendwende im Vergleich zu den Vorjahren, dass Klimaschutz in Karlsruhe ernstgenommen wird. Sind wir mit diesen 20 Mio. Euro zufrieden? Da ist die Antwort natürlich ein klares Nein. Denn wir wissen alle, es sind 40 – 50 Mio. Euro, die im Klimaschutzkonzept jedes Jahr in Zukunft anfallen werden. Deswegen auch an Herrn Pfannkuch noch einmal ganz klar: Ja, in diesem Jahr wird das vielleicht noch nicht zu leisten sein. Wir müssen umschichten. Wir müssen Schritt für Schritt Personal einstellen. Wir müssen die Prioritäten in der Verwaltung neu setzen. Das ist ein Prozess, der geht tatsächlich nicht von einem auf das andere Jahr. Aber im nächsten Jahr, im übernächsten Jahr und allen Jahren danach ist es ganz klar, dass wir uns in diesen Größenordnungen bewegen wollen und müssen. Da werden wir GRÜNE auch in den folgenden Jahren deutlich dran sein.

Was können wir in 2021 schon machen? Die Verwaltung hat uns an vielen Stellen dargestellt, wieso es nicht möglich ist, 40 – 50 Mio. Euro in diesem Jahr schon komplett umzusetzen. Wir halten es deswegen auch für seriöse Politik, dass wir deswegen keine Haushaltsanträge in dieser Größenordnung gestellt haben, weil wir GRÜNE immer nur dann Anträge stellen wollen, wenn wir das auch für realisierbar halten. Das ist für uns eine transparente und ehrliche Politik, nicht populistisch einfach alle Anfragen und Anträge zu stellen und zu sagen, Klimaneutralität übermorgen, wenn wir persönlich nicht sehen, wie wir es umsetzen können. Auch wenn das natürlich nach außen manchmal unbeliebt ist und uns ganz viele Debatten mit der Öffentlichkeit kostet, wo wir auch diese Politik rechtfertigen können. Aber für uns ist es der einzige Weg, glaubwürdig und transparent zu bleiben in dieser ganzen Klimaschutzdebatte.

Jetzt haben wir trotzdem einige Anträge gestellt, wo wir sagen, wir müssen in den kommenden Jahren schneller sein. Für uns ist die erste Priorität im Bereich Hochbau und Gebäudewirtschaft. Hier werden wir enorm viel Personal brauchen. Da müssen wir jetzt schon damit anfangen. Hier haben wir 5 Stellen beantragt.

Der nächste Punkt ist das Thema Photovoltaik. Wir haben riesige Potentiale in Karlsruhe. Uns war es wichtig zu sagen, wir würden gerne mit 2 Mio. Euro schneller vorne sein, als aktuell geplant ist. Hier hat uns die Verwaltung auch noch einmal auf die mangelnden Kapazitäten hingewiesen, aber uns zugesichert, wenn es irgendwie möglich ist, auch mehr Geld als jetzt eingestellt ist, zu verausgaben, wird die Verwaltung das umsetzen. Dementsprechend freuen wir uns

über diese Antwort und hoffen, dass es auch tatsächlich möglich ist und sind dann hiermit auch zufrieden.

Weiterhin haben wir noch einen Projektfonds für städtische Gesellschaften im Bereich Klimaschutz beantragt in der Größenordnung von 500.000 Euro. Das richtet sich vor allem an die Stadtwerke, weil wir wissen, dass auch die städtischen Unternehmen sich dem Markt beugen müssen. Deswegen müssen alle Klimaschutzanstrengungen, die wir als Kommune wollen, natürlich auch von der Kommune finanziert werden. Wir wollen die Ladeinfrastruktur voranbringen und haben hier noch einmal 130.000 Euro im Bereich der E-Mobilität Infrastruktur gefordert und wollen das aufrechterhalten.

Ein wichtiger Punkt ist für uns, weil es im Hinblick von knappen Kassen ein wirksames Instrument ist, die LED-Umstellung von Straßenleuchten. Hier wollen wir 250.000 Euro mehr, weil LED-Umstellungen sich so dermaßen schnell lohnen. Schon nach drei bis fünf Jahren amortisieren sich diese Maßnahmen. Da sehen wir keinen Grund, wieso wir nicht schon deutlich schneller sein können und natürlich auch müssen.

Vielleicht noch zum CDU-Antrag. Das Thema Priorisierung hatten wir letztes Mal schon im Gemeinderat behandelt. Wir halten es für das völlig falsche Signal und den völlig falschen Schritt, jetzt nach der Wirtschaftlichkeit noch ein nächstes Kriterium einzuführen, nach dem wir unser Klimaschutzkonzept umsetzen. Wir wissen, alle Sachen, die wir im Klimaschutzkonzept jetzt schon umsetzen können, müssen wir einfach auch umsetzen, vor allem die langfristigen Maßnahmen, die sich über viele Jahre strecken. Die können wir nicht mehr aufschieben. Deswegen werden wir diesen Antrag natürlich ablehnen.

Stadtrat Huber (SPD): Geschlossenheit und Ehrlichkeit sind – das habe ich bei der Einführung des Klimaschutzkonzeptes im April schon gesagt – ganz wichtige Punkte, wenn es darum geht, erfolgreiche Klimapolitik in der Kommune zu machen. Geschlossenheit, hinter den Maßnahmen zu stehen und Ehrlichkeit bei dem, was wir uns derzeit erlauben können und was wir uns derzeit nicht erlauben können.

Ich möchte noch einen kleinen Schritt zurückmachen. Wir haben das Klimaschutzkonzept im April mit einer ganz großen Mehrheit verabschiedet. Es war ein großer Schritt. Ich weiß, dass sicherlich auch manche Fraktion etwas über ihren eigenen Schatten springen musste. Aber es ist sehr gut gewesen. Wir haben von der Verwaltung einen der Haushaltslage angemessenen Entwurf des Haushalts bekommen mit 20 Mio. Euro, die dem Klimaschutz zugutekommen. 10 neue Stellen, das ist schon ein ganz großer Anteil von dem, was in diesem Klimaschutzkonzept steht. Wir erleben hier eine Geschlossenheit. Da schließe ich alle Fraktionen, bis auf die AfD, ein, die geschlossen hinter diesem Entwurf stehen. Das muss man an der Stelle auch einmal sagen in aller Deutlichkeit, dass wir hier eine sehr große Mehrheit für diese Bemühung haben.

Jetzt hat unsere Fraktion natürlich auch noch ein paar Stellschrauben entdeckt, wo wir uns etwas mehr Druck wünschen würden, zum Beispiel im Bereich der Gebäudesanierung, wo wir jetzt noch einmal zwei Extrastellen gefordert haben, die vor allem für die Kleinmaßnahmen, die niedrig hängenden Früchte, sind, um die sich kümmern kann. Also kleinere Maßnahmen, die normalerweise vielleicht hinten herunterfallen, aber eigentlich schnell zu effizienten Ergebnissen führen können. Wir haben noch etwas Nachbesserungsbedarf beim Fußgänger- und Radverkehr gesehen und da jeweils noch Stellen gefordert. Wir können uns auch noch darauf

einlassen, im Bereich Photovoltaik eine Stelle nachzubessern. Dann ist bei uns aber auch der Punkt der Ehrlichkeit erreicht, wo man sagen muss, das ist das, was wir jetzt können in diesem Jahr und das ist das, was wir uns leisten können.

Zum Schluss möchte ich auch noch etwas zum CDU-Antrag sagen, den wir eigentlich schon ausgiebig diskutiert hatten in der letzten Gemeinderatssitzung. Zunächst noch einmal der Dank, dass Sie dieses Konzept und den Entwurf der Stadtverwaltung mittragen. Ich meine aber, wie meine Vorrednerin sagte, Priorisierung macht nur dann Sinn, wenn wir über lange Fristen diese Maßnahmen abarbeiten müssen. Was wir aber machen müssen, ist, sehr schnell zu handeln. Wir haben jetzt den Aufschlag gemacht, trotz schwieriger Kassenlage. Aber dieser Aufschlag verpflichtet uns, in den nächsten Jahren mindestens genauso engagiert nachzuziehen. Da bedarf es keiner Priorisierung, sondern es bedarf einer konsequenten Umsetzung aller Maßnahmen. Ich glaube, das muss klar sein.

Stadtrat Høyem (FDP): Danke, Herr Huber. Geschlossenheit und Ehrlichkeit, beide Worte sind sehr wichtig. Wir haben selbstverständlich dem Klimaschutzkonzept zugestimmt, ehrlich zugestimmt und geschlossen zugestimmt. Aber wir haben auch gesagt, die einzelnen Maßnahmen müssen wir, wenn sie Geld kosten, hier im Gemeinderat diskutieren. Ich habe verstanden, dass Helmut Schmidt, der ehemalige Bundeskanzler, eine Meinung zu Visionen hatte. Er hat gesagt, wenn man Visionen hat, sollte man zum Arzt gehen. Das sage ich nicht. Ich sage, eine Gefahr sehe ich in der Politik, wenn ein Thema sakrosankt wird, wenn ein Thema fundamentalistisch wird, wenn ein Thema nahezu religiös wird, wenn ein Thema so wird, dass überhaupt nicht möglich ist, das zu diskutieren. Dann sollte man nicht in den Gemeinderat, dann sollte man in die Kirche gehen.

Ich habe sehr oft den Eindruck, dass es nahezu gegen eine Heiligkeit ist, wenn man über Klimaschutz nuanciert diskutiert. Wir können die Welt nicht retten mit einem monotonen Monolog, der sakrosankt nur wiederholt Klimaschutz, Klimaschutz, Klimaschutz. Wenn dann ein anderer sagt, können wir bitte etwas pragmatischer diskutieren, damit wir Kompromisse finden, damit es rational ist, dann bekommt man eine Wand der Ablehnung. Das geht nicht. So ist Politik nicht. So ist vielleicht fundamentalistische Religion. Wir von der FDP wissen ganz genau, wie es ist, wenn andere Leute uns sagen, wir schreiben Klientelpolitik. Das wissen wir. Das haben wir seit 100 Jahren gehört in unserer Existenz. Ich denke, wenn man so sakrosankt über Klimapolitik diskutiert, dass man überhaupt nicht in den Dialog gehen kann, dann ist es Klientelpolitik. Das rettet nicht die Welt.

Ich denke deshalb, dass es mit Geschlossenheit aber auch mit Ehrlichkeit möglich sein muss zu sagen, wo bekommen wir die beste Valuta, die beste CO₂-Einsparung für unser Geld. Das ist doch nicht etwas Heiliges anzugreifen, wenn man so etwas pragmatisch sagt.

Wir unterstützen gerne den CDU-Antrag, weil wir denken, das ist ein Versuch zu sagen, wie können wir pragmatisch, praktisch mit Geld dieses unglaublich große – ich wiederhole das, weil man immer hört, dass wir anderen das nicht ernst nehmen - Thema für unsere Menschheit angehen. Es ist kein religiöses, fundamentalistisches oder sakrosanktes Thema. Das ist ein Thema, mit dem wir pragmatisch politisch, wie mit andere großen Themen - Hunger in Afrika, NATO, EU, Trump in Amerika –, umgehen sollten. Da gibt es wirklich große Themen in unserer Welt. Dies ist eines der sehr großen Themen, aber ein Thema, das wir im Dialog behandeln und diskutieren sollten, und nicht sakrosankt fundamentalistisch nur Monolog.

Stadtrat Schnell (AfD): Wow, Herr Pfannkuch. Vielen Dank für Ihren differenzierten Antrag. Um es mit Lorient zu sagen: Sagenhaft.

Denn wir hatten bereits in der Gemeinderatssitzung am 28. April den Änderungsantrag mit dem Titel „Auswahl der Klimaschutzmaßnahmen nach Nutzen-/Kostenbewertung“ gestellt. Der fand damals jedoch keine Zustimmung bei Ihnen. Umso mehr freuen wir uns, dass Sie, wenn auch verspätet, jetzt auf diesen Zug springen. Nur, wir sind erkenntnistmäßig bereits weiter und ignorieren nicht die globalen Zusammenhänge und sonnen uns nicht im fahlen Schatten alternativer Fakten. Damit noch etwas zu den Malediven, Herr Dr. Mentrup. Falls die wirklich absaufen – das ist nicht meine Wortwahl -, dann völlig unabhängig davon, ob wir hier in Karlsruhe alle keine oder wenigstens effiziente Klimaschutzmaßnahmen auf den Weg bringen. So viel Ehrlichkeit, Herr Huber, sollte schon sein. Dennoch werden wir dem Antrag zustimmen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Wir haben sehr gerne dem Klimaschutzkonzept zugestimmt. Wir bereuen es bis heute in keiner Weise. Meine Frage an die Fraktionen ist jetzt die: Wenn tatsächlich Klimaschutz unser höchstes Ziel ist momentan, dann müssten diese Haushaltsanträge anders aussehen. Ich sehe jetzt im Sozialbereich sehr viele Anträge, ich sehe im Kulturbereich sehr viele Anträge. Ich sehe überall viele Anträge. Wenn tatsächlich Klimaschutz das Megathema wäre, dann würde die Verteilung der Anträge anders aussehen. – Nur als kleine Randbemerkung.

Wir von der Fraktion Freie Wähler und FÜR Karlsruhe sehen ein gewisses Problem bei den vielen Anträgen. Es werden ganz viele Stellen geschaffen. Da habe ich Mühe. Wir tun so, als ob wir genau wüssten, welche Stelle wohin gehört und was dort geschehen muss. Aber die Verwaltung ist ein ganz komplexer Bereich. Wir tun so, wenn wir diese 16,5 Stellen einstellen, dann haben wir es richtig gemacht. Aber ob diese 16,5 Stellen tatsächlich den Unterschied machen, das wissen wir gar nicht, wenn die nicht effizient eingesetzt werden, wenn man nicht genau weiß, wie das zusammenarbeitet, wenn die nächste Abteilung dann einen Mangel hat, weil die jetzt zu viel machen. Da gibt es viele Abläufe, die stimmen müssen. So ein Konzept muss langfristig aufgebaut werden, Stück für Stück. Ich halte es für falsch, einfach gleich alles hineinzubuttern. Deswegen ist die Vorgehensweise der Verwaltung richtig. Es ist wie bei einem Auto, das anfährt. Man kann nicht gleich von 0 auf 100 in kürzester Zeit gehen. Man muss es systematisch aufbauen. Das ist ganz wesentlich. Der Mythos, wir haben ein Problem, es muss schnell gehen, wir stellen mehr Leute ein, stimmt nur sehr begrenzt. Die ganze Verwaltung muss klimafreundlich arbeiten. Das ist dieser Umbau des Ganzen. Das ist sehr viel wichtiger, als dass wir ständig neue Leute einstellen. Jetzt sollen wir über Stellen abstimmen. Weiß ich, ob die Stelle hier mehr bringt oder die Stelle dort? Wir bauen ständig auf und sagen, wer die meisten Stellen hat, hat am Meisten für das Klima getan. Dem kann ich nur schwer folgen.

Uns ist zum Beispiel wichtig, dass Photovoltaik vorankommt. Wir sind in Karlsruhe Schlusslicht im Vergleich zu anderen Städten. Wir sind ganz hinten dran. Da kann ich sagen, wir beauftragen die Verwaltung. Wir wollen nicht nur fürs Ranking besser sein. Wir wollen soundso viel Prozent mehr Strom erzeugen durch Photovoltaikanlagen.

Uns ist das Fuß- und Radverkehrsnetz wichtig. Jetzt werden schon Stellen beantragt, aber gleichzeitig machen wir einen 30-Punkte-Plan. Wir wissen gar nicht genau, was da drinsteht, vielleicht ansatzweise, aber es ist nicht verabschiedet worden. Es macht doch Sinn, einen Plan

zu verabschieden, und dann zu überlegen, wie können wir den umsetzen. Beauftragen wir die Stadtverwaltung: Setzt uns den 30-Punkte-Plan um. So tue ich mich in gewisser Weise schwer mit dieser ganzen Anzahl von Anträgen. Ich kann sagen, wir sind vom Forst, wir wollen, dass der Forst gestärkt wird, dass die Aufforstung besser gelingt und was auch immer. Aber wenn wir einfach nur Stellen schaffen, kann ich dem schwer folgen. Deswegen ist unser Begehren, dass diese Themen nachhaltig und mit großer Intensität angegangen werden, und dass uns dann die Verwaltung sagt, was sie dafür braucht.

Jetzt hat die Verwaltung uns einen Vorschlag gemacht. Dem trauen wir anscheinend nicht und setzen eines drauf. Ich behaupte, Maßnahmen, die nicht abgestimmt sind und nicht hineinpassen, bewirken oft das Gegenteil von dem, was man möchte. Deswegen: Wir sind für das ganze Konzept, was da kommt. Wir sind dabei. Aber diese Stellenschafferei kann ich überhaupt nicht leiden.

Wir werden deswegen mit Nein stimmen, beauftragen aber die Verwaltung, mit aller Kraft dranzubleiben und uns Vorschläge zu machen. Wenn wir in dieser Zeit mehr tun können, dann sind wir dabei. Aber das möchte ich hören, ob es auch in das ganze Konzept passt.

Der Vorsitzende: Wir könnten dann einmal in ein paar Anträge einsteigen. Wir sind mit dem CDU-Antrag gestartet, der eigentlich in den Fachausschuss verwiesen wurde Mitte November. Wir haben ihn jetzt trotzdem hier aufgerufen, weil er natürlich eine Art mentale Klammer ist, und würden es aber weiter im Fachausschuss diskutieren.

Antrag 45 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – mehr Ressourcen einstellen, Stellenschaffung 16,5 VZW (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 45 a (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – mehr Ressourcen einstellen (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Als wir im April verabschiedet haben als Gemeinderat, dass wir bis 2050 klimaneutral werden wollen, stand die kritische Umweltbewegung schon damals vor den Toren dieser Halle. Sie haben zurecht als Hilferuf darauf hingewiesen, dass die globale Entwicklung eigentlich erfordern würde, dass wir als Stadt Karlsruhe bis 2035 klimaneutral werden. Wir haben das damals beantragt. Es wurde von diesem Gremium abgelehnt. Wir haben in den Wochen danach zur Kenntnis genommen, wie sich gerade GRÜNE und SPD sehr groß gefeiert haben für dieses Klimaschutzkonzept, was ein wichtiger Schritt ist, wo aber natürlich noch weitere Maßnahmen folgen müssen. Wir haben es auch zur Kenntnis genommen, dass danach speziell die GRÜNE bei jedem Ausschuss gesagt haben, Klimaschutz ist keine freiwillige Leistung, sondern eine Pflichtleistung. Klimaschutz darf nicht abhängig gemacht werden von der städtischen Finanzlage usw. Wir haben es auch zur Kenntnis genommen, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, uns in den letzten Wochen sehr charmant von den Wahlplakaten angelächelt haben mit dem Motto: Konsequenter Klimaschutz in dieser Stadt umsetzen.

Jetzt sind wir wieder an den Punkt gelangt, wo wieder die Umweltbewegung vor den Türen steht und genau das kritisiert, was wir jetzt auch kritisieren. Aus dem großen Klimaschutzpaket ist vielleicht ein kleines Klimaschutzpaketchen geworden. Das ist ungefähr so, als wenn mein Chef mir eine Prämie verspricht und ich als Dank für meine Arbeit ein kleines Handtuch bekomme. Denn wir müssen feststellen, dass genau diese Versprechungen, die gemacht wurden und genau diese Kritik, die wir damals hatten, dass es nämlich darauf ankommt, im Haushalt

dieses Klimaschutzkonzept zu realisieren, in genau diesem Umfang jetzt nicht passiert sind. Wir sind weit davon entfernt, die Stellen, die wir damals beschrieben haben, in diesem Haushalt zu machen. Daran ändern auch nicht die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und GRÜNE etwas.

Wir sind in der Situation, dass wir im ersten Jahr weitaus weniger investieren, als wir investieren sollten, um unseren Klimaschutzziele gerecht zu werden. Da müssen wir sagen, wir müssen wieder darauf verweisen, was die Umweltbewegung sagt. Es ist mehr notwendig. Wenn jetzt gesagt wird, es sei nicht mehr möglich angesichts der städtischen Finanzlage, erinnere ich daran, was Sie heute Morgen gemacht haben. Wir haben heute Morgen beispielsweise die Erhöhung der Vergnügungssteuer abgelehnt, die 700.000 Euro Mehreinnahmen gebracht hätte. Dafür hätten wir problemlos ungefähr 7 Personalstellen finanzieren können für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes. Da müssen wir leider feststellen, GRÜNEN und SPD waren an der Stelle die Interessen und Anliegen von Glücksspielautomaten-Inhabern wichtiger als das Thema Klimaschutz. Das kritisieren wir heute.

Trotzdem bleiben wir weiterhin dabei und finden es gut, wenn wir heute einen Schritt über die Verwaltungsvorlage hinaus gehen in Richtung Klimaschutzkonzept. Aber es bleibt dabei: Im nächsten Doppelhaushalt müssen wir entscheiden, die Bremsklötze lösen. Wir müssen nach vorne gehen. Wir müssen die Themen angehen, sei es die autofreie Innenstadt, sei es der PV-Ausbau, und zwar mit allen finanziellen Mitteln. Dann muss man so ehrlich sein – da hat die Stadtkämmerei Recht, das wird nicht ohne zusätzliche Einnahmen gehen – und sagen, was wollen wir haben: Klimaschutz, dann müssen wir die Steuereinnahmen erhöhen. Oder wenn wir sagen, wir wollen sie nicht erhöhen, dann können wir das Klimaschutzkonzept nicht finanzieren. Man kann nicht beides haben. Das ist unsere Verantwortung. Deshalb beantragen wir trotzdem heute, dass wir das Klimaschutzkonzept fast vollständig finanzieren und nicht von diesem Weg abgehen, das bis 2050 klimaneutral zu machen.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Lieber Herr Bimmele von den LINKE. Tatsächlich greife ich lieber die Menschen an, die zu wenig Klimaschutz fordern, als die, die zu viel Klimaschutz fordern. Aber bei dieser Masse an populistischen Anträgen will ich jetzt doch ein paar Worte verlieren, weil es einfach schwierig ist, das so hinzunehmen, weil bei ganz vielen Ihrer Anträge das Konzept fehlt. Manche sind inhaltlich nicht einmal korrekt. Zum Beispiel fordern Sie bei der KEK Personal für die Kontrolle energetischer Standards, wo die KEK gar nicht dafür zuständig ist und gar keine Ingenieursleistungen umsetzt. Da müssen dann einfach Anträge mit mehr Substanz her, die sagen, wo kommt es her, wo in der Verwaltung schaffen wir die Stellen tatsächlich, wo können wir umschichten. Es sind nun einmal Prozesse, die schafft man nicht innerhalb von einer Woche. Da braucht man ein richtiges Konzept dahinter, wenn man will, dass es nachhaltig etwas bringt.

Deswegen brauchen wir einfach noch etwas Zeit, um uns einzupendeln, um dann gestärkt für die nächsten Jahre ordentlich vorzugehen. Jetzt einfach ganz viel zu fordern, ohne ein Konzept dahinter zu haben, bringt uns überhaupt nicht weiter. Deswegen, wie gesagt: können wir Ihre Anträge an der Stelle einfach nicht mitgehen.

Stadtrat Maier (CDU): Es fällt mir jetzt schwer, der Kollegin Mayer – meiner Namensvetterin – ein Stück weit Positives abzurufen an ihrem Redebeitrag, zeigt er mir doch deutlich – ich finde, sie hat total Recht, das gebe ich auch gerne zu, wenn es so ist -, was die LINKE. fordern, hat

keine Hand und keinen Fuß. Wir müssen das mit einem Konzept machen. Da bin ich Ihnen, Frau Mayer, sehr dankbar. Denn genau dieses Konzept haben wir einen Antrag vorher gefordert, dass wir unser Konzept auf solide Füße stellen, was abarbeitbar, was leistbar, was schuldbar und was schnell machbar ist. So habe ich Sie jetzt verstanden. Sie wollen solide wirtschaften mit den Stellen. Das wollen wir auch. Bei den 10 Stellen, die da sind, gehen wir davon aus, dass sie in der Verwaltung sinnhaftig eingesetzt werden. Genau deswegen, damit diese 10 Personen die Sachen gut abarbeiten können, müssen die auch wissen, wo sie sitzen und für was sie das abarbeiten. Genau deswegen gehen unsere Anträge in Richtung Priorisierung und die effizientesten Maßnahmen. Von daher wünschen wir dies nach wie vor.

Stadtrat Huber (SPD): Herr Kollege Bimmerle, Sie sind ein kluger Mensch. Das meine ich ganz ernst. Ich glaube, das weiß jeder in dem Raum. Da werden mir wahrscheinlich nicht viele Menschen widersprechen. Ich bin mir sicher, dass Sie den Unterschied zwischen Politik und Aktivismus gut verstehen. Sie wissen, was die Aufgabe des Aktivismus ist. Er erfüllt die sehr wichtige Aufgabe auf der Straße für Menschen, die Dinge fordern, lautstark und zwar ohne sich darüber Gedanken zu machen, wie ihre Forderungen umsetzbar sind. Es ist nicht die Aufgabe des Aktivismus, sich mit solch komplexen Fragen zu beschäftigen. Das ist die Aufgabe der Politik. Wir, die wir alle hier sitzen, sind alle Politikerinnen und Politiker. Wir müssen das große Ganze im Auge behalten. Wir müssen die Mechanismen dahinter verstehen. Wir müssen kapieren, was möglich ist und was nicht möglich ist und was es bedeutet, Dinge möglich zu machen und was dann auf der anderen Seite vielleicht herunterfällt.

Wenn ich die Anträge der LINKE. und bedauerlicherweise auch von der KAL an der Stelle sehe, zieht sich das durch das ganze Programm. Wir sehen es nicht nur beim Klimaschutz. Sie haben im Prinzip jedes Vorgespräch genutzt, Sie waren alle bei uns in den Fraktionen, und haben jeden Wunsch, der gekommen ist, umgesetzt und hier eingebracht. Das ist ein Stück weit unehrlich. Alle Aktivistinnen erfüllen ihre Aufgabe. Auch Fridays for future erfüllt eine wichtige Aufgabe. Aber es gehört auch Ehrlichkeit zur Debatte dazu. Ich würde den Begriff des Populismus vielleicht jetzt nicht benutzen. Ich glaube, viele Ihrer Anträge sind eigentlich gut gemeint. Aber wenn Sie sich hier ganz allein auf weiter Flur zwischen all den Politikerinnen und Politikern befinden, dann müssen Sie sich fragen, ob Sie Ihre Aufgabe richtig erfüllen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Vielen Dank, Herr Bimmerle, für Ihre Ehrlichkeit. Besser hätte man es nicht sagen können. Frau Mayer und Herrn Huber möchte ich jetzt sagen, so, wie es Ihnen geht, geht es uns auch. Nur dass wir noch auf den Rest der Welt schauen, was dort passiert, und dass wir die Aktivitäten, die hier im Gemeinderat entfaltet werden, damit vergleichen, was anderswo, in China beispielsweise, passiert. Dann kommt man zu einer ganz anderen Einschätzung der Lage.

Jetzt hätte ich gerne von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, gewusst, wie es sein kann, dass ein Haushaltsantrag in den Fachausschuss verwiesen wird. Ich hätte gerne über den Antrag der CDU abgestimmt. Wenn es möglich ist, diesen Antrag zu verweisen, dann hätte ich eine ganze Reihe anderer Anträge, die ich auch gerne in den Fachausschuss verwiesen haben möchte. Deswegen: Bitte klären Sie mich auf.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Ich möchte nicht in die Welt schauen. Ich möchte es etwas sportlich betrachten. Denn meine Vorredner, Herr Huber, Frau Mayer und Herr Maier, haben grundsätzlich genau das angesprochen, was auch mein Kollege Kalmbach sagte. Es geht um die

Konzeption. Und das Ganze muss passen. Wer schon einmal mit Pfeil und Bogen geschossen hat, weiß, wer den Bogen überspannt, der bricht ihn. Deshalb müssen wir wie bei einem Bogenschießen die richtige Spannung, das richtige Ziel haben, und dürfen nicht zu weit spannen. Herr Bimmerle will vielleicht das Gute. Aber beim Überspannen reißt der Bogen und wir verfehlen das Ziel.

Die Konzeptionalität, die mein Kollege Kalmbach angesprochen hat, ist hier wichtig. Deshalb hat er auch schon angedeutet, wir als Freie Wähler|FÜR Karlsruhe werden Anträge, bei denen wir nicht erkennen können, dass sie ins Konzept passen und den Klimaschutz weitertragen und uns nur Kosten verursachen, ablehnen.

Noch zum Thema der CDU. Sie haben es natürlich richtig gemacht. Das entspricht dem Ganzen. Ich verstehe jetzt die Frage vom Kollegen Dr. Schmidt nicht. Denn es ist eine Sache der CDU, wie man mit dem Antrag umgeht.

Der Vorsitzende: Ich bin gefragt worden. Wir hatten am 17.11. diesen Antrag aus dem Gemeinderat in den Fachausschuss verwiesen. Ich gebe zu, dadurch, dass er hier auf der Tagesordnung auftaucht, dachte ich, es sei im Fachausschuss schon beraten. Jetzt habe ich aus den Wortmeldungen entnommen, dass es nicht beraten wurde und habe deswegen den implementierten Wunsch wahrgenommen, es noch einmal im Fachausschuss zu behandeln. So bin ich jetzt damit umgegangen. Insofern ist es ein Irrtum gewesen, dass wir es heute überhaupt diskutiert haben. Auf der anderen Seite passt es aber in diese Debatte hinein. Haushaltswirksam ist er nur dann, wenn man auf der Begründung dieses Antrags bestimmte Anträge anderer ablehnt oder eigene Anträge einbringt. So habe ich das verstanden.

Bürgermeisterin Lisbach: Ich möchte darauf hinweisen, der Antrag wurde zwischenzeitlich im Umweltausschuss beraten. Ich habe von dort nicht mitgenommen, dass noch einmal der Wunsch war, ihn hier in den Gemeinderat zu bringen. Aber wir können ihn hier natürlich noch einmal beraten. Die Beratung im Ausschuss hat stattgefunden.

Der Vorsitzende: Das ist okay. Das hatte ich den Beiträgen der CDU nicht entnommen. Dann stimmen wir den jetzt ab. Dann haben wir ihn damit im Grunde erledigt.

Dann steigen wir in die Abstimmung ein. Ich rufe Ordnungsziffer 44 auf, den CDU-Antrag Effizienteste und wirtschaftlichste Maßnahmen des KSK vorrangig umsetzen. – **Mehrheitlich abgelehnt.**

Wir kommen damit zu den Anträgen der KAL/Die PARTEI und DIE LINKE.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich wollte noch einmal zwei, drei Antworten auf die Kollegen geben. Frau Mayer, wenn Sie Vorwürfe tätigen, ähnlich, wie es die Kollegin Ernemann heute Morgen getan hat, dann sollten Sie die Anträge richtig gelesen haben. Der Vorwurf, dass wir sie falsch beantragt haben oder die KEK mit energetischer Sanierung gemixt haben, ist einfach nicht der Wahrheit entsprechend und steht auch nicht in den Anträgen. – Das ist Punkt 1.

Punkt 2: Wir haben alle Stellen beantragt, die genau so damals in dem Exel-Dokument der Verwaltung vorgelegt wurden. Das kann man jetzt richtig finden oder falsch. Vielleicht fehlt an manchen Stellen noch die Konzeption. Wir haben uns aber genau auf diese Liste berufen.

Herr Huber, noch einmal zu Ihnen: Ehrlichkeit ist sehr wichtig im politischen Diskurs. Da gebe ich Ihnen Recht. Aber dann sollten Sie ehrlich sein und den Wählerinnen und Wählern erklären, dass Sie nicht bereit waren, die Gewerbesteuer, die Vergnügungssteuer, die Grundsteuer usw. zu erhöhen, und deshalb etwa 20 Mio. Euro Mehreinnahmen nicht möglich waren. Das wären 20 Mio. Euro Mehreinnahmen gewesen, die ausgereicht hätten, um von 20 Mio. Euro im Klimaschutzkonzept auf 40 Mio. Euro zu kommen. Ganz konkret Mehreinnahmen, die man verwenden könnte. Das ist eine klare politische Entscheidung. Das kann man machen. Aber man sollte dann nicht sagen, es sei kein Geld da. Es wurde nur anders verteilt. Das gehört zum ehrlichen politischen Diskurs auch dazu.

Der Vorsitzende: Wir setzen die Abstimmung fort. Ich rufe Ordnungsziffer 45 und 45 a auf von KAL/Die PARTEI und DIE LINKE. Da geht es einmal um 16,5 Stellen und einmal um zusätzliche Ressourcen. Das können wir zusammen abstimmen lassen. – **Abgelehnt**

Antrag 46 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Klimaschutzgerechte Bauleitplanung – Personalstellen sicherstellen, Stellenschaffung Stadtplanungsamt 1 VZW (DIE LINKE.)

Antrag 46 a (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Klimaschutzgerechte Bauleitplanung – Personalstellen sicherstellen, Stellenschaffung ZJD 1,5 VZW (DIE LINKE.)

Stadtrat Honné (GRÜNE): Ich will auch gleich zum nächsten Punkt mitsprechen. Es geht darum, dass eine zusätzliche Stelle bei der Bauleitplanung im Stadtplanungsamt geschaffen werden soll. Da ist unsere Information, dass das schon passiert ist, dass das erledigt ist.

Dann geht es um Beschleunigung Stellenschaffung im Tiefbauamt. Das ist grenzwertig. Das sagen wir im Moment noch nicht, aber wir können uns gut vorstellen, beim nächsten Mal dann doch.

Eine Stelle beim ÖPNV beschleunigen. Dass der ÖPNV beschleunigt werden muss, ist für uns überhaupt keine Frage. Da haben wir auch vor knapp zwei Jahren einen Antrag dazu gestellt, der nur im Gemeinderat nicht so die Unterstützung erfahren hat, dass dann wirklich etwas passiert ist. Insofern ist die Steuerung des Personals nicht ganz richtig. Die Vorgaben lauten, dass der übrige Verkehr möglichst nicht gestört werden soll durch den öffentlichen Verkehr. Das ist schwer unter einen Hut zu bringen. Das Ziel müsste ein anderes sein. Wir glauben nicht, dass es am mangelnden Personal fehlt. Sehr wohl können wir uns aber vorstellen, dass zusätzliches Geld hilft bei dieser Sache. Deshalb stimmen wir den zusätzlichen 200.000 Euro zu.

Der Vorsitzende: Vielen Dank noch einmal für den Hinweis. Sie haben Recht, im Stadtplanungsamt ist eine Stelle zusätzlich im Verwaltungsvorschlag enthalten. Insofern hat sich dieser eine Punkte, das ist dann Antrag Nr. 46 **erledigt**.

Jetzt kommen die 1,5 Stellen beim ZJD, Antrag Nr. 46 a. Die stelle ich jetzt zur Abstimmung. – **Abgelehnt**.

Antrag 47 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Ausbau des ÖPNV beschleunigen, Stellenschaffung Tiefbauamt 1 VZW (DIE LINKE.)

Ich bitte hier um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Antrag 47 a (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Ausbau des ÖPNV beschleunigen (DIE LINKE.)

Ich bitte um das Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Antrag 48 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Ziel klimaneutrale Verwaltung: 2040, Stellenschaffung HGW 5 VZW

Antrag 49 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Verbesserung Klimaschutz (und Coronavor-sorge durch besseres Lüften an den Schulen), Stellenschaffung HGW 2 VZW

(Zurufe)

- Einzelnen abstimmen? – Können wir gerne machen.

Eine Vollzeitstelle Photovoltaik-Strategie. – Da gibt es eine **Mehrheit**.

Wie gesagt, wir haben bei den ganzen Stellen, die Sie jetzt schaffen, noch das mit dem Sperr-vermerk und der Stellenliste. Das hatte ich angekündigt.

Wir kommen dann zur einen Vollzeitstelle Kleinere Sanierungs- und Effizienzvorhaben. Da hat die SPD den weitergehenden Antrag mit zwei Stellen. Dann würde ich erst einmal den SPD-An-trag aufrufen. Das ist die Ordnungsziffer 49: Zwei Vollzeitstellen für kleinere Sanierungen. Die stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Auch das ist eine **Mehrheit**. Dann hat sich die eine Stelle beim GRÜNE-Antrag inkludiert.

Jetzt kommen noch die drei Stellen des GRÜNE-Antrags Energieeffiziente Planung und Sanie-rung städtischer Gebäude. – Das ist eine **Ablehnung**.

Antrag 50 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Mittel für kommunales Klimaschutzförder-programm erhöhen (DIE LINKE.)

Das können wir gleich abstimmen. – **Abgelehnt**

Antrag 51 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Erhöhung Mittel für Unterstützung Klima-schutzprojekte städtischer Gesellschaften (GRÜNE)

Ich habe jetzt nur einmalig 500.000 Euro drinstehen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Der ist auch als dauerhaft gedacht. Die Frage ist allerdings beim An-trag 50 zuvor, ob man den hätte abstimmen müssen, oder ob der nicht mit der Vorlage, die wir schon erhalten haben, eigentlich erledigt war.

Der Vorsitzende: Den haben Sie jetzt abgelehnt. Insofern ist es egal.

Sie würden die 500.000 Euro verstetigt sehen. Also Antrag Nr. 51 mit jährlich 500.000 Euro. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Antrag 52 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Externe Ermittlung – Reale Kosten des Verkehrs (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Den Antrag ziehen wir zurück.

Antrag 53 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Externe Vergabe – Machbarkeitsstudie Weiterentwicklung der Mobilität in Karlsruhe (DIE LINKE.)

Den stimmen wir dann ab. – Das ist auch eine **Ablehnung**.

Antrag 54 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Externe Vergabe – Machbarkeitsstudie Personalaufkommen ÖPNV Karlsruhe bis 2030 (DIE LINKE.)

Das können wir auch abstimmen. – Das ist auch eine **Ablehnung**.

Antrag 55 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs umsetzen/IQ Leitprojekt ÖRMI

Lfd. Nr. 18 Liste Finanzierungsvorbehalt: Nicht offenes Verfahren mit Teilnahmewettbewerb, IQ Leitprojekt „Öffentlicher Raum und Mobilität – Innenstadt Karlsruhe“ ÖRMI (Vorlage 2019/1280)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Das ist **erledigt** aus unserer Sicht über die 1. Veränderungsliste.

Der Vorsitzende: Sie haben eine Stelle beantragt. Wo ist denn das?

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Das war nur auf ÖRMI bezogen. Die Stellenschaffung ist darüber noch nicht abgedeckt.

Der Vorsitzende: Das ist auch in dem Nr. 55 drin? Oder wo haben Sie die Stelle drin? Das kommt erst noch bei Nr. 55 a.

Antrag 55 a (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs umsetzen/IQ Leitprojekt ÖRMI, Stellenschaffung TBA 1 VZW (DIE LINKE.)

Das würde ich jetzt zur Abstimmung stellen. – **Abgelehnt**

Antrag 55 b (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs umsetzen/IQ Leitprojekt ÖRMI (DIE LINKE.)

Das hatte sich **erledigt** über Mittel.

Ich darf darauf hinweisen, dass in der 1. Veränderungsliste die entsprechenden Mittel für das ÖRMI-Projekt eingestellt waren. Damit hat sich auch die eine Beschlussvorlage, die Sie aus dem Anfang des Jahres hatten, erledigt.

Antrag 56 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Ausreichendes Personal zur Kontrolle und Vollzug energetischer Standards sicherstellen, Stellenschaffung LA 1 VZW (DIE LINKE.)

Antrag 56 a (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Ausreichendes Personal zur Kontrolle und Vollzug energetischer Standards sicherstellen, Stellenschaffung BOA 1 VZW (DIE LINKE.)

Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann können wir die nach und nach abstimmen.

1 Stelle Liegenschaftsamt. Da bitte ich um das Votum. – **Abgelehnt.**

1 Stelle Bauordnungsamt, da ist Ordnungsziffer 56 a. Auch da bitte ich um Ihr Votum. – Das ist auch **Ablehnung.**

Antrag 57 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Ausreichendes Personal zur Kontrolle und Vollzug energetischer Standards sicherstellen, Personal- und Sachkosten KEK (DIE LINKE.)

Antrag 57 a (Seite 152): Klimaschutzkonzept 2030 – Ausreichendes Personal zur Kontrolle und Vollzug energetischer Standards sicherstellen, Ersteinrichtung KEK (DIE LINKE.)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir eigentlich aus unserer Sicht die KEK ausreichend ausgestattet haben mit unserem Vorschlag.

Kann ich über diese Anträge zusammen abstimmen lassen?

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Das können wir sogar als **erledigt** betrachten aus unserer Sicht.

Antrag 58 (Seite 152): Klimaschutzkonzept 2030 – Projektfonds für städtisches Gesellschafte, Verbesserung Ladeinfrastruktur E-Fahrzeuge (GRÜNE)

Da geht es um einmalig 130.000 Euro. Über den Antrag lasse ich jetzt abstimmen. – Das ist eine **Ablehnung.**

Antrag 59 (Seite 152): Klimaschutzkonzept 2030 – Straßenbeleuchtung: Umrüstung auf LED (GRÜNE)

Auch darüber können wir abstimmen. – Das ist ebenfalls **abgelehnt.**

Antrag 60 (Seite 152): Klimaschutzkonzept 2030 – Photovoltaik (DIE LINKE.)

Antrag 61 (Seite 152): Klimaschutzkonzept 2030 – Photovoltaik (GRÜNE)

- Ist erledigt.

Antrag 62 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Fahrradverleihsystem kvv.nextbike aufstocken (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 63 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Fahrradverleihsystem kvv.nextbike aufstocken (SPD)

Antrag 64 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Fahrradverleihsystem kvv.nextbike aufstocken

Lfd. Nr. 17 Liste Finanzierungsvorbehalt: Vertragsverlängerung und Aufstockung der Räderanzahl des Fahrradverleihsystems KVV.nextbike (Vorlage 2020/0705)

Stadtrat Honné (GRÜNE): Wir waren davon ausgegangen, dass 50.000 Euro von der Verwaltung eingestellt worden wären für das nextbike. Daraufhin haben wir unseren Antrag nur über 57.000 Euro gestellt. Inzwischen haben wir gehört, dass diese 50.000 Euro für Lastenräder sind, also nicht für die normalen Fahrräder. Deshalb schließen wir uns den anderen an, die 107.000 Euro eingestellt haben, da wir genau dasselbe gemeint haben. Das war bei uns auch als Dauerzahlung gemeint.

Der Vorsitzende: Dann kann ich alle Anträge zusammenfassen. Die SPD wird auch nichts gegen 107.000 Euro haben.

Stadtrat Schnell (AfD): Wir hatten das schon einmal im Gemeinderat. Man darf einfach nicht vergessen, dass dieses nextbike ein Subventionsloch ohne Ende ist. Wir subventionieren jeden Kilometer, den so ein nextbike fährt, mit mehr Geld, als Stadtmobil für die Nutzung ihrer Kraftfahrzeuge verlangt. Das ist ein absoluter Irrsinn, das zu tun. Außerdem zieht es Leute aus dem ÖPNV heraus. Wir haben außerdem noch die E-Roller, die ein marktwirtschaftliches Angebot der Mobilität in Karlsruhe darstellen. Wir brauchen das nicht.

Stadtrat Maier (CDU): Das nextbike ist durchaus eine absolut gute Initiative und Sache und in Verbindung mit dem KVV durchaus wünschenswert. Wir gehen aber von der aktuellen Versorgung aus. Die ist gut. Alles, was jetzt aufgestockt werden würde, würde wieder eine Erhöhung der Grundversorgung bedeuten. Das können wir nicht mitgehen. Deswegen lehnen wir beide Anträge ab.

Stadträtin Melchien (SPD): Ich darf noch ergänzen, dass wir die Aufstockung der nextbike-Flotte durchaus als wichtige und richtige Investition ansehen und damit einen weiteren Baustein zu mehr klimafreundlicher Mobilität.

Bei uns ist es tatsächlich nur ein kleiner Tippfehler gewesen. Natürlich wollen wir die ursprüngliche Summe der Beschlussvorlage der Verwaltung unter Finanzierungsvorbehalt. Wir wünschen uns eine Weiterentwicklung dieses Erfolgsmodells.

Der Vorsitzende: Damit ist es auch ein jährlicher Aufwand. So steht es auch in der Vorlage.

Dann rufe ich die Anträge Nrn. 62 bis 64 gemeinsam auf. Wir reden über 107.000 Euro im Jahr. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit**. Damit hat sich die Vorlage im Grunde auch erledigt.

Antrag 65 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Stärkung Fuß- und Radverkehr, Stellen-schaffung Stadtplanungsamt: 1 VZW Verkehrsanlagenplanung Rad- und Fußverkehr (GRÜNE, SPD)

Antrag 67 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Stärkung Fuß- und Radverkehr, Stellen-schaffungen Stadtplanungsamt: 2 VZW Verkehrsanlagenplanung Rad- und Fußverkehr (DIE LINKE.)

Antrag 68 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Stärkung Fuß- und Radverkehr, Stellen-schaffung Stadtplanungsamt: 1 VZW Fußverkehrsbeauftragte*r (DIE LINKE.)

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Wir haben vorhin darüber gesprochen, wo denn jetzt Stellen sinnvoll seien. Wir sehen gerade in Bezug auf das Klimaschutzkonzept deutlich Kapazitäten und Bedarf im Bereich der Mobilität. Denn wir haben zum Beispiel ein Radverkehrskonzept von 2005, das nach 15 Jahren immer noch nicht umgesetzt ist. Da scheitert es eben an Personalkapazität und dann auch wiederum an den Sachmitteln. Deswegen haben wir die auch an anderen Stellen im Haushalt beantragt. Das ist für mich genau das, worauf Herr Kalmbach vorhin eingegangen ist. Wir wissen, dass wir genau diese Stellen brauchen. Diese Antwort bekommen wir regelmäßig von der Verwaltung, sei es auch bei der Umplanung von Fahrradstraßen auf den BW-Standard. Genau deswegen wollen wir in der Planung beim Stadtplanungsamt eine zusätzliche Stelle für die aktive Mobilität für Rad- und Fußverkehr, und das Ganze dann natürlich komplettiert in der Umsetzung in der Ziffer 66 beim Tiefbauamt.

Stadtrat Zeh (SPD): Lieber Kollege Kalmbach, das 20-Punkte-Programm war 2005 sehr erfolgreich. Eigentlich bin ich davon ausgegangen, dass wir jetzt unser Beitragsverfahren schon abgeschlossen haben, zumindest in der internen Diskussion, wenn auch noch nicht im Gemeinderat. Aber corona-bedingt ist es etwas verschoben. Wenn wir jetzt nicht die Stellen dafür beantragen, um solche Sachen umzusetzen, müssen wir wieder zwei Jahre warten bis zum nächsten Doppelhaushalt. Deshalb gibt es auch diesen Antrag. Ich rede für die Anträge Nrn. 65 bis 72, die alle etwas mit dem Fuß- und Radwegeverkehr und der Erneuerung, die wir jetzt für die aktive Mobilität machen, zu tun haben. Daher halten wir, genau wie die GRÜNE, die eine Stelle im Stadtplanungsamt und eine Stelle im Tiefbauamt für notwendig. Die Verwaltung hat im Rahmen der Hauptausschusssitzung am 13. Oktober beispielsweise für Radabstellanlage 100.000 Euro zusätzlich eingestellt. Daher ist der Antrag der LINKE. eigentlich erledigt, 500.000 Euro für die Radrouten einzustellen. Die Sachmittel sind vorhanden, insbesondere, da man weiß, dass gegenseitige Deckungsfähigkeit vorhanden ist. Aber natürlich, die Planungsstellen für Stadtplanungsamt und Tiefbauamt sind trotzdem notwendig, damit die Maßnahmen angegangen werden können.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich freue mich sehr, dass GRÜNE und SPD genau wie wir heute diese Planungsstellen voranbringen. Das ist ein ganz wichtiger Bestandteil für diese Mobilitätswende. Ich finde, als nationaler Vorreiter für Fahrradstädte können wir es uns auch nicht leisten, beim Radnetz-BW-Ausbau die Ziele zu verfehlen. Da ist es ganz richtig und superwichtig, dass wir, sobald das Beitrittsverfahren fertig ist, auch sofort loslegen können, gerade auch in Bezug auf die Fußverkehrsplanung.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Ich sagte zuvor, wir mögen es nicht, Personalstellen zu schaffen. Aber an der Stelle ist tatsächlich der Mangel da und dieser Engpass. Es ist notwendig zur schnellen Entwicklung des Bypasses. Deswegen stimmen wir gerne zu.

Der Vorsitzende: Ich würde ganz gerne die Anträge Nrn. 65 bis 68 gemeinsam abarbeiten. DIE LINKE. beantragen insgesamt 3 Stellen im Bereich des Stadtplanungsamtes, nämlich einmal mit der Ordnungsziffer 67 eine Stelle für Radwege, eine für Fußwege und dann gibt noch einen Fußverkehrsbeauftragten. Habe ich das richtig verstanden.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir würden unsere Anträge **zurückziehen**. Ich glaube wir können direkt über den SPD- und GRÜNE-Antrag abstimmen, über die zwei Stellenschaffungen. Das passt von unserer Seite so.

Der Vorsitzende: Dann bleibt ein Antrag der GRÜNE und SPD übrig, auf eine zusätzliche Stelle im Stadtplanungsamt. Tiefbauamt mache ich separat, weil ich Sie dann darauf hinweisen, dass das schon im Stellenplan der Stadt ist. Insofern bräuchten wir das aus meiner Sicht nicht. Aber das können wir klären.

Jetzt geht es um die eine Stelle im Stadtplanungsamt. – Das ist eine **Mehrheit**.

Antrag 66 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Stärkung Fuß- und Radverkehr, Stellenschaffung Tiefbauamt 1 VZW Verkehrsanlagenplanung Rad- und Fußverkehr (GRÜNE, SPD)

Das ist die eine Stelle beim Tiefbauamt. Die haben wir bereits in unserem Stellenplan mit drin. Insofern hat es sich aus unserer Sicht erledigt.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Aus unserer Sicht hat es sich nicht erledigt. Wir haben zum Beispiel die Stelle für das ÖRMI vorhin noch nicht eingestellt, die genau in diesen Bereich geht. Wir sehen durchaus entsprechend Mehrbedarf.

Der Vorsitzende: Also eine weitere Stelle im Tiefbauamt. – Auch das ist eine **Mehrheit**.

Antrag 69 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Stärkung Fuß- und Radverkehr, Planung Fußverkehrsmaßnahmen (DIE LINKE.)

Da bitte ich um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Antrag 70 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Stärkung Fuß- und Radverkehr, Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung Rad- und Fußverkehr (GRÜNE)

Dann stelle ich das auch gleich zur Abstimmung. – Das ist eine **Ablehnung**.

Antrag Nr. 71 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Stärkung Fuß- und Radverkehr, Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung Rad- und Fußverkehr (DIE LINKE.)

Auch hier bitte ich um Ihr Votum. – Das ist auch **abgelehnt**.

Antrag 72 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Erhöhung Mittel für Ausbau von Radabstellanlagen (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (Die LINKE.): Das hat sich **erledigt**.

Der Vorsitzende: Damit haben wir das Thema Umwelt und Arbeitsschutz. Wir kehren wieder an die Stelle zurück, wo wir heute am frühen Nachmittag aufgehört haben. Das ist der **Teilhaushalt 5000** auf der **Seite 241**.

Ich darf zunächst darauf hinweisen, dass das Bundesprogramm Sprachförderung, Kitas für freie Träger, Minderaufwand der Stadt dazu geführt hat, dass wir über die 1. Veränderungsliste eine Anpassung vornehmen konnten.

Antrag 150 (Seite 241): Sprachbildungskonzept Qualitätszirkel – Ausgaben reduzieren (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Die Änderungsliste geht über unseren Antrag hinaus. Deswegen ist er **erledigt**.

Der Vorsitzende: Dann kann ich auch vermelden, dass wir über die 1. Veränderungsliste das Bundesprogramm Sprachförderung für städtische Kitas einen Mehrertrag für die Stadt einpflegen konnten. Die Änderung der Richtlinie für die Förderung der Kita-Förderung, verbindliche pädagogische Leitungszeit hatten Sie schon beschlossen. Auch das haben wir über die 1. Veränderungsliste eingebracht.

Antrag 151 (Seite 241): Bedarfsgerechte Erhöhung der Plätze für die praxisintegrierte Erzieher*innenausbildung: Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Lfd. Nr. 10: Bedarfsgerechte Erhöhung der Plätze für die praxisintegrierte Erzieher*innenausbildung (Vorlage 2020/0240)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir wollten genau das, was unter Finanzierungsvorbehalt stand, also die Gemeinderatsvorlage entsprechend darstellen.

Der Vorsitzende: Das würde einen Betrag von 632.000 Euro beziehungsweise 685.000 Euro zusätzliche Mittel notwendig machen. Ob wir das auf der Grundlage unserer Vorlage machen oder auf Ihren Antrag hin, ist egal. Es geht um dieses Thema.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Es ist so, dass in der ersten Sitzung des Jugendhilfeausschusses 2021 ein Bericht erfolgt über die Entwicklung der Plätze der praxisintegrierten Ausbildung für Erzieher*innen. Bei der Gelegenheit findet eine Evaluation statt, inwieweit sich die Erwartungen an dieses Modell bis jetzt bewährt haben und wie wir damit weitermachen. Die Stellen hatten ursprünglich wir GRÜNE beantragt. Die wurden aber seit März 2019 immer wieder verschoben und sind dann erst spät behandelt worden, so dass die Umsetzung nicht mehr erfolgen konnte im letzten Jahr. Da wollen wir im Jahr 2021 entscheiden, wie wir weiter damit verfahren. Es war dann auch die Frage, inwieweit die Stadtverwaltung prüft, ob eine Zustimmung erfolgen und eine Nachfrage entstehen würde, wenn man eine kleine Anrechnung auf den Personalschlüssel machen würde. Insofern ist das noch offen. Wir könnten, um eine Mehrheit zu erzielen, sagen, wir machen einen Sperrvermerk, bis wir in der Jugendhilfeausschusssitzung dann die Modalitäten geklärt haben, ob wir so weiter machen oder ob wir noch Veränderungen vornehmen. Auf jeden Fall wollen wir die Mittel für die weitere Nutzung für die praxisintegrierte Ausbildung weiterführen. Denn diese Ausbildung hat dazu geführt, dass wir jetzt so gut dastehen mit dem Personal in den Kindertagesstätten. Keine Stadt hat sich so erfolgreich in dem

Bereich bewährt wie Karlsruhe. Von daher würden wir auf jeden Fall die Summen beibehalten und dann noch klären, wie wir im Detail weiterverfahren für das Kita-Jahr 2021/22.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Die praxisintegrierte Ausbildung ist ein Erfolgsmodell. Das wissen wir aus den letzten Jahren. Es ist auch unerlässlich für unsere Einrichtungen in der Stadt. Wir brauchen dieses Personal. Deswegen hat meine Fraktion auch die letzten Erhöhungen immer mitgetragen. Sie erinnern sich, wir hatten vor einiger Zeit erst die Zahl auf 150 erhöht. Heute können wir eine weitere Erhöhung nicht mitgehen, und zwar rein aus finanziellen Gründen, weil einfach der Haushalt in seiner dramatischen Situation diesen Spielraum für heute nicht zulässt. Sie können sich sicher sein, dass wir uns diese Entscheidung nicht leicht machen. Aber es ist nur der Gedanke an den Haushalt, und dass der Haushalt überhaupt genehmigungsfähig bleibt bei allem, was vielleicht noch auf uns zukommt, dass wir an dieser Stelle und auch noch bei weiteren Punkten heute nicht mitgehen können.

Stadträtin Melchien (SPD): Ich kann an beide Vorrednerinnen anknüpfen. Gemeinsam haben wir uns für den Ausbau der PIA-Auszubildendenstellen hier in unserer Stadt eingesetzt und damit für eine ganz hohe Qualität in unseren Kindertagesstätten. Aktuell haben wir noch einen hohen Bedarf an Fachkräften. Wir leisten uns allerdings auf der anderen Seite 150 Plätze, haben das gemeinschaftlich beschlossen. Sie sind schon darauf eingegangen. Im städteweiten, bundesweiten Vergleich ist das ein extrem hoher kommunaler Einsatz, der auch nicht annähernd ausgeglichen wird durch diese Ausbildungspauschale des Landes. Das ist ein kleiner Tropfen, der es uns ein wenig leichter macht, unsere enormen Summen – wir reden von sechsstelligen Beträgen – auszugeben.

Auf der anderen Seite sind wir auch wegen dieser Investition bundesweit in der Qualität am höchsten, die Bertelsmann-Stiftung hat es uns auch bestätigt. Als SPD-Fraktion haben wir im Ausschuss eingebracht und diskutiert, dass wir uns eine flexiblere Lösung wünschen würden, dass wir heute nicht beschließen, jedem Antrag stattzugeben, der kommt. Denn da kann sehr viel kommen, das wir dann bedarfsgerecht nach Trägermeldung auch beschließen müssen. Wir müssen ein intelligentes System finden, bei dem man durchaus flexibel auf Bedarfe reagieren kann, gemeinsam mit unserer Fachverwaltung, ob so etwas möglich ist. Es wurde uns in Aussicht gestellt für die Februar-Sitzung oder für das Frühjahr, dass wir darüber diskutieren können, überlegen können, ob wir so einen Weg finden, mit Blick auf die Haushaltslage und auch auf Verlässlichkeit, weil die Ausgaben, die wir in einem Jahr beschließen, uns die nächsten Jahre genauso noch binden. Gerade vor dieser unvorhersehbaren finanziellen Entwicklung der nächsten Jahre können wir heute nicht vorgreifen. Wir wollen im Frühjahr mit den Trägern, mit Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, diskutieren, wie wir hier weiterkommen und einen gemeinschaftlichen Weg für die Fachkräftesicherung in unserer Stadt finden.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir hatten traditionell die letzten Jahre einen sehr guten Dialog im Jugendhilfeausschuss. Wir haben sehr wenig ideologische Politik geführt. Gerade für dieses sehr teure Vorhaben haben wir von der FDP und die anderen Parteien einen Einsatz gebracht, auf den wir stolz sein können. Auch wenn eigentlich das Land mehr eingebunden werden sollte. Gerade jetzt das weiterzuführen, ist nicht der richtige Zeitpunkt, bei diesem Haushalt. Deshalb stimme ich Frau Melchien und Frau Meier-Augenstein zu. Ich hoffe, dass wir diesen Dialog im Jugendhilfeausschuss so positiv weiterführen können.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Die Antragsteller würden sich auf den Vorschlag der GRÜNEN beziehen mit dem Sperrvermerk. Wir würden das so übernehmen.

Der Vorsitzende: Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, selbst wenn Sie einen Sperrvermerk machen und dann im März erst entscheiden, ob Sie vielleicht auch Personalstellenanteile berechnen, werden sich erst anschließend die Träger überlegen, ob sie zusätzliche Stellen anbieten oder nicht. Das ist aus meiner Sicht für einen Start im Herbst eigentlich schon zu spät. Insofern kann ich nur an Sie appellieren, wir haben nach wie vor ein sehr hohes Niveau an Förderung der PIA-Stellen. Das glaubt mir im Bundesgebiet immer keiner, wenn ich erzähle, was wir mit mehreren Millionen machen. Es sind keine sechsstelligen, es sind siebenstellige Beträge. Es macht Sinn, einmal darüber nachzudenken, ob ein Aufwuchs an Stellen verbunden werden kann mit zumindest einer Teilanrechnung im 2. oder 3. Ausbildungsjahr. Von daher kann ich nur empfehlen, dass Sie diese Idee nicht aufgeben, aber jetzt nicht im Jahr 2021 noch einmal draufsatteln.

Wir stellen es jetzt zur Abstimmung. Es geht um die 632.900 Euro beziehungsweise dann entsprechende weitere Summen in den Folgejahren. Das stellen wir jetzt zur Abstimmung. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Damit hat sich auch die Vorlage der Verwaltung **erledigt**.

Antrag 152 (Seite 241): Weitere Schritte in Richtung beitragsfreie KiTa gehen, Stellenschaffung: 1 VZW (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 152 a (Seite 241): Weitere Schritte in Richtung beitragsfreie KiTa gehen (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Lfd. Nr. 15: Neue Finanzierungssystematik Kita: Erweiterung einkommensabhängige Beitragsreduzierung (Vorlage 2020/0770)

Das Antragsbegehren von Ihnen KAL/Die PARTEI und DIE LINKE. ist identisch mit der Beschlussvorlage Nr. 15, die wir Ihnen unter Finanzierungsvorbehalt schon einmal zur Abstimmung gegeben haben. Wir würden Ihnen als Verwaltung raten, das Ganze noch einmal ein Jahr zu verschieben. Aber es ist letztlich Ihre Entscheidung.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich wollte anmerken, dass das der Verwaltungsvorlage entspricht. Das war zu dem Zeitpunkt noch nicht klar.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Wenn Sie alle einmal Ihren Blick nach hinten wenden, dann sehen Sie, dass dort seit neun Stunden genau die Menschen sitzen, um die es jetzt geht, nämlich Kinder und Jugendliche. Das finde ich bemerkenswert, dass sie nach wie vor alle da sind und uns kritisch begleiten bei unserer Arbeit.

Jetzt geht es genau um sie, Kinder und Jugendliche. Besonders diejenigen aus armen und benachteiligten Familien gehören zu den Gruppen, die von dieser Pandemie am stärksten betroffen sind. Deswegen möchte ich am Anfang kurz allgemein zum Thema Jugendhilfe sprechen und danach auf die vorliegenden Anträge zu sprechen kommen.

Wie das Entwicklungspotential durch diese vielen Einschränkungen der letzten Wochen und Monate in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, sowie bei der Sozialisierung gehemmt wird, wird sich erst in den kommenden Jahren zeigen. Genau deswegen müssen wir als Gemeinderat

diesem Bereich in Zukunft eine verstärkte Aufmerksamkeit widmen. Für uns GRÜNE gilt dabei, dass wir uns in dieser schwierigen Haushaltslage auf bestehende Einrichtungen und bewährte Projekte konzentrieren, dass wir sie dort weiter ausbauen, wo die Not besteht und wo es vor allem sinnvoll ist.

So beantragen wir zum Beispiel heute gemeinsam mit der SPD eine Zuschusserhöhung für das Projekt 2. Chance der AWO, das erfolgreich Schulverweiger*innen reintegriert. Aus unserer Sicht ein gutes Beispiel für ein Projekt, das besonders in der Krise eine große Bedeutung hat, jetzt aber seine Wirkung auch weit über die Pandemie hinaus entfaltet. Das sind diese Projekte, die sollten wir in der Stadt nicht nur erhalten, sondern auch weiter ausbauen. Genauso müssen wir lokale Angebote für Familien mit besonderen Bedarfen aufrechterhalten. Sie müssen gestärkt werden. So sehen wir es in einer Zeit, in der Familien auf engstem Raum in einer zunehmend angespannten Lage miteinander auskommen müssen, als zentral, Unterstützungsangebote für genau diese Familien zu stärken. Da setzen wir uns zum Beispiel für eine notwendige Zuschusserhöhung für den Verein Ehe-, Familien- und Partnerschaftsberatung ein, gemeinsam mit der SPD, unter Ordnungsziffer 221. An anderer Stelle, das gehört auch zur Verantwortung dazu, müssen wir selbst dann, wenn wir mit dem vorliegenden Antrag der LINKE. inhaltlich komplett zustimmen, aufgrund der aktuellen Finanzlage leider ablehnen, wenn es um die Projektmittel zur Bewerbung als kinderfreundliche Kommune in der Ordnungsziffer 228 geht. Die damit verbundene Stellenschaffung müssen wir ebenfalls ablehnen. Wir sehen das gewinnbringend. Wir sehen das als Nice-to-Have als Kommune, im Moment aber nicht als dringend notwendig, um die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Karlsruhe konkret zu verbessern.

Dann komme ich zu den Ordnungsziffern 152 bis 155, die fette Kuh, die es heute zu schlachten gilt, die neue Kita-Beitragssystematik. Dieser dringende und große Wurf auf dem Weg zur Beitragsfreiheit in der Kinderbetreuung kommt aus unserer Sicht heute genau zur richtigen Zeit. Wir waren alle hoffnungsvoll die letzten Monate, dass wir den Eltern nicht noch einmal eine flächendeckende Kitaschließung zumuten müssen. Diese Hoffnung, wie wir alle wissen, ist jetzt verflogen. Umso wichtiger ist es, dieses Signal aus dem Gemeinderat an die Eltern zu geben, dass frühkindliche Bildung und Betreuung in unserer Stadt sozial gerecht ist und ab dem nächsten Jahr noch sozialgerechter wird. Wir haben schon im Frühjahr entgegen großer Kritik von Eltern und von manchen Trägern gesagt, die neue Beitragssystematik stellt aus unserer Sicht die viel größere und nachhaltigere finanzielle Entlastung für Eltern dar, als die zeitlich begrenzte Übernahme von Elternbeiträgen bis zum letzten Cent. Dieses Versprechen möchten wir heute einlösen und zeitgleich die Zusage in die Realität umsetzen, dass für die verbleibenden Eltern, die nach wie vor mit der neuen Beitragssystematik Beiträge entrichten müssen, die Beiträge nicht weiter ansteigen. Deshalb stimmen wir heute als Fraktion dem Antrag von KAL/DIE PARTEI, DIE LINKE., der – Sie haben es gerade gesagt - mit der Verwaltungsvorlage deckungsgleich ist unter Nr. 152 und Nr. 152 a zu und möchten mit diesem Beschluss die neue Beitragssystematik in die Tat umsetzen. Zudem beantragen wir unter Ordnungsziffer 153 die Erhöhung des Erstkinderzuschusses, um die Eltern im Gegenzug finanziell zu entlasten und die Beiträge nicht weiter steigen zu lassen. Hierbei haben wir als einzige Fraktion zusätzlich 20.000 Euro für die Kindertagespflege berücksichtigt. Inhaltlich sind die Anträge allerdings deckungsgleich. Das gilt es bei der Abstimmung gleich zu berücksichtigen.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Wir haben in den letzten Haushaltsberatungen einen großen Startschuss in das Thema Beitragsfreiheit gelegt, indem wir für beide Haushaltsjahre je 5

Mio. Euro beschlossen haben. Mit diesem Geld konnten wir die Grundlage legen in das, was wir in den letzten Monaten gemeinsam erreicht haben. Denn wir haben den Einstieg geschafft, die Kitabeiträge auch in unserer unterschiedlichen Trägerstruktur langsam aneinander anzupassen. Sie wissen alle, dass wir hier sehr große Unterschiede hatten und auch immer noch an der einen oder anderen Stelle haben. Insofern, dieser Einstieg ist geschafft. Jetzt wäre es natürlich schön, wenn wir an dieser Stelle weitermachen könnten. Allerdings ist aus unserer Sicht die Haushaltslage im Moment zu schwierig und zu unvorhersehbar, was sich in den nächsten Monaten noch tun wird, so dass wir dem Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister folgen, dass wir das Thema zumindest noch um ein Jahr verschieben.

Ich kann das mit relativ gutem Gewissen auch für meine Fraktion sagen, weil wir hier schon einen erheblichen Schritt vorangekommen sind. Wir haben die Mittel, die wir im letzten Doppelhaushalt beschlossen haben, umgesetzt. Davon profitieren die Eltern in unserer Stadt bereits. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen auch nicht vergessen, dass wir durch unsere Geschwisterkindregelung sowieso schon für die Familien hier etwas bieten, was andere Kommunen nicht tun. Denn bereits heute sind ca. 35 % der Kinder in unseren Einrichtungen beitragsfrei gestellt. Natürlich wäre es auch für uns schön, wir könnten jetzt schon direkt weiter gehen. Aber die Haushaltslage lässt es aus unserer Sicht nicht zu.

Ich muss auch ganz ehrlich sagen, ich hätte ein schlechtes Gewissen, wenn wir dem heute zustimmen würden, unter der Vorausschau, dass vielleicht der Haushalt nicht genehmigt wird und wir dann dieses und weitere Dinge wieder einsammeln müssen. Ich glaube, das wäre den Eltern und den Familien gegenüber auch nicht ehrlich, wenn wir das heute tun würden. Deswegen müssen wir die nächsten Anträge 152 bis 155 schweren Herzens heute ablehnen.

Stadträtin Melchien (SPD): In Bezug auf unsere insgesamt kürzere Redezeit und die große Fülle an Themen, die auch mein Kollege Bauer angesprochen hat im Bereich Jugendhilfe, möchte ich auf diese zwei Blöcke eingehen im Bereich der Kinderbetreuung, das Kernthema der SPD-Fraktion, das Ziel einer beitragsfreien Kita, frühkindliche Bildung beitragsfrei zu gestalten, natürlich im Verbund mit Bund und Land und Unterstützung.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2019/20 – darauf ist meine Kollegin Meier-Augenstein schon eingegangen - konnten wir einen enormen Schritt in Richtung dieser Beitragsfreiheit gehen mit dem Fonds in Höhe von jährlich 5 Mio. Euro. Das war ein ganz großer bedeutender Schritt in diese Richtung. Wir haben in diesem Beschluss, den wir interfraktionell gefasst haben, gleichzeitig den Inhalt beschlossen, künftige Gebührenerhöhungen verhindern zu wollen, indem wir weitere Ausgleichszahlungen an die freien Träger leisten. Seitdem haben Fachverwaltung, Politik und Träger gemeinschaftlich in vielen Stunden daran gearbeitet, ein entsprechendes Konzept auf den Weg zu bringen.

Analog zu diesen Diskussionen und zum Änderungsantrag im Jugendhilfeausschuss in der Sommersitzung fordern wir nun, den Erstkinderzuschuss entsprechend dieser Vorgehensweise um 3 % zu erhöhen. Damit wollen wir erreichen, dass wir nicht nur in städtischen Kitas die Beiträge nicht weiter erhöhen, sondern auch die Gebührenerhöhung der freien Träger verhindern. Aus unserer Sicht ist es enorm wichtig, dass künftig dieser Erstkinderzuschuss regelmäßig dynamisiert wird, damit wir nicht jedes Jahr neu über einzelne Prozente verhandeln müssen. Wir haben diesen gemeinschaftlichen Beschluss gefasst. Hier sollten wir auch dabei bleiben. Die Verwaltung hat diesen finanziellen Aufwand auf zwischen 500.000/600.000 Euro geschätzt.

Deswegen unser Antrag über 600.000 Euro. Wir denken nicht, dass die folgende Steigerung der Kindertagespflege in diesen 600.000 Euro dabei sein müsste. Aber das muss dann die Finanzbürgermeisterin beantworten, ob das ausreicht. Wenn nicht, natürlich auch gerne 20.000 Euro mehr.

Aus unserer Sicht ist es durchaus ein moderater Antrag. Trotz dieses Schrittes in Richtung Gebührenfreiheit zu gehen, fordern wir hier nicht die nächsten 5 Mio. Euro, sondern wir fordern einfach nur, dass es nicht schon wieder im nächsten Haushalt hoch gehen darf mit den Gebühren, sondern sie zumindest jetzt stabil bleiben müssen, nicht weiter ansteigen dürfen. Sonst wären diese Verlautbarungen, die wir gemeinschaftlich getroffen haben, auch wenig glaubwürdig aus unserer Sicht. Da sprechen wir auch von Ehrlichkeit, um dieses Wort zu bemühen, das meine Kollegin angesprochen hat.

Zu guter Letzt möchte ich betonen, diesen zweiten Block, der Beschluss unter Finanzierungsvorbehalt zur neuen Beitragssystematik, begrüßen wir natürlich sehr, eine Erweiterung der beitragsabhängigen Beitragsreduzierung zu beschließen. Die kostet uns viel Geld. Aber genau das hat unsere Fachverwaltung dargelegt, dass wir hiermit auch sehr viel für die Familien erreichen. Auf der einen Seite erreichen wir für die ärmeren sehr viel, auf der anderen Seite haben wir alle im Blick mit diesem Ziel frühkindlicher Bildung, die beitragsfrei werden soll als unser erklärtes Ziel.

Stadtrat Høyem (FDP): Frau Melchien und Frau Meier-Augenstein haben es schon gesagt. Wir haben einen sehr großen Schritt gemacht in der Jugendhilfe, wo wir im Dialog diese 5 Mio. Euro beschlossen haben. Aber nicht nur diese 5 Mio. Euro. Es ist auch eine unglaublich komplizierte Situation, weil wir so viele Träger hier in Karlsruhe haben. Es waren wirklich stundenlange Treffen mit fachlicher Expertise und mit einer substantiellen Diskussion. Ich denke, es ist nicht möglich, jetzt finanziell weiterzugehen. Aber wir können stolz sein, dass wir schon diesen großen Schritt gemacht haben. Wir sind auch bereit, wenn der Haushalt es erlaubt. Lasst uns in 2022/23 darüber sprechen, wie wir weitergehen können. Aber zurzeit müssen wir sagen, wir haben wirklich große Schritte in Einigkeit gemacht.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Gerade eben haben wir noch scharfe Kritik am Thema Klimaschutzkonzept geübt. Aber an der Stelle müssen wir voll des Lobes sein, was wir heute voraussichtlich entscheiden werden. Denn das ist ein sehr deutliches Signal, was sowohl die Fraktionen der SPD, der GRÜNE, der KAL/Die PARTEI, der LINKE., von denen ich es weiß, heute verabschieden werden. Sei es im Bereich Gebührenbefreiung im Kita-Bereich, sei es beim sozialen Quartiersmanagement, sei es beim ticketfreien ÖPNV für Kinder und Jugendliche mit Karlsruher Pass und viele andere wichtige Projekte, bei denen wir auch die sozialen Träger finanzieren. Das ist ein sehr gutes sozialpolitisches Signal, das wir heute geben. Und auch ein Bekenntnis, dass wir trotz der schwierigen Haushaltslage versuchen wollen, den sozialen Standard in dieser Stadt hochzuhalten, um weiterhin als Stadt Vorreiter im nationalen Vergleich zu sein.

Wir haben aber trotz dieser großen Erfolge natürlich auch Themen, die wir als LINKE. und KAL/Die PARTEI gemeinsam beantragt haben, wo wir heute leider feststellen müssen, dass wir keine Mehrheit finden. Das ist das Projekt, das schon genannt wurde, die kinderfreundliche Kommune, was sicherlich in den nächsten Haushaltsberatungen wiederkommen wird, weil wir einfach sehen, dass wir da mittelfristig und langfristig eine strategische Ausarbeitung und eine Weiterentwicklung unseres bestehenden Leistungsangebots ermöglichen könnten. Genauso

das Thema, wie eine Antidiskriminierungsstelle beim Stadtjugendausschuss finanziell ausgestattet wird und andere Projekte, wie die Bahnhofsmission und viele andere soziale Träger, wo wir uns in den nächsten Monaten sehr intensiv damit beschäftigen werden, was müssen wir wo in den Fokus legen, was ist wie gut auch im Vergleich zu anderen Städten, was ist hier angebracht angesichts der besonderen Entwicklung unter der Corona-Pandemie - der Kollege Bauer hat es angesprochen - wo wir vielleicht Problemfelder haben, die neu aufkommen, die stärker zunehmen, vielleicht andere Felder, die abnehmen. Aber insgesamt ist es eine sehr gute Entscheidung, die wir hier treffen und die wir auch in der großen Mehrheit, das ist auch immer wichtig, in einem Konsens versuchen zu treffen. Denn alle anderen Themen werden wir natürlich dann in den nächsten Jahren weiter bearbeiten und weiter schauen, wo noch Mittelerhöhungen oder auf der anderen Seite Anpassungen notwendig sind.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir waren als AfD-Fraktion auch auf dem Weg, die Kinderbetreuung völlig kostenfrei machen zu wollen für die Bürger. Aber in Anbetracht der Corona-Probleme, die wir haben, und der Haushaltsprobleme, die wir haben, und dass wir an vielen anderen Stellen auch nicht bereit sind, mehr Geld auszugeben und an vielen Stellen sparen wollen, sehen wir uns nicht imstande, dem zuzustimmen. Auch wenn wir es gerne gemacht hätten.

Ich möchte bei der Gelegenheit auf den Antrag 158 zu sprechen kommen. Da geht es darum, dass wir der Meinung waren, dass für die Geschwisterkindregelung zu viele Mittel eingeplant sind. Die Verwaltung hat uns erklärt, dass das nicht der Fall ist. Deswegen ziehen wir diesen Antrag zurück.

Stadträtin Lorenz FW|FÜR): Es ist schön, dass wir uns alle soweit einig sind, dass wir am liebsten die Kitaplätze beitragsfrei hätten, wenn wir es uns denn leisten könnten. Aber wir müssen eines klar sehen, wir haben in Karlsruhe viel gemacht. Wir machen viel für die Kinder und für die Jugendlichen. Aber die kostenfreien Kitaplätze sind eigentlich Aufgabe des Landes und nicht der Stadt Karlsruhe. Da möchte ich jetzt einmal einen Appell an meine Kollegen von den großen Parteien hier im Saal richten. Wenn Sie das wünschen, dann treten Sie doch einmal an Ihre Kollegen in der Landespolitik heran und sagen, die sollen uns finanziell unterstützen. Das wäre der erste richtige Weg.

Ich sehe die Problematik ganz woanders. Wir diskutieren hier über Zuschüsse. Keine Familie in Karlsruhe, die das nicht leisten kann, geht bei uns leer aus. Viel schlimmer ist doch, dass 1.000 Plätze in Karlsruhe fehlen, perspektivisch sogar 2.000 Kita-Plätze. Wenn man das einmal hochrechnet, das sind rund 40 Einrichtungen. Über dieses Thema müssen wir sprechen. Es gibt Eltern hier in Karlsruhe, denen rät man, gegen die Stadt zu klagen. Auf dem letzten Weg kommt man ihnen dann entgegen mit einer Tagesmutter. Das ist die Realität. Hinzu kommt, dass mittlerweile 20 % der Kita-Kinder einen erhöhten Förderbedarf haben. Es fehlt uns nicht nur allgemein am Personal, sondern es fehlt uns hier an Personal mit Zusatzausbildung. Daran werden wir in Zukunft arbeiten müssen, und nicht weiter sinnlos über die völlig kostenfreie Kita sprechen.

Der Vorsitzende: Ich möchte nur darauf hinweisen, dass von den 1.000 prognostizierten fehlenden Plätzen schon einige 100 von Ihnen in den letzten Jahren eingerichtet wurden. 600 höre ich gerade. Von daher ist die Zahl nicht mehr ganz so aktuell.

Wir kommen jetzt zur Abarbeitung der Anträge.

(Zurufe)

- Das kommt erst beim nächsten Antrag. Jetzt kommt die Vorlage der Verwaltung, noch einmal aufgenommen durch den Antrag der KAL/Die PARTEI und DIE LINKE., zur neue Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen. Da gibt es dann einen Widerspruch mit dem anschließenden Antrag. Aber zunächst steht dieser Antrag auf der Tagesordnung. Deswegen bringe ich den jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **Mehrheit**.

Antrag 153 (Seite 241): Zuschüsse für Kinderbetreuung, Erhöhung Erstkinderzuschuss (GRÜNE)

Antrag 154 (Seite 241): Keine Erhöhung der KiTa-Beiträge, Erhöhung Erstkinderzuschuss (SPD)

Antrag 155 (Seite 241): Weitere Schritte in Richtung beitragsfreie KiTa gehen, Erhöhung Erstkinderzuschuss (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Da gibt es etwas, was ich noch nicht verstanden habe, was wir vielleicht gleich klären können, Frau Langeneckert, wo sich der vorherige Beschluss und dieser Beschluss an irgendeiner Stelle im Weg stehen. Wenn Sie uns das kurz erläutern könnten.

Frau Langeneckert (SJB): Es ist so, dass in der Vorlage der Verwaltung die Beschlusspunkte 4 und 5 sich erübrigen würden, wenn jetzt die Erhöhung des Erstkinderzuschusses beschlossen wird. Dort wird sonst festgelegt, dass der Eckwert der Beiträge erhöht werden muss. Verständlich?

Der Vorsitzende: Für die Fachleute vielleicht ja. Für mich nicht.

Frau Langeneckert (SJB): Durch die Erhöhung des Erstkinderzuschusses steigen die Beiträge nicht. Wir sind in unserer Verwaltungsvorlage davon ausgegangen, dass die Beiträge steigen müssen, weil das nicht unser Vorschlag war, den Erstkinderzuschuss zu erhöhen.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt verstanden, dass die Verwaltungsvorlage von steigenden Beiträgen ausgeht und die mit irgendetwas reagiert und die Anträge jetzt den Erstkinderzuschuss erhöhen wollen, damit die Beiträge nicht steigen. Ich habe jetzt aber noch nicht verstanden, das sind unterschiedliche Einschätzungen über das, was passiert wird, aber an welcher Stelle kollidiert das dann in irgendeiner Auszahlung, was das dann an Konsequenzen mit sich bringt.

Frau Langeneckert (SJB): Aus meiner Sicht wird die Beschlussvorlage noch einmal zur Entscheidung gestellt.

Der Vorsitzende: Die ist schon beschlossen. Jetzt geht es darum, ob es Gründe gibt, warum ich jetzt den antragstellenden Fraktionen sagen muss, es widerspricht sich mit dem, was vorher schon beschlossen wurde.

Der Erstkinderzuschuss, so wird hier begehrt, wird noch einmal erhöht. Das würde bedeuten, dass damit auch die Eltern von Erstkindern noch einmal zusätzlich entlastet werden. So habe ich das jetzt verstanden. Die Begründung aus dem Raum war, dass man damit einer möglichen Erhöhung vorgreifen und die nivellieren will. Wenn es keine Erhöhung gibt, werden sie weiter

entlastet. Das wäre jetzt für mich die Konsequenz. Dann müssten die Antragsteller sagen, das wollen wir aber nicht. Aber so, wie die alle aussehen, sind sie ganz zufrieden damit.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Ich probiere mich jetzt einmal in einem GO-Antrag, falls das geht. Ich stelle zur Abstimmung, dass wir die Abstimmung wiederholen und dann bei der erneuten Abstimmung diese beiden Punkte 4 und 5 nicht mit abstimmen. Das macht überhaupt keinen Sinn. Das war es vorher auch nicht. Ich habe selber den Fehler gemacht, es wurde von allen gesagt, dass es inhaltlich deckungsgleich ist, obwohl es eigentlich keine inhaltlich deckungsgleichen Vorlagen waren. Der Antrag von KAL/Die PARTEI und DIE LINKE., ist nicht deckungsgleich mit der Verwaltungsvorlage. Das heißt, alle im Hause haben gerade eigentlich unter einer falschen Prämisse abgestimmt. Deswegen, falls das von der Geschäftsordnung geht, würde ich gerne beantragen, das erneut abzustimmen, ohne die Ziffern 4 und 5.

Der Vorsitzende: Ich verstehe es inhaltlich immer noch nicht. Aber Sie vielleicht auch oder nicht. Dann würde ich Ihnen vorschlagen, dass wir die Abstimmung über die Ziffern 152 bis 155 im Moment zurückstellen und das noch einmal klären. Man muss uns noch einmal erläutern, was das bedeutet, wenn beidem zugestimmt wird oder nur einem und in welcher Richtung. Das ist doch eine komplexe Geschichte. Wenn Sie damit einverstanden wären, wiederholen wir morgen noch einmal die Abstimmung von Ordnungsziffer 152 und 152 a und vertagen auch die Entscheidung über die Ordnungsziffern 153 bis 155. Dann haben wir das alles noch einmal en bloc und diskutieren das noch einmal aus, damit noch einmal klar ist, wo sich das vielleicht widersprechen könnte.

Antrag 156 (Seite 241): Umsetzung Gemeinderatsbeschluss: Inklusion in Kindertageseinrichtungen (inkl. 2 x 0,5 Vollzeitstellen) (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)
Tagesordnungspunkt 2: Inklusion in Kindertageseinrichtungen (Vorlage 2020/0325)

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich meine, wir hätten das heute schon beschlossen. Das ist identisch mit dem Beschluss, den wir am Ende der Tagesordnung im Gemeinderat beschließen sollen.

Der Vorsitzende: Wir haben TOP 2 aus der Gemeinderatsdebatte heute noch nicht aufgerufen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wenn wir es noch nicht aufgerufen haben, dann müssen wir es jetzt abstimmen. Dann ist es in Ordnung.

Der Vorsitzende: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 und Ordnungsziffer 156 auf. Dann können wir darüber jetzt abstimmen. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit**.

Antrag 157 (Seite 241): Schaffung von 50 neuen Schülerhortplätzen in unterversorgten oder nicht versorgten Stadtteilen (AfD)

Gibt es eine Wortmeldung? Gibt es nicht. Dann steht das jetzt zur Abstimmung. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 158 (Seite 241): Geschwisterkind-Reglung reduzieren (AfD)

Der Antrag ist **zurückgezogen** bzw. als erledigt erklärt worden. Jedenfalls müssen wir nicht mehr darüber abstimmen.

Dann darf ich darauf hinweisen, dass über die 2. Veränderungsliste ein neues Kita-Projekt in die Bedarfsplanung aufgenommen wurde mit Mietkostenzuschuss und Investitionszuschuss. Ebenso die Kompensationsmittel des Bundes nach Änderung § 90 SGB VIII, dann die taggenaue Erstattung bei corona-bedingten Einrichtungsschließungen, der Mehraufwand Kitas freier Träger. Und ebenfalls über die 2. Veränderungsliste die Erstattung bei corona-bedingten Einrichtungsschließungen, Minderertrag städtische Kitas.

Tagesordnungspunkt 5: Haushalt 2021: Etatisierung und Aufstockung der vom Migrationsbeirat empfohlenen Projekte und Maßnahmen (Vorlage 2020/1318)

Antrag 160 (Seite 246): Integrationsfonds des Migrationsbeirats aufstocken (DIE LINKE.)

Das ist die Empfehlungsliste, die der Migrationsbeirat am 28. Mai vorberaten hat. Diese Liste ist in die Bereiche A, B und C unterteilt, wobei C nur nachrichtlich ist, weil die Stadt verpflichtet ist, den Betrag von 12.200 Euro an das IBZ aufzustocken. Diese Position ist bereits im Haushaltsplamentwurf berücksichtigt. Also C ist erledigt.

Abweichend zur Vorlage im Mai 2020 wurde zwischenzeitlich eine Erhöhung bei A 3, dem Integrationsmanagement um 3.900 Euro vorgenommen, so dass sich die Gesamtsumme von 487.025 Euro auf 490.925 Euro erhöht hat. Es ist jetzt die Frage, ob wir blockweise Liste A mit den Projekten, die bisher aus dem Integrations- und Flüchtlingsfonds und nun direkt aus dem Haushalt bezuschusst werden und Liste B mit bereits im Haushaltsplan hinterlegten Maßnahmen, die aufgestockt werden sollen, oder die komplette Empfehlungsliste als Ganzes abstimmen.

Ich darf Sie noch über aktuelle Entwicklungen informieren. Betroffen sind das Projekt SCHEFF, das ist in der Liste A die Ziffer 5 und Perspektive Now Plus!, das ist in der Liste B die Ziffer 10. Beide Projekte sind aktuell 2020 zu 50 % über ESF-Mittel gefördert. Für 2021 wurde eine Weiterförderung durch ESF beantragt und im November auch bewilligt. Damit reduzieren sich die benötigten städtischen Mittel für diese Projekte für 2021. Wir sind bei der Erstellung der Liste seinerzeit davon ausgegangen, dass wir die vollen Mittel brauchen, weil die ESF-Förderung möglicherweise geendet hätte. Das heißt bei SCHEFF, dass der benötigte städtische Zuschuss für 2021 44.000 Euro beträgt, das sind 50 % der Projektkosten, und die beantragten 78.900 Euro auf der Liste reduzieren sich auf diesen Betrag. Perspektive Now Plus!, der benötigte städtische Zuschuss beträgt 36.000 Euro. Das sind auch hier 50 % der Projektkosten. Die beantragte Aufstockung auf der Liste kann entfallen. Der Ansatz 2020 kann auch nach 2021 übernommen werden.

Die Frage war ursprünglich – die Liste C hat sich erledigt -, ob wir A und B getrennt oder zusammen und en bloc aufrufen können.

Stadträtin Großmann (GRÜNE): Wir GRÜNE würden sehr gerne die Listen insgesamt zusammen abstimmen, weil wir allen Anträgen, die aufgelistet sind, zustimmen. Die Maßnahmen sind für uns alle berechtigt und begrüßenswert. Wir sind uns einig, die Maßnahmen haben sich bewährt und sind ein wichtiger Bestandteil der Integrationsarbeit hier in Karlsruhe. Jahrelange erfolgreiche Arbeit bei der Unterstützung des Spracherwerbs, Erlernen der deutschen Sprache oder auch konkrete Hilfen für junge Geflüchtete für die Berufsschulausbildung, schulische Förderung

und Nachhilfeprogramme müssen Bestandteil der Integrationsarbeit bleiben. Sie sind ein Beispiel dafür, wie Integration zum Beispiel mit Sprachtandems gut funktionieren. Wir glauben, dass mit den Maßnahmen auf den Listen für Geflüchtete und Migranten jeden Alters hier in Karlsruhe etwas Sinnvolles getan wird. Neben dem Thema Sprache gibt es wichtige soziale Projekte, wie zum Beispiel Dolmetscherangebote, Sport-, Kultur- und Theaterprojekte. Das soziale Miteinander wird gefördert, ebenso die Kreativität. Dadurch eröffnen sich für alle Beteiligte neue Horizonte. Außerdem engagieren sich in diesen Projekten zahlreiche Karlsruher Bürger.

Was die Erhöhung des Integrationsfonds betrifft, sehen wir ebenfalls besonderen Handlungsbedarf. Es muss möglich sein, dass Maßnahmen ad hoc und unbürokratisch verlängert oder erweitert oder neue aufgelegt werden können, was im Laufe der Jahre mehrfach erforderlich aber nicht immer möglich war. Hier ist Flexibilität gefragt.

Stadtrat Zeh (SPD): Es ist sehr viel, was im Bereich Integration und Flüchtlingshilfe schon getan wird. Alle Projekte, die unter A stehen, werden bei uns akzeptiert. Wir wollen sie dauerhaft im Haushalt verankern. Das heißt, wir stimmen der Liste A des Migrationsbeirats komplett zu, mit den Ergänzungen, die Sie gemacht haben. Es ist soziale Beratung notwendig. SCHEFF macht hervorragende Arbeit mit der Ergänzung Deutsch- und Matheförderunterricht. Es gibt eine sehr hohe Abschlusszahl.

Aber wenn wir allen Projekten der Liste A zugestimmt haben, ist der Integrationsfonds in Höhe von 160.000 Euro fast leer. Er hat fast keine Projekte. Das heißt, der Migrationsbeirat kann viele neue Projekte verwirklichen, so dass aus der Liste B, die wir bitten einzeln abzustimmen, die Erhöhung des Migrationsfonds keinen Sinn macht. Denn dann wäre der Integrationsfonds 300.000 Euro groß und wäre vollständig leer. Nach Meinung der SPD würden die 160.000 Euro, die immer noch im Integrationsfonds sind, ausreichen. Auch 8 und 11 werden wir nicht zustimmen. Wir stimmen aber sehr wohl dem Dolmetscherpool und der Perspektive Now Plus! zu. Beides sind für uns bewährte Projekte. Auch das Projekt 12 werden wir, wie vorhin auch, nicht weiter unterstützen. Zur Erhöhung, es sind trotzdem die Haushaltsmittel vorhanden, so dass sehr viel gemacht werden kann. Es wird ein Teil erhöht. 500.000 Euro Erhöhung in dem Bereich wäre schon ein sehr großer Schritt.

Der Punkt C, das haben Sie schon gesagt, ist schon gemacht. Dem stimmen wir auch zu. Also, A können wir komplett zustimmen. B Einzelabstimmung und C haben Sie als erledigt erklärt.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Wir handhaben es auch im Bereich Migration so, dass wir Bewährtes und bestehende gute Projekte erhalten wollen. Wir sehen, dass der Integrationsfonds in vielen Jahren nicht immer komplett ausgeschöpft wurde, oder dass wir durch den Flüchtlingsfonds schon die Möglichkeit hatten – Herr Bürgermeister Lenz hat es in der Vergangenheit bewährt gemacht –, dass wir umschichten konnten. Wir sehen die Gefahr, wenn wir jetzt den Vorschlägen des Migrationsbeirats zustimmen würden, dass dann im Prinzip neue Projekte überhaupt keine Chance mehr hätten, aufgenommen zu werden. Das wollen wir nicht. Wir wollen allen, die sich in dem Bereich engagieren, die Möglichkeit geben sich einzubringen. Erhöhungen der bestehenden Mittel lehnen wir aus den genannten Gründen und der Finanzlage jetzt ab. Wie gesagt, wir bleiben bei dem, was besteht.

Stadtrat Jooß (FDP): Auch wir sind für die Erhaltung des Status Quo und enthalten uns.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir stimmen allen Projekten zu, die uns zur Empfehlung vorgelegt werden. Wir haben separat dazu unter Antrag 160 eine weitere Aufstockung des dementsprechenden Integrationsfonds beantragt. Wir sehen, dass wir eine Vielzahl an Projekten haben, die auf die Stadt zukommen werden. Wir verstehen auch, dass es natürlich haushalterisch eine schwierige Situation für die Stadt ist, haben es aber dennoch beantragt, weil wir gerade in den nächsten zwei, drei Jahren enorme Anstrengungen haben werden, um das Thema Integration voranzutreiben und das, was in den letzten Jahren an zusätzlichen Aufgaben auf die Stadt zugekommen ist, in dem Bereich weiter zu machen. Dementsprechend sind die Projekte so zu ermöglichen, dass wir ein Maximum an Integrationsangeboten in der Stadt, auch hochwertige Integrationsangebote sicherstellen können.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Auch meine Fraktion wird den Vorgaben des Migrationsbeirats vollumfänglich zustimmen. Es wurde ausführlich diskutiert und dort auch mehrheitlich beschlossen. Die Vertreter im Migrationsbeirat waren bei diesen Abstimmungen und Besprechungen dabei. Von daher verstehe ich nicht, wenn gesagt wird, teilweise stimmen wir Sachen zu und anderen nicht. Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Ich möchte auch sagen, dass es ein nicht gutes Signal ist in Richtung der sachkundigen Einwohner ist, die sich sehr engagiert Monat für Monat treffen und eine gute Sacharbeit machen. Ich verstehe nicht, dass man im Migrationsbeirat selbst nicht den Mut hat zu sagen, das und das tragen wir nicht mit, und dann jetzt bei der Abstimmung praktisch aus der Melange heraus sagt, dem stimmen wir nicht zu und dem stimmen wir auch nicht zu. Die Entscheidungen des AK Migrationsbeirat haben natürlich keine rechtliche Verpflichtung, das wissen die auch, aber die erwarten schon, wenn Vertreter der Fraktionen Probleme haben mit dem, was dort diskutiert und beschlossen wird als Empfehlung hier an uns, dass das dann dort genannt wird und nicht hier auf kaltem Wege abgewürgt wird.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann steigen wir in die Abstimmung ein. Ich hatte Sie, Herr Stadtrat Zeh so verstanden, dass wir die Liste A komplett so zur Abstimmung stellen können. Dann entscheiden wir jetzt erst einmal über die Liste A. – Das ist eine deutliche **Mehrheit**.

Bei der Liste A: Die Ansätze für SCHEFF haben wir für 2021 reduziert durch die hälftige Mitfinanzierung durch die ESF-Mittel.

Dann kommen wir zur Liste B. Das sind die Maßnahmen Nr. 7 bis 12. Herr Zeh, da müssten Sie mir einmal helfen, welche wir jetzt gemeinsam en bloc abstimmen können.

Stadtrat Zeh (SPD): Wir sind für die Erhöhung des Punkt 9 und Punkt 10. Die anderen lehnen wir ab.

Der Vorsitzende: Dann rufe ich jetzt die Maßnahmen 7, 8, 11 und 12 der Liste B auf. Die kann ich zusammen aufrufen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich würde der Offenheit halber sagen, dass Sie, Herr Zeh, nicht irgendwelche Zahlen benennen, sondern dass Sie ganz klar benennen, welche Maßnahmen Sie nicht wollen. Sie wollen jetzt Zahlen benennen. Dann bitte ich Sie, Herr Oberbürgermeister, das muss der Herr Zeh nicht machen, dass Sie, wenn er Ihnen die Zahlen sagt, sagen, um welche Maßnahme es sich handelt. Die Leute müssen wissen, warum sie etwas nicht bekommen. Benennen Sie die Träger.

(Der Vorsitzende: Sie haben doch die Liste vorliegen!)

Ja, aber draußen versteht es niemand. Zum Beispiel Nr. 8. Was ist Nr. 8? Das ist wichtige Arbeit, die gerade die Landsmannschaft der Deutschen in Russland macht. Dann muss auch klar sein, wer ist dafür und wer nicht.

(Der Vorsitzende: Herr Cramer, ich habe Sie verstanden!)

Lassen Sie mich trotzdem noch zu Ende reden.

Der Vorsitzende: Sie wünschen, dass ich das einzeln aufzähle. Das kann ich gerne tun.

Stadträtin Melchien (SPD): Ich möchte mich etwas gegen den Duktus, den das Ganze hier annimmt, verwehren. Wir tragen eine Gesamtverantwortung für den Haushalt. Natürlich sind es fantastische Projekte. Wir wissen auch die einzelnen Träger zu schätzen. Wir können auch jeden einzelnen benennen. Wir gehen zu diesen Trägern. Wir haben ein sehr gutes Verhältnis, schauen uns die Projekte an, sind auch überzeugt von den Projekten. Wir stellen hier keinerlei Streichungsanträge. Wir haben uns einfach nur schwer getan bei Erhöhung, zum Teil sehr großen Erhöhungen, wie beispielsweise der Erhöhung des Integrations- und Flüchtlingsfonds, fast eine Verdoppelung, wo wir gleichzeitig in Liste A, um das noch einmal zu benennen, diese kompletten Projekte, die bisher daraus finanziert werden, herausnehmen, in den Haushalt nehmen, die bisherigen Mittel komplett freistellen für neue Projekte und jetzt nicht einfach einer Verdoppelung zustimmen, um das Kind beim Namen zu nennen. Nur als Beispiel.

Wir wurden gebeten zu sagen, wo kann man etwas zusammenfassen, um die Abstimmung zu erleichtern. Wir brauchen das nicht zu machen, wir können das einzeln abstimmen. Wir haben uns bei jedem Projekt schwergetan, wie sich viele sehr schwertun, die Verantwortung für die finanziellen Spielräume der nächsten Jahre stellen. Ich belasse es dabei. Wir stimmen ab, wie mein Kollege Zeh es ausgeführt hat.

Der Vorsitzende: Ich nehme noch einmal das Angebot an, dass wir über alles abstimmen, was auch von der SPD mitgetragen wird. Dann brauchen wir nicht viermal einzeln abstimmen.

Es handelt sich nur um Aufstockungsbeträge. Sie hätten doch erst alle etwas dazu sagen können. Was ist denn jetzt das Problem?

Stadtrat Schnell (AfD): Das ist nur das Thema mit dem einzeln abstimmen. Das war mit jetzt nicht ganz klar, was da jetzt wie einzeln abgestimmt wird. Wir hätten gerne den Punkt 8 einzeln abgestimmt.

Der Vorsitzende: Dann mache ich jetzt alles einzeln, wenn das jetzt so weit noch zerfieselt.

Ich sage es noch einmal, es geht um die Liste B. In der Liste B geht es nicht um Plus oder Minus für einzelne Maßnahmen, sondern lediglich um die Aufstockung. Bei der Liste B, Herr Stadtrat Cramer, die Nr. 7 begehrt den Aufstockungsbeitrag von 160.000 Euro beim Integrations- und Flüchtlingsfonds um 140.000 Euro. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir hatten als LINKE. mit Antrag 160 einen weitergehenden Antrag zu Punkt 7 gestellt, den wir zuerst abstimmen sollten. Wir haben eine höhere zusätzliche Aufstockung gefordert. Das müssen wir zuerst abstimmen. Denn sonst haben wir wieder widersprechende Abstimmungen.

Der Vorsitzende: Da hätte man mich auch schon vorher darauf aufmerksam machen können. Mit der Ordnungsziffer 160 begehrt DIE LINKE. eine Aufstockung des Integrationsfonds um 240.000 Euro. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Das ist **abgelehnt**.

Jetzt kommen wir wieder zurück zur Verwaltungsvorlage, zur Liste B, die Nr. 7. Auch da geht es um den Integrations- und Flüchtlingsfonds. Da ist der Vorschlag, es um 140.000 Euro aufzustocken. Auch darüber stimmen wir jetzt ab. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Dann kommt in der Liste B die Ziffer 8 Alle unter einem Dach. Träger ist die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. Der Ansatz für 2020 beträgt 59.020 Euro. Es gibt den Wunsch der Aufstockung um 19.980 Euro. Über diese Aufstockung stimmen wir jetzt ab. – Damit ist es **abgelehnt**.

Wir kommen zu den Ziffern 9 und 10. Die können wir vielleicht zusammen abstimmen, wenn Sie einverstanden sind. Das ist einmal der Dolmetscherpool des Internationalen Bundes. Hier geht es um einen Aufstockungsbetrag von 23.680 Euro. Und die Perspektive Now Plus! Da muss ich jetzt die neuen Ansätze übertragen. Das kann ich Ihnen nicht genau sagen, weil wir da eine ESF-Förderung bekommen. 9 und 10 bringe ich jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Jetzt kommt der Betriebszuschuss an den IBZ, das ist die Nr. 11 auf der Liste B. Da geht es um einen Aufstockungsbetrag von etwa 5.000 Euro zu den schon bestehenden 55.000 Euro. Da bitte ich um Ihr Votum. – Auch das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt kommt die Maßnahme Nr. 12. Da geht es beim Tiyatro Diyalog, Theaterprojekte an Schulen, um einen Aufstockungsbetrag von 9.520 Euro zu den schon bestehenden 17.480 Euro. Da bitte ich auch um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Die Liste C hat sich erübrigt. Das hatten wir schon gemeinsam festgestellt.

Damit sind wir mit dieser Verwaltungsvorlage durch.

Antrag 159 (Seite 246): Flüchtlingshilfe Karlsruhe e. V. (GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE., FW|FÜR)

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Gerne unterstützen wir den Antrag, der zu unseren Vorstellungen einer guten kommunalen Integrationspolitik passt. Gerne möchte ich die Vorstellungen kurz skizzieren, sofern sie haushaltsrelevant sind.

Erlauben Sie mir ein paar Ausführungen zur Integrationspolitik. Wir GRÜNE stehen für eine weltoffene und solidarische Gesellschaft, in der sich Menschen unabhängig von ihrem Herkunftsland willkommen fühlen. Damit Zuwanderungen gelingen und Vielfalt als Chance erlebt werden kann, muss jedoch kommunale Integrationspolitik den entscheidenden Rahmen

vorgeben. Sie muss funktionsfähige Strukturen schaffen, die allen Karlsruher*innen eine gleichberechtigte soziale Teilhabe ermöglicht. Als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe muss sie alle relevanten Handlungsfelder von Integration im Blick behalten und diese strategisch effizient gestalten. Von der Sprachförderung über aufenthaltsrechtliche Fragen bis zur Eingliederung in Ausbildung und Arbeit. Dazu gehört insbesondere, dass die berufliche und soziale Teilhabe von Zugewanderten, insbesondere auch von Geflüchteten, möglichst früh gefördert wird. Als eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Aufbau einer Lebensperspektive brauchen wir verlässliche Bleibeperspektiven für gut integrierte Geflüchtete. Sie bringen oft Fähigkeiten mit, auf die Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft weder verzichten können noch wollen.

Wir freuen uns sehr, dass die Verwaltung mit der Etablierung des Projektes Perspektive Ausbildung ein klares Zeichen gesetzt hat. Wir brauchen aber auch Orte der Begegnung, des Miteinanders von Karlsruher*innen mit und ohne Migrationsgeschichte, statt eines exklusiven Nebeneinanders. Der so ermöglichte Perspektivenwechsel und die Horizonterweiterung ist für alle Beteiligten bereichernd und stärkt den sozialen Zusammenhalt. Dies ist ein notwendiger Baustein im Kampf gegen Vorurteile, Diskriminierung und Rassismus. Es reicht allein aber nicht aus. Neben der klaren Positionierung der Stadt für ein weltoffenes Karlsruhe braucht es dringend gut durchdachte Maßnahmen gegen Rassismus, die gesamtgesellschaftlich greifen und institutionell verankert sind. Schlüssige Konzepte, die an die bereits vorhandenen Ressourcen anknüpfen und die in 2021 in Kooperation mit den relevanten Akteur*innen zu entwickeln sind. Als Mitglied im Bündnis der Städte der sicheren Häfen gilt es weiterhin, als Kommune den Druck auf den Bund zu erhöhen, um zusätzliche Geflüchtete aufnehmen zu können und die bereits vorhandenen Unterbringungskapazitäten bei Bedarf hochzufahren.

Bezogen auf den aktuellen städtischen Haushalt sind uns GRÜNE vor allem zwei Aspekte besonders wichtig. Integration ist kein Selbstläufer. Es gibt sie nicht zum Nulltarif. Gute kommunale Integrationspolitik kostet Geld. Für zielführende Integrationsmaßnahmen müssen Mittel eingestellt werden. Bisher hat die Stadt nur 0,4 % des städtischen Haushalts für Integrationsmaßnahmen im engeren Sinne ausgegeben. Für uns ist deshalb die Unterstützung der Empfehlungsliste des Migrationsbeirats mit einer halben Million Euro keine Frage.

Der zweite wichtige Aspekt kommunaler Integrationspolitik muss durch Kontinuität und Nachhaltigkeit geprägt sein und nicht durch Sprunghaftigkeit. Es ist notwendig, bestehende und erfolgreiche Strukturen zu erhalten und im Haushalt zu verankern. Bewährt haben sich hier insbesondere Sprachförderungsangebote, Mentorinnenprojekte und Willkommensinitiativen. Hierzu zählt auch das seit 2014 bestehende außerordentliche Engagement der Flüchtlingshilfe Karlsruhe mit ihren vielfältigen Unterstützungsangeboten. Aufbauend auf einem stabilen Netzwerk und mit zahlreichen Ehrenamtlichen hilft sie Geflüchteten niederschwellig vom ersten Tag an beim Ankommen. Ihr Beitrag zum friedlichen Miteinander ist nicht zu unterschätzen. Gerne unterstützen wir den Antrag.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Die wichtige Arbeit der Flüchtlingshilfe und aller Ehrenamtlichen, die sich in diesem Bereich engagieren, schätzen wir sehr. Sie verdient höchste Wertschätzung. Wir haben den Fonds im Haushalt 2015/16 aus einer Notsituation der Flüchtlingswelle heraus geschaffen, in dem Bewusstsein, dass wir damit aber Aufgaben, die eigentlich dem Land und dem Bund zustehen würden, nämlich hier zu finanzieren und den Kommunen unter die Arme zu greifen, uns selbst aufbürden. Es war aber auch immer ein Fonds, der aus der Not heraus

geschaffen wurde. In den vergangenen Jahren hat sich die Situation entspannt. Oft waren Mittel aus dem Fonds am Ende des Jahres noch vorhanden, die wir dann, Herr Bürgermeister Lenz, in die Migrationsarbeit umgeschichtet haben, in Absprache mit dem Migrationsbeirat. Wir sehen daher aktuell zum einen aufgrund der prekären Haushaltslage, aber auch aufgrund der tatsächlichen Situation, dass im Moment kein hoher Anstieg zu verzeichnen ist, nicht die Notwendigkeit, diesen Fonds weiter aufzustocken.

Gleichzeitig sage ich aber schon vorweg auf nachfolgende Anträge der AfD, dass wir natürlich Kürzungen im wichtigen Bereich Migration und Integration ablehnen. Wir wollen die Maßnahmen, die bestehen und einer Integration weiterhelfen, selbstverständlich erhalten.

Stadtrat Zeh (SPD): Liebe Kollegin Frau Dogan, hier geht es nicht um den Flüchtlingsfonds, sondern um die Flüchtlingshilfe e. V., die verschiedene Angebote sehr niederschwellig auf dem Gelände des Schlachthofs anbietet. Spracherwerb, Beratung, verschiedene andere Hilfen und natürlich auch einfach die Kontaktpflege. Die Zahl der Flüchtlinge und Migranten in Karlsruhe und natürlich auch im Landkreis hat nicht abgenommen. Die LEA ist nach wie vor ein wichtiger Ansprechpartner. Deshalb ist die Lage der Flüchtlingshilfe e. V. in der Nähe des Schlachthofs sehr geeignet. Viele hunderte Geflüchtete kommen regelmäßig dort vorbei. Bis jetzt hatten sie sehr viel Spenden aus der Bevölkerung. Die fließen aber sehr unterschiedlich. Es gab auch letztes Jahr schon einen Zuschuss von 25.000 Euro. In Anbetracht der Situation wird jetzt von uns befürwortet, 50.000 Euro für 2021 in den Haushalt einzustellen.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortbeiträge. Herr Stadtrat Cramer hat sich als befangen erklärt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich möchte an die Ausführung von Frau Dr. Dogan anschließen. Aufgrund der Tatsache, dass wir Spitzenreiter bei der Redezeit sind, möchte ich kurz erklären, dass ich unsere Position an dieser Stelle, genauso wie unsere folgenden Anträge, bereits in meiner Haushaltsrede begründet habe. Wir haben unter anderem Probleme damit, dass hier Leistungen nur für Menschen einer bestimmten Herkunft angeboten werden. Deswegen werden wir bei diesem Antrag dagegen stimmen. Außerdem ist es so, dass der Bedarf nicht mehr so gegeben ist. Deswegen gibt es keinen Grund für die Aufstockung.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Wir von Freie Wähler|FÜR Karlsruhe hatten entschieden, dass wir nur bei den Ärmsten der Armen, bei denen es wirklich nötig ist, Gelder freigeben. Da gehören diese Menschen für uns dazu. Oder beispielsweise bei Behinderten usw. kommen ein paar Anträge, die wir befürworten. Ansonsten gilt unsere strikte Linie, nein zu sagen. Aber das finden wir ausgesprochen wichtig. Es ist eine Bevölkerungsgruppe, die integriert werden muss. Deswegen müssen wir da auch einiges tun.

Der Vorsitzende: Damit kommen wir zu den nächsten Abstimmungen. Ich rufe Antrag 159 auf, Flüchtlingshilfe Karlsruhe e. V., ein breiter interfraktioneller Antrag. Ich werde jetzt nicht alle wiedergeben. Ich bitte hier um Ihr Votum. – Das ist eine breite **Zustimmung**.

Antrag 161 (Seite 246): Theaterprojekte an Schulen (AfD)

Da können wir gleich in die Abstimmung gehen. – **Mehrheitlich abgelehnt**

Antrag 162 (Seite 246): Maßnahmen Ausländerbetreuung für eigene Projekte und Veranstaltungen des Büros für Integration, darin unter anderem enthalten Migrationsbeirat, Einbürgerungsfeier und Integrationskurse (AfD)

Auch da bitte ich um Ihr Votum. – Das ist auch eine **ablehnende Mehrheit**.

Antrag 163 (Seite 246): Bildungsbeirat für Migranten (AfD)

Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 164 (Seite 246): Sonstige Projekte und Veranstaltungen (AfD)

Auch hier bitte ich um das Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 165 (Seite 250): Dynamisierung der Personal- und Sachkosten aller für die Stadt tätigen Träger (GRÜNE)

Antrag 166 (Seite 250): Dynamisierung der Personal- und Sachkosten aller für die Stadt tätigen Träger (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Ich darf hier noch ergänzen, dass wir den Mehraufwand der Dynamisierung Miete und Personalkosten in der 1. Veränderungsliste in den Haushalt eingestellt haben mit jeweils zusätzlichen 125.000 Euro.

Jetzt kann ich aber nicht ganz ermessen, ob es damit erledigt ist. – Von beiden Seiten **erledigt**.

Antrag 167 (Seite 250): Haushaltstopf für Karlsruher Tafeln (SPD)

Stadträtin Moser (SPD): Die Zeit ist sehr fortgeschritten. Es fällt natürlich schwer, jetzt noch zu begeistern für die letzten Anträge, die noch anstehen. Ich werde es trotzdem probieren.

Die Tafeln sind in Deutschland nicht mehr wegzudenken. Genauso ist es auch in unserer Stadt. Die ehrenamtlichen Helferinnen leisten einen wertvollen Beitrag in unserer Gesellschaft, um Bedürftige mit dem Notwendigen zu unterstützen. Dazu gehören das Sammeln und Verteilen von Lebensmitteln und Sachspenden, was einen gehörigen Zeitaufwand erfordert, denn die Tafeln finanzieren sich durch Spenden. Die Tafeln leisten einen wertvollen Beitrag zur Armut und Altersarmut. Die betroffenen Menschen, deren Anzahl leider immer mehr ansteigt, sind dankbar für die drei Tafeln in Karlsruhe. Gerade während des Lockdowns haben sie verlässlich ihren Betrieb aufrechterhalten und zwar unter erschwerten Bedingungen. Wir beantragen deshalb, 15.000 Euro in den Haushalt 2021 einzustellen, nur in das nächste Haushaltsjahr, damit die Tafeln Zuschüsse wie etwa für Miete und Nebenkosten beantragen können. Ich bitte Sie um wohlwollende Zustimmung.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Frau Moser, Sie haben mich nicht überzeugt. Der Antrag der SPD ist folgendermaßen zu verstehen: Schaffe ich einen Fördertopf, und er wird in Anspruch genommen. Uns sind keine finanziellen Probleme der Karlsruher Tafeln bekannt. Wir sind uns sicher, sollten irgendwann einmal irgendwelche Probleme auftreten, werden Politik und Verwaltung kurzfristig im Stande sein, für Lösungen zu sorgen.

Der Antrag ist heute für uns unbegründet. Wir stimmen heute nicht zu.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Wir sehen im Moment auch keinen akuten Handlungsbedarf bei den Tafeln, so wie in anderen Bereichen auch. Ich möchte deshalb auch zu den weiteren Punkten unsere allgemeine Haltung kurz darlegen.

Wir wissen alle, dass wir in dieser Pandemie-Situation und auch in dieser speziellen Haushaltssituation, die nicht gerade rosig ist, nur einen Einjahreshaushalt verabschieden, weil man nicht weiß, wie es jetzt weitergeht. Vielen Anträgen im Sozialbereich können wir nicht zustimmen, obwohl wir die Arbeit, das Engagement der Haupt- und Ehrenamtlichen, die dahinterstehen, sehr zu schätzen wissen und auch die Arbeit als gut einstufen können. In der Sozialkonferenz wurden ausführlich die verschiedenen Projekte dargestellt. Aus dem Sozialdezernat von Bürgermeister Lenz wurde uns berichtet, dass wir in Karlsruhe ein hohes Niveau einer sozialen Stadt haben, und dass jetzt, wenn nicht alles zu ermöglichen oder zu erweitern ist, in Karlsruhe keine soziale Kälte ausbricht. Deswegen müssen wir dieses Mal, um den Haushalt auch insgesamt zu retten, bei vielen Punkten nein sagen und im nächsten Haushalt weiterschauen, wie wir die Priorisierungen machen. Auch entgegen der Haltung von Herrn Bürgermeister Lenz, der sagte, man bräuchte eigentlich gar nicht groß erhöhen, denken wir schon, dass es gewisse Projekte gibt, die corona-bedingt oder weil wir glauben, dass der Bestand absolut gesichert werden muss, von uns unterstützt werden. Da gehört zum Beispiel die Ehe-, Familien- und Partnerschaftsberatungsstelle dazu, die Bahnmissionsmission. Ganz wichtig ist auch für mich persönlich, dass die Kurzzeitpflege der Caritas nächstes Jahr auf jeden Fall noch weitergeht, und dass wir dann hoffentlich bald ein gutes Konzept bekommen für die Kurzzeitpflege in dieser Stadt. Die psychosoziale Beratungsstelle für die Krebskranken müssen wir auch weiter fördern, bis endlich eine Lösung auch mit den Kostenträgern vereinbart wird. Substitutionsbehandlung werden wir auch unterstützen. Das alles sind Punkte, die wir im Haushalt 2021 unterstützen. Wir müssen dann im neuen Haushalt 2022/23 neue Prioritäten, neue Schwerpunkte setzen. Das gibt sicherlich eine harte Arbeit für uns alle. Wir glauben, dass wir damit der Situation gerecht werden und werden im Weiteren dann auch keine großen Redebeiträge oder gar keine Redebeiträge zu den Punkten machen.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Grundsätzlich wollen wir als LINKE. in einem Land leben, in dem die Tafeln nicht mehr notwendig sind, weil wir auf Bundesebene eine Grundsicherung haben, dass jeder Menschen nicht darauf angewiesen ist, Sach- und Lebensmittelspenden anzunehmen, sondern sein Existenzminimum und seine soziale und kulturelle Teilhabe aus seinem eigenen Geldbeutel oder staatlichen Leistungen finanzieren kann. Dennoch unterstützen wir natürlich sehr die Arbeit der Tafeln und wertschätzen sie für ihr großes Engagement. Es ist nicht einfach, das über einen so langen Zeitraum zu machen.

Wir haben eine große Sympathie für den Antrag der SPD und waren bis jetzt der Ansicht, dass das tatsächlich auf Bedarf der Tafeln beantragt wurde, weil wir uns nicht vorstellen konnten, dass die SPD-Fraktion blind 15.000 Euro beantragt, sondern sicherlich ein Bedarf der drei Tafeln gemeldet wurde und wir das vielleicht als Fraktion nicht mitbekommen haben, dass wir deshalb den Antrag der SPD unterstützen. Ich bin jetzt etwas überrascht, dass die SPD bei ihrer Erläuterung des Antrags gar nicht darauf eingegangen ist, ob so etwas überhaupt existiert, ob die Tafeln diesen Bedarf gemeldet haben, ob es überhaupt Problemstellungen dazu gibt. Vielleicht kann die SPD noch etwas Licht ins Dunkel bringen. Sonst ist es sehr schwierig für uns, so etwas abzuschätzen.

Stadträtin Moser (SPD): Ich versuche es einmal. Vielleicht bin ich dann überzeugender, Herr Borner. Vielleicht sollten Sie einmal zur Tafel in Durlach gehen und mit den Mitarbeiterinnen dort sprechen. Die sagen etwas ganz anderes. Damit wir eine Gerechtigkeit haben, haben wir für alle drei Tafeln jeweils 5.000 Euro beantragt, nicht nur für eine Tafel. Die 15.000 Euro müssen nicht ausgeschöpft werden. Es kann durchaus sein, dass der Bedarf bei einer Tafel nicht da ist. Aber die Möglichkeit, dass alle drei Tafeln einen Antrag stellen können, sehen wir als notwendig an. Deswegen jeweils 5.000 Euro. In Durlach ist es auf jeden Fall notwendig. Das weiß ich persönlich aus Gesprächen.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Herr Stadtrat Bimmerle, ich möchte kurz aufklären über die Historie dieses Antrags. Vor zwei Jahren hat die SPD-Fraktion einen Antrag gestellt zur Finanzierung der Tafel Durlach. Denen wurde damals gekündigt. Die mussten in neue Räumlichkeiten umziehen. Da gab es eine finanzielle Schwierigkeit. Die Karlsruher Tafeln haben zurzeit keinerlei finanziellen Probleme.

Der Vorsitzende: Wir stimmen jetzt unter Ziffer 167 über den SPD-Antrag Haushaltstopf für Karlsruher Tafeln. – Das ist eine **Mehrheit**, die sich **dagegen** ausspricht.

Antrag 168 (Seite 250): Förderung Modellprojekt „Innovative Pflege“, Aufhebung Sperrvermerk (GRÜNE, SPD)

Das ist in der Veränderungsliste von uns so vorgesehen, so dass er sich **erledigt** hat.

Bevor wir jetzt mit Sozialem Quartiersmanagement und dem Karlsruher Pass einsteigen, schließen wir die Sitzung. Nehmen Sie sich bitte noch etwas zu Essen mit, wenn Sie dort hinten vorbeigehen. Sie können alles liegen lassen, bis auf Wertsachen. Für die übernehmen wir keine Garantie. Für unsere Unterlagen immer, die klaut nämlich außer uns niemand.

Wir sehen uns dann morgen früh um 9:00 Uhr hier in aller Frische wieder. Schönen Abend und guten Nachhauseweg.

(Unterbrechung der Sitzung von Dienstag, 18:57 Uhr bis Mittwoch, 9:00 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Erste Bürgermeisterin, werte Bürgermeisterin und Bürgermeister, meine sehr verehrte Damen und Herren, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ich darf Sie zu unserem zweiten Tag der Haushaltsberatungen hier ganz herzlich begrüßen. Entschuldigt sind Herr Stadtrat Braun, Frau Stadträtin Ansin, Frau Stadträtin Wiedemann und Frau Stadträtin Binder. Herr Stadtrat Jooß wird etwas später zu uns stoßen.

Antrag 44 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 - Effizienteste und wirtschaftlichste Maßnahmen des KSK vorrangig umsetzen (CDU)

Wir haben von gestern noch drei Dinge nachzuholen bzw. mit Ihnen zu klären. Das eine ist der Antrag der CDU. Das sind uns ja gestern zwei Fehler passiert. Den einen kennen Sie, den anderen noch nicht. Der eine Fehler war, dass es überhaupt auf die Tagesordnung gekommen ist, weil es nicht schon im entsprechenden Fachausschuss vorherberaten ist. Das war ein Fehler, der mir passiert ist. Der zweite Fehler ist, dass Frau Kollegin Lisbach der Meinung war, es sei im

entsprechenden Ausschuss schon diskutiert worden, was nicht der Fall ist. Insofern bitte ich Sie um Nachsicht, und wenn die Dinge erst mal schief drin stehen in der Tür, dann bleiben sie meistens noch schief in der Tür stehen. Ich bitte um Nachsicht und würde es gerne im Fachausschuss noch mal zur fachlichen Beratung aufrufen. Die Antragsteller können sich überlegen, ob sie damit noch mal in den Gemeinderat gehen, wenn es denn fachlich beraten ist. Das obliegt Ihnen ja. Wie es im Gemeinderat ausgeht, wissen Sie ja jetzt seit gestern, insofern ist das schon mal ein Hinweis.

Das ist die eine Botschaft. Die andere Botschaft betrifft die **Tischvorlage**, die wir Ihnen ausgelegt haben. Das ist die Konkretisierung der Ressourcen, die wir zusätzlich für das Klimaschutzkonzept eingestellt haben, die auch Teil dieser Haushaltsvorlage geworden sind. Wir hatten seinerzeit, als wir das im Oktober eingebracht haben, Ihnen angekündigt, dass wir dazu einen Sperrvermerk im Haushalt aufnehmen zu diesem Gesamtbudget, weil wir es noch nicht spezifiziert haben. Jetzt ist es spezifiziert. Es ist auch soweit alles klar, worum es geht, und wir müssten deshalb hier miteinander vereinbaren, dass an alle diese Maßnahmen jetzt kein Sperrvermerk mehr kommt, weil wir sie ja auch mit dem Haushalt gemeinsam beschließen. Ich hatte es gestern angesprochen. Mir war es nur wichtig, dass Sie es auch vorliegen haben, damit wir wissen, worum es geht. Jetzt haben wir, glaube ich, im Haushaltsentwurf keinen Sperrvermerk mehr drin, deswegen will ich es Ihnen einfach nur mitteilen und Sie wissen, worum es geht. Dann brauchen wir es nicht separat zu beschließen, wenn dem so ist.

Okay, ich höre gerade, dass wir den Sperrvermerk doch formal eingeführt haben. Ich springe noch mal zurück zu dieser roten Vorlage. Wir müssten jetzt einmal beschließen, dass wir an allen diesen Punkten die Sperrvermerke wieder aufheben. Da bitte ich Sie jetzt einfach um Ihr Votum.

Jetzt haben wir hier gerade Verwirrung gestiftet. - Das ist keine qualifizierte Mehrheit.

(Die Abstimmung wird wiederholt)

So, also, Sperrvermerk aufheben über dieses ganze Klimaschutzpaket: Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **deutliche Mehrheit**.

Antrag 153 (Seite 241): Zuschüsse für Kinderbetreuung, Erhöhung Erstkinderzuschuss (GRÜNE)

Antrag 154 (Seite 241): Keine Erhöhung der KiTa-Beiträge, Erhöhung Erstkinderzuschuss (SPD)

Antrag 155 (Seite 241): Weitere Schritte in Richtung beitragsfreie KiTa gehen, Erhöhung Erstkinderzuschuss (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Lfd. Nr. 15: Neue Finanzierungssystematik Kita: Erweiterung einkommensabhängige Beitragsreduzierung (Vorlage 2020/0172)

Dann gibt es den dritten Punkt, den wir von gestern noch klären müssen. Da geht es um die Anträge zu der Erhöhung des Erstkinderzuschusses.

Ich kann Ihnen jetzt nicht alle Zwischenschritte erklären, aber es ist so, dass in der Ziffer 4 in dieser Beschlussvorlage den freien Trägern die Möglichkeit eröffnet wird, noch mal um 3 % die Elternbeiträge zu erhöhen. Die drei Anträge der GRÜNEN, der SPD, der KAL/Die PARTEI und DIE LINKE. haben die Erhöhung der Erstkinderzuschläge so verstanden, dass damit eine

Erhöhung bei den freien Trägern ausgeglichen werden soll, sodass es nicht zu einer Erhöhung bei den freien Trägern kommt. Insofern macht es keinen Sinn, beides zu beschließen, nämlich wenn ich auf der einen Seite sage, ihr dürft erhöhen um 3 % und auf der anderen Seite sage, ich erhöhe den Erstkinderzuschuss, um zu verhindern, dass die freien Träger erhöhen. Insofern müsste man eigentlich die drei Anträge als Änderungsanträge zu der Beschlussvorlage der Verwaltung verstehen, nämlich 600.000 Euro einzustellen, um die Erhöhung bei den freien Trägern auszugleichen.

Insofern macht es Sinn, dass wir erst über diese drei Anträge entscheiden, dann noch mal über die dadurch veränderte Vorlage der Verwaltung. Ich hoffe, ich habe es jetzt richtig wiedergegeben. Wobei ich auch noch mal darauf hinweisen möchte, dass diese 600.000 Euro nicht automatisch 3 % bei den Trägern entsprechen. Aber in der Gesamtsumme gleichen sie genau diesen Betrag aus. Insofern würde ich jetzt die Anträge 153 bis 155 gemeinsam aufrufen. Wichtig ist die Höhe von etwa 600.000 Euro. Zielsetzung ist, dass die freien Träger ihre Beiträge im nächsten Jahr nicht erhöhen. Das wird über eine Erhöhung des Erstkinderzuschusses aufgefangen. Das sind manchmal 3 %, manchmal mehr, manchmal weniger. Das hat ein bisschen was mit der Systematik zu tun. Aber darum geht es Ihnen ja nicht. Ihnen geht es ja darum, dass man diese Erhöhung abwendet.

Jetzt rufe ich zunächst diese drei Anträge auf. Das belastet den Haushalt mit 600.000 Euro und verhindert eine Erhöhung der Beiträge. Da bitte ich Sie um Ihr Votum. – Das ist eine deutliche **Mehrheit**.

Damit verändert sich die Beschlussvorlage der Verwaltung, weil dann müssen wir die Ziffer 4 rausstreichen. Dann müssen wir aus der Beschlussvorlage der Verwaltung, die Sie gestern schon beschlossen haben, die Ziffer 4 rausstreichen, logischerweise. Deswegen stelle ich die Beschlussvorlage ohne die Ziffer 4 noch mal zur Abstimmung, damit wir es einfach sauber haben. Das ist die Beschlussvorlage 2020/0770. Da bitte ich Sie um Ihr Votum. – **Zugestimmt**.

Antrag 152 (Seite 241): Weitere Schritte in Richtung beitragsfreie KiTa gehen (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.).

Da wird eine Stellenschaffung begehrt. Das würden wir nicht machen.

Wir schauen, wie wir mit unseren Stellen klarkommen und wenn es nötig ist, kommen wir noch mal auf Sie zu. Gut, vielen Dank.

Dann können wir dort fortfahren, wo wir gestern Nachmittag stehen geblieben sind, das ist auf der **Seite 250**.

**Anträge 169 bis 169 e (Seite 250): Soziales Quartiermanagement (DIE LINKE.)
Lfd. Nr. 14 Liste Finanzierungsvorbehalt: Konzept Soziale Quartiersentwicklung in Karlsruhe
(Vorlage 2020/0172)**

Da soll ich noch mal darauf hinweisen, dass der Antrag der LINKE. insgesamt sechs Vollzeitstellen begehrt, während in der Vorlage der Verwaltung nur drei Vollzeitstellen vorgesehen sind. Das ist noch mal ein wichtiger Hinweis.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Aus unserer Sicht müssen es drei Stellen sein, die wir beantragt haben. Dann muss es ein Fehler sein. In meiner Vorlage stehen auch explizit drei Stellen drin. Vielleicht war es ein Übertragungsfehler. Wir würden uns der Verwaltungsvorlage anschließen und über die drei Stellen abstimmen lassen. Das macht auch Sinn.

Der Vorsitzende: Okay, dann kann ich Ihren Antrag und die Verwaltungsvorlage gemeinsam aufrufen, weil es dasselbe begehrt.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Zunächst ein paar grundsätzliche Worte zu unserer Haltung zum sozialen Bereich an dieser Stelle. Wozu ist das Soziale überhaupt gut? Sozialpolitik sorgt für den Kitt in unserer Stadt, dafür, dass alle Menschen sich als zugehörig und als Karlsruher miteinander verbunden begreifen können. Um diese Verbundenheit zu erreichen, sorgt unsere Sozialpolitik für den Schutz armer, kranker und geflüchteter Menschen. Wir GRÜNEN werden nicht müde zu betonen, dass das Soziale eine zentrale Grundlage demokratischen Handelns überhaupt ist. Demokratisches Handeln will die Menschen miteinander verbinden, sich an alle richten, alle einbeziehen. GRÜNES Denken wird geleitet von dem Satz „Alle Menschen gehören dazu“, wirklich alle.

Im Unterschied dazu, unsozial und antidemokratisch handelt eine Person oder eine Partei, die auf Spaltung aus ist, die den Schutz und Kitt der Gesellschaft abbauen will, eine Partei oder Person, die mit einem wesentlichen Teil der Gesellschaft unverbunden ist, sie ablehnt und sich deshalb in die Stadtgesellschaft nicht einfügen will. Genau dies tut die AfD. Sie fügt sich nicht ein, sondern ist auf Spaltung aus. Jede dritte Bürgerin oder Bürger in Karlsruhe hat Migrationshintergrund oder ist Ausländer*in. Die AfD zeigt mit ihren Anträgen, dass sie jeder dritten Person in Karlsruhe ausgrenzend gegenübersteht. Die AfD hat sage und schreibe zehn Anträge geschrieben, die auf Ausgrenzung aus sind und damit, allerdings vergeblich, versucht das friedliche Zusammensein in Karlsruhe zu destabilisieren - vergeblich.

(Zurufe vonseiten der AfD)

Auch die Wohnraumakquise für wohnungslose Menschen will die AfD zusammenstreichen und die Unterhaltsvorschussleistung für Alleinerziehende reduzieren, was rechtlich gar nicht geht. Das ist eine abstruse Mischung aus Wildem Westen und völkischem Gedankengut und hat hier in Karlsruhe keine Chance. Es ist das Gegenteil von Gestalten und Verbinden in unserer lebensfrohen Stadt.

Bei unseren Vorberatungen wurden wir von der Ansicht geleitet, dass die Pandemie eindeutig die Situation für arme, kranke und alte Menschen verschärft. Menschen, die sowieso wenig haben, z. B. keine Rücklagen, gehören zu den größten Verlierern der Krise. Die Armutsgefährdung steigt auch angesichts einer deutlich verringerten Anzahl an Zwei-Euro-Jobs und kleineren Minijobs, z. B. im Gastrobereich, sowie dem Anstieg von Kurzarbeit.

Wir GRÜNEN gehen differenziert an die Anträge heran. Vielen Anträgen stimmen wir nicht zu, weil, wie bei den Tafeln oder dem Hebammenverband kein Bedarf gemeldet wurde oder weil das Thema Doppelstrukturen ungeklärt ist oder auch, weil ein Konzept bzw. sogar die Vorberatung fehlt. Letzteres trifft auf mehrere Anträge zum Karlsruher Pass zu, wo wir der Meinung sind, da muss man wirklich erst mal in Ruhe klären, um welche Auswirkungen geht es da eigentlich.

Schwerpunkte für uns in diesem Haushalt sind, und zwar häufig als interfraktioneller Antrag im sozialen Bereich, zum einen der Migrationskinder- und -jugend-Bereich, zu dem ja schon einiges gesagt wurde, dann der Pflegebereich mit den Themen innovative Pflege und Kurzzeitpflege, der Gesundheitsbereich, Anträge zur Suchtberatung, das Zentrum für seelische Gesundheit, das Thema Langzeitarbeitslose mit Handicaps durch Unterstützung z. B. durch AWOs. Wir unterstützen den Antrag zur sozialen Verkehrsentwicklung und zur Bahnhofsmision. Ebenso sprechen wir uns für kostenlosen ÖPNV für Kinderpassinhaber*innen bis 25 Jahren aus.

Zum Thema Quartiersentwicklung möchte ich extra noch mal was sagen. Wir stimmen dem Antrag 169 zu - also, mit drei Stellen, so stand es bei uns auch drin – und den Anträgen 169 a und b. Diese Zahlen entsprechen dem Konzept zur Quartiersentwicklung, das im April dieses Jahres wirklich mit überwältigender Mehrheit und mit überzeugenden Worten begrüßt wurde. Es wurde in diesem Konzept überzeugend begründet, dass drei Stellen notwendig sind, um das Herz der neuen Sozialarbeit in den Stadtteilen aufzubauen, ein Metakonzept zu entwickeln und die Quartiersarbeit nicht den unterschiedlichen Trägern zu überlassen. Quartiersarbeit darf nicht von der Fernsehlotterie und ihren wechselnden Kriterien abhängig sein. Sie ist gerade jetzt in der Corona-Pandemie aufwendig und notwendig. Das erlebe ich direkt in Mühlburg. Digitalisierung passiert eben auch nicht von allein. Gerade jetzt brauchen wir die Vernetzung und geprüfte Hilfsangebote für alte und einsam lebende Menschen. Schon begonnene Aktivitäten z. B. in Beiertheim und Bulach und in Neureut würden ansonsten abgebrochen werden. Es geht auch darum, zu sparen, denn Doppelstrukturen sollen abgebaut werden. Eine Reduzierung der Stellen ist deswegen nicht sinnvoll. Wir halten eine derartige Abbremsung der Quartiersentwicklung gerade in Coronazeiten für ein sehr schlechtes soziale Signal.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Uns geht es in diesem Haushalt vor allem darum, die Strukturen, die wir bereits haben und die wichtig und notwendig sind, weiter zu erhalten. Dazu gehört auch, dass Quartiersarbeiten und Quartiersprojekt, die bis jetzt bestehen, erhalten bleiben. Des Weiteren muss auch sicherlich diese Projektstelle der Stadtteilkoordinatorin weiterlaufen. Das heißt für uns, wir möchten den bestehenden Bereich erhalten, so sollen auch die Mittel eingestellt werden und die Stadtteilkoordinatorin, die bereits existiert als Projektstelle, auch weiterhin fördern.

Stadträtin Melchien (SPD): Ich kann meine Kollegin Anlauf gut verstehen. Zur AfD wäre wirklich viel zu sagen, in diesem Bereich. Allerdings ist mir hier die Redezeit zu schade, und der Fokus auf die Quartiersarbeit ist es wirklich wert, mich nur darauf zu konzentrieren.

Ich stimme auch überein, dass das Konzept zur sozialen Quartiersentwicklung tatsächlich von elementarer Bedeutung ist für die Weiterentwicklung unserer sozialen Stadt. Für unsere Fraktion geht es heute um die Frage der weiteren Ausgestaltung, der weiteren Schritte. Dieses Konzept, diese Vorlage, die Sie beschrieben haben, wurde ursprünglich beschlossen für den nächsten Doppelhaushalt. Jetzt sieht die Lage anders aus, wir haben das Haushaltsjahr 2021, mit dem wir uns unter Pandemie-Bedingungen beschäftigen. Da haben Sie natürlich Recht, das hat ganz andere Herausforderungen, aber auch erheblich veränderte Rahmenbedingungen, beispielsweise Begegnungen können ja so in der Form nicht stattfinden, lediglich virtuell. Auf der anderen Seite sind wir wirklich in einer schwierigen finanziellen Lage.

Wir als Fraktion haben lange darum gerungen. Wir halten es nicht für vertretbar, diese ursprünglich für einen normalen Doppelhaushalt geplante Vorlage so in Gänze zu beschließen. Ich kann meinem Kollegen Müller Recht geben. Für uns ist es besonders wichtig, das bisher Bestehende zu sichern. Da ist ja auch die Ziffer, die Sie jetzt angesprochen haben, in der Verwaltungsvorlage dabei, zumindest Antrag 169b, die bisherigen Quartiersprojekte auch weiter zu fördern. Das ist für uns von elementarer Bedeutung. Wir wollen, dass wenn die Bedingungen es zulassen, dass tatsächlich auch die weitere Umsetzung nicht stocken muss, nicht ein halbes Jahr warten muss. Bisher haben wir ja eine dieser Stellen als Projektstelle, die befristet ist, aber die schon wahnsinnig wertvolle Arbeit leistet. Deswegen, unser Kompromissvorschlag: Wir bringen heute den Änderungsantrag ein, die Stellen auf zwei Stellen zu reduzieren, d. h. sofern es möglich ist, kann tatsächlich das Konzept weiter umgesetzt werden auch schon im Jahr 2021, mit einer zusätzlichen Stelle. Das halten wir für einen guten Weg.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich möchte auf Frau Anlauf antworten.

Frau Anlauf, Sie als GRÜNE sind hier in der größten Fraktion. Wir haben gerade festgestellt, dass Sie von Ihren Standpunkten sehr überzeugt sind. Dagegen ist nichts einzuwenden, aber einer sehr kleinen Fraktion, die hier immer überstimmt wird, egal was sie beantragt, auch noch vorzuwerfen, sie würde die Gesellschaft spalten, bloß weil wir eine andere Meinung haben, ist völlig inakzeptabel. Dabei bleibe ich.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Ich möchte ein paar grundsätzliche Worte zum Sozialen sagen. Die soziale Wärme einer Stadt kommt nicht durch das, was die Stadt macht. Da ist meine tiefe Überzeugung. Es kommt davon, wie die Menschen miteinander leben. Die Stadt kann dann eingreifen als die Institution, die das fördert, z. B. dass Koordination im Quartier da ist, dass gewisse Dinge vernetzt werden. Die Stadt kann aber keine Quartiersarbeit erzeugen. Deswegen braucht es einen organischen Aufbau von Quartiersarbeit, d. h. wo Ehrenamtlichkeit da ist, wo Stellen schon da sind, wo Engagement ist, dies miteinander zu verbinden, sodass es besser funktioniert. Das halte ich für eine zentrale Aufgabe der Quartiersarbeit, dass die Kräfte, die in der Gesellschaft vorhanden sind, zum Tragen kommen.

Grundsätzlich glaube ich, dass Karlsruhe das Privileg hat, auf einem höchsten Stand wahrscheinlich in unserem Land im Sozialen zu leben. Deswegen halte ich es für diesen Haushalt nur für angemessen, wenn wir dort, wo wirklich ein Mangel ist, nachbessern. Der Mangel ist für mich dort, wo Menschen wirklich in Armut leben, wo sie vergessen sind, wo Ehrenamtlichkeit die Leute gar nicht erreicht. Deswegen glaube ich, gibt es ein paar wenige Dinge, die wir wirklich begrüßen und unterstützen, z. B. Ausstiegshilfe für Prostitution, Hilfe für gehandicapte Menschen. Da müssen wir schauen, dass wir noch etwas tun. Aber ansonsten ist für diesen Haushalt nichts zu sagen zum Sozialen, denn wir sind auf einem hohen Standard. Wir müssen dort schauen, wo es fehlt und nicht die Standards weiter erhöhen. Dazu ist es einfach nicht die Zeit. Das dürfen wir nicht vergessen. Wir sind eine soziale Stadt. Ich hoffe, dass wirklich die Menschen, die ehrenamtlichen Bürger dieser Stadt, sich gegenseitig wahrnehmen und sich gegenseitig helfen. Das ist mein Ziel einer sozialen Stadt.

Stadträtin Fenrich (AfD): Ich möchte zur Sache gar nichts aussagen, aber ich möchte etwas zu Ihren Vorwürfen, Frau Anlauf, sagen. Das, was Sie hier geboten haben am frühen Morgen, das ist einfach unterirdisch. Vergessen Sie bitte nicht, dass das, worüber wir hier entscheiden, die Gelder unserer Karlsruher Bürger und Bürgerinnen sind. Da müssen Sie auch ertragen, dass eine

Fraktion wie wir vielleicht auch in mancher Beziehung eine andere Auffassung hat als Sie. Das müssen Sie ertragen, das ist eigentlich die Demokratie. Sie zeigen mit Ihrem Verhalten, wie undemokratisch Sie sind.

Sie, Frau Anlauf, und sehr geehrte Kollegen von der gegenüberliegenden Seite, wenn Sie vielleicht gestern nicht zu müde waren, haben Sie auf Phönix, öffentlich-rechtliches Fernsehen der ARD und des ZDF, vielleicht gesehen, was da lief. Da war auch der Marxist Gregor Gysi eingeladen neben anderen, und da ist diskutiert worden, auch im Wesentlichen über das Verhalten der AfD, und wie in der Öffentlichkeit mit der AfD umgegangen wird. Wenn Sie das gesehen hätten, dann hätten Sie heute sich diese Aussagen, die Sie gemacht haben, diese Polemik, diese Vorwürfe, die hätten Sie sich sicherlich erspart. Das entbehrt jeglicher Objektivität, ist polemisch, ist nicht gerechtfertigt. Sie haben hier die Mehrheit im Gemeinderat, aber noch nicht im Land. Wenn Sie sie im Land haben, werden Sie sie auch nicht mehr lange haben.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich kann jetzt gar nicht über mein eigenes Fernsehverhalten von gestern Abend sprechen, das will ich jetzt allen gerne ersparen. Aber ich wollte dann doch schon auf Herrn Kalmbach eingehen. Sie haben gesagt, dass jetzt nicht die richtige Zeit dafür sei, die Sozialleistungen auszubauen. Da frage ich mich, wann denn die richtige Zeit dafür ist. Ein Sozialstaat ist ja nicht wichtig, wenn es uns wirtschaftlich gut geht, wenn alles tiptopp läuft, wenn wir die niedrigste Arbeitslosenquote haben, wenn alles prima ist in der Gesellschaft. Ein Sozialstaat ist ja gerade dann wichtig, wenn wir eine schwierige Lage haben, denn dann sind die Menschen umso mehr darauf angewiesen. Wohlwissend, dass wir jetzt als Kommune natürlich gerade das Problem haben, dass wir nicht antizyklisch handeln können, sondern eigentlich davon abhängig sind, dass wir eine gute wirtschaftliche Lage haben. Deshalb kann ich hier nur appellieren, dass man gerade jetzt Sozialleistungen ausbaut, sinnvoll an den Stellen, an denen es denen nutzt, die jetzt besonders in der Coronakrise zu leiden haben und dann über die nächsten Jahre schaut, was ist möglich, wohin gehen wir weiter die nächsten Schritte. Jetzt aber zu sagen, wir lassen alles so wie es ist, das trifft nicht die Realität.

Der Vorsitzende: Ich würde gerne noch ergänzen, zu dem, was gesagt wurde. Wir haben als Großstadt eine der niedrigsten Segregationsquoten. Das spricht dafür, dass wir als soziale Stadt schon deutlich besser funktionieren als andere. Wir sind, glaube ich, auf Platz 64 von 69 Städten. Das heißt, wir haben eine bessere Situation als 68 andere Großstädte in Deutschland mit über 100.000 Einwohnern und mehr. Insofern schauen sich im Bereich Obdachlosenhilfe, Armutsbekämpfung, arme Familien fördern usw. viele Städte eher etwas bei uns ab, als dass wir irgendwo hingehen müssten, um was anderes anzuschauen. Das was wir jetzt hier mit sozialer Quartiersentwicklung weiter fördern und anschieben, ist etwas, das sicher sehr wünschenswert wäre, aber das ist etwas, was nicht zur Grundausstattung einer sozialen Stadt gehört, zu der wir verpflichtet wären.

Die Verwaltung würde das gerne so weiter betreiben, das ist ja nicht die Frage. Wir haben aber ausdrücklich diese Vorlage auch unter Finanzierungsvorbehalt gestellt. Insofern werde ich auch jetzt nicht diese Vorlage aufrufen, denn ich kann Ihnen als Stadt gar nicht empfehlen, die im Moment mitzugehen, sondern ich würde den Antrag der LINKEN aufrufen, die ja gesagt haben, sie sind identisch mit dem, was in der Vorlage als Maximum gewünscht wird oder vorgeschlagen wird.

Dann würde ich den Änderungsantrag aufrufen der SPD, wo man mit zwei Stellen auskommt, und ggf. würde das Thema eben dann beim nächsten Doppelhaushalt wieder aufgerufen werden, wenn Sie das wünschen. So habe ich jetzt die verschiedenen Beiträge verstanden. So würde ich jetzt auch noch mal die Position der Verwaltung an dieser Stelle unterstreichen wollen. Ich glaube auch nicht, dass die Initiativen, die es jetzt in Beiertheim gibt oder in Mühlburg oder anderswo, durch dieses eine Jahr Verzögerung oder dadurch, dass wir es vielleicht auch gar nicht machen können - ich weiß es für nächstes Jahr nicht - in Existenznot geraten. Das glaube ich persönlich nicht. Trotzdem würden wir natürlich irgendwelche Projektstellen weiterhin fördern, das ist ja klar. Es geht immer darum, dass wir nicht das Bestehende jetzt infrage stellen.

Der Antrag der LINKE., so hat es Herr Stadtrat Bimmerle interpretiert, ist von den Inhalten identisch, was mit Ihnen im April schon im entsprechenden Sozialausschuss – nein, im Sozialausschuss im Februar und im Gemeinderat im April – diskutiert wurde. Da bitte ich Sie um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann, Frau Stadträtin Melchien, wenn Sie noch mal kurz beschreiben, was jetzt aus der städtischen Vorlage rausfliegt, was Ihr **Änderungsantrag** ist.

Stadträtin Melchien (SPD): Eine Stelle fliegt raus. Dann ist die Weiterfinanzierung alles Bisherigen mit dabei. Also zwei Stellen, und diese Projektstelle wird in eine normale Stelle umgewandelt und eine zusätzliche Stelle eingerichtet.

Der Vorsitzende: Eine zusätzliche Stelle, und eine Projektstelle wird in eine feste Stelle umgewandelt. Trotzdem vom Stellenplan her sind es zwei Stellen, aber eine hatten wir bisher auch schon finanziert.

Stadträtin Melchien (SPD): Ganz genau, das heißt, wir müssen eine Stelle rausnehmen.

Der Vorsitzende: Alles klar, okay dann würde ich das jetzt zur Abstimmung stellen. - Das ist **eine deutliche Mehrheit**. Dann hätten wir das damit auch erledigt.

Lfd. Nr. 11 Liste Finanzierungsvorbehalt: Fördermittel für soziale Maßnahmen in städtebaulichen Erneuerungsgebieten (Vorlage 2020/0176)

Da geht am Ende um eine Differenz von 4.000 Euro pro Jahr, die wir von städtischer Seite noch aufbringen müssten, zu den 6.000 Euro, die wir von Extern bekommen. Da würde ich doch fast Annahme empfehlen. Dann stellen wir das zur Abstimmung. - Das ist **eine deutliche Mehrheit**.

Anträge 170 bis 180 (Seite 250): Karlsruher Pass (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE., SPD)

Dann geht es weiter. Wir sind immer noch auf der Seite 250 mit einer ganzen Reihe von Anträgen zum Karlsruher Pass. Wenn Sie damit einverstanden wären, würde ich die alle gemeinsam zur Diskussion stellen. Das hat mit verschiedenen Parametern zu tun. Da geht es einmal um Erhöhung der Einkommensgrenzen, um Umstieg auf das Fahrradticket, freier ÖPNV, allen Kindern Weihnachten ermöglichen, Zugang zu Literatur, Badevergnügen und Zoologischer Stadtgarten. Wir versuchen es trotzdem gemeinsam zu diskutieren, aber wir können auch mehrere Runden machen zu den einzelnen Anträgen. Dann fangen wir mal oben an.

Antrag 170 (Seite 250): Karlsruher Pass: Fortentwicklung Karlsruher Pass: Erhöhung der Einkommensgrenzen um 10 Prozentpunkte zum 01.01.2021 (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ein ganz wichtiges soziales Instrument in dieser Stadt oder das wichtigste, und da sind wir uns alle einig, ist der Karlsruher Pass und Kinderpass, weil es ein absolutes Erfolgsmodell ist. Darauf fokussieren jetzt auch diese Anträge, um genau das zu vermeiden, was gestern oft in der Diskussion war: wo setzt man denn an, macht man Pauschalleistungen kostenfrei und für wen macht man sie kostenfrei? Diesmal geht es darum, dass insbesondere die Menschen noch mal unterstützt werden, die nicht nur wenig Geld verdienen, sondern auch dadurch an der sozialen und kulturellen Teilhabe stärker unterstützt werden müssen. Deshalb haben wir heute diese Anträge gestellt.

Wir haben heute den Antrag 170 drauf, den wir **als erledigt erklären**, weil er in der Verwaltungsvorlage bereits berücksichtigt wurde mit der Ausweitung der Leistungsberechtigten.

Auf die anderen Anträge will ich gar nicht so im Detail eingehen. Es ist wichtig, an spezifischen Stellen, vor allem bei der kulturellen Teilhabe, weiteren Ausbau zu betreiben. Und ich glaube, als ganz großes Thema, das heute auch zu einer Mehrheit kommen wird im Gemeinderat, ist das Recht auf Mobilität, die Möglichkeit, dass Menschen mit Karlsruher Pass und Kinderpass bis 25 den ÖPNV kostenfrei nutzen können. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Signal, dass Kinder und Jugendliche den ÖPNV nutzen können, zur Schule kommen können, ihre Freizeit gestalten können. Das ist auch ein Erfolg des breiten Bündnisses, wo es viele Beteiligte gab, die dafür geworben haben. Damit gehen wir einen wichtigen und richtigen Schritt hin zum ticketfreien ÖPNV, gezielt für eine soziale Gruppe, also nicht pauschal, dort wo es am meisten hilft. Wo es nicht nur sozial hilft, sondern auch aus der ökologischen Perspektive heraus, weil wir uns auch erhoffen, dass damit der ÖPNV von dieser Gruppe noch viel stärker genutzt wird als bisher.

Der Vorsitzende: Ich würde jetzt erst mal alle Antragsteller aufrufen, denn wir haben ja alle zehn Anträge aufgerufen.

Stadtrat Marvi (SPD): Wir haben ja den Antrag gestellt für kostenfreien ÖPNV für Bezieherinnen und Bezieher von Karlsruher Pass und Kinderpass unter und bis einschließlich 25. Lebensjahr. Das entspricht ja auch der Forderung des Jugendbündnisses. Für uns ist es ganz wichtig, dass der Zugang zum ÖPNV für alle Kinder und junge Menschen gewährleistet ist als wichtiges Element der gesellschaftlichen Teilhabe einer Großstadt. Wir haben gestern ja auch an anderer Stelle über all diese Palette von wichtigen Dingen gesprochen: Sport, Freizeitmöglichkeiten. Das wird darüber gefördert, auch dann, wenn es sich die jungen Menschen und Kinder nicht leisten können oder wenn die Eltern entsprechend keine finanziellen Mittel dafür aufwenden können. Das wäre ein gutes Signal. Das ist kein Einstieg in den kostenlosen ÖPNV. Der wäre weder finanzierbar für alle Menschen, auch nicht für alle jungen Menschen. Es wäre auch nicht von den Kapazitäten des Karlsruher Verkehrsverbundes gegeben. Aber es ist punktuell eine gute sozialpolitische Maßnahme und so wollen wir es auch verstanden wissen.

Antrag 174 (Seite 250): Karlsruher Pass: Freies ÖPNV-Ticket für Jugendliche unter 25 Jahren mit Karlsruher Pass (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 176 (Seite 250): Karlsruher Pass: Freies ÖPNV-Ticket für Kinder mit Karlsruher (Kinder)Pass (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Der Vorsitzende: Jetzt haben wir noch Anträge der KAL/Die PARTEI zusammen mit der LINKE. Die sind aber, wie eingangs schon gesagt, **erledigt**. Dann können wir der Reihenfolge nach vorgehen.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Mit dem Karlsruher Pass und dem Karlsruher Kinderpass haben wir ein sehr gutes Instrument, um in dieser sozialen Stadt agieren zu können. Wir haben Vieles in den Karlsruher Pass schon reingepackt. Es ist z. B. schon so, dass Literatur in der Kinder- und Jugendbibliothek für Besitzer des Karlsruher Kinderpasses umsonst ist. Ansonsten kann man auch mit dem Karlsruher Pass in vielen Bereichen der Kultur und des Sports deutliche Ermäßigungen erreichen. Wichtig war für uns damals auch, dass diese Grauzone von bis 10 % eingebaut wird. Das haben wir ja beschlossen und das ist im Haushalt soweit eingestellt. Wir sehen ein hohes Niveau beim Karlsruher Kinderpass und Karlsruher Pass, wo wir jetzt glauben, in dieser Situation das so nehmen zu können.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir sind ganz zufrieden mit dem Karlsruher Pass, wie er jetzt ist. Wir sind in einer sehr schwierigen Finanzsituation. Wir haben gestern Morgen gesagt, da gibt es Leute, die denken, das Geld wächst auf den Bäumen. So ist es nicht. Das Geld kommt von fleißigen Mitarbeitern in den Unternehmen. Wir können dieses Geld nicht direkt nur wegschmeißen. Ich denke, es ist wichtig, dass wir den Karlsruher Pass behalten, aber nicht all die neuen linken Ideen hier. Wir wollen keine Revolution via Hintertür.

Stadtrat Schnell (AfD): Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Herrn Bimmerle von den LINKE. zu danken – jetzt nicht erschrecken – und zwar dafür, dass DIE LINKE. hier anders als die GRÜNEN und die SPD klar gesagt hat, woher das Geld für die ganzen von Ihnen geplanten Maßnahmen hätte kommen sollen. Wir können diesen Anträgen zwar nicht zustimmen, aber diese Ehrlichkeit, die wir bei GRÜNE und SPD vermissen, verdient bei aller Differenz in der Sache Anerkennung. Die beiden Letzteren machen sich mit ihren Anträgen ohne auskömmliche Gegenfinanzierung eines völlig verantwortungslosen Handelns schuldig, das die Stadt mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit in die Zwangsverwaltung des Regierungspräsidiums treibt. Dies mit der Folge, dass bei deren Eintritt die freiwilligen Leistungen der Stadt dann perdu sind und Sie den Bürgern, die besonderer städtischer Hilfe bedürfen, dann die brutale kalte Schulter zeigen. Dabei müsste unser Fokus darauf liegen, das Bestehende zu erhalten statt alles zu riskieren.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Es ist ähnlich wie mit den Kitas. Alles was kostenfrei ist, ist etwas, was wir uns auch alle wünschen. Aber man muss doch klarsehen, der ÖPNV fliegt uns gerade um die Ohren. Wir sind im zweiten absoluten Shutdown und wir wissen auch noch nicht, wie lange das noch geht. Der KVV kann sein Angebot zwar ein bisschen ausdünnen, aber er muss es aufrechterhalten. Wir können es nicht verantworten, in den wirtschaftlich schlechten Zeiten da noch etwas draufzusatteln. Ich glaube, wir müssen alle ganz froh sein, wenn wir diese Leistung, die wir bisher haben, in dem Maß weiterführen können und keine Kürzungen vornehmen müssen.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Wie schon gesagt, wir unterstützend die Anträge zum kostenlosen ÖPNV für die Kinderpassinhaber*innen bis einschließlich 25 Jahren und das bedeutet für uns keinen Einstieg in den kostenlosen ÖPNV. Den halten wir, wie schon gesagt, auch nicht für richtig. Im Sommer noch fand unser Antrag, den kostenlosen ÖPNV für Sozialpassinhaber*innen zu verlängern, keine Mehrheit. Auch wenn wir nicht abgestimmt haben, es war klar. Schön, dass

sich dies geändert hat. Die unbedingte Möglichkeit zur Mobilität ist eine grundlegende Voraussetzung zur Teilhabe. Dem Antrag für kostenlosen ÖPNV für erwachsene Passinhaber*innen über 26 Jahren stimmen wir nicht zu, auch den anderen Anträgen zum Karlsruher Pass nicht, weil wir der Meinung sind, da muss wirklich noch in Ruhe darüber beraten werden. Es ist einfach zu kurzfristig.

Stadträtin Moser (SPD): In Karlsruhe gibt es ganz viele spendenwillige Menschen und Organisationen. Gerade an Weihnachten erleben wir dies immer. Wir glauben, dass alle Kinder ein schönes Weihnachten bekommen können. Außerdem haben wir beim Karlsruher Pass ganz Vieles inklusiv. Wir haben im Gemeinderat 2016 das Äquivalenzprinzip beschlossen. Das haben die Fraktionen gemeinsam entwickelt. Daran halten wir fest.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Meine Fraktion, insbesondere die Karlsruher Liste, ist nicht zufrieden mit dem, wie im Moment der Karlsruher Pass dasteht. Herr Kollege Høyem, es geht nicht um linke Politik und Revolution und was Sie da permanent hier immer meinen, nennen zu müssen. Das ist doch absurd. Das ist doch wirklich Ideologie pur, die Sie hier uns allen, die auf der linken Seite des Hauses sitzen, jetzt vorwerfen. Das ist lächerlich.

Warum sind wir nicht zufrieden mit dem Karlsruher Pass? Es ist so, Herr Kollege Dr. Müller, wir hatten schon mal viel mehr im Karlsruher Pass. Dann wurde vor einigen Jahren kräftig rausgestrichen, unter anderem der kostenlose Besuch des Zoos. Daran möchte ich es auch festmachen. Das ist für meine Fraktion, für die Karlsruher Liste, total wichtig, dass dies wieder zurückkommt. Aber in der Vergangenheit haben ja alle Fraktionen das mitgetragen, dass es rausgenommen wird. Wir sehen es weiterhin als Notwendigkeit an. Allein auch schon vor dem Punkt, dass wir wissen, dass es für sehr viele alleinstehende ältere Personen wie ein kleiner Urlaub ist, hier umsonst in den Zoo zu gehen. Gerade für Personen, die es sich sonst nicht leisten können. Da sollte man noch mal ansetzen.

Ich unterstelle jedem hier im Haus, letztendlich auch mir selbst, dass wir gar nicht wissen, wie es den Menschen geht, die mit jedem Euro rechnen müssen. Wirklich mit jedem Euro, den wir vielleicht einfach en passant so ausgeben. Wir können uns da gar nicht reindenken. Es ist schon sehr hart, wenn wir hier sitzen und meinen, darüber abstimmen zu können, um den Gabentopf aufzumachen oder den Gabentopf zuzumachen für die Menschen in der Stadt, die es absolut notwendig haben. Von daher denke ich, es ist richtig, dass hier noch mal nachgebessert wird für den Karlsruher Pass.

Eine Replik, es gab sogar einmal eine Zeit, da ist der Karlsruher Pass abgeschafft worden. Meine Fraktion damals, die Stadträtin Döring, hat Jahr um Jahr dafür gekämpft, dass der Karlsruher Pass wiedereingerichtet wird. So ist nämlich die Geschichte hier aus dem Gremium.

Mir ist klar, wie heute die Abstimmungen ausgehen, aber ich möchte absolut an das Dezernat und an die zuständigen Ämter appellieren, dass man da noch mal für den nächsten Haushalt oder für die nächsten ein oder zwei Jahre genau überlegt, was kann man denn noch verbessern. Ich denke, hier sollten doch Einige, die wieder alles ablehnen wollen, über ihren Schatten springen. Gerade, die Fraktionen, die das C in ihrem Namen haben. Da verstehe ich oft nicht, wie die überhaupt kommentieren und das vor ihrer Wählerschaft darlegen können, hier letztendlich unchristlich zu handeln.

Der Vorsitzende: Ich möchte mal gerne zur Ehrenrettung der Verwaltung und des bisherigen Gemeinderats feststellen, dass wir vor gar nicht langer Zeit beschlossen haben, noch mal den Bezugskreis für den Karlsruher Pass deutlich auszudehnen. Dies in einem Bereich, der absolut freiwillig ist, und das vor allem auch hier vorgenommen wurde, ohne dass wirklich der Beweis erbracht wurde, dass es alle diese Familien unbedingt bräuchten. Und ich möchte auch zur Ehrenrettung der bisherigen Vorgehensweise sagen, dass ich noch nicht jemanden getroffen habe, der gerne in den Zoo gehen würde und nicht in der Lage wäre, mit Karlsruher Pass diese Jahreskarte zu erwerben. Also, den Eindruck zu erwecken, dass wir hier große Teile der Bevölkerung davon abhalten aus Armutsgründen und diese nicht in den Zoo können, finde ich gerade angesichts der Preisgestaltung, die wir da beim Karlsruher Pass haben, nicht ganz nachvollziehbar. Das möchte ich hier deutlich sagen.

Man kann der Meinung sein, dass man den umsonst macht, das finde ich politisch völlig korrekt. Das will ich gar nicht infrage stellen. Aber ich habe bei dem ganzen Thema Armut manchmal den Eindruck, dass wir hier von betroffenen Gruppen reden, wo Sie Schwierigkeiten hätten, mir überhaupt drei in der Stadt zu nennen, die hier in der Lage wären, mir zu sagen, jawohl, ich würde da gerne regelmäßig hingehen, ich habe den Karlsruher Pass, aber ich kann mir nicht mal die zehn Euro im Jahr, bei denen wir im Moment liegen, leisten. Nur als Beispiel. Das betrifft andere Bereiche der Armutsbekämpfung auch.

Es macht sich immer gut, zu sagen, wir sind an der Stelle noch offener. Gesellschaftspolitisch sind wir, glaube ich, auch alle einer Meinung, aber – jetzt kommt der versöhnliche Teil – ich finde es sehr schön, dass wir eine Stimmung und eine Einstellung im Gemeinderat haben und in der ganzen Stadt, dass alle Menschen unabhängig ihres Einkommens, den Zugang zu Kultur, zu ÖPNV, zum Zoo und zu allen anderen öffentlichen Einrichtungen bekommen sollen. Genau das ist ja mit dem Karlsruher Pass auch versucht worden, entsprechend umzusetzen.

Jetzt gehen wir in die Antragsbearbeitung.

Antrag 171 (Seite 250): Karlsruher Pass: Umstieg auf das Fahrrad fördern – Fahrradprämie bereitstellen (DIE LINKE.)

Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 172 (Seite 250): Karlsruher Pass: Ticketfreier ÖPNV für Karlsruher Pass-Inhaber*innen (DIE LINKE.)

Da habe ich jetzt drei Stufen wahrgenommen. Der weitestgehende Antrag zu diesem ganzen Konglomerat ist der Antrag der LINKE., die kostenlose ÖPNV-Nutzung für alle Karlsruher Passinhaber*innen. Das sehen Sie auch so. Dann stelle ich den zur Abstimmung. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 173 Seite 250): Karlsruher Pass: Freies ÖPNV-Ticket für Jugendliche unter 25 Jahren mit Karlsruher Pass (SPD)

Antrag 175 (Seite 250): Karlsruher Pass: Freies ÖPNV-Ticket für Kinder mit Karlsruher (Kinder)Pass (SPD)

Die zweite Stufe ist sind Anträge der SPD, DIE LINKE., KAL/Die PARTEI, das freie ÖPNV-Ticket für Jugendliche unter 25 Jahren. Das geht nach meinem Verständnis über den Kinderpass hinaus, das wäre die dritte Stufe.

Stadtrat Marvi (SPD): Ich glaube, wir würden alle unter 25 und das 25. Jahr noch ausdrücklich inkludieren. Das wollte ich jetzt noch klarstellen.

Der Vorsitzende: Damit wäre das nächste, was ich hier zur Abstimmung stelle.

Dann bitte ich hier um Ihr Votum. - Das ist eine **Mehrheit**. Da müssen wir noch ausrechnen, was das kostet. Bei mir steht hier noch kein Betrag. Wir schätzen zwischen 300.000 und 350.000 Euro. Wobei das natürlich jetzt ein Thema ist, wo ich mir vorstellen könnte, dass auch mancher Studierende jetzt schaut, dass er sich einen Karlsruher Pass besorgt. Das öffnet noch mal manche Gruppen. Auf der anderen Seite gibt es hier auch zum Teil über den Studienbeitrag schon kostenlosen ÖPNV. Das weiß ich im Einzelfall nicht. Okay, es ist, wie es ist.

Antrag 177 (Seite 250): Karlsruher Pass: Allen Kindern Weihnachten ermöglichen (DIE LINKE.)

Ich bitte um Ihr Votum. – Das auch **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 178 (Seite 250): Karlsruher Pass: Zugang zu Literatur für alle schaffen (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Ich bitte um Ihr Votum. – Auch **abgelehnt**.

Antrag 179 (Seite 250): Karlsruher Pass: Badevergnügen darf nicht am Geldbeutel scheitern (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Auch hier bitte ich um Ihr Votum. – Auch das ist **abgelehnt**.

Antrag 180 (Seite 250): Karlsruher Pass: Der Zoologische Stadtgarten ist für alle da (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Auch hier bitte ich um Ihr Votum. – Das ist auch eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Damit haben wir die ganzen Themen zum Karlsruher Pass hinter uns gebracht.

Antrag 181 (Seite 250): Aids-Hilfe Karlsruhe e. V. - Erhöhung des Zuschusses (GRÜNE, SPD)

Ich soll Ihnen, so haben wir es mittlerweile verstanden, mitteilen, dass das eine jährliche Erhöhung institutionell sein soll und nicht nur eine einmalige Erhöhung. Ich hoffe, das ist richtig.

Stadtrat Riebel (GRÜNE): Die AIDS-Hilfe leistet eine sehr gute Arbeit mittels Aufklärung zur Inklusion von HIV-positiven Menschen in unserer Gesellschaft. Ein besonders wichtiger Teil ihrer Arbeit ist aber die präventive Aufklärung zum Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten. Laut dem Robert-Koch-Institut ist 2019 die Rate der Neuinfektionen mit Syphilis in unserem Land sehr massiv gestiegen. Das Testangebot des Landratsamtes ist jetzt in der Krise geschlossen. Die AIDS-Hilfe bietet deshalb jetzt auch das Testangebot für Menschen mit Karlsruher Pass

bzw. Kinderpass vergünstigt an. Diese Arbeit ist also derzeit umso wichtiger denn je. Auch sollten wir uns das WHO-Ziel vor Augen halten, die Neuinfektionen mit HIV bis 2030 auf null zu senken. Dies funktioniert nur, wenn alle dazu ihren Beitrag leisten, auch wir als Stadt Karlsruhe. So sollte uns die finanzielle Ausstattung der AIDS-Hilfe wichtig sein und die volle Steigerung der Kosten bei den Personalkosten aufgefangen werden, um auch wirklich das wichtige Ziel der Nullinfektion bis 2030 zu erreichen. Daher beantragen wir die volle Erhöhung um 10.000 Euro, auch wenn dies über der Dynamisierungsrate liegt, da diese aus unserer Sicht nicht ausreicht. Daher wirklich nur in diesem einen speziellen Fall eine Ausnahme von der Dynamisierung. So bitte ich um Unterstützung des wichtigen Antrages.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir direkt in die Abstimmung gehen. Es geht um jährlich 10.000 Euro, nicht nur einmalig. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitlich angenommen**.

Antrag 182 (Seite 250): Erhöhung des städtischen Zuschusses für die Verwaltung des „Luise-Riegger-Hauses“ der AWO Karlsruhe (GRÜNE, DIE LINKE.)

Das sind 2.500 Euro in 2021 und 700 Euro in 2022. Ich hoffe, das stimmt so. Ich würde gleich zur Abstimmung gehen.

Stadträtin Melchien (SPD): Wir sind ja keine Antragsteller, aber ich wollte hier den Einstieg nutzen, um ein paar allgemeine Ausführungen auch von unserer Seite zu machen. Viele andere Fraktionen haben es ja bereits getan. Einzeln werde ich dann auf Anträge nur eingehen, wenn es abweichend hierzu ist.

Für die SPD-Fraktion ist die soziale Stadt von hoher Bedeutung. Das haben wir auch bereits heute und gestern gezeigt. Dies auch in finanzpolitisch schwierigen Zeiten. Insgesamt möchte ich betonen, dass für uns ein wirklich großer Fortschritt die Dynamisierung ist, dass wir hier gemeinsam einen Weg gefunden haben, diesem Bemühen einer auskömmlichen Finanzierung der tätigen Träger nachzukommen. Darüber hinaus sehen wir, dass in manchen Bereichen dringender Bedarf ist. Deswegen haben wir einige interfraktionelle Anträge gestellt, auf die dann auch jeweils aus einer Fraktion eingegangen wird. Wir sehen, dass es durchaus, bei allen Schwierigkeiten, aktuell sozialpolitische Herausforderungen gibt, bei der auch teilweise eine Existenzsicherung aus unserer Sicht zumindest notwendig ist. Deswegen haben wir Anträge gestellt. Allerdings ist es uns aufgrund der schwierigen finanziellen Situation auch schwergefallen. Wir haben Anträge sehr viel kritischer geprüft als in vergangenen Jahren, in denen die finanziellen Spielräume größer waren, und sehen auch durchaus klare Grenzen für Ausweitungen. Daher hoffe ich, dass die Träger auch dafür Verständnis haben, dass wir sehr zurückhaltend waren, als SPD-Fraktion.

Wir wollten noch der Verwaltung Dank aussprechen, dass sie wirklich mit dieser Jugendhilfe- und Sozialklausur uns eine fachliche Einschätzung zu all den Anträgen, die die Träger eingebracht haben, im Vorfeld gegeben haben. Die hat für uns tatsächlich auch im Vorfeld eine sehr große Rolle gespielt. Deswegen würde ich Sie bitten, dies auch künftig so beizubehalten. Da haben wir wirklich einen großen Mehrwert gesehen. In sehr vielen Fällen haben wir uns darangehalten. Nicht immer, aber in sehr vielen Fällen. In einzelnen Fällen sind wir davon abgewichen. Grundsätzlich haben wir für uns entschieden, dass wir keine neuen Projekte fördern werden, auch wenn es tolle Ideen sind. Wir halten es im Krisenjahr nicht für angemessen. Bei anderen

Punkten haben wir keine Anträge gestellt oder sind interfraktionell nicht unter Anträgen mit drunter gegangen, weil sie in ein Gesamtkonzept eingebettet gehören. Das hat die Verwaltung auch jeweils so beschrieben, beispielsweise in laufende Bedarfs- und Angebotsanalysen, von denen wir teilweise gar nichts gewusst hätten, hätten wir diese ausführliche Vorberatung nicht gehabt. Von daher, noch mal herzlichen Dank. Ein Beispiel hierfür sind die Ausstiegsprogramme aus der Prostitution. Sicher sehr gute und sehr wichtige Ansätze. Aber das haben wir im Rahmen eines Gesamtkonzeptes gefordert, auf das wir uns jetzt bald freuen.

Bezogen auf den nächsten Antrag, den wir jetzt gleich abstimmen, OZ 182, möchte ich sagen, da sind wir durchaus davon überzeugt, dass die AWO hier für die Verwaltung des Hauses im Auftrag der Stadtverwaltung eine angemessene Entschädigung bekommen sollte. Wir wollen aber in keiner Weise, dass wir jetzt künftig jedes Jahr über diese winzigen Summen abstimmen müssen. Der Träger hat schon gesagt, im nächsten Jahr wird wieder eine kleine Anpassung notwendig sein. Hier sehen wir die Grenzen erreicht dessen, was so eine Haushaltsberatung leisten kann. Deswegen und nicht aus Überzeugung stimmen wir jetzt hier dagegen, sondern weil wir hier den Ball klar an die Verwaltung zurückspielen würden, künftig einfach das Geld in den Haushalt an der Stelle einzustellen, weil sie ja wollen, dass der Träger für sie dieses Haus verwaltet. Also, nicht, dass wir das nicht wollen, aber da sehen wir unsere Zuständigkeit nicht, denn sonst haben wir künftig nicht nur 200 Anträge, sondern 500, wenn wir über solche Anträge hier beraten müssen. Deswegen Ablehnung aus diesen Gründen.

Der Vorsitzende: Das war jetzt die einzige Wortmeldung. Dann gehen wir jetzt in die Antragsbearbeitung. Das ist der Antrag 182, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich will zu dem, was Sie gesagt haben, Frau Stadträtin, und zu manchem, was vorher auch schon gesagt wurde, vielleicht aus Sicht der Verwaltung etwas anfügen - vor allem wenn ich mir anschau, was jetzt noch als Zuschusserhöhung hier beantragt wird. Wir hatten seinerzeit bei der Haushaltsstabilisierung auch von den sozialen Einrichtungen entsprechende Einsparbeiträge abverlangt. Ich fand, das war grandios wie das gemeinsam auch mit denen umgesetzt wurde. Sie haben dennoch schon im letzten Doppelhaushalt begonnen, wieder bei verschiedenen Trägern ordentlich draufzusatteln. Wenn ich mir die Anträge hier so angucke, könnte das heute genauso weiterlaufen. Ich habe in den letzten Monaten immer gesagt, auch in meiner Rolle als OB-Kandidat, dass ich nicht vorhabe, Vorschläge zu machen, im Sozialbereich zu streichen. Wenn ich aber jetzt anschau, was hier draufgesattelt wird und auch schon draufgesattelt wurde in den zurückliegenden Stunden, kann ich diese Zusage dann nächstes Jahr nicht mehr einhalten. Sie manövrieren sich jetzt in eine Situation, dass Sie bei manchen, denen Sie hier Zuschüsse erhöhen, im nächsten Jahr entscheiden müssen, sie ihm wieder wegzunehmen.

Wir können nicht 170.000 oder 300.000 Euro in den Karlsruher Kinderpass packen und gleichzeitig noch alle Zuschüsse erhöhen. Dass das sozialpolitisch alles sinnvoll ist, ist völlig klar. Und dass Ihnen auch die Fachdiskussion mit unserem Dezernat das noch bestätigt, ist auch klar. Aber wir hätten ähnliche Diskussionen, wenn wir uns mit den Umweltverbänden an den Tisch setzen oder mit den Klimaschutzverbänden oder mit den Bauqualitätsexperten oder wen wir da sonst noch immer hinzuziehen. Es ändert am Ende nichts daran, dass Sie auch zwischen Projekten, die alle fachpolitisch sinnvoll sind, eine Priorisierung durchhalten müssen, was absolut nötig ist und was nicht absolut nötig ist. Wir haben im Sozialbereich sehr viele Doppel- und Dreifachstrukturen, was ich bisher politisch immer mitgetragen habe, weil ich sage, es muss ein

Ratsuchender auch die Möglichkeit haben, zwischen verschiedenen Trägern der Beratungsangebote zu wählen. Rein theoretisch betrachtet, bräuchte man das nicht. Da werden wir nächstes Jahr in eine ganz heftige Diskussion gehen müssen, was ist das Mindestmaß, was wir aufrechterhalten müssen und was muss dann aber auch gestrichen werden, sonst halten wir diese Haushaltssituation in den nächsten Jahren nicht durch. Das will ich an dieser Stelle noch mal deutlich sagen.

Das bezieht sich auf alles, was jetzt noch kommt, aber natürlich auch teilweise auf das, was schon entschieden worden ist. Deswegen jammern Sie nächstes Jahr dann nicht rum, dass wir mit solchen Kürzungsvorschlägen kommen. Erklären Sie uns dann, wie Sie das trotz der ganzen finanziellen Situation trotzdem aufrechterhalten wollen.

Antrag 183 (Seite 250): Finanzielle Förderung des Projekts „BIOS Youngsters“ (DIE LINKE.)

Dazu gibt es keinen Wortbeitrag, dann stelle ich das gleich zur Abstimmung. – Das ist eine **Ablehnung**.

Antrag 184 (Seite 250): Quartiersorientierter Ausbau des Caritas-Sozialdienstes (DIE LINKE.)

Auch da können wir gleich in die Abstimmung gehen. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 185 (Seite 250): Diakonische Suchthilfe Mittelbaden gGmbH, Projekt „Regenbogen“ (GRÜNE, SPD, DIE LINKE.)

Das ist ein einmaliger Zuschuss, wenn ich das richtig verstehe.

Stadträtin Moser (SPD): Eigentlich haben wir gedacht, dass es ein institutioneller Zuschuss ist über die nächsten Jahre. Angesichts der mahnenden Worte – ich schau mal zu den GRÜNEN. - Ja? Also jährlich. Das wichtige Projekt der Diakonischen Suchthilfe Mittelbaden arbeitet schon seit 25 Jahren mit Kindern und Jugendlichen aus suchtbelasteten Familien und ist der Projektphase meiner Meinung nach längst entwachsen. Es gibt vier Gruppen, jeweils für Mädchen und für Jungs getrennt. Das Angebot soll fortgeführt und stabilisiert werden. Eine Erweiterung der Elternarbeit ist vorgesehen und soll mit anderen Hilfebereichen vernetzt werden. Die Fraktionen SPD, Die GRÜNEN und DIE LINKE. unterstützen den Antrag des Trägers und bitten um Zustimmung.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen, dann kommen wir in die Abstimmung. Es geht jetzt um einen jährlichen Zuschuss, so habe ich das verstanden. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

(Zuruf **Stadträtin Mayer**)

Frau Mayer hat falsch gedrückt. Das nehmen wir für das Protokoll auf.

Antrag 186 (Seite 250): Freundeskreis Asyl Karlsruhe e. V. – Erhöhung Zuschuss (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 187 (Seite 250): Freundeskreis Asyl Karlsruhe e. V. – Erhöhung Zuschuss (SPD)

Antrag 188 (Seite 250): Freundeskreis Asyl Karlsruhe e. V. – Streichung Zuschuss (AfD)

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Wir ziehen unseren Antrag zurück.

Stadtrat Zeh (SPD): Bei uns ist es auch die jährliche Erhöhung wegen des Defizits. Der Freundeskreis Asyl macht seit Jahrzehnten eine gute Arbeit direkt am Menschenrechtszentrum. Er hat ein Defizit in den letzten Jahren und um die Arbeit aufrecht zu erhalten, müsste das Defizit ausgeglichen werden. Wir bleiben bei unserem Antrag.

Der Vorsitzende: Jetzt gibt es keine Wortmeldungen mehr. Der weitestgehende Antrag ist der AfD-Antrag, nämlich den Zuschuss zu reduzieren oder zu kürzen, zu streichen. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Der Antrag 186 ist **zurückgezogen**.

Dann stelle ich zur Abstimmung den Antrag der SPD, allerdings mit der Ergänzung, dass es sich um eine jährliche Zuschusserhöhung um 5.000 Euro handelt. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Antrag 189 (Seite 250): Erhöhung Zuschuss Verein zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder e. V. (GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 190 (Seite 250): Erhöhung Zuschuss Verein zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder e. V. (Verein zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder e. V.)

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Nicht meine Lieblingszahl, aber eine, die ich in diesem Gremium schon mehrmals genannt habe: jede vierte Frau in Deutschland ist von Gewalt durch ihren Mann bzw. Exmann, durch ihren Partner bzw. Expartner betroffen und häufig sind auch Kinder involviert. Seit #MeToo wissen sehr viele oder trauen sich zum Glück sehr viele auch damit an die Öffentlichkeit, trauen sich endlich über ihre Erfahrungen zu sprechen und wissen, dass sie mit ihren Erfahrungen nicht allein sind.

Wir sind hier in einem strukturellen Problem, das die Gewalt gegen Frauen betrifft. Glücklicherweise, wenden sich diese Frauen immer mehr an die Beratungs- und Unterstützungsangebote. Vielleicht haben Sie ja auch in den letzten Wochen gerade rund um den 25. November, den Tag gegen Gewalt an Frauen, der international begangen wird, einige Kampagnen in der Stadt gesehen. Es gab auch über das Jahr verteilt immer wieder Plakataktionen, um das Bewusstsein zu steigern. Und es steigt auch, d. h. viele Frauen, viele Mädchen wenden sich an diese Stellen. Es wird auch auf dieses bundesweite Hilfstelefon hingewiesen, doch dieses bundesweite Hilfstelefon ist nur der erste Schritt. Danach unterstützt ein sehr engmaschiges, in Karlsruhe gut funktionierendes Netz an Akteurinnen vor Ort die Beratung, wenn auch in diesen Zeiten telefonisch und online, sowie die Unterbringung in den Frauenhäusern, sofern ein Platz vorhanden ist.

In Karlsruhe, wie gesagt, übernehmen diese Aufgaben sehr viele verschiedene Träger und diese sind teils angewiesen auf Spenden, auf ihre ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen und auch angewiesen auf die Überstunden der Mitarbeite*rinnen. Und wie Sie vielleicht wissen, gerade diese Beratung im sexualisierten Bereich braucht sehr viel Sensibilität, braucht Ruhe und die ist mit Überstunden und Druck teilweise nicht zu leisten oder nur schwer zu leisten. Der Schutz von Frauen und deren Kindern, die Beratung von Frauen und jungen Mädchen, denen Gewalt droht, die von Gewalt betroffen sind, die beispielsweise sexuelle Übergriffe erleben, die braucht

einfach verlässliche professionelle Strukturen. Strukturen, die in jeder Situation handlungsfähig sind und in einer Struktur, die Arbeit der Mitarbeiter*innen wertschätzen. Das tun wir, indem wir sie erstens ausreichend honorieren und nicht zweitens über die Kapazitätsgrenzen hinweg belasten. Je mehr betroffene Frauen sich also endlich trauen, Schutz zu suchen und Beratung zu nutzen, desto mehr Ressourcen benötigen diese Träger*innen. Da sind der Bund und das Land ebenso gefragt wie die Kommunen. Doch heute reden wir über den kommunalen Haushalt. Deswegen unterstützen wir GRÜNEN die Anträge des Vereins zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder und genauso auch die Anträge von Wildwasser. Gerade in Zeiten der sozialen Isolation, in Zeiten, in denen die Vorgabe lautet, zu Hause zu bleiben, möchte ich noch mal betonen, jede vierte Frau!

Das Zuhause ist leider nicht für alle von uns ein sicherer Ort.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Sehr geehrte Frau Fahringer ich bedanke mich für ihren emotionalen und ehrlichen Beitrag, denn es ist tatsächlich so, in Zeiten der Corona ist das Haus tatsächlich nicht mehr der sichere Ort. Wir sind eingesperrt und Frauen und Kinder leiden ganz besonders. Wie mein Kollege Kalmbach bereits zu Anfang des Sozialbeitrags gesagt hat, haben wir ganz spezielle Eingaben, Anträge, die wir unterstützen werden, weil wir die Schwächsten der Schwachen sehen. Auch wenn der Beitrag des Herrn Oberbürgermeisters eindringlich war, aber leider an der falschen Stelle - es hätte viel früher kommen müssen - wissen wir und machen uns Sorgen, ob dieser Haushalt tragfähig ist. Aber wir haben uns explizit in diesem Bereich des Frauen- und Kinderschutzes und auch in der Flüchtlingshilfe entschieden, etwas draufzusatteln, weil wir glauben, es ist an der richtigen Stelle und deshalb noch mal danke für diese Ausführungen, Frau Fahringer.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann bitte ich um Ihr Votum.
- Das ist eine **mehrheitliche Annahme**.

Antrag 191 (Seite 250): Wildwasser & Frauennotruf, Verein gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Frauen e. V. (GRÜNE, SPD)

Antrag 192 (Seite 250): Wildwasser & Frauennotruf, Verein gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Frauen e. V. (DIE LINKE.)

Antrag 193 (Seite 250): Wildwasser & Frauennotruf, Verein gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Frauen e. V. (Verein gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Frauen e. V.)

Da gibt es unterschiedliche Beträge. Ich fange mit dem höheren Betrag an, das ist der mit den jährlichen Zuschusssteigerungen von 53.487 Euro. Der ergibt sich aus den Anträgen der GRÜNEN, der SPD und der LINKEN.

Stadträtin Melchien (SPD): Vielleicht kurz vorneweg, die unterschiedlichen Beträge liegen daran, dass es auch unterschiedliche Anträge sind. Der letzte Punkt meint noch mal etwas anderes, einen zusätzlichen Mietkostenzuschuss. Das nur kurze Erläuterung, dass es nicht deckungsgleich ist.

Dank der sehr ausführlichen guten Begründung meiner Vorrednerin beim letzten Punkt, Frau Fahringer, kann ich es jetzt sehr kurz machen. Die Argumentation ist sehr ähnlich, gerade im Rahmen der Umsetzung der Istanbul-Konvention steht auch dieser interfraktionelle Antrag. Wir sehen hier die gestiegene Nachfrage. Der Träger hat uns glaubhaft vermittelt, dass hier eine

Ausweitung dringend geboten ist im Rahmen der Umsetzung der Istanbul-Konvention. Wir, als Haus, haben eh entschieden, dass es für uns eigentlich eine Pflichtaufgabe darstellt, hier Beratungssuchenden zu helfen. Von daher steht die Überführung in den Transferhaushalt ja noch an, wenn das rechtlich in irgendeiner Weise möglich ist. In dem Rahmen möchten wir dann auch gerne weiteren Bedarf klären, deswegen werden wir dem zweiten Punkt jetzt so nicht zustimmen. Wir denken, dass dahinter der Wunsch steht, künftig auch gänzlich dynamisiert zu werden. Das können wir teilen, aber dafür jetzt nicht noch mal 5.000 Euro extra beantragen. Deswegen werden wir nur unserem Antrag heute zustimmen, aber sicher im Rahmen der weiteren Umsetzung Bedarfe diskutieren.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Wir haben immer schon Wildwasser unterstützt in ihrem Anliegen, in ihrer wichtigen Arbeit für diese unsere Stadt Karlsruhe. Wir möchten auch, dass dies weitergeht und sehen auch die Notwendigkeit einer Erweiterung. Wir werden aber nur für 2021 zustimmen. Ich bin der Überzeugung, dass es weitergehen muss, auch mit der Erhöhung, aber wie die Perspektive ist, wie hoch es alles sein kann in den nächsten Jahren, das würde ich gern auf den nächsten Doppelhaushalt verschieben, wenn wir da eine genaue Zahl wissen.

Man kann sicher davon ausgehen, dass wir da auch in dem Doppelhaushalt was machen müssen, leider was machen müssen. Das muss man sicher so betonen. Frau Fahringer hat es ja deutlich ausgeführt. Es wäre schön, wenn man den Bereich gar nicht bräuchte, aber so ist es nun mal nicht. Wir würden auf jeden Fall für 2021 zustimmen und dann natürlich auch in Aussicht stellen, dass es in den nächsten Jahren weitergeht. Aber in welcher Höhe bleibt offen. Herr Oberbürgermeister hat ja darauf hingewiesen, wie schwierig es in den nächsten Jahren werden wird und wie Priorisierungen stattfinden müssen. Aber dies gehört sicher dazu, dass es eine Priorisierung verdient.

Der Vorsitzende: Dann sind das die weitestgehenden Anträge mit jeweils jährlich einem Aufstocken von 53.487 Euro. Die stehen zunächst jetzt zur Abstimmung. - Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**. Damit hat sich der zweite Antrag mit einem einmaligen Zuschuss erübrigt.

Jetzt rufe ich noch auf den Antrag 193, einen separaten Mietkostenzuschuss. Sie hatten darauf hingewiesen, Frau Stadträtin, dass das noch mal separat zugewiesen werden soll, den Mietkostenzuschuss noch mal um 5.344 Euro zu erhöhen. Ich bitte darum Ihr Votum. - Das ist eine **Ablehnung**.

Antrag 194 (Seite 250): Förderung des Projektes Schuldnerberatung für Senior*innen (DIE LINKE.)

Ich sehe keine Wortmeldungen, dann können wir das direkt zur Abstimmung bringen. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 195 (Seite 250): Erweiterter Förderantrag Bahnhofsmision Karlsruhe (SPD)

Antrag 196 (Seite 250): Erweiterter Förderantrag Bahnhofsmision Karlsruhe (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Ich möchte noch mal ausdrücklich darauf hinweisen, dass das von der Sozialplanung nicht befürwortet wird, weil aus unserer Sicht zusätzliche Angebote unterhalten werden, die an anderer Stelle in der Stadt ausreichend vorhanden sind. Das bringt auch noch zusätzlich den Effekt mit,

dass wir bestimmte Personengruppen an den Hauptbahnhof heranziehen, die anderswo in der Stadt eine gute Versorgung bekommen würden. Das birgt eben nicht nur die Gefahr von Doppelstrukturen, sondern auch das wir dann am Hauptbahnhof noch eine besondere Konzentration bekommen, was insgesamt dem sozialen Klima nicht immer so zuträglich ist. Nicht, weil ich etwas gegen diese Personen hätte, ganz im Gegenteil, sondern weil sie an der anderen Stelle auch besser integriert und versorgt werden könnten.

Stadträtin Moser (SPD): Die Bahnhofsmission ist ein niedrig völlig Angebot. Wahrscheinlich kennt jeder hier ihre Arbeit. Eine der Aufgaben ist natürlich auch die Vernetzung mit anderen Stellen in der Stadt, wenn gestrandete Personen oder einsame Personen hinkommen, helfen sie mit Essen und Kleidung und vermitteln weiter. Das Aufgabengebiet ist immer weitergewachsen und deswegen sehen wir eine Erhöhung für angebracht und zwar dauerhaft, also jährlich.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ja, genau das sehen wir aufgrund ihres Appells, Herr Oberbürgermeister, eben nicht zu. Wir sehen jetzt bei Corona natürlich schon eine schwierige Situation, die da sicherlich auch noch ins nächste Jahr rein wirkt, deshalb würden wir auch wirklich als Unterstützung der Bahnhofsmission, die wirklich auch, wie sie es auch gesagt haben, eine wichtige Arbeit leistet, für ein Jahr diesem Zuschuss zustimmen. Aber genau diese Problematik, die eben angesprochen wurde und immer wieder mehrfach angesprochen wurde, mit Angebotserweiterung und allem möglichen, sollten wir in den nächsten Doppelhaushalt nehmen. Damit es eine Würdigung ist für die Bahnhofsmission, werden wir heute für ein Jahr zustimmen, aber nicht für dauerhaft, denn damit gehen wir wieder in neue Verbindlichkeiten ein.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortmeldungen. Dann würde ich jetzt den Antrag der SPD dahingehend erweitern, dass es eine jährliche Zuschusssteigerung werden soll. So hatte ich Sie verstanden, Frau Stadträtin Moser. Den würde ich jetzt zur Abstimmung stellen. – Das ist eine **Ablehnung**.

Dann habe ich den Antrag so verstanden, dass wir jetzt auch noch über einen einmaligen Zuschuss über 11.000 Euro nur im Jahr 2021 entscheiden. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung. - Das ist eine **deutliche Mehrheit**.

Antrag 197 (Seite 250): Badischer Landesverein für Innere Mission, Café Relax (SPD)

Stadträtin Moser (SPD): Aufgrund unseres Zeitmangels, verzichte ich.

Der Vorsitzende: Auf den Redebeitrag oder auf den Antrag?

Stadträtin Moser (SPD): Auf den Redebeitrag.

Der Vorsitzende: Alles klar, dann können wir es direkt zur Abstimmung stellen. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 198 (Seite 250): Caritasverband Karlsruhe e. V., Kurzzeitpflege (GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE., FW|FÜR)

Hier steht bei mir jetzt einmalig 85.000 Euro. Das will ich aber noch mal kurz klären, ob das auch so verstanden wird, weil wir ja hier öfters Interpretationsprobleme hatten. Das wird bestätigt, also einmalig

Stadtrat Borner (GRÜNE): Ja, zum Zuschuss, einmalig bitte, denn wir warten ja noch auf das Konzept vom Sozialbürgermeister. Ich freue mich heute persönlich über die übergroße Mehrheit, die diesen Antrag gestellt hat und über die übrigen Fraktionen, die heute zustimmen werden. Ich freue mich auch für die Menschen und Angehörigen, dass sie auch für 2021 die Möglichkeit haben Kurzzeitpflegeplätze zu buchen. Gleichzeitig ergeht aber auch an die Stadtverwaltung die dringende Bitte, Maßnahmen zu entwickeln, die die Träger von Pflegeheimen handlungsfähig machen in Bezug auf die Einrichtung von weiteren Kurzzeitpflegeplätzen. Wie gesagt, diese Summe nur für ein Jahr.

Der Vorsitzende: Gibt es weitere Wortmeldungen? Nein, dann handelt es sich nur um einen einmaligen Zuschuss verbunden mit der Forderung hier noch eine weitergehende Konzeption vorzulegen, so habe ich das jetzt verstanden. Da bitte ich Sie jetzt um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Antrag 199 (Seite 250): Migrationszentrum, Beratungsstelle - Ausgaben streichen (AfD)

Stadtrat Zeh (SPD): Nur mal ein persönlicher Zwischenruf an die AfD-Karlsruhe Mitglieder. Sie machen sofort, wenn irgendwo das Wort Migration, Asyl, Ausländer, Migranten, Flüchtlinge sofort ihre Hand zu, Streichanträge, Streichanträge, Streichanträge. Dann wundern Sie sich wieder andererseits, dass Sie ausländerfeindlich genannt werden. Aber genau das ist bei mir die Reaktion. Jawohl, Sie sind ausländerfeindlich. Sie beweisen es ja selbst. Sie lehnen Hilfen ab, egal ob Kirchen sich da engagieren oder was anderes. Bitte überdenken Sie doch mal Ihre persönliche Position.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich habe ja in meiner Haushaltsrede bereits ausgeführt, dass wir ein Problem damit haben, dass die Empfänger dieser Leistungen durch ihre Herkunft definiert sind. Deswegen lehnen wir das ab.

Der Vorsitzende: Damit bitte ich um Ihr Votum - **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 200 (Seite 250): Traumatisierte Migranten - Betriebskostenzuschuss streichen (AfD)

Ich bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **Ablehnung**.

Antrag 201 (Seite 250): Hilfen für Flüchtlinge und Ausländer reduzieren (AfD)

Stadträtin Fenrich (AfD): Ich wollte eigentlich nur dazu sagen, es ist falsch, wenn immer behauptet wird, dass wir etwas dagegen hätten, wenn es um Ausländer geht. Was für uns...

(Zurufe)

- lassen Sie es mich doch einfach erklären, worum es uns geht –

.. die Frage ist, bringt es was? Es werden so viele Dinge angeboten von verschiedenen Organisationen, z. B. Sprachkurse. Ich nehme dieses Beispiel jetzt ganz bewusst heraus, weil ich Ihnen sagen will, da hat zum Beispiel das Mannheimer Goethe-Institut, was Sprachkurse für Geflüchtete angeht, festgestellt, und das war Ende letzten Jahres, dass diese Kurse, die angeboten werden, in den wenigsten Fällen zum Ziel führen. Bei 62 Prozent erreichen Geflüchtete dieses Sprachniveau nicht. Da kann doch keiner von Ihnen sagen, das ist alles egal, wir bieten das an, wir schmeißen Steuergelder aus. Bei uns geht es darum, wird es sinnvoll eingesetzt, denn es wird einfach nicht evaluiert. Es wird einfach gesagt, ja, schmeißen wir raus, können wir uns leisten. Nein, wir können es nicht, wir müssen jeden Antrag im Prinzip evaluieren. Bitte denken Sie einmal darüber nach.

Stadträtin Großmann (GRÜNE): Ich möchte jetzt ganz kurz darauf eingehen, wenn es um diese Sprachkurse geht, es ist mittlerweile bekannt und es wird es auch darüber nachgedacht, diese zu verändern, weil selbst viele von uns diesen Sprachtest nicht bestehen würden.

Der Vorsitzende: Wir sind uns aber einig, dass man die Sprache ohne Kurs vermutlich noch schlechter erlernt.

Dann bitte um Ihr Votum. - Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 202 (Seite 250): Wohnraumakquise (AfD)

Da gab es einen Zuruf wegen Befangenheit, sagt mir gerade Herr Dollinger. Herr Stadtrat Schmidt, erläutern Sie uns das?

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich glaube nicht, dass Leute, die direkt von der Wohnraumakquise profitieren, hier an der Debatte teilnehmen sollten.

Der Vorsitzende: Also, ich rufe alle auf, damit wir hier kein Stress haben, wer sich hier für Befangen erklärt, der sollte es jetzt tun. Ansonsten steige ich jetzt in die Abstimmung ein.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir haben ja nur begrenzte Zeit hier, aber genau das ist das Problem, sonst würden wir an viel mehr Stellen reden. Ich weiß, dass es auf Unverständnis stößt, aber es ist halt so, die Wohnraumakquise ist ja für Menschen, die Wohnraum haben, der in einem weniger guten Zustand ist, sehr bequem. Sie geben diesen an die Stadt weiter und die Stadt kümmert sich darum. Das ist für die, die das nutzen können über die Stadt, natürlich sehr gut, aber das Problem dabei ist, dass dadurch niedrigpreisige Wohnungen dem Markt entzogen werden. Das wären nämlich Wohnungen mit niedrigem Standard. Die würden für eine geringe Miete vermietet werden. Durch das Eingreifen der Stadt, werden diese Wohnungen dem Markt entzogen. Wir möchten einfach nur darauf hinweisen, dass dieser Aspekt auch zu berücksichtigen ist.

Stadträtin Melchien (SPD): Trotz aller Zeitknappheit versuche ich es Ihnen nochmals zu erklären. Wir führen hier Wohnungen den Ärmsten in unserer Stadt zu.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung. - Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte zur **Seite 250** noch mitteilen, dass wir hier die Miete der Altentagesstätte im Rahmen einer internen Leistungsverrechnung noch mal summenneutral angepasst haben.

Dann gehen wir gemeinsam auf die **Seite 254**.

Antrag 203 (Seite 254): Einrichtung einer weiteren Sozialhelfer*innenstelle (50 %) beim Tagestreff TÜR (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Gibt es da eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, dann können wir gleich in die Abstimmung gehen. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 204 (Seite 254): AWO Karlsruhe, Suchtberatung „get IN (GRÜNE, SPD, DIE LINKE.)

Hier geht es um einmalig 20.000 Euro. Ich hoffe, das stimmt so?

Stadträtin Moser (SPD): Wir würden das gerne dauerhaft haben. Aufgrund der Kürze unserer Redezeit, mache ich es auch ganz kurz. Das get IN ist eine Anlauf- und Kontaktstelle und Bestandteil des integrierten Gesamtkonzeptes. Ab Dezember wurde das get IN um den Drogenkonsumraum erweitert. Es ist eingebunden in das kommunale Suchthilfenetzwerk. Aufgrund fehlender Dynamisierung und Kostensteigerungen steigt der Anteil der AWO ständig. Deswegen bitten wir um eine Erhöhung um 20.000 Euro. Ich spreche interfraktionell.

Der Vorsitzende: Dann geht es um eine jährliche Zuschusssteigerung und 20.000 Euro institutionell und fortlaufend. Ich bitte jetzt um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Antrag 205 (Seite 254): Diakonisches Werk Karlsruhe, Zentrum für seelische Gesundheit – Wochenendöffnung (GRÜNE, SPD)

Ich soll hier darauf hinweisen, dass es sich auch um einen jährlichen Zuschuss handelt.

Stadträtin Melchien (SPD): Kurz für die Antragsteller, hier besteht eine große Lücke, an der weder Tagesstruktur noch Kontakte möglich sind, nämlich am Wochenende. Deswegen wollen wir diese Ausweitung jährlich. Sie ist sinnhaft und wurde auch in der Klausur befürwortet.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. - Das ist damit **angenommen**.

Auf der **Seite 254** wird über die erste Veränderungsliste auch noch ein Mehrertrag beim Soziallastenausgleich eingefügt. Darauf weiß ich Sie hin.

Wir kommen auf die **Seite 260**.

Antrag 206 (Seite 260): Mehr Kurzzeitpflegeplätze für Kinder mit Behinderungen und/oder chronischen Krankheiten (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.).

Kein Redebeitrag, dann bitte ich jetzt um die Abstimmung. - Das ist damit **abgelehnt**.

Ebenfalls auf der Seite 260 haben wir über die erste Veränderungsliste eine Abschlagszahlung Bundesteilhabegesetz eingepflegt von 1,7 bzw. 1,5 Millionen Euro.

Wir gehen damit auf die **Seite 262**.

Antrag 207 (Seite 262): Projektmittel Schulsozialarbeit (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Es geht darum, die Projektmittel für Schulsozialarbeit um jeweils 4000 € zu erhöhen. Es gibt keinen Redebeitrag, dann können wir hier gleich die Abstimmung gehen. Ich bitte um Ihr Votum. - Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Antrag 208 (Seite 262): Lobin e. V., Kulturküche (GRÜNE)

Antrag 209 (Seite 262): Lobin e. V., Kulturküche (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Bereits bei den letzten Haushaltsberatungen wurde über den Antrag für eine Anschubfinanzierung beraten. Damals ist der Gemeinderat leider nicht unserem Antrag gefolgt. Aber mit großem Engagement und Geschick bei der Spendeneinwerbung ist es dem Verein Lobin gelungen, die Kulturküche selbst auf die Beine zu stellen. Das Projekt Kulturküche will Menschen miteinander verbinden und einen Begegnungsort für Karlsruhe und Karlsruherinnen schaffen. Die Kulturküche hat sich mittlerweile zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Karlsruhe liebt seine Kulturküche und viele Organisationen wollen sich an dem Projekt beteiligen. Dieser Erfolg ist mittlerweile fast ein Problem, da das Team derzeit völlig überlastet ist. Der gastronomische Bereich trägt sich und hat bisher den kulturell-pädagogischen Bereich mitgetragen. Um die aktuellen Aufgaben weiterführen zu können, braucht Kulturküche eine Personalstelle. Die anstehenden Aufgaben sind vielfältig und von hohem Nutzen für die Stadtgesellschaft. Ich nenne nur einige: Koordination von Ehrenamtlichen, die eine Tagesstruktur benötigen, einsam sind oder Sprachen lernen wollen oder auch die Integration auf dem Arbeitsmarkt von Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt Probleme haben. Auch was die Akquisition von Drittmitteln anbetrifft, ist die Kulturküche sehr erfolgreich. Bereits ca. 800.000 Euro wurden für Karlsruhe eingeworben. Geben wir diesem Erfolgsmodell den Atem, den es braucht, damit sich die ehrenamtlichen Mitstreiter*innen nicht total aufreiben, denn Ehrenamt braucht das Hauptamt.

Stadtrat Huber (SPD): Mein Vorredner hat alles Wichtige und Lobenswerte über die Kulturküche schon gesagt. Wir würden hier auch unsere Linie verlassen und einer neuen institutionalisierten Förderung zustimmen. Allerdings werden wir dem Antrag der GRÜNEN folgen mit dem Beitrag von 20.000 Euro pro Jahr.

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Herr Oberbürgermeister, wir ziehen dann unseren Antrag zurück.

Der Vorsitzende: Dann ist der Antrag 209 **zurückgezogen**.

Es verbleibt der Antrag 208 der GRÜNEN, einen jährlichen Zuschuss von 20.000 Euro. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Antrag 210 (Seite 262): Lobin e. V., Erhöhung des Zuschusses für inklusive Ferienbetreuung für schwerstmehrfach behinderte Kinder (GRÜNE)

Antrag 211 (Seite 262): Lobin e. V., Erhöhung des Zuschusses für inklusive Ferienbetreuung für schwerstmehrfach behinderte Kinder (SPD)

Antrag 212 (Seite 262): Lobin e. V., Erhöhung des Zuschusses für inklusive Ferienbetreuung für schwerstmehrfach behinderte Kinder (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Da geht es in einem Antrag um 18.000 Euro, in anderen Anträgen um 15.000 Euro. Frau Stadträtin Melchien schüttelt den Kopf.

Stadträtin Melchien (SPD): Das ist ein Fehler bei uns. Es sind auch 15.000 Euro.

Der Vorsitzende: Okay. Es geht um einen jährlichen Zuschuss, gehe ich davon aus? Da nicken Sie alle wieder. So ist das.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Es geht uns auch wieder darum, dass wir alles Weitere im nächsten Doppelhaushalt beraten und diskutieren sollten. Wir würden einmalig zustimmen beim SPD-Antrag, aber eben nur einmal.

Der Vorsitzende: Dann lege ich zunächst zur Abstimmung vor, den Antrag auf eine jährliche institutionelle Erhöhung um 15.000 Euro fortlaufend und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit**.

Damit hat sich der andere Antrag **erledigt**.

Antrag 213 (Seite 262): “My City – My Place” in den Haushalt einstellen (DIE LINKE.)

Der Antrag der LINKEN ist identisch mit dem, was wir in der entsprechenden Gemeinderatsvorlage mit Finanzierungsvorbehalt Nummer 13 ausgeführt haben und was auch mit der Einrichtung einer halben Stelle verbunden ist. Redebeiträge haben wir nicht, dann stelle ich den Antrag der LINKEN hier zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Annahme**.

Antrag 214 (Seite 262): Stellen bei der Antidiskriminierungsstelle erhöhen (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich glaube, die Antidiskriminierungsstelle, da sind wir uns alle einig, leistet eine enorm wichtige Arbeit. Ich glaube, die Nachfrage nach Betreuung und Unterstützung durch die Antidiskriminierungsstelle ist leider tatsächlich gesellschaftlich nicht weniger notwendig geworden, sondern ist weiter konstant hoch. Wir erleben das Thema Diskriminierung im Alltag. Wir würden aber unseren Antrag modifizieren. Wir hatten ja eine Personalstelle drinstehen, aber damit wir wissen, über was für eine Höhe wir sprechen, würden wir einen Antrag auf 40.000 Euro Zuschuss stellen.

Der Vorsitzende: Also, der Antrag ist modifiziert. Statt einfach Stellen zu erhöhen, soll es einen zusätzlichen Zuschuss von 40.000 Euro geben. Ich kann das dann hier zur Abstimmung stellen und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 215 (Seite 262): Diakonisches Werk, Waldheim (GRÜNE)

Es geht um eine jährliche Zuschusserhöhung um 1.000 Euro. Ich sehe jetzt keine Wortmeldungen, dann können wir direkt in die Abstimmung gehen – das wird **mehrheitlich angenommen**.

Wir haben noch zwei Anträge auf der Seite, dann machen wir die Pause.

Antrag 216 (Seite 262): Beschulung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern – Ausgaben reduzieren (AfD)

Stadtrat Schnell (AfD): Entschuldigung, habe ich mich jetzt gerade vertan? Ich wollte zum Antrag 217 sprechen. Aufgrund der Antwort der Verwaltung, ziehen wir den zurück.

Der Vorsitzende: Dann hat sich vielleicht die Wortmeldung erübrigt?

Stadtrat Müller (CDU): Nur eine grundsätzliche Anmerkung zu den beiden Anträgen, 216 und 217 aber auch zu den zurückliegenden Anträgen ab 199 ff der AfD. Es ist die Stoßrichtung und die Zielrichtung eigentlich relativ klar einer rechtspopulistischen Partei, deren Vertreter hier im Gemeinderat sitzen. Die Anträge als solche – ich sage es relativ krass – sind erbärmlich in ihrer Ausgestaltung und dürfen eigentlich keinerlei Berücksichtigung finden.

Der Vorsitzende: Ich finde den Begriff „erbärmlich“ kritisch, das sage ich an der Stelle.

Ich rufe auf damit Antrag 216 und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 217 (Seite 262): Unterhaltsvorschussleistungen – Ausgaben reduzieren (AfD)

Der Antrag ist **zurückgezogen** und hat sich damit erledigt.

Damit treten wir in unsere Pause ein und sehen uns in 15 Minuten wieder, um zehn nach elf.

(Unterbrechung der Sitzung von 10:48 Uhr bis 11:10 Uhr)

Antrag 218 (Seite 266): Zuschusserhöhung Startpunkt-Projekte – AWO Karlsruhe e. V. (DIE LINKE.)

Es geht um eine einmalige Zuschusserhöhung von 9.000 Euro. Es gibt keinen Redebeitrag und wir kommen direkt zur Abstimmung. Da bitte ich um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 219 (Seite 266): Personalkostenzuschuss Kinderschutzbund e. V. (AfD)

Antrag 220 (Seite 266): Zuschuss zur Angebotsausweitung Kinderschutzbund e. V. (SPD, DIE LINKE.)

Es geht beim Antrag der AfD um die Erhöhung der Personalkosten um jährlich 32.500 Euro.

Bei DIE LINKE. geht es um einen jährlichen Zuschuss von 15.000 Euro für Workshops und Vorträge und beim Antrag der SPD geht es um die Kleiderkammer mit 10.500 Euro jährlich. Das

sind drei Anträge. Gibt es Wortmeldungen? Dann würde ich die der Reihenfolge nach so zur Abstimmung stellen.

Zuerst der Antrag mit der OZ 219 jährlich 32.500 Euro, da bitte ich Sie um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann rufe ich den Antrag der LINKE. auf, das sind jährlich 15.000 Euro für Workshops und Vorträge und bitte jetzt um Ihr Votum. – Das ist auch eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Die Abstimmung wird wiederholt und ich rufe den Antrag der LINKE. noch einmal auf, da geht es um 15.000 Euro und den Kinderschutzbund, Vorträge und so weiter und ich bitte jetzt um Ihr Votum.

(Zuruf: Jetzt hat Herr Hofmann nicht abgestimmt!)

Der Vorsitzende: Ja, der hat vorher auch schon nicht abgestimmt. Ist jetzt irgendetwas hier, der falsch wiedergegeben wird. Herr Stadtrat Cramer? Sie haben abgestimmt und doch nicht abgestimmt? Also, ich würde Sie jetzt wirklich bitten, das können wir ja nicht beliebig machen, bis es stimmt. Jetzt kommt die letzte Chance, und die Abstimmung gilt ab jetzt. – Das ist eine **knappe Ablehnung**.

Wir kommen zum SPD-Antrag geht um jährlich 10.500 Euro für die Kleiderkammer, wenn ich das richtig verstanden habe. Da bitte ich jetzt um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitlich angenommen**.

Jetzt hatte mir die Kämmerei den Vorschlag gemacht -Sie brauchen noch ein bisschen- wir werden jetzt einfach ganz kurz eine aktuelle Übersicht über die von Ihnen schon freigegebenen zusätzlichen Mittel an die Wand werfen. Vielleicht stimmt Sie das mit dem Verwaltungsvorschlag etwas versöhnlicher. Er hat Angst, dass ich es gleich konfisziere, wenn ich gleich die Zahlen sehe. Sie sehen, dass Sie jetzt schon mal so für das nächste Jahr 5,37 Millionen Euro aufgesattelt haben. Den großen Sprung auf 22 Millionen Euro verstehe ich noch nicht ganz, aber das können wir sicher erläutern – Verpflichtungsermächtigungen? Das hatten wir besprochen, alles klar. Da geht es um die Halle und die 15 Millionen, wobei wir eigentlich im Vergleich zum Verwaltungsvorschlag, ach, da hatten wir das noch gar nicht drin. Alles klar, ok. Dann bitte ich Sie vor allem auf die 5,37 Millionen Euro zu schauen und über Ihr Tun beeindruckt zu sein.

Antrag 221 (Seite 266): Zuschusserhöhung Ehe-, Familien- und Partnerschaftsberatung Karlsruhe e. V. (GRÜNE, SPD)

Antrag 222 (Seite 266): Zuschusserhöhung Ehe-, Familien- und Partnerschaftsberatung Karlsruhe e. V. (FDP)

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Weihnachten, Stress, Corona und jetzt auch noch die Ausgangsbeschränkungen, da knirscht es in manchen Partnerschaften und manchmal braucht es in den Familien das Ganze auch gar nicht, da knirscht es auch schon so. Dieses Knirschen braucht dann einen Blick von außen. Die Ehe-, Familien- und Partnerschaftsberatung bietet das seit vielen Jahren an, und zwar als einzige Trägerin professionelle Partnerschaftsberatung. Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal ist die muttersprachliche Beratung und zwar nicht nur in Deutsch, sondern auch in Englisch, französisch, russisch, spanisch, türkisch und auch in der Gebärdensprache. Das gut ausgebildete Personal wurde jetzt 2015 und 2016 fest angestellt, das begrüßen wir, die antragstellenden Fraktionen sehr. Die Tariferhöhungen und die seit 2017 nicht mehr steigenden städtischen Zuschüsse haben hier ein Defizit hervorgerufen. Das ist nicht mehr ausreichend, um mit dem Zuschuss vonseiten der Stadt die Kosten zu tragen. Deswegen schließen wir uns dem Antrag der Trägerin an. Wir bitten Sie uns zu unterstützen, wir sehen den Bedarf und ich bedanke mich jetzt schon.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Auch wir sehen hier in diesem Bereich einen deutlichen Bedarf und die Notwendigkeit im Haushalt 2020/21 einer Erhöhung zuzustimmen. Wie es dann weitergeht, in welcher Höhe und in welcher Art, das muss man dann im nächsten Doppelhaushalt sehen. Die Zahl von fünf Millionen Euro hat mich beeindruckt, Herr Oberbürgermeister. Deswegen werden wir dem einmaligen Zuschuss zustimmen und dann schauen, wie wir in dem nächsten Doppelhaushalt weitere Unterstützung geben können.

Stadtrat Jooß (FDP): Zur OZ 222: Der Lockdown erschwert die wertvolle Arbeit der Ehe-, Familien- und Partnerschaftsberatung im hohen Maß. Die Hilfe musste vermehrt umgestellt werden, um dem Besucher jeweils gerecht zu werden. Die Beratungseinrichtung verzeichnet von daher ein höheres durch Corona bedingtes Defizit. Ich betone extra Corona bedingt. Deshalb beantragen wir eine moderate Zuschusserhöhung von 5.000 Euro für 2021.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortbeiträge. Ich darf Ihnen noch mitteilen, dass uns die Antragsteller noch darauf hingewiesen haben, dass sie eine jährliche Zuschusserhöhung vorschlagen, insofern ist das der weitgehendste Antrag und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung. Ich rede über 2021 die Summe von 43.466 Euro jährlich und institutionell. Dann käme ich, falls der Antrag abgelehnt wird, zu der anderen Variante. Ich bitte jetzt um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit.**

Damit hat sich auch der FDP-Antrag **erledigt.**

Antrag 223 (Seite 266): Zuschusserhöhung Intensivhilfe Sozialdienst kath. Frauen e. V. (GRÜNE, SPD)

Antrag 224 (Seite 266): Zuschusserhöhung Intensivhilfe Sozialdienst kath. Frauen e. V. (AfD)

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Die Intensivhilfen des Sozialdienstes katholischer Frauen bieten Beratungen für Mädchen, junge Frauen, Alleinerziehende und Familien an und das schon seit zwanzig Jahren. Wie wichtig das ist, und in welchen Situationen das besonders wichtig ist, habe

ich heute schon mehrfach dargelegt. Neben den familiären und persönlichen Schwierigkeiten, steht der Verein auch bei sozialrechtlichen Seiten zur Frage. Deswegen ist aus Sicht, der antragstellenden Fraktionen, dieses Angebot einfach unverzichtbar für unsere Kommune. Auch hier steigen die Beratungszahlen, demzufolge steigen auch die Ausgaben in den letzten Jahren kontinuierlich an. Wir sind aktuell bei einem Defizit von ungefähr 140.000 Euro und wir beantragen deshalb die Anpassung der städtischen Zuschüsse.

Der Vorsitzende: Ich darf noch darauf hinweisen, dass es sich um jährliche Zuschusserhöhungen handelt, die Sie beantragen.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Es ist eine wichtige Einrichtung, es muss viel getan werden aber was ich vorhin schon gesagt habe, es bleibt bei uns für 2021.

Der Vorsitzende: Weitere Wortmeldungen habe ich jetzt nicht, dann stelle ich den weitergehenden Antrag zuerst zur Abstimmung, das ist der GRÜNE/SPD-Antrag mit einer jährlichen Zuschusserhöhung um etwa 38.000 Euro und bitte Sie um Ihr Votum. – das ist eine **Mehrheit**.

Dann hat sich der AfD-Antrag **erledigt**.

Antrag 225 (Seite 266): Einrichtung Personalstelle LSBTTIQ-Beratung Pro Familia (GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Da geht es um 17.002 Euro für die Einrichtung einer Personalstelle bei der LSBTTIQ-Beratung bei Pro Familia. Ich nehme an, dass dann auch jährlich zu verstehen ist, denn sonst macht es keinen Sinn.

Stadtrat Riebel (GRÜNE): Das wäre dann auch wieder jährlich zu verstehen. Die Pro Familia ist derzeit die einzige Anbieterin einer solchen Beratung im Raum Karlsruhe, für junge LSBTTIQ-Menschen im Regelfall bis 27 Jahre. Da die Landesförderung über das Netzwerk LSBTTIQ pro Baden-Württemberg ausläuft, würde ohne städtische Förderung ein wichtiges Beratungsangebot für diese junge Menschen wegfallen. Es geht hier also nicht um die Schaffung eines neuen Projektes, sondern darum zu verhindern, dass ein bereits etabliertes Angebot wegfällt. Wenn das Konzept Vielfalt@KA steht, soll es gerne dort mit eingebunden werden. Doch das Angebot muss jetzt weiter erhalten bleiben, denn gerade auch bei jungen Transmenschen ergeben sich vielfältige Probleme, die auch heute schon einer professionellen Begleitung bedürfen. Vor dieser Tatsache dürfen wir die Augen nicht verschließen. Deshalb haben wir GRÜNEN diesen Antrag gemeinsam mit der SPD, den LINKEN und KAL/Die PARTEI gestellt und bitten um Unterstützung.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich bitte Sie um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Antrag 226 (Seite 266): Zuschusserhöhung Eltern-Kind-Café und inklusive Mädchengruppe IN VIA e. V. (GRÜNE, DIE LINKE.)

Hier steht 14.000 Euro, da muss ich erst mal schauen, ob das auch wieder jährlich sein soll. Das ist nur einmalig, in Ordnung. Ich sehe keine Wortmeldungen dann können wir direkt in die Abstimmung gehen. Ich bitte Sie jetzt um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 227 (Seite 266): Zuschusserhöhung Kontaktstelle „Faire Pflege“ IN VIA kath. Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit e. V. (GRÜNE, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Dieser Antrag ist überfällig, den hätten wir schon längst stellen müssen. Wir sind froh, dass wir ihn jetzt stellen, es ist überfällig hier aktiv zu werden, denn es geht um kein geringes Problem. Es geht geschätzt um 1.500 bis 2.000 Frauen in Karlsruhe ohne die, die Pflege und Versorgung in Karlsruhe schlicht zusammenbrechen würde. Das muss man mal ganz realistisch sehen. Diese Frauen aus Ost-Europa sind aber zu einem großen Teil ungeschützt. Sie kennen ihre Rechte nicht und kennen sich in Deutschland oft nicht aus, sind oft sehr einsam, weil sie die deutsche Sprache am Anfang häufig nicht sprechen. Es ist auch gravierend, dass sie teilweise keine Gesundheitsversorgung haben und ungeschützt gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch sind. Dies alles erinnert an die schlimme Situation der Dienstmädchen vom Land, in Deutschland vor einhundert bis einhundertfünfzig Jahren. Diese Gruppe haben wir in Karlsruhe bislang nicht im Blick gehabt, und das wird Zeit. Faire Pflege braucht eine halbe Stelle, um Infolyer der Träger in verschiedenen Sprachen zu entwerfen, und sie an die täglich ankommenden Frauen, an den Fernbushaltestellen zu verteilen, da kommen fast jeden Tag Busse an, und dort werden die Frauen ausgetauscht. Auch brauchen wir diese halbe Stelle, um Netzwerkarbeit zu betreiben, Kontakt- und Treffmöglichkeiten anzubieten und Öffentlichkeitsarbeit in Gang zu bringen, der Pflegestützpunkt ist mit diesem Thema überfordert. Die SJB unterstützt den Antrag fachlich, lassen wir diese Frauen, die wir so dringend brauchen nicht alleine.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen, gehe aber von einem jährlichen Zuschuss aus, oder von einem einmaligen? Das muss ich jetzt noch einmal nachfragen.

Frau Stadträtin! Jährlich oder einmalig? Jährlich – gut, dann wissen wir über was wir abstimmen. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 228 (Seite 266): Projektmittel für „Kinderfreundliche Kommune“ Stellenschaffung: 1 VZW (DIE LINKE.)

Antrag 228 a (Seite 266): Projektmittel für „Kinderfreundliche Kommune“ (DIE LINKE.):

Dazu haben Sie gestern schon etwas gesagt, Herr Stadtrat Bimmerle.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich habe gestern schon etwas dazu gesagt, wir müssen den Antrag aber modifizieren, er besteht aus zwei Teilen. Im Antragspunkt OZ 228 a eine Personalstelle, da würden wir auf eine halbe Personalstelle reduzieren. Beim Antragspunkt OZ 228 b mit den 16.000 Euro jährlich, das würden wir so belassen. Wir halten weiterhin daran fest, dass es sinnvoll ist, die Verwaltung hat es im Jugendhilfeausschuss fachlich befürwortet, aber finanziell abgelehnt.

Der Vorsitzende: Dann habe ich keine weiteren Wortmeldungen. Wir stellen das in der veränderten Variante, gemeinsam zur Abstimmung, denn das bedingt sich so ein bisschen gegenseitig. Eine halbe Personalstelle und Projektmittel á 16.000 Euro und bitte Sie jetzt um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 229 (Seite 229): Zuschusserhöhung Hebammenverband e. V. (AfD)

Es geht um 23.200 Euro ist das jährlich oder einmalig? Ich muss immer kurz nachfragen, einmalig – in Ordnung. Dann stimmen jetzt darüber ab und ich bitte Sie um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 230 (Seite 266): Budgetreduzierung Hilfe für junge Menschen und Familien – Bereich UMA (AfD)

Hier geht es um ein Minus von 10.000.000 Euro. Ich möchte doch zumindest kurz klären inwieweit wir dafür auch auf Einnahmen verzichten. Herr Lenz, was bekommen wir denn bei den UMAs vom Bund/Land erstattet? Nicht, dass wir etwas streichen, was gegenfinanziert ist.

Bürgermeister Lenz: Ich sehe gerade Frau Langeneckert an, im Grunde eigentlich alles, oder?

Der Vorsitzende: Also, das wird erstattet. Sie streichen jetzt etwas aus dem Haushalt, das vom Bund erstattet wird.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Dann **ziehen** wir den Antrag **zurück**.

Der Vorsitzende: In Ordnung, vielen Dank, dann können wir weiter fortfahren.

Antrag 231 (Seite 269): Beratung von Krebskranken – Psychosoziale Beratungsstelle, Sperrvermerk: 218.000 Euro (GRÜNE, SPD, DIE LINKE.)

Antrag 232 (Seite 269): Beratung von Krebskranken – Psychosoziale Beratungsstelle, Sperrvermerk: 218.000 Euro (Bürger/Einwohner)

Da hat die Verwaltung Ihnen schon zugesagt, dass wir das so aufnehmen und mit einem Sperrvermerk versehen. Gibt es trotzdem einen Redewunsch?

Stadtrat Riebel (GRÜNE): Wenn es so aufgenommen wird, dann ist es für uns **erledigt**.

Der Vorsitzende: Das ist so aufgenommen.

Antrag 233 (Seite 269): Anlaufstelle für Menschen mit Essstörungen – Diakonische SuchthilfegGmbH (GRÜNE, SPD, DIE LINKE.)

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Das Beratungsangebot für Menschen mit Essstörungen existiert seit 2014 und wird gut angenommen. Im Antrag geht es um Präventionsangebote in diesem Bereich. Diese können trotz Anfragen in der Stadt und um im Landkreis bisher nicht bedient werden. Der Antrag ist Teil des Gesamtkonzeptes zur Weiterentwicklung der Suchtprävention.

Der Vorsitzende: Können Sie noch etwas dazu sagen, ob der Zuschuss jährlich oder einmalig sein soll?

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Jährlich.

Der Vorsitzende: Die OZ 233 steht jetzt zur Abstimmung, jährlich 9.000 Euro Zuschusserhöhung und ich bitte Sie um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitlich angenommen**.

Antrag 234 (Seite 269): Zuschuss Mobile Beratung und Prävention „Sucht im Alter“ – Diakonische Suchthilfe gGmbH (DIE LINKE.)

Es gibt keinen Wortbeitrag, dann kommen wir gleich in die Abstimmung. – Das ist **Ablehnung**.

Antrag 235 (Seite 269): Zuschusserhöhung Substitutionsbehandlung AWO Karlsruhe e. V (GRÜNE, SPD, DIE LINKE.)

Stadtrat Riebel (GRÜNE): Um die Substitutionsbehandlung in Karlsruhe auch zukünftig sicherzustellen, ist die Erhöhung der Förderung zwingend notwendig, da nur so der Personalbedarf auch in Zukunft ausreichend gedeckt werden kann. Bereits jetzt ist der Betreuungsschlüssel niedriger als empfohlen. Künftig wird der ÄrztInnen-Mangel die Lage noch weiter verschärfen. Um die Ausgangslage zu stabilisieren, beantragen wir GRÜNEN gemeinsam mit SPD und LINKEN, die Erhöhung der Förderung der AWO-Ambulanz für die Substitutionsbetreuung um 37.900 Euro. Die Bewältigung einer Sucht ist für die Betroffenen eine schwere Herausforderung, darum bitte ich Sie, die Menschen damit nicht alleine zu lassen und unseren Antrag zu unterstützen.

Stadtrat Müller (CDU): Auch wir erachten die Substitutionsbehandlung der AWO als dringendes und wichtiges Projekt. Ich habe aus der Begründung des Antrags nicht herausgehört, ob der Zuschuss mehrjährig sein soll. Falls ja, würden wir dahingehend eine Novellierung oder eine Veränderung vornehmen wollen, um es einjährig für den Haushalt 2021 einzustellen und es dann in den Haushaltsberatungen 2022/23 mitaufnehmen.

Der Vorsitzende: Der weitergehende Antrag ist der jährliche, so wie es auch beantragt ist. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung. - Das ist die **Mehrheit**.

Antrag 236 (Seite 269): Förderung Ausstiegsappartement Luis.e – Straßenprostitution (GRÜNE, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE., FW|FÜR)

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich hätte nicht gedacht, dass ich so schnell drankomme. Ich habe mir meinen frauenpolitischen Redebeitrag für jetzt aufgespart, um nicht nur optimistisch zu sein, sondern rückwirkend meine Freude darüber auszudrücken, welche hohe Priorität Hilfsstrukturen gegen Gewalt gegen Frauen für uns haben. Gewalt gegen Frauen ist ein strukturelles Problem, kein persönliches, wie meine Vorrednerin Kollegin Fahringer schon ausgedrückt hat. Eine Stärkung von Wildwasser und dem Verein zum Schutz misshandelter Frauen der Intensivhilfe katholischer Frauen ist jetzt zu Corona wichtiger denn je, wie meine Vorredner auch betont haben. Wenn ich jetzt aus frauenpolitischer Sicht auf den Haushalt schaue, bin ich mir sicher, dass wir im Hinblick auf Gender Budgeting gar nicht so schlecht abschneiden, denn hier muss man auch Anträge miteinbeziehen, die eine Verbesserung der Pflegesituation bewirken. Immerhin wird Pflege überwiegend bezahlt und unbezahlt von Frauen ermöglicht. Besonders freut mich die breite Unterstützung die jetzt schon angedeutet wird, für das Ausstiegsappartement für Menschen in der Prostitution. Eine Wohnung, und die damit verbundene Begleitung ist ein ganz wichtiger Baustein für die Öffnung eines Weges aus Armut und körperlicher/psychischer Ausbeutung. Gerade weil dieser Weg leider immer noch viel zu schwer ist, angesichts von Armut, Abhängigkeit, einem kriminellen Umfeld, vielen Sprachbarrieren, mangelnder Bildung sowie einem unsicherem Aufenthaltsstatus und einem schwierigen Zugang daraus resultieren zu medizinischer Versorgung oder Sozialleistungen. Der Wunsch dieses menschenunwürdige Arbeitsfeld zu verlassen, sollte nicht daran scheitern müssen. Darum ist eine Wohnung, die Unabhängig zur Tätigkeit der Prostitution besteht, eine ganz wichtige Hilfe.

Stadtrat Müller (CDU): Selbstverständlich halten wir diese Ausstiegsappartement-Programm von Luis.e für unterstützenswert. Wir sehen allerdings vor der Haushaltslage zunächst einmal die einjährige Einstellung für den Haushalt 2021, gleichwohl mit verbunden unter dem Vermerk eines Sperrvermerkes, bis wir diesbezüglich für dieses Projekt ein Umsetzungskonzept haben.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Gott sei Dank ist der Gedanke weg, dass Prostitution freiwillig geschieht und es sich um eine normale berufliche Ausübung handelt. Wir haben mittlerweile gelernt, dass viele Frauen aus Armutsverhältnissen kommen und dies nicht freiwillig machen. Deswegen ist für uns die Möglichkeit zu bieten, dass Frauen in erster Linie auch aussteigen können, enorm wichtig. Der eine oder andere denkt vielleicht, dass es gerade in der Corona-Pandemie nicht so problematisch ist. Aber genau dort haben die Ärmsten und Armen Schwierigkeiten, deshalb unterstützen wir diesen Antrag und hoffen auch auf Ihre Unterstützung an dieser Stelle. Prostitution ist oft Verzweiflung, und wenn wir hier einen ordentlichen Weg anbieten, mit einem Ausstieg und einem Appartement, damit ist noch nicht alles getan, es gehört Arbeit und Beratung und all die Dinge dazu. Das ist ein elementar wichtiger Beitrag in der sozialen Landschaft, den wir bisher nicht abgedeckt haben. Deswegen wird er auch speziell von uns gefördert und als Abschlussbemerkung möchte ich sagen, dass ich hier auch für die GRÜNEN spreche.

Der Vorsitzende: Frau Stadträtin Anlauf, sagen Sie noch, ob der Zuschuss jährlich oder einmalig ist.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Es geht um eine strukturelle Förderung.

Der Vorsitzende: Weitere Wortmeldungen habe ich jetzt nicht. Dann stelle ich hier unter der OZ 236 den Antrag zur Abstimmung. - Das ist eine **Mehrheit**.

Antrag 237 (Seite 269): Förderung mobile med. Versorgung Luis.e – Straßenprostitution (GRÜNE, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Ich nehme an, dass der Zuschuss auch jährlich gemeint ist. Aber Frau Stadträtin Anlauf wird uns das verraten.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Einmalig. Prostitution und mobile Versorgung ist ein Projekt, das zunächst auch ein Jahr beschränkt ist und dann evaluiert werden soll. Deswegen ist der Zuschuss einmalig gedacht. Es ist damit kein wirkliches Risiko verbunden, hier zuzustimmen. Ein großes Risiko ist es allerdings für die Prostituierten, die nicht krankenversichert sind. Gerade die Armutsprostituierten aus Osteuropa oder Afrika sind oft nicht krankenversichert und haben keine medizinische Versorgung. Das ist gerade in Corona-Zeiten für alle Beteiligten eine Katastrophe. Es ist ein Trugschluss zu denken, es würde gerade keine Prostitution stattfinden, wir haben uns da auch noch mal kundig gemacht. Das Gegenteil ist der Fall, ein Teil ist legal und ein Teil findet illegal statt.

Stadtrat Müller (CDU): Über die wichtige Notwendigkeit einer medizinischen Versorgung im Bereich der Straßenprostitution mit all dem einhergehenden Elend, darüber brauchen wir gar nicht reden, das ist unabdingbar. Vor dem Hintergrund der Antragsteller, dass man beantragt, dies für einen Einjahreshaushalt einzustellen und es dann in der Folge zu evaluieren halten wir für wichtig und richtig an dieser Stelle, sodass wir diesem Antrag unsere Zustimmung erteilen werden.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Frau Anlauf, vielleicht ist Ihnen aufgefallen, dass der letzte Antrag ohne unsere Zustimmung nicht durchgegangen wäre, nur weil Sie uns vorhin so attackiert haben, wollte ich noch mal darauf hinweisen. Dem jetzigen Antrag werden wir ebenfalls zustimmen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): In diesem Fall haben wir uns auch kundig gemacht und es ist tatsächlich sehr viel medizinische Hilfe vor Ort vorhanden. Es wurde nicht geäußert, dass eine große Notlage besteht. Wir werden deshalb dem Antrag nicht zustimmen.

Der Vorsitzende: Ich empfehle zu diesem Thema die Begründung der Landesregierung der letzten Corona-Verordnung, in der relativ breit ausgeführt wird, warum Bordelle verboten sind, aber die einzelne Straßenprostituierte ihr Recht auf die eigene Entscheidung der Intimsphäre hat und deswegen ihrem Beruf weiter nachgehen kann. Das steht völlig konträr zu ihrer sehr richtigen Analyse, die ich hier heute wahrnehme, das passt an der Stelle einfach gut. Wir kommen damit zur Abstimmung- Das ist eine große **Mehrheit**.

Antrag 238 (Seite 269): AWO Karlsruhe, Unterstützung von Schulverweigerern „Zweite Chance“ (GRÜNE, SPD, DIE LINKE.)

Stadträtin Melchien (CDU): Zum Abschluss dieses Bereiches darf ich noch mal interfraktionell begründen, warum wir diese Anträge für die AWO gestellt haben. Einmal „Zweite Chance“ ist der erste Antrag, hier sehen wir die dringende Notwendigkeit der Herausforderung

Schulverweigerer, die einfach jetzt nicht nur in Zeiten der Pandemie, sondern allgemein sehr stark zunimmt, in einem erschreckenden Maß einen Trend widerspiegelt mehr Aufmerksamkeit zu widmen. An der Stelle müssen wir handeln, gemeinsam mit dem Träger haben wir hier ein hervorragendes Angebot, das wir entsprechend erhöhen möchten, das kurz zum ersten Antrag. Zum zweiten Antrag „AWOrks“ das ist ein etabliertes Projekt, mit dem wir Langzeitarbeitslose Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen, das ist nicht mehr wegzudenken, hier wollen wir mir der Zuschusserhöhung keine Ausweitung, sondern, dass das Defizit des Trägers nicht noch weiter zunimmt und wir das so aufrecht erhalten können.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen, dann steht das jetzt zur Abstimmung. Ich darf Sie um Ihr Votum bitten. – Das ist eine **Mehrheit**.

Ich würde aber trotzdem darum bitten, dass noch einmal dargestellt wird, inwieweit die Ausdehnung dieser Platzzahl nachgewiesen ist. Da hatten wir als Sozialverwaltung unsere etwas abweichende Einschätzung.

Antrag 239 (Seite 269): Arbeits- und Beschäftigungsprojekte für Menschen mit Handicap – A-Works (GRÜNE, SPD, DIE LINKE.)

Auch da haben wir entsprechend in unserer Sozialkonferenz eher davon abgeraten. Wir kommen damit zur Abstimmung. – Das ist eine **Mehrheit**.

Wir schließen damit den Teilhaushalt Soziales und kommen zum **Teilhaushalt 5200** Bäder.

Da weise ich Sie darauf hin, auf der Seite 283 haben wir in der ersten Veränderungsliste die Verlustabdeckung Fächerbad und KBG noch aktualisiert. Dann die Benutzungsentgelte für die Inanspruchnahme der Bäder und die Saisonkarten, dann die Bereitstellung städtischer Frei- und Hallebäder für Übungsarbeit der Vereine, die einmaligen Bauunterhaltungsmittel für die Erneuerung der Rutsche im Freibad Rüppurr und für weitere technische Software-Wartung. Wir haben die Aufwendungen des Geldverkehrs im Rahmen der e-Ticket-Einführung eingepreist. Über die zweite Veränderungsliste dann die Verlustabdeckung für 2020 und die angepassten Kosten für die Badestelle in Grötzingen hier die entsprechenden Reinigungskosten.

Antrag 240: (Seite 288) Standsicherheit statt Generalsanierung – Restaurant Rheinstrandbad Rappenwört Reduzierung Gesamtaufwand auf 2 Millionen Euro (SPD)
Tagesordnungspunkt 6: Rheinstrandbad Rappenwört: Instandsetzung Restaurantgebäude (Vorlage 2020/1427)

Hier geht es darum, dass wir Ihnen vorschlagen, die kostenkontrollierte Planung über diese 5,65 Millionen Euro zur Kenntnis zu nehmen und der zuzustimmen, und uns damit noch mal zu rechtfertigen, dass wir das auch in die entsprechende Finanzplanung aufnehmen können, wie es auch in der ersten Veränderungsliste steht. Ich hoffe, ich habe es jetzt richtig wiedergegeben. In Ordnung. Damit hätte sich der Antrag der SPD denke ich erstmal erledigt, wenn wir zunächst nur mit der ersten Stufe einsteigen, vielleicht aber auch nicht, da bitte ich nun die Antragsteller mit das kurz rückzumelden. Wir machen jetzt die Antragsteller.

Stadträtin Moser (SPD): Ich gehe mit der Verwaltungsvorlage mit und sage ausdrücklich, dass ich erleichtert bin, dass jetzt ein Einsehen stattgefunden hat, denn ich habe schon im

vergangenen Gemeinderat im letzten November gesagt, dass wir nur bei den 5,6 Millionen Euro mitgehen werden, was die Standsicherheit betrifft. Insofern hat sich unser Antrag erledigt.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Wenn sich der Antrag erledigt hat, dann sage ich jetzt auch nichts weiter dazu, außer dass wir froh darüber sind und wir hinter Verwaltung stehen, diese Gebäude zu ertüchtigen, weil die wirklich für die Bevölkerung im Westen von Karlsruhe absolut eine hohe Bedeutung haben.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Meine Fraktion die Karlsruher Liste, wird der Verwaltungsvorlage zustimmen. Aber ich möchte auch gleich sagen, dass wir letztendlich auch einer Generalsanierung, die natürlich dann so um die zehn Millionen Euro höher ist, wir auch zustimmen. Es geht uns nur darum, wir können es uns als öffentliche Hand nicht erlauben, die Immobilie, um die es geht ist ein Denkmal, da nicht dem Gesetz und unserer Aufgabe genüge zu tun. Deshalb habe ich den Antrag der SPD überhaupt nicht verstanden. Wir haben da sehr wenig Spielraum, heute gehen wir dem Antrag der Verwaltung mit aber wir werden auch in Zukunft darauf achten, dass die Gesamtsanierung am Ende von der Stadt auch übernommen wird.

Stadtrat Jooß (FDP): Wir stimmen der Vorlage der Stadt zu, denn das Rappenwört ist ein Kulturdenkmal. Deswegen steht es unter Denkmalschutz und muss entsprechend saniert werden, es ist dermaßen marode, dass wir zumindest mal im Keller anfangen müssen die Sanierung dort voranzutreiben und deswegen stimmen wir der Verwaltungsvorlage zu. Denn Baden ist ein Allgemeingut, das für jeden gültig ist und von daher stimmen wir der Vorlage zu.

Stadträtin Fenrich (AfD): auch meine Fraktion wird der Instandsetzung des Restaurantgebäude zustimmen, das ist absolut notwendig. Wir sehen das als ersten Schritt und wir sind auf einem guten Weg, denn das ist ein Kleinod. Wir sind der Auffassung, das sollte erhalten bleiben, aber das wird die Zukunft dann weisen, wie sich der Haushalt dann zeigt und ob alles möglich ist, was dann noch vorgesehen wird. Danke.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Wir stimmen auch der Verwaltungsvorlage zu, denn so wie ich diese Vorlage interpretiere ermöglicht uns das sehr viel Handlungsspielraum, um entsprechend der dann festgestellten Mängel oder Möglichkeiten zu reagieren.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, wir haben es in der Veränderungsliste schon eingepreist. Wir stimmen hier dennoch über die Beschlussvorlage der Verwaltung ab, so haben wir es auch beim letzten Ausschuss vorgeschlagen. Ich will nur kurz sagen, worum es geht. Wir nehmen diese kostenkontrollierende Planung für die Instandsetzung in Höhe von 5,65 Millionen Euro zustimmend zur Kenntnis und gleichzeitig geben wir diese Mittel dann in den nächsten Jahren über Verpflichtungsermächtigungen und Teilbeiträge frei, um hier einzusteigen. Das noch mal zur Klarstellung.

Stadträtin Moser (SPD): Ich wollte nur ganz kurz zur Erklärung sagen, dass ich bei unserm Antrag leider ein Zahlendreher und Zahlenteufel eingeschlichen hat.

Der Vorsitzende: Das ändert jetzt aber nichts an der Vorlage.

Stadträtin Moser (SPD): Ich habe vorhin schon gesagt, dass wir der Verwaltungsvorlage gerne zustimmen.

Der Vorsitzende: Alles klar, gut. Wir kommen dann zur Abstimmung der Verwaltungsvorlage, die Ihnen auch als Tagesordnungspunkt 6 vorliegt und ich bitte Sie um Ihr Votum. Das ist eine breite **Zustimmung**. Herr Hock, falsch gedrückt? Also, das ist eine einstimmige Entscheidung für die Instandsetzung, ich glaube das ist ein gutes Signal.

Auf der **Seite 289** weise ich Sie darauf hin, dass in der ersten Veränderungsliste ein Betrag für die Neugestaltung der Kasse im Eingangsbereich wieder rausgenommen wurde. Sie konnten sich zu diesem nächsten Schritt noch nicht entscheiden. Ich möchte auf der **Seite 290** einfach darauf hinweisen, dass wir einen Sperrvermerk zur Parkplatzsanierung am Turmbergbad bis zum Abschluss des Kostenkontrollverfahrens, das heißt, Sie bekommen das Ganze noch mal zur Entscheidung vorgelegt.

Damit sind wir mit dem Teilhaushalt Bäder fertig und kommen zum **Teilhaushalt 6100** Stadtplanung.

Ich nehme Sie mit auf die **Seite 294**.

Antrag 241 (Seite 294): Schaffung einer Personalstelle zur Förderung gemeinwohlorientierter Wohnprojekte Stellenschaffung: LA 1 VZW, StPIA 1 VZW

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Jetzt habe ich doch mehr Zeit, als ich gedacht habe, weil ich sehr sparsam war. Zu gemeinnützigen Wohnprojekten muss ich sagen, dass sie mir sehr am Herzen liegen, weil sie einen unglaublich wertvollen Beitrag zur Schaffung von preiswerten Wohnraum leisten und auch für lebendige Stadtquartiere, weil es hier nicht um Profitinteressen geht, sondern wirklich um einen Mehrwert für die gesamte Stadtgesellschaft, etwa dadurch, dass man besonders benachteiligten Gruppen ein Angebot macht oder auch ganz neuartige Formen des Zusammenlebens und Bauen macht. Man darf auch den demografischen Mehrwert nicht vergessen, indem BürgerInnen nicht nur KonsumentInnen werden, sondern selbst aktiv ihre Stadt gestalten. Ich sehe in Karlsruhe ein sehr großes Potenzial, ich lerne fast jede Woche eine neue Gruppe von engagierten Menschen kennen, die wirklich etwas Tolles machen wollen und wenn ich dann auch in andere Städte schaue, in Baden-Württemberg, wie in Freiburg oder Tübingen, da sieht man auch wie tolle Quartiere entstehen können in dem man eben solche Gruppen beteiligt. Ich glaube da haben wir in Karlsruhe noch ein sehr großes Potenzial. Ich habe besonders im Wahlkampf wahrgenommen, dass dieses auch von GRÜNEN und SPD so gesehen wird. Es ist jetzt ganz wichtig, dass wir jetzt eine Stelle schaffen, die eine Ansprechperson ist, aber auch natürlich auch für diese Gruppen alles konzeptionell weiterentwickelt, wie kann man fördern, wie können auch die verschiedenen Ämter zusammenarbeiten? Das fehlt mir auch noch sehr. Da glaube ich, dass die vorgeschlagene Stelle, ein sehr wichtiger Bestandteil zur Förderung von Wohnprojekten ist.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Ideell unterstützen wir das, das haben Sie richtig erkannt. Das Problem ist allerdings, dass wir natürlich auf eine Vorstellung des Konzepts, wie denn dann mit Wohngemeinschaften und Baugruppen dann umgegangen und wie sie mitgenommen werden sollen warten. Wir warten schon seit über einem Jahr, es ist nun dann wieder angekündigt worden, dass uns dieses Konzept irgendwann im Januar vorgestellt wird, ich hoffe, dass das dann auch wirklich passiert. Ich glaube dann können wir entscheiden, ob wir eine Stelle brauchen, ob es eine neue Stelle ist, ob wir mehr als eine Stelle brauchen und wo diese dann angesiedelt ist.

Deswegen können wir an dieser Stelle nicht mitgehen. Wir möchten aber noch mal den eindringlichen Appell mitgeben, dass es auch wirklich mal auf die Tagesordnung kommt an dieser Stelle.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Wir wissen, dass die Volkswohnung da aktiv dabei ist. Ich glaube diese Erfahrungen sollte man durchaus auch einmal verwerten, Frau Kollegin Göttel, ich habe den Eindruck Sie bewegen sich da in einer ideologischen Blase, wenn Sie annehmen, dass da wirklich ein effektiver Beitrag für unser gravierendes Wohnraumdefizit geschaffen werden kann. Man muss das untersuchen, da gebe ich Ihnen recht, aber so idealisiert würde ich das jetzt nicht unterschreiben. Ich warte sehr gespannt ab, erstens auf die Erfahrungen der Volkswohnung, die jetzt darauf zugeht und dann auf das Konzept, da hat der Kollege Löffler recht.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Ein Konzept könnte ich unterstützen, ich sehe es als eine große Möglichkeit, dass Leute kreativ in solche Prozesse eingebunden werden. Aber dieser Reflex, dieser Mythos eine Stelle kann das alleine machen, davon sollten wir uns verabschieden. Wir sollten der Verwaltung eine Aufgabe mitgeben aber nicht ständig Stellen an dieser Stelle schaffen. Deswegen warten wir jetzt auf dieses Konzept und schauen dann weiter.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Um darauf zu reagieren, ich würde sagen, dass wir unsere Stelle unter einen Sperrvermerk stellen, weil ich einfach fest davon ausgehe, dass wir im Frühjahr dieses Konzept vorgestellt bekommen. Ich sehe auch, dass wir eine Stelle in der Stadtverwaltung brauchen. Wir können dieses Thema nicht an die Volkswohnung outsourcen, weil wir eben auch eine Kopplung zum Beispiel an das Liegenschaftsamt und die Stadtplanung brauchen, wenn wir zum Beispiel Bebauungspläne erstellen, müssen diese Bedürfnisse eben auch mitbehandelt werden, und das kann die Volkswohnung alleine definitiv nicht leisten, denn die schreibt keine Bebauungspläne. Das wollte ich hier noch einmal erwähnen und es geht mir eben auch darum, wenn wir Wohnungen bauen, wer diese baut. Hier sind Akteure denen es um den Mehrwert, und es geht und nicht um Profite. Ich würde sagen, das ist ein sehr großer Gewinn, auch wenn das nicht unsere Wohnprobleme löst. Da müssen wir natürlich auch Wohnungen die günstig sind erhalten, das ist klar.

Der Vorsitzende: Dann stelle ich jetzt den Antrag zur Abstimmung, ergänzt um den hier angefügten Sperrvermerk. Ich bitte Sie jetzt um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 242 (Seite 294): Maßnahmenpaket Milieuschutz – Südstadt, Stellenschaffung: LA 1 VZW, StPIA 1 VZW (GRÜNE, SPD)

Antrag 242 a (Seite 294): Maßnahmenpaket Milieuschutz – Südstadt (GRÜNE, SPD)

Antrag 243 (Seite 294): Maßnahmenpaket Milieuschutz – Südstadt, Stellenschaffung: LA 0,5 VZW, ZJD 0,5 VZW, AfSta 1 VZW, BOA 1 VZW (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 243 a (Seite 294): Maßnahmenpaket Milieuschutz – Südstadt (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Es geht um einen Betrag von 50.000 Euro, bei mir steht einmalig, da können Sie vielleicht noch kurz einen Hinweis geben, ob das vielleicht doch für jedes Jahr gedacht war.

Dann gibt es einen Antrag von der Karlsruher Liste, Die PARTEI und den LINKEN, da komme ich auf insgesamt drei Vollzeitstellen für das Bauordnungsamt, Amt für Stadtentwicklung und jeweils eine halbe Stelle Liegenschaftsamt und Zentraler Juristischer Dienst, ebenfalls dann aber jährlich 55.000 Euro beziehungsweise 50.000 Euro für sonstige Maßnahmen.

Vonseiten der Verwaltung haben wir uns darauf geeinigt, dass wir zusätzlich eine Projektstelle schaffen, und damit versuchen den Auftrag des Gemeinderats hier umzusetzen und uns hier zunächst erst mal von anderen Kollegen zuarbeiten lassen, wenn wir dann noch mehr bedürfen, würden wir auf Sie zu kommen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Das Thema Milieuschutz beschäftigt uns jetzt schon einige Zeit, und es ist ganz gut und richtig, dass wir das jetzt auf eine Zielgerade bringen und im Haushalt verankern. Deswegen ist es uns enorm wichtig, dass für die ergänzenden Untersuchungen, die notwendigen Sachmittel eingestellt werden. Nach Auskunft der Verwaltung sind die aber erst mal nur im nächsten Jahr notwendig. Das heißt, es sind keine durchlaufenden Posten, sondern für zusätzliche externe Untersuchungen, die eben situativ beauftragt werden. Bei den Stellen ist es so, dass wir gesehen haben, dass der Antrag der LINKEN und KAL/Die PARTEI-Fraktion an dieser Stelle deutlich differenzierter und entsprechend besser zugeordnet ist und wir unseren Antrag zugunsten dieses Antrags zurückziehen. Wie Sie das dann mit der Projektstelle eventuell vermengen, in Summe dann auf drei Personalstellen für dieses Thema zu kommen, da können Sie aus unserer Sicht gerne noch einen Vorschlag machen. Es ist klar, dass wir an dieser Stelle keine dauerhaften Stellen für den Milieuschutz in der Südstadt auf alle Ewigkeit benötigen, denn das sind Stellen die sich mit demselben Thema, der Wohnraumentwicklung, der Einwohnerzusammensetzung in anderen Stadtteilen dann auch dauerhaft beschäftigen werden, um dort frühzeitig negative Entwicklungen zu identifizieren, um dann eben mit geeigneten Instrumenten, seien es solche Satzungen oder anderen Programmen darauf reagieren zu können.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich bin sehr froh, dass meine Vorredner viele Punkte vorweggenommen haben. Wir haben im Vorfeld sehr genau geklärt, welche Aufgaben es überhaupt zu bewältigen gibt, sei es beim Bauordnungsamt oder beim Zentralen Juristischen Dienst und wir haben das absolut notwendige gestellt, was die Verwaltung uns rückgemeldet hat. Ich könnte da jetzt auch nicht sagen, welche Aufgaben wir jetzt nicht brauchen und wie es mein Vorredner gesagt hat, das sind alles Kapazitäten, die wir auch an anderer Stelle gut gebrauchen können. Ich denke dabei besonders an das Bauordnungsamt, ich denke vor allem an die koordinierende Planungsstelle, die wir im Amt für Stadtentwicklung brauchen, die auch andere Stadtteile noch sehr gut im Blick behalten können, und die wir jetzt in der Anfangsphase mehr brauchen, denn je. Deswegen auch mein großer Appell das durchzusetzen.

Wir haben im Gemeinderat auch in der Breite signalisiert, wir sehen die Problematik, das hat die Datenerhebung gezeigt, und wir sehen als Gemeinderat, wollen wir aber auch die Handlungsspielräume die wir als Kommune haben, und eine Milieuschutzsatzung ist eine davon, dass wir die auch aktiv nutzen wollen, weil wir zunehmend in der Innenstadt ein Problem haben, dass es dort Mietentwicklungen und Gentrifizierung-Entwicklungen sind, die man schnell vergisst, wenn man sich die Mietsteigerungen nur auf die gesamte Stadt hin ansieht. Wir bekommen unser Wohnungsproblem nicht in den Griff, wenn wir, wie ich vorhin schon gesagt habe, die günstigen Wohnungen nicht erhalten, weil wir eben zunehmend auch schon Gruppen haben, die den Zugang zu dem normalen Wohnungsmarkt verloren haben, von Trägern die sagen, sie bekommen ihre Leute nicht mehr aus den Programmen, auch das kostet uns Geld, wenn Frauenhausplätze nicht mehr frei werden können, weil die Frauen keinen normalen Wohnraum mehr finden, oder auch wohnungslos sind.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Auch hier bin ich jetzt ein wenig verwundert, dass man gar nicht weiß, wieviel Stellen man wirklich braucht, auch nicht konkret sagt, ob der Vorschlag der Verwaltung nicht doch ausreichend ist, sondern man sagt, viel hilft viel. Die können wir dann auch wo anders einsetzen, Bedarf ist überall in diesem Amt. Was wollen wir? Das kann ja so nicht gehen. Ich bin mit der Verwaltungsantwort durchaus einverstanden gewesen, ich höre jetzt, dass man darüber hinaus jetzt auch noch Entgegenkommen zeigt und eine Stelle sogar bewilligt, oder habe ich das falsch verstanden? Mit dem könnte die CDU-Fraktion einig gehen. Allerdings die Illusion, dass wir dann schon eine Milieuschutzsatzung haben, muss ich schon nehmen. Sie wissen alle um die Probleme dieser Satzung und die rechtlichen Voraussetzungen, Sie tun aber nach draußen so, wie wenn das alles schon gegessen wäre. Dann hat Ihnen die Verwaltung ein Angebot gemacht, wie man an das Ding herangeht, das ist alles andere als eine sichere Zusage, dass es eine Milieuschutzsatzung gibt, die dann auch anfechtungswidrig ist. Aber es steht schon in der Verwaltungsantwort, man bräuchte diese Mitarbeiterstelle auch, um den erwarteten vielen Widersprüchen gerecht zu werden, das genau sehen wir voraus, und dass sich Ihre Illusionen sich wahrscheinlich in Luft auflösen werden.

Stadtrat Zeh (SPD): Wir haben im Oktober zunächst inhaltlich über das städtische Maßnahmenpaket, das beinhaltet, dass leerstehende Häuser oder die Besitzer auch von verwahrlosten Immobilien in der Südstadt angesprochen wären und versucht wird, diese Häuser zu kaufen. Das ist der eine Teil und der andere ist tatsächlich über die soziale Erhaltungssatzung in der Südstadt, ein Vorkaufsrecht oder ähnliches bei Verkäufen zu schaffen. Es geht hier um die Umsetzung, und das ist der Unterschied Frau Göttel, es sind Aufgaben definiert klar, die Aufgaben sind im Umfang von drei Stellen, aber es ist auch die Frage wieviel die Verwaltung zusätzlich leisten kann. Ich habe zum Beispiel noch nie vom Zentralen Juristischen Dienst die Klage gehört, dass sie zu wenig Personal hätten. Wieviel Stellen muss man für die Aufgaben schaffen, das ist natürlich noch einmal ein anderer Punkt. Aber wir gehen hier erst mal mit, Herr Löffler hat es schon angedeutet, dass man zunächst mal die Verwaltung hat das Tableau von drei Stellen gesagt, und leider auch in der Antwort der Verwaltung zu unserer Vorlage steht, dass alle Stellen ausgelastet wären und keine Aufgabenverlagerung möglich ist. Von daher wären die drei Stellen möglich, deshalb ziehen wir gemeinsam mit den GRÜNEN unseren Antrag zurück und gehen auf den Antrag der LINKEN, für die Maßnahmen und Gutachten einmalig 50.000 Euro ein. Wir wollen sicherlich zunächst mal Häuser erwerben und den Aufstellungsbeschluss von 2021 schon erhalten. Letztendlich gibt es die juristische Anfechtung erst dann, wenn die Milieuschutzsatzung

tatsächlich erlassen ist. Deshalb werden sicherlich 2021 die Stellen doch noch nicht möglich sein.

Stadtrat Hock (FDP): Jetzt haben die Fraktionen ihr Anliegen vorgebracht, uns hat man in die Überlegungen nicht mit einbezogen, obwohl meine Fraktion damals auch gesagt hat, dass wir das gutheißen. Nichtsdestotrotz ist es heute, verantwortungsvoll mit dem Haushalt umzugehen, deshalb wird meine Fraktion Ihren Vorschlag, Herr Oberbürgermeister, gerne mittragen, diese eine Stelle in den Haushalt einzustellen, damit wir das, was wir auch schon beschlossen haben, auch in die Umsetzung bringen können. Deshalb, ja zu der einen Stelle, aber drei Stellen sind definitiv für diesen Haushalt, unter diesen Voraussetzungen meiner Fraktion zu viel.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Dem ist nicht viel hinzuzufügen, was meine Kollegen Hock und Pfannkuch gesagt haben. Wir alle wollen etwas erreichen, aber wir dürfen der Öffentlichkeit und den Betroffenen Bürgern doch kein Sand in die Augen streuen. Deshalb werden wir der Vorlage der Verwaltung, angesichts dieser roten Zahlen die uns präsentiert wurden, nicht zustimmen. Es ist nichts schlimmer als irgendwelche Erwartungen zu wecken, die wir nachher nicht halten können. Das treibt die Leute einfach in die Politverdrossenheit, wir wollten ehrlich sein, wir sollten auch im Haushalt ehrlich sein, und keine Sachen fordern, die hier letztlich irgendwann wieder zurückgezogen werden müssen, weil wir es nicht leisten können.

Der Vorsitzende: Das war jetzt die letzte Wortmeldung, jetzt gehen wir in die Abarbeitung die GRÜNEN und SPD haben ihren Antrag zugunsten des Antrags der KAL/Die PARTEI und der LINKE. **zurückgezogen.**

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Herr Oberbürgermeister würden Sie bitte noch einmal klarstellen, wie jetzt diese eine im Verwaltungshaushalt befindliche Stelle in Korrelation zu der Verwaltungsantwort steht, da gibt es einen Widerspruch.

Der Vorsitzende: Wir hatten uns darauf geeinigt, dass wir bezieht sich vor allem auf das Dezeranat 6 und mich, dass wir eine zusätzliche Projektstelle schaffen, das können wir auch vorübergehend machen, ohne dass wir dafür große Beschlüsse brauchen, finanzieren können wir die und dass wir damit noch mal uns personell verstärken, um dieses Thema Milieuschutz voranzubringen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ohne Haushaltsrelevanz für 2021?

Der Vorsitzende: Ja, und die würden wir natürlich, wenn Sie jetzt zusätzliche Stellen schaffen, in die Betrachtung mit hineinnehmen. Ich möchte aber auch noch mal darauf hinweisen, dass wir miteinander gestern vereinbart haben, dass alle zusätzlichen Stellen erstmal noch einen Sperrvermerk bekommen, das heißt, wenn wir Ihnen gegebenenfalls nachweisen könnten, dass wir diese Leistungsfähigkeit auch mit dem bestehenden Personal haben, würden wir Ihnen das noch mal vorlegen. Das würde dann von der Aussage abweichen, dass wir das so nicht schaffen können, aber bevor wir jetzt drei neue Stellen schaffen, würden wir vielleicht schauen, dass wir andere Dinge hintenanstellen, das müssen Sie dann aber wissen, damit Sie sich auch an anderer Stelle dann verantworten können.

Wir kommen dann zum weitestgehenden Antrag, das ist die Schaffung von drei zusätzlichen Stellen, verrechnet dann mit der einen Projektstelle die Liegenschaftsamt, Zentraler Juristischer

Dienst, Amt für Stadtentwicklung und Bauordnungsamt jeweils verstärken sollen und diesen Antrag stelle ich jetzt hier zur Abstimmung. – Das hat eine **Mehrheit**.

Dann kommt der Antrag der KAL/Die PARTEI, DIE LINKE. mit einem jährlichen Zuschuss von 55.000 Euro, doch nur einmalig? Dann kann ich die Anträge alle zusammenziehen und wir können uns auf 50.000 Euro einigen? Ich feilsche jetzt an jeder Stelle, das merken Sie. Bei den 5.000 Euro wird es nicht hängen. Einmalig 50.000 Euro für zusätzliche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Milieuschutz und das steht jetzt hier zur Abstimmung. – Das ist eine **Mehrheit**.

Antrag 244 (Seite 294): Fahrradleihsystem – Zuschuss stoppen (AfD)

Das knüpft ein bisschen an die Diskussion von gestern an. Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann bitte ich Sie jetzt um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ebenfalls auf der **Seite 294** wird über die erste Veränderungsliste ein zusätzlicher Betrag für die Umsetzung des ÖRMI-Projektes eingebracht und eine Reduzierung beim Thema Planungskosten Gasdruck-Regelstation Rudolf-Breitscheid-Straße, das zur Kenntnis.

Lfd. Nr. 16 Liste Finanzierungsvorbehalt: Einleitung der vorbereitenden Untersuchung für das Sanierungsgebiet Kaiserstraße West und Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht entlang der Kaiserstraße zwischen Marktplatz und Kaiserplatz (Vorlage 2020/0430)

Ich würde das dann zur Abstimmung stellen. Das müssten wir dann in die Haushaltsvorlage aufnehmen, das wäre eine Belastung von 50.000 Euro. Das haben Sie im Mai 2020 im Gemeinderat unter Finanzierungsvorbehalt diskutiert und das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung, mit der laufenden Nummer 16 aus diesem Konglomerat. Ich bitte jetzt um Ihr Votum. – Das müssen wir noch einmal neu abstimmen.

Es geht noch einmal um die laufende Nummer 16, der wegen Finanzierungsvorbehalt zurückgestellten Vorlagen, das geht es um die Einleitung der vorbereitenden Untersuchung für das Sanierungsgebiet Kaiserstraße West und die Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht entlang der Kaiserstraße zwischen dem Marktplatz und dem Kaiserplatz, also das Sanierungsgebiet östliche Kaiserstraße wird erweitert auf die westliche Kaiserstraße und das ist die Vorlage die Sie schon einmal diskutiert haben. Diese stelle ich jetzt zur Abstimmung. – **Mehrheitliche Ablehnung**.

Wir kommen damit auf der **Seite 297** zu einer Information in der ersten Veränderungsliste haben wir hier für das Stadtamt Durlach für die Aufwertung und Gestaltung des öffentlichen Raumes zusätzliche sogenannte IP-Mittel eingestellt.

Damit kommen wir zum **Teilhaushalt 6200** Liegenschaften.

Da nehme ich Sie mit auf die **Seite 307** in der ersten Veränderungsliste, da wurden die jeweiligen Mittel Erbbauzins summenneutral zum Teilhaushalt Schulen und laufenden Sportförderung angepasst. Wir haben hier ebenfalls in der ersten Veränderungsliste außerordentliche Erträge und außerordentliche Aufwendungen für die Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden, da haben wir versehentlich eine Position nicht eingestellt. Wir haben hier ebenfalls in der

zweiten Veränderungsliste noch einmal die Bestellung eines Erbbaurechts, da geht es um das ehemalige Loreal-Gelände, da mussten wir ebenfalls eine Anpassung vornehmen.

Antrag 245 (Seite 313): Bonusprogramm energetische Sanierung (AfD)

Da gibt es keinen Redebeitrag, dann können wir gleich in die Abstimmung gehen. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 246 (Seite 316): Fonds zum Ankauf von Grundstücken und Wohnungen (DIE LINKE.)

Ich bitt Sie auch gleich um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Auf der **Seite 320** weise ich Sie darauf hin, dass wir hier einen zusätzlichen Ertrag aus dem Verkaufserlös der Gebäude auf dem ehemaligen L'Oreal-Gelände an die Firma Pfeiffer und May über die zweite Veränderungsliste eingepreist haben. Damit hätten wir das Thema Liegenschaften hinter uns gebracht.

Ich rufe den **Teilhaushalt 6600** Tiefbau auf.

Antrag 247 (Seite 332): Umsetzung der Musterlösung des Landes BW für Fahrradstraßen (DIE LINKE.)

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Da möchte ich unseren Antrag insoweit konkretisieren, dass es sich hier um drei Straßen handelt, die wir nächstes Jahr umgesetzt sehen wollen. Das ist zum einen die Sophienstraße, da werden wir jetzt auch im Frühjahr die konkreten Planungen vorgestellt bekommen und dann könnten wir direkt loslegen und die Garten- und Bismarckstraße.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Nach dieser Konkretisierung können wir jetzt auch zustimmen, weil wir vorher das Problem hatten nicht zu wissen, wofür es überhaupt sein soll. Jetzt stimmen wir gerne zu.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Der Verwaltungsantwort ist wirklich nichts hinzuzufügen. Mehr zu machen, als nach und nach sowieso in die Hand genommen wird, ist wirklich rausgeschmissenes Geld.

Der Vorsitzende: Ich muss jetzt noch mal nachfragen, ob die Straßen nicht sowieso in der Priorität oben stehen, das kann ich jetzt im Moment nicht erfassen. Es ist ja blöd, wenn das jetzt abgelehnt wird, und wir es ohnehin vorhatten. Vielleicht kann man das jetzt noch herausbekommen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Zumindest Teile der Sophien- und Bismarckstraße sind bereits Fahrradstraßen. Die Anfrage die ich habe, es gibt rechtliche Voraussetzungen für Fahrradstraßen, werden die weiterhin geprüft? Beispielsweise in Karlsruhe-West, das ist ganz in der Nähe der Sophienstraße, wurde in der Rheinstraße ein überbreiter Radweg eingeführt. Aus unserer Sicht wird damit die rechtliche Zulässigkeit der Fahrradstraße infrage gestellt.

Der Vorsitzende: Ich habe das so verstanden, dass es hier um die Umsetzung der Musterlösung geht, bei bestehenden Fahrradstraßen und nicht um neue Fahrradstraßen, wenn ich das richtig

verstanden habe. Insofern hat sich die Antwort erledigt. Frau Stadträtin Göttel, ich glaube Sie wollten darauf hinweisen, dass es um die entsprechende Bemusterung geht. Können wir die Abstimmung kurz zurückstellen? Denn es ist im Moment aus meiner Sicht nicht mit Geld verbunden, sondern nur damit, dass wir in der Prioritätensetzung etwas hochlegen und wenn das sowieso aus unserer Sicht machbar ist, dann brauchen wir es vielleicht gar nicht. Dann springen wir jetzt weiter und klären das mal gerade und liefern das nachher noch nach.

Antrag 248 (Seite 334): Eine aktivere Parkraumbewirtschaftung realisieren (DIE LINKE.)

Das haben wir schon angekündigt, dies in die Gemeinderatssitzung im Januar zu bringen und dann auch zum ersten März mit Ihnen klären, ob Sie damit einverstanden sind. So könnten wir den Antrag verweisen, wenn Sie damit einverstanden wären. **Verwiesen** in die entsprechende Beschlussvorlage die da kommt. Sie ist fertig, es ist kein Spiel auf Zeit, Sie kommt wirklich.

Auf der **Seite 334** darf ich Ihnen noch mitteilen, dass wir auf der zweiten Veränderungsliste, die Auswirkungen über zukünftig von uns vorgesehenen Erhebung der Parkgebühren mit eingepreist, diesen Hinweis erlaube ich mir. Sie stimmen aber dem insgesamt aber erst dann mit der Vorlage der Beschlussvorlage der Verwaltung zu.

Wir springen auf die **Seite 347**, da darf ich Sie darauf hinweisen, dass wir über die erste Veränderungsliste für die Schranke Weiherhof IP-Mittel für das Stadtamt Durlach eingestellt haben.

Auf der **Seite 351** haben wir eine Veränderung vorgenommen bezüglich der Theodor-Heuss-Allee, da diese erst 2022/23 umgesetzt werden kann, haben wir hier einen Betrag herausgenommen. Das hat auch etwas damit zu tun, dass wir die Rittnertstraße vorziehen.

Auf der **Seite 353** kommen wir ebenfalls zu einer Anpassung über die erste Veränderungsliste, den Bahnhofsvorplatz Süd, da haben wir die Gesamtkosten verringert können, die ursprünglich angesetzt waren.

Auf der **Seite 360** müssen wir die Gesamtkosten erhöhen, das hat wiederum an der Stelle wieder etwas mit der Rittnertstraße zu tun, auch das ist über die erste Veränderungsliste eingepreist.

Auf der **Seite 371** haben wir zusätzliche Mittel eingestellt zur Breitbandverlegung Rheinhafen und auch Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten Jahre vorgenommen. Die sind im Planentwurf an einem anderen Teilhaushalt enthalten, die haben wir nur umgeschwicht.

Damit kommen wir zum **Teilhaushalt 6700** Gartenbau.

Antrag 249 (Seite 249): Erhöhung des Förderprogramms für Dach- und Fassadensanierung und Einbeziehung von Entsiegelungsmaßnahmen (GRÜNE)

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir würden das Programm gerne weiterführen, es ist ein sehr erfolgreiches Programm, das auch schon sehr lange besteht. Dachfassadenbegrünung gab es bisher nur für die Innenstadt, jetzt wollen wir das Ausdehnen auf weitere Stadtbezirke, dafür sind eben zusätzliche Mittel notwendig. Gleichzeitig ist es auch um die Entsiegelungsmaßnahmen im Bereich der Schottergärten erweitert, die jetzt mehr möglich sind als früher. Dafür

wollen wir 50.000 Euro beantragen, die ein relativ moderater Beitrag für diese Aufgaben sind. Ich möchte aber gleich noch zum Antrag 250 ergänzen, dann kann ich das gleich in einem Aufmarsch machen, weil es sich auch auf das Gartenbauamt bezieht.

Wir haben hier einen Antrag für die Verbesserung der Straßenbäume gestellt. Diese stehen unter einem erheblichen Stress und wir müssen wieder Straßenbäume nachpflanzen. Es gibt ein neues Gießsystem, um gerade auch die Jungbäume länger zu gießen und in einem verkürzten Zeitraum die Gießmaßnahmen durchzuführen. Dazu ist aber auch noch ein weiterer Tanklastwagen für Wasser erforderlich, damit flächendeckend in Karlsruhe diese Maßnahme durchgeführt werden kann. Das sind zwei wichtige Ziele die in beiden Anträgen, insbesondere der Klimaanpassung und der Biodiversität der Stadt sehr notwendig sind. Wir bitten deshalb um Zustimmung, für diese zwei aus ökologischer und aus Sicht der Stadtentwicklung, erforderlichen Maßnahmen.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Der Antrag zum Förderprogramm für Dach- und Fassadenbegrünung hat Sympathien bei uns, weil wir Schottergärten überhaupt nicht schön finden und die Auswirkungen für Kleinsttiere, Insekten und so weiter, da sind wir uns einig, nicht gut sind. Deswegen finden wir es auch gut, dass das bestehende Förderprogramm ausgeweitet wird, um diesen Bereich aber, Herr Oberbürgermeister, Sie haben eben gerade deutlich darauf hingewiesen, die Haushaltslage ist ernst und wir hauen hier Geld ohne Ende raus. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, und nicht wir. Insofern können wir leider einer Erhöhung der Mittel nicht zustimmen. Das gleiche gilt für den Antrag 250, das tut uns auch wirklich sehr leid, weil wir hier sehen, dass unsere Bäume sowohl im Stadtgebiet als auch in den Wäldern wirklich unter der Trockenheit leiden. Es wäre sinnvoll hier neue Stellen zu schaffen und auch neue Fahrzeuge anzuschaffen, aber wir sehen absolut keinen Spielraum, um hier diese weiteren Stellen zu schaffen und die Fahrzeuge anzuschaffen. Wir hoffen aber, dass die Verwaltung aber für die nächsten Jahre auch noch mal einen Vorschlag vorlegen kann, wie wir im Rahmen von unserem Klimaschutzpaket, die Mittel, die wir jetzt auch gemeinsam beschlossen haben, vielleicht zumindest für einen Teil für diesen Bereich vorzusehen.

Stadtrat Huber (SPD): Ich spreche jetzt explizit für Antrag 250 und 250 a, wir verstehen das An-sinnen schon, es ist uns aber auch ein bisschen unklar, warum das jetzt nicht klar aus der Verwaltung kommt, wenn der Bedarf da ist, sondern aus dem Gemeinderat. Wir würden das prinzipiell unterstützen und würden auch eine Stelle und beim Tankwagen mitgehen, allerdings unter Sperrvermerk und dass wir im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit ganz klar dargelegt bekommen, ob wir das brauchen oder nicht.

Stadtrat Hock (FDP): Ich spreche auch zu 250 und 250 a, dass es diesen Bedarf gibt, ist uns und meiner Fraktion völlig klar, da haben die GRÜNEN vollkommen recht, aber ich hätte schon erwartet, dass man vonseiten der Verwaltung auch ein Vorschlag bringt. Es ist erforderlich, die Stadtbäume leiden. Beim Forstamt wurde schon mit einem Tankwagen versucht, die neue Zucht auf die Reihe zu bekommen, indem die Bäume bewässert wurden. Das ist bei den Stadtbäumen in der Innenstadt genau dasselbe. Ich erwarte schon, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, vielleicht dazu noch einen Vorschlag machen, weil die Feuerwehr solche Tankfahrzeuge hat. Vielleicht kann man auf dieser Schiene etwas machen. Wir haben den Haushalt vor der Brust, Sie haben es selbst gesagt, dass wir finanziell schon auf Kante beziehungsweise schon weit darüber hinausgeschossen sind. Deshalb wäre es sinnvoll in diesem Bereich jetzt noch einmal einen alternativen Vorschlag zu machen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Genau diesen Antrag, dass die Feuerwehr sich an der Bewässerung beteiligt, lieber Kollege Hock, haben wir vor einem bis eineinhalb Jahren gestellt und der ist damals von der Gemeinderatsmehrheit abgelehnt worden, aus welchen Gründen auch immer. Deswegen wollen wir jetzt wieder darauf verweisen, dass die freiwillige Feuerwehr miteinbezogen werden soll, so wie es in Neureut seit Jahren Brauch ist, und das funktioniert. Es ist aber klar, wir haben in den Ausschüssen schon oft darüber gesprochen, wir brauchen diesen speziellen Bewässerungswagen und auch das Personal dazu. An der Stelle ist es kein zusätzlicher Aufwand, der entsteht nämlich jetzt schon, weil immer wieder Bäume sterben. Vor allem junge Bäume sterben, wenn man mit offenen Augen durch die Stadt geht, dann sieht man, dass immer wieder junge Bäume sterben, weil sie vertrocknen. An der Stelle kostet es jetzt zwar Geld, aber das führt dazu, dass wir nicht immer wieder nachpflanzen müssen, das heißt unterm Strich werden wir an der Stelle Geld sparen und nicht mehr Geld ausgeben. Wir unterstützen den Antrag und hoffen, dass sich dann unser Antrag am Ende erledigt.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir unterstützen explizit beide Anträge der GRÜNEN, gerade das Thema Förderprogramm Dach- und Fassadensanierung hatten wir gestern im Rahmen der Entseigelung bereits diskutiert. Ich glaube da sind die Schottergärten ein erster guter Schritt, um im Privatbereich den Weg nach vorne zu nehmen. Bei der Bewässerung der Straßenbäume sehen wir die reale Notwendigkeit, dass wir da etwas tun müssen, ob wir jetzt wollen oder nicht.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Ich möchte nur etwas ergänzen. Der Redebeitrag von Herrn Huber war für unsere Fraktion schlüssig, und wir würden dem auch so folgen. Wir wissen von der Notwendigkeit, aber uns wäre es lieber, wenn man uns von fachlicher Seite berät und wir schließen uns da Herrn Huber an.

Der Vorsitzende: Ich arbeite jetzt mal die Anträge durch. Antrag 249 ein Antrag der GRÜNEN, ich habe noch einmal im Text nachgelesen, Frau Rastätter, Sie wollen es auf 50.000 Euro jährlich erhöhen, das wären dann jährlich zusätzlich 38.000 Euro, sonst funktioniert es nicht. Diesen Antrag stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir kommen damit zur Ordnungsziffer 250, das bezieht sich jetzt bei dieser Abstimmung auf die Stellenschaffung von zwei zusätzlichen Stellen zur Bewässerung von Straßenbäumen beim Gartenbauamt. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Beim Antrag 250 a geht es um die Anschaffung eines zusätzlichen Wassertankwagens, jetzt muss ich nur schauen, der Antrag der AfD, der danach kommt, der möchte allgemein 100.000 Euro für die Bewässerung einstellen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Müsste jetzt nicht der SPD-Antrag als nächster abgestimmt werden?

Der Vorsitzende: Der mit der einen Stelle, da haben Sie recht. Eine Stelle mit Sperrvermerk war der SPD-Antrag, vielen Dank für den Hinweis. Ich stelle den jetzt zur Abstimmung. – Das sieht schwer nach einer **Mehrheit** aus.

Beim Antrag 250 a geht es um die Anschaffung eines Wassertankwagens, und ich hatte es bei Ihnen, Herr Stadtrat Dr. Schmidt, so verstanden, dass Ihre 100.000 Euro eventuell auch ein Wassertankwagen sind, oder habe ich das falsch verstanden?

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir haben es nicht spezifiziert, aber wenn der Antrag jetzt durch geht, dann würden wir unseren danach zurückziehen.

Der Vorsitzende: Der weitestgehende Antrag ist der 250 a ohne Sperrvermerk, ein zusätzlicher Wassertankwagen. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung - Das ist **eine Ablehnung**.

Dann kommt der Antrag der zusätzliche Wassertankwagen mit Sperrvermerk, ich würde dann, wenn Sie den Sperrvermerk freigeben müssen auch noch einmal vorher prüfen lassen, ob wir das nicht aus dem anderen Anschaffungsbudget der Fahrzeuge eventuell entnehmen können. Dafür können wir dann etwas anderes nicht anschaffen, insofern müssen Sie dann schon wissen was dafür auf der Strecke bleibt, die Budgets sind nicht so, dass wir einfach Geld rumliegen hätten. Antrag Wassertankwagen mit Sperrvermerk, jetzt zur Abstimmung. Ich darf Sie um Ihr Votum bitten. – Das ist eine **große Mehrheit**.

Dann hatte die AfD angekündigt, dass sie ihren Antrag zurückzieht. Ist das richtig? Gut. Damit hat sich das dann auch **erledigt**.

Auf der **Seite 379** möchte ich noch ergänzen, dass wir hier die Erträge des Lichterfestes über die erste Veränderungsliste herausgenommen haben. Bei den allgemeinen Ausgleichsmaßnahmen haben wir noch die entsprechenden Anpassungen vorgenommen.

Antrag 252 (Seite 383): Einrichtung von Trinkbrunnen im Stadtgebiet: Haushaltsmittel einstellen (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir hoffen das das Konzept zur Installation von Trinkbrunnen dann tatsächlich auch 2021 kommt, und wir würden es befürworten, falls wir den Antrag positiv verabschieden, dass wir dann Möglichkeiten zur Umschichtung haben, da es im Moment noch kein Konzept gibt, würden wir hier an der Stelle den Antrag für erledigt erklären, aber natürlich mit großer Sympathie für das Thema Umschichtung.

Der Vorsitzende: Also ist das jetzt **erledigt**, dann brauchen wir nicht abstimmen.

Ich gebe bekannt, dass auf den **Seiten 382 bis 384** über die erste Veränderungsliste zusätzliche IP-Mittel für die Ortsverwaltung Neureut für die Geräte und Maschinen und die Ausstattung der Kinderspielplätze eingepflegt wurden, ebenso für das Stadtamt Durlach barrierefreie Maßnahmen in Durlacher Grünanlagen, Errichtung und Ausstattung für Aufenthaltsorte für Jugendliche sowie Sport im Freien. Sanierungskinderspielplatz am Blumenwinkel und ebenfalls Geräte und Maschinen.

Antrag 253 (Seite 384): Ausbau von Calisthenics-Anlagen beschleunigen: Haushaltsmittel erhöhen (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich glaube das Thema haben wir inhaltlich schon ausführlich diskutiert, wir würden den Antrag modifizieren, hinsichtlich dessen, dass wir nur noch 70.000

Euro zusätzlich beantragen. Das müsste dann für eine zusätzliche Calisthenics-Anlage ausreichen.

Stadtrat Schmidt (GRÜNE): Ich spare es mit auch über die Vorteile dieser Calisthenics-Anlagen zu schwadronieren, das ist schon passiert, 70.000 ist eine gute Zahl. Da stimmen wir gerne zu.

Stadtrat Hofmann (CDU): Es ist schon komisch, ich komme mir heute vor wie auf einem Basar. Das Thema hatten wir vor ein paar Wochen im Gemeinderat erst beschlossen und wir waren uns alle einig, dass wir genau das Konzept, welches jetzt erstellt wird eben abstimmen und nicht so, wie die Leute antreten, dann entsprechend sagen, jetzt legen wir hier oder da los. Ich verstehe nicht, was in der Zwischenzeit passiert ist, wir finden Calisthenics sehr gut, das ist eine tolle Szene, wir wollen die auch weiter unterstützen, aber jetzt wieder hier schnell 70.000 Euro rauszuhauen, ist nach meiner Ansicht, der völlig falsche Weg. Es weckt nur weitere Begehrlichkeiten. Wir vertrauen hier auch auf das Konzept, das erstellt wird, das wir es dann in Karlsruhe weit umsetzen können.

Stadträtin Moser (SPD): Ich möchte mich bei den LINKEN bedanken, ich hätte auch den Antrag gestellt, auf 70.000 Euro zu reduzieren. Ich hätte aber noch eine Bitte, könnten Sie bitte die restliche Redezeit anzeigen?

Der Vorsitzende: Jetzt machen wir erst mal den Antrag fertig.

Stadtrat Hock (FDP): Calisthenics ist eine tolle Sache und auch meine Fraktion findet es richtig und gut, dass das Konzept uns auch mal vorgelegt wird. Wir haben schon frühzeitig gesagt, dass wir das gerne unterstützen. In diesem problematischen Haushaltsjahr, einem Krisenjahr, wird meine Fraktion leider nicht zustimmen können. Aber nichtsdestotrotz werden wir dieses, auf dem nächsten Doppelhaushalt auf der Tagesordnung haben und werden uns dann dafür einsetzen, wenn die Möglichkeiten da sind. Im Moment sind sie nicht gegeben, das ist faktisch so. Deshalb wird meine Fraktion diesen Antrag heute ablehnen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Meine Fraktion wird diesen Antrag aus grundsätzlichen Überlegungen unterstützen. Calisthenics-Anlagen sind wichtig, und ich denke, dass der Betrag der jetzt vom Antragsteller genannt wird, unseren Haushalt nicht zerschlägt. Wir werden am Ende sehen, wenn die Summe genannt wird, was wir gestern und heute beschlossen haben, dass sich das in einem unterem Prozentbereich, einer Veränderung oder sozusagen eine zusätzliche Summe ist. Wir werden sehen, dass wir keine Sorgen haben müssen, dass dieser Haushalt am Ende vom Regierungspräsidium nicht akzeptiert wird, aber das werden wir nachher noch mal deutlicher sehen. Von daher ist es kein Argument, wenn immer so getan wird, ach Gott ach Gott, jetzt kommen 20.000 Euro und die machen uns den Haushalt endgültig kaputt, so ist es nicht.

Der Vorsitzende: Der Haushalt ist schon kaputt aber er wird natürlich noch kaputter.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister, dass Sie meinen Vermutungen hier recht geben. Der Haushalt ist verhunzt, oder wir haben ein Erbe zu erwarten, von dem wir nichts wissen. Vielleicht haben einige Parteien irgendwo noch etwas Geld stehen. Zu diesem Thema kann ich nur dem zustimmen, was Kollege Hofmann gesagt hat. Wir haben über das Thema geredet, wir sind einheitlich der Meinung gewesen, dass es wichtig ist. Wir warten auf

das Konzept aber jetzt plötzlich aus der Reserve zu holen, weil es passt und es sich gut in der Öffentlichkeit anhört und dann noch ein bisschen mauscheln, da können wir nicht mitgehen. Wir sind hier für verlässliche Vorlagen und man muss sich einfach auf den Gemeinderat verlassen können, und auf diesem Weg wollen wir auch bleiben und können jetzt dem nicht zustimmen. Kollege Hofmann hat es auch gesagt, warum, und dem ist nichts hinzuzufügen.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich wurde noch mal darauf hingewiesen, dass zum Verständnis der Hinweis wichtig ist, dass die Summe nur für das nächste Haushaltsjahr eingetragen wird. Damals kam in der Debatte ganz deutlich heraus, dass für eine zusätzliche Calisthenics-Anlage, ein Gesamtkonzept nicht notwendig ist. Wenn wir das Konzept vorliegen haben, können wir in das dann auch entsprechend investieren.

Stadtrat Hofmann (CDU): Das ist genau das Problem, lieber Kollege Bimmerle. Wo machen wir diese eine Anlage? Es gibt mehrere Menschen die das machen wollen. Jetzt fangen wir an, irgendwo wieder eine zu bauen, der der zuerst schreit, nach dem Windhundprinzip bekommt den Zuschlag, genau das ist der falsche Weg. Wir machen hier eine Klientel-Befriedigung, nur weil der eine oder andere da ist. Es gibt so viele engagierte Gruppen, die das machen, und wir benachteiligen den, der jetzt nicht als erster geschrien hat. Das ist der falsche Weg. Wir müssen ein Konzept machen. Wir sind alle der Meinung, dass es richtig und gut ist, aber der falsche Zeitpunkt, dies jetzt einzustellen. Wir müssen warten bis das klar festgelegt ist, wie wir es machen und dann haben wir auch hier eine noch breitere Mehrheit. Es ist schon alles verhandelt und das ist in Ordnung.

Stadtrat Schmidt (GRÜNE): Nur noch mal ganz kurz, ich glaube ich habe mich da eben ein bisschen zu kurzgehalten. Es besteht doch Einigkeit, dass wir alle die Calisthenics-Anlagen gut finden. Dieses Konzept kommt im Januar und ich begreife nicht, warum wir nicht schon einmal Geld für eine Anlage einstellen können. Das ist der Unterschied zu dem was zuvor diskutiert wurde, jetzt soll es nicht über Umschichtung passieren, sondern es soll eingestellt werden, um das ein bisschen zu beschleunigen, damit die Leute sehen, dass da etwas passiert und wir uns nicht sagen lassen müssen, die reden ewig und da passiert doch nichts und dann irgendwann wird es ausgesessen. Das ist der Unterschied, die Einigkeit besteht doch, dass wir diese Anlagen gut finden. Wieso dann nicht ein bisschen früher, damit etwas schneller was passiert.

Stadträtin Moser (SPD): Ich habe ausdrücklich in dem Antrag gesagt, dass die Verwaltung priorisieren soll und wir gerne im Norden und im Westen Anlagen hätten.

Der Vorsitzende: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass in der Tat schöne Anlagen sind und dass wir die fachlich befürworten. Ich möchte noch mal wiederholen, dass ich in den nächsten Jahren überhaupt keine Möglichkeit sehe eine Calisthenics-Anlage zu bauen, wir haben solche Mühe unsere Spielplätze und alle anderen Anlagen einigermaßen in einem vernünftigen Zustand zu halten und ich sehe auch nicht, warum eine solche zusätzliche Sportart, nicht über die Landschaft der Sportvereine angemessen abgearbeitet werden kann. Ich will ausdrücklich diesem Menschenrecht auf Calisthenics-Anlagen in dieser Haushaltssituation widersprechen, dass hier immer wie selbstverständlich im Raum schwebt. Immer wenn eine neue Trendsportart auftaucht, sind wir als Stadt verpflichtet die Stadtflächen damit zu versorgen. Diesen Anspruch kann ich als Stadt nicht haben, in der Haushaltsituation in der wir gerade sind. Das noch mal als deutliches Statement von dieser Seite.

Wenn Sie uns natürlich beauftragen, und das haben Sie, ein Konzept zu entwickeln und in verschiedenen Himmelsrichtungen eine solche Anlage zu erstellen, und Sie uns auch noch das Geld zur Verfügung stellen, dann machen wir das. Sie können an der Stelle aber auch noch mal formulieren, dass die Stadt das fachlich nachvollziehen kann, dass das eine gute Sache ist. Aber Sie bauen mit der ersten Calisthenics-Anlage die Erwartung hoch, dass dann die Jahre darauf auch überall anderswo eine gebaut werden muss. Da halte ich die öffentliche Hand für etwas überfordert. Jetzt haben wir verstanden OZ 253 der Antrag der LINKEN wird dahingehend modifiziert, einmalig 70.000 Euro für eine Calisthenics-Anlage im Jahr 2021 einzustellen. Diesen Antrag stelle ich jetzt zur Abstimmung. - Das ist eine **Mehrheit**.

Jetzt war noch die Frage nach den Redezeiten, Sie können sich kurz orientieren und können gleich zu der Mittagspause mit einer Art Derivatehandel einsteigen. Vielleicht können wir damit noch eine Calisthenics-Anlage finanzieren.

Wir machen noch ganz kurz weiter. Ich rufe auf den **Teilhaushalt 6900** Friedhof und Bestattung auf.

Auf der **Seite 413** haben wir zusätzliche Mittel für das Stadtamt Durlach für Geräte und Maschinen über die erste Veränderungsliste eingestellt. Desgleichen für die Betriebs- und Geschäftsausstattung der Ortsverwaltung Neureut in diesem Bereich.

Jetzt können wir noch das Thema Fahrradstraßen klären, und gehen damit noch einmal zurück.

Antrag 247 (Seite 332): Umsetzung der Musterlösung des Landes BW für Fahrradstraßen (DIE LINKE.)

Bürgermeister Fluhrer: Bei den Fahrradstraßen sieht es so aus, dass dieser Umbau nach Musterlösung nicht ganz so trivial ist, es reicht nicht nur zu Markieren. Wir können anbieten, dass wir bei allen drei Fahrradstraßen nächste Jahr so viel wie möglich zu markieren. Bei manchen Kreuzungen wird es nicht funktionieren, da muss erst Asphalt abgefräst werden, dann braucht man neuen Asphalt und dann kommen die neue Markierung. Also Kreuzungen muss man dazu sperren, das würden wir gerne erst im nächsten Jahr machen und wenn weitere Umbauten sind, wie andere Radwege und so weiter, wird man das auch gerne nachziehen. Die einfache Markierung können wir anbieten. Wir sind mit der Planung die er mir zugesagt hat, dass wir sukzessive die Fahrradstraßen auch nach Musterlösung nachziehen, deswegen ist da auch schon Arbeitsgruppe dran und wir hätten die auch mit an die Hand genommen aber nicht so zügig.

Der Vorsitzende: Es ging darum, dass wird die Sophien-, Gartenstraße und noch eine Dritte die ich gerade nicht lesen kann, dass Sie die prioritär im nächsten Jahr angegangen haben wollen, mit dem Antrag der LINKEN, so habe ich das verstanden. Jetzt ist die Frage ob wir dazu zusätzliche Mittel brauchen, oder wir nicht akzeptieren, dass wir den Wunsch nehmen und diese drei Straßen prioritär so umsetzen, wie Sie es angedeutet haben. Es ist ein bisschen komplizierter, das könnten wir zusagen. Dann würde ich darum bitten, dass wir da so angehen. Sie bekommen das ohnehin in einem Gesamtkonzept auch noch dargestellt.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich glaube, dann passt das von unserer Seite soweit. Gibt es dagegen Widerspruch, dass wir die drei Straßen vorrangig behandeln, da sind in der Tat die Konflikte mit dem Autoverkehr zum Teil am intensivsten? Es ist keine neue Fahrradstraße, sondern die bestehenden werden auf die Musterlösung umgebaut. In Ordnung, dann können wir das damit als erledigt betrachten.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir haben jetzt auf den Widerspruch an der Stelle verzichtet, aber ich möchte noch einmal mein Appell von vorhin erneuern, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu prüfen, insbesondere durch die Markierung auf der Rheinstraße, ob damit noch die Rechtfertigung da ist, um die Sophienstraße als Fahrradstraße aufrecht zu erhalten.

Der Vorsitzende: Das können wir klären, das bekommen Sie beantwortet. Ich unterbreche die Sitzung für eine Stunde und wünsche Ihnen eine gute Mittagspause.

(Unterbrechung der Sitzung von 12:50 Uhr bis 13:52 Uhr)

Ich rufe den **Teilhaushalt 7000** Abfallwirtschaft auf.

Ich darf über die 1. Veränderungsliste bezogen auf die **Seite 423** berichten, dass wir hier die Inanspruchnahme der Gebührenrückstellungen noch eingepflegt haben, dann entsprechende vertraglich bedingte Veränderungen zum Thema Restmüllentsorgung und Bioabfallentsorgung, die Konsequenzen des Rahmenvertrags zur Anmietung der Lotusfahrzeuge und entsprechende weiter veränderte Positionen zum Umzug Daxlander Straße, Miete, Nebenkosten, Stellplätze Ausstattung, Möbel und IT, sowie ein Mehraufwand in Verbindung mit der Wertstoff- und Grüngutverwertung Dritter.

Antrag 254 (Seite 425): Durchgängiger Winterdienst auf Hauptradrouten, Stellenschaffung 5,4 VZW (DIE LINKE.)

Antrag 254 a (Seite 425): Durchgängiger Winterdienst auf Hauptradrouten: Reparaturen (DIE LINKE.)

Antrag 254 b (Seite 425): Durchgängiger Winterdienst auf Hauptradrouten: Abschreibungen (DIE LINKE.)

Antrag 254 c (Seite 425): Durchgängiger Winterdienst auf Hauptradrouten: Kauf von 3 Kleinkehrmaschinen mit Winterdienstausstattung (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Das ist ein Thema, das uns die nächste Zeit noch beschäftigen wird, wie wir das ganze Thema Winter in Gesamtkombination des Verkehrs im öffentlichen Raum gewährleisten. Wir sehen beim Radverkehr Optimierungspotential, da auch im Winterdienst weitere Schritte zu gehen sind. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Unabhängig von der Entscheidung, die wir heute treffen, müssen wir im nächsten Jahr nochmal diskutieren, ob nicht auch durch Umschichtungen oder durch Differenzierung zwischen motorisiertem Individualverkehr und Radverkehr eine Möglichkeit dafür bestehen würde.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Karlsruhe macht schon sehr viel im Winterdienst für den Radverkehr. Im Vergleich zu anderen Städten sind wir da gut. Aber trotzdem können wir immer noch besser werden. Das ist gar keine Frage. Nur, wir meinen, dass wir kein neues Personal dafür brauchen, weil es ja nur ganz wenige Tage im Jahr gibt, an denen in Karlsruhe Schnee liegt. Es wird eher weniger, dass das gebraucht wird. Insofern: Kein Personal. Aber Geld für Sachmittel ist auf jeden Fall sinnvoll angelegt. Deshalb gehen wir gerne mit.

Stadtrat Maier (CDU): Die CDU geht, wie Kollege Honné ausgeführt hat, bei den Personalmitteln nicht mit, geht aber auch beim Rest nicht mit. Vor dem Hintergrund, dass so wenige Tage Schnee hier liegt, muss das nicht wirklich sein. Bisher hat das auch schon ganz gut geklappt. Vielen Dank ans Amt.

Stadtrat Zeh (SPD): Nice to have, würde man sagen. 230 km werden auf jeden Fall geräumt. Mehr Kilometer sind sicherlich sinnvoll und sicherlich auch machbar. Aber Wege im Wald zu räumen, ist nicht ganz das Richtige, wenn es für wenige Tage ist. Deshalb auch von uns ein Nein.

Stadtrat Schnell (AfD): Wie Herr Dr. Mentrup vorhin sagte, ist der Haushalt bereits kaputt, wenn ich das richtig verstanden habe. Deshalb verbietet es sich, weitere Ausgaben zu befürworten. Sparen wollte hier keiner. Der beantragte dauerhafte Winterdienst gehört dazu. Aber auch vor dem Hintergrund des Klimawandels, der sich wie ich gestern ausführte, durch Maßnahmen in Karlsruhe nicht aufhalten lässt, ist er nicht nötig. Denn dauerhaft Eis und Schnee wird es nicht mehr geben. Es wird wärmer, ob wir es wollen oder nicht. Daher lehnen wir die Anträge ab.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Da immer mehr Forderungen in diesen Haushalt kommen, wir nicht wissen, wie wir die bezahlen sollen, und mich immer wieder überrascht, dass wir nicht über Gegenfinanzierung reden können, werden wir in diesen Antrag nicht mitgehen. Ich möchte nicht so polemisch sein wie andere. Denn wir haben das Thema Klimawandel gehabt und eigentlich müssten jetzt DIE LINKE. uns Geld geben. Wir werden uns das sparen. Das war

jetzt nicht ganz ernst gemeint. Aber angesichts der Zahlen, die mich jetzt langsam fluten, musste ich das einfach loswerden.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Herr Wenzel, vielleicht haben Sie es schon vergessen, Sie haben gestern Morgen zahlreiche Finanzierungsanträge relativ schnell abgestimmt. Da hätten Sie sich auch anders verhalten können. Aber generell werden wir unseren Antrag modifizieren und nur noch über die Investitionssumme von 450.000 Euro abstimmen lassen und uns auf die GRÜNEN-Forderung beschränken.

Der Vorsitzende: Ich habe Ihrem Antrag einmal 75.000 Euro für Reparaturen und Abschreibungen entnommen und 450.000 Euro für die drei Kleinkehrmaschinen. Dann müssten wir das getrennt machen, wenn Sie erlauben.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Ich möchte etwas zu Herrn Bimmerle erwidern: Wir haben mehrheitlich hier beschlossen, Ihre Anträge nicht abzustimmen. Eigentlich ist es in einer Demokratie so, dass man sich daranhält. Dann hätte man von sich aus reagieren können.

Der Vorsitzende: Ich rufe jetzt den Teil des LINKE.-Antrags auf, der sich mit 75.000 Euro für Reparaturen und Abschreibungen beschäftigt und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann kommen wir zu diesen drei Kleinkehrmaschinen mit Winterdienstausstattung. Ich habe hier 450.000 Euro stehen. Da bitte ich um Ihr Votum. – Auch das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Auf der **Seite 431** verweise ich noch auf eine Veränderung auf der 1. Veränderungsliste. Wir haben bei den Mehrauszahlungen Wertstoffstation Wettersbach einen Sperrvermerk angesetzt bis zum Abschluss des Kostenkontrollverfahrens. Sie kennen diese Vorgehensweise.

Wir kommen damit zum **Teilhaushalt 7200**, den Märkten, und springen auf die **Seite 445**. Dort gibt es in der 1. Veränderungsliste eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2022 für den Neubau der Zufahrt zum Großmarkt.

Und auf der **Seite 457**, da sind wir dann schon beim **Teilhaushalt 7400** Stadtentwässerung, haben wir über die 1. Veränderungsliste die Anpassung der Kosten für die Sanierung der mechanischen Reinigungsstufe Bauabschnitt 2 eingepreist.

Wir springen damit in den **Teilhaushalt 8000** Wirtschaftsförderung. Hier gibt es über die 2. Veränderungsliste auf den **Seiten 262 bis 269** eine entsprechende Modifizierung zur leitungsgebundenen Breitbandinfrastruktur. Und ebenfalls in der 2. Veränderungsliste die Darstellung der entsprechenden Zuweisung des Bunds. Sie wissen ja, dass wir in einem Bundesprogramm mit erheblicher Finanzierung durch den Bund teilnehmen.

Wir kommen auf der **Seite 464**.

Antrag 255 (Seite 464): Kürzungen bei den Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit, Werbung, Anzeigen (GRÜNE)

Antrag 256 (Seite 464): Kürzung der Aufwendungen für internationale Zusammenarbeit/India-Board (GRÜNE)

Antrag 257 (Seite 464): Kürzung bei den Aufwendungen für Expo Real und Veranstaltungen (GRÜNE)

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Ganz kurz ein paar Worte. Wir glauben, dass es sinnvoll ist, für das Jahr 2021 die Kürzungen vorzunehmen. Das wird auch weiter ein von Corona geprägtes Jahr sein, sodass einige dieser Aktivitäten auch nicht sinnvoll durchgeführt werden können. Und zum anderen glauben wir auch, dass es sinnvoll ist, dann neue Ausgaben bei der Wirtschaftsförderung zielgerichtet mit einer neuen Strategie durchzuführen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Das ist jetzt nicht wirklich signifikantes Sparen oder Gegenfinanzieren, was die GRÜNEN hier vorschlagen. Sondern man würde in einen bewährten Prozess einer Öffentlichkeitsarbeit dieser Stadt eingreifen, nur weil es den GRÜNEN nicht so schmeckt, was dort betrieben wird. Aber der Wirtschaftsförderung wollen wir jetzt nicht den Boden unter den Füßen wegziehen.

Stadtrat Marvi (SPD): Uns hat das Ganze auch nicht systematisch überzeugt. Dahinter steckt wohl der Versuch, sich irgendwie und irgendwo bei der Wirtschaftsförderung etwas rauszupicken und symbolisch zu streichen. Aber allein schon von der Signalwirkung in der Coronakrise im Bereich Wirtschaftsförderung/internationale Zusammenarbeit zu sparen, ist falsch. Wir werden es ablehnen.

Stadtrat Høyem (FDP): Liebe grüne Kollegen, dieser Antrag über die internationale Zusammenarbeit geht in die ganz falsche Richtung. Karlsruhe braucht gerade in dieser schwierigen Zeit nicht weniger, sondern mehr internationale Zusammenarbeit. Ich hoffe, dass die GRÜNEN eines Tages die Perspektive für unser internationales Karlsruhe verstehen. In einer sich rasant und dynamisch verändernden Welt, die sich zudem durch zahlreiche Unsicherheiten aus geopolitischen, technologischen, ökologischen sowie aktuell gesundheitlich globalen Krisen ergeben, brauchen wir mehr als bisher ergebnisorientierte Investitionen mit schnellen Reaktions- und Antwortzeiten, um Chancen zu nutzen und den stetig verändernden Bedürfnissen von Wirtschaft und Gesellschaft gerecht zu werden. Die bisherigen Modelle und Lösungen etwa in Form von zusätzlichem Personal oder Auslandsbüros werden langfristig Mittel in Form von hohen Fixkosten binden und hierdurch den Handlungsspielraum einengen und sind eigentlich veraltet und hierfür ungeeignet.

Für den Zielmarkt Indien sind die Mittel von jährlich 140.000 Euro bereits durch bestehende Verträge gebunden. Deshalb ist es wichtig, für andere internationale Zielmärkte andere Wege einzuschlagen. Es bietet sich deshalb an, sehr eng mit den Akteuren - bereits über viele Jahre aus Karlsruhe erfolgreich agierende weltweite Netzwerke - zusammenzuarbeiten und auf deren Erfahrungen zurückzugreifen und diese intensiv zu nutzen, anstatt neue, eigene und zudem kostenintensive Strukturen aufzubauen. So können nicht nur die Mittel, wie zum Beispiel Beraterkosten, unter anderem für den Zielmarkt Afrika, eingespart werden, sondern auch die Erfolgchancen für die regionale Wirtschaft in neue Märkte deutlich gesteigert werden.

Frau Erste Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen, in den internationalen Kontakten und der Wirtschaft entsteht kein Vakuum, wenn sich Karlsruhe nicht, wie die GRÜNEN wünschen, dynamisch und proaktiv einbringt. Dann kann ich garantieren, etabliert sich die Konkurrenz sofort. Wir brauchen nicht weniger Geld für die internationale Arbeit, sondern wir brauchen eine dynamische und zielorientierte Anwendung unserer Mittel. Liebe grünen Kollegen, Karlsruhe ist

unglaublich international auf vielen Ebenen. Wir müssen nur selber diese Internationalität erkennen. Unser Oberbürgermeister hat dies erkannt und viele andere auch. Ich freue mich, wenn die GRÜNEN, früher oder später, auch wirklich verstehen, dass wir in einer internationalen, globalen Welt leben.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Grundsätzlich müssen wir im nächsten Jahr jeden Bereich durchleuchten, wo wir Einsparpotential finden. Das ist auch grundsätzlich richtig. In diesem Fall ist der Antrag der GRÜNEN aber doch sehr beliebig herausgegriffen und vieles nicht sehr überzeugend. Deshalb werden wir das heute auch ablehnen.

Aber ich finde es dann doch interessant, liebe CDU, dass Sie vorhin im Bereich Soziales bei jeglichen 10.000 Euro gesagt haben, das können Sie heute nicht mitgehen und jetzt an der Stelle sagen Sie, das sei alles egal, was machen schon 10.000 Euro, das macht dann keinen Unterschied.

Stadträtin Lorenz (FW | FÜR): Die Debatte ist schon lustig hier. Ich möchte mal eine alte Weisheit mitgeben: Wer nicht wirbt, der stirbt. Das bewahrheitet sich immer wieder. Wir tun in Karlsruhe viel Gutes. Deswegen sollte man auch darüber reden. Ich möchte dem Kollegen noch etwas mit auf den Weg geben, jetzt abgesehen von der internationalen Werbung: Lokal unterstützen wir mit diesen Maßnahmen auch unsere Radiosender, unsere Fernsehsender, unsere Tageszeitungen und wo wir noch überall Werbung schalten für unsere Stadt. Das möchte ich doch zu bedenken geben, im Ausgleich auf die relativ geringe Summe, die hier gespart werden soll.

Der Vorsitzende: Damit kommen wir zur Abstimmung und ich stelle den Antrag 255 hier zur Abstimmung, ein Antrag der GRÜNEN, Kürzung bei Aufwendungen usw. Sie haben es ja gesehen. – Das ist eine **Mehrheit** in der **Ablehnung**.

Wir kommen damit zu Antrag 256, Internationale Zusammenarbeit/India Board entsprechend kürzen. Auch hier bitte ich um Ihr Votum. – **Abgelehnt**.

Dann folgt Antrag 257 der GRÜNEN auf Kürzung der Aufwendungen für Expo Real und Veranstaltungen. Auch hier bitte ich um Ihr Votum. – Damit ebenfalls **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 258 (Seite 464): Erstwohnsitzkampagne stoppen (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Den Antrag stellen wir jedes Jahr, in jeder Haushaltsberatung, seit die Zweitwohnungssteuer 2015 eingeführt wurde. Die Zweitwohnungssteuer ist ziemlich hoch. 10 Prozent der Miete muss zusätzlich an die Stadt bezahlt werden. Damit ist die Motivation, sich mit Erstwohnsitz in Karlsruhe anzumelden, sehr hoch, sodass wir glauben, dass man sich diese 1,5 Mio. Euro sparen kann. Wenn uns dann aber entgegen gehalten wird, wir wollen, dass sich auch die Studenten anmelden, dann muss man natürlich auch dagegenhalten, was bringt es denen jetzt großartig Geschenke zu machen, wenn sie nur kurze Zeit hier in Karlsruhe als Erstwohnsitzbürger vorhanden sein werden. Aus unserer Sicht lohnt sich das nicht. Jetzt ist es durch Beschlüsse, die wir heute schon gefällt haben, für manche Studenten schon attraktiv geworden, umsonst Straßenbahn zu fahren. Das muss man dann auch noch mit einberechnen, dass es dadurch auch noch attraktiv geworden ist, sich hier mit Erstwohnsitz anzumelden. Vor dem Hintergrund sind wir der Meinung, dass man dieses Geld für die Geschenke an die, die sich

hier mit Erstwohnsitz anmelden, wirklich sparen kann. Deshalb bitten wir darum, das zu streichen.

Der Vorsitzende: Wir kommen direkt zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich verweise auf der **Seite 464** auf Anpassungen in der 1. Veränderungsliste für ein Leasingfahrzeug, dem Cluster AEN und den Zweckverband Söllingen.

Wir kommen damit zum **Teilhaushalt 8200** Forsten. Ich springe mit Ihnen auf **Seite 474**.

Antrag 259 (Seite 474): Stellenschaffung im Forstamt für erhöhten Aufwand wegen klimabedingter Waldschäden, Baumpflege, Baumkontrolle, Stellenschaffung 1 VZW (GRÜNE)

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Jetzt nochmal ganz zum Schluss ein Antrag von uns GRÜNEN, der aber sehr wichtig ist und vor allem wichtig für den Erhalt unseres Waldes, der uns allen sehr am Herzen liegt. Wir wissen, seit der Coronakrise ist es wichtiger denn je, dass wir einen Wald haben. Aber: Er ist bedroht. Er braucht mehr Pflege, er braucht mehr Bäume, die gesund bleiben können. Die Pflege, aber auch der Erhalt und die Sicherung auf den Spaziergängen ist eine riesige Aufgabe geworden, dass der Forst mit den vorhandenen Mitteln nicht mehr zurechtkommt. Da bitten wir darum, dass wenigstens eine Stelle bewilligt wird, damit der Forst seine Aufgabe, den Wald zu erhalten und zu pflegen und die Verkehrssicherheit – das ist ein riesiges Problem - zu gewährleisten, erfüllen kann.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Uns ist die dramatische Situation im Wald durchaus bewusst. Aber auch der Haushalt befindet sich in einer dramatischen Situation. Deswegen halten wir an unserer grundsätzlichen Linie fest, keinen neuen Stellen zuzustimmen. Ich verweise daher gerne auch auf die Antwort der Verwaltung, die hier vielleicht doch eine Möglichkeit sieht, im Rahmen der zehn neuen Stellen, die für das Klimaschutzpaket geschaffen werden, eventuell etwas zu machen. Wir bitten um Prüfung, dass wir das auf diesem Weg darstellen können.

Stadtrat Hock (FDP): Liebe Renate Rastätter, das hätte ein Antrag der FDP-Fraktion sein können. Du hast vollkommen Recht. Der Wald befindet sich in einer Extremsituation. Und ja, der Haushalt der Stadt Karlsruhe befindet sich auch in einer extremsten Krisensituation, der wir natürlich mit adäquaten Antworten begegnen müssen. Das haben wir leider Gottes die letzten Tage, besser gesagt gestern und heute, nicht getan. Es werden uns irgendwann die Regierungspräsidenten ins Buch schreiben. Da bin ich felsenfest davon überzeugt. Nichtsdestotrotz sehe ich es wie Kollegin Meier-Augenstein. Man muss sagen, es ist erforderlich, dass im Bereich Forst etwas getan wird. Dort kämpfen die Männer und Frauen in den letzten Jahren mit Schäden, die wirklich auch jeder von uns, der dabei war, in Augenschein nehmen konnte. Deshalb hoffe ich und wünsche mir, dass die Stadtverwaltung das auch so sieht und eine oder zwei Stellen aus diesen zehn Stellen herausknapsen und dem Forst zur Verfügung stellen kann. Sie sind wirklich am Anschlag und sie brauchen das auch.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Wir Freien Wähler|Für Karlsruhe sehen auch die deutliche Aufforstung als wichtigste oder eine der wichtigsten Maßnahmen, was den Klimaschutz betrifft, an. Und auch den erhöhten Aufwand, der die letzten Jahre durch das Absterben der Bäume, Astbrüche und so weiter entstanden ist. Ich würde mich aber meinen beiden Vorrednern Frau

Meier-Augenstein und Herrn Hock anschließen und bitte die Verwaltung zu prüfen, ob das bei den 10 Stellen beim Klimaschutz untergebracht werden kann.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Es ist schön zu hören, dass einhellige Meinung besteht, dass wir hier ein Problem haben, das es zu lösen gilt. Aber mit der Lösung, die jetzt von einigen Kolleginnen vorgeschlagen wird, können wir ganz und gar nicht leben. Es geht beim Klimaschutzkonzept darum, dass wir unsere globale Verantwortung wahrnehmen, dass wir Klimaschutz betreiben, dass es nicht noch schlimmer wird. Bei diesem Antrag geht es darum das auszumerzen, was wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten schon verursacht haben. Da geht es ganz klassisch auch um Klimaanpassung. Und es ist eben nicht die Umsetzung der Klimaanpassungsstrategie, die wir als Stadt Karlsruhe vereinbart haben. Diese Stellen sind für den Klimaschutz vorgesehen und eben nicht für die Klimaanpassungsstrategie. Und wenn da der Bedarf gesehen wird, dann muss dies auch explizit mit separaten Mitteln und Stellen unterlegt werden.

Der Vorsitzende: Ich stelle damit den Antrag hier zur Abstimmung. – Der bekommt damit eine **Mehrheit**.

Wir kommen auf derselben Seite nochmal zu einer Information, dass wir den Betriebskostenzuschuss für das Naturschutzzentrum Rappenwört über die 1. Veränderungsliste den aktuellen tariflichen Lohnsteigerungen angepasst haben.

Wir kommen damit zum **Teilhaushalt 8800** Hochbau- und Gebäudewirtschaft und ich gehe mit Ihnen auf die **Seite 483**. Ich teile Ihnen mit, dass wir zu der Anmietung der Flächen Hebelstraße 21 und Lammstraße 9 - 11 sowie Ernst-Frey-Straße 10, die anteilige Kostenübernahme der Innenraumsanierung der Hardtwaldschule Neureut, der Bauunterhaltung Bewirtschaftung neuer Liegenschaften noch Mittelveränderungen in der 1. Veränderungsliste vorgenommen sowie ein Sperrvermerk eingeflochten haben bei den vorbereitenden Maßnahmen zur Interimsnutzung des Rathauses West, bis zum Abschluss eines Kostenkontrollverfahrens. Ebenfalls auf der Seite 483, 1. Veränderungsliste Bauunterhaltung für das Schulprovisorium in der Ernst-Frey-Straße, 2. Veränderungsliste Anmietung Im Mittelfeld 1 für Verwaltungsflächen des Gartenbauamtes.

Damit kommen wir auf die Seite **489**.

Antrag 260 (Seite 289): Öffentliche Toiletten kostenlos nutzen. (AfD)

Der Vorsitzende: Kein Redebedarf?

Stadtrat Schnell (AfD): Non olet.

Der Vorsitzende: Damit kommen wir zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ebenfalls auf der **Seite 489** haben wir über die 1. Veränderungsliste die entsprechenden Mieten für die Toilettenanlage Hirschbrücke und die neue Toilettenanlagen Gutenbergplatz, Nottinghamanlage, Marktplatz eingefügt.

Auf der **Seite 491** wartet der nächste Antrag.

Antrag Nr. 261 (Seite 491): KMK Zuschüsse für Veranstaltungen (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Da geht es einfach darum, dass wir aufgrund der Corona-Situation davon ausgehen, dass dieses Geld nicht gebraucht wird.

Der Vorsitzende: Ich habe ZKM gesagt. Ich meinte allerdings KMK. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und komme gleich zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich verweise auf die 1. Veränderungsliste und entsprechende Veränderungen bezogen auf das Stadtamt Durlach und die dortigen IP-Mittel für die Ausstattung des Hauses der Vereine, flächendeckendes WLAN, KA-WLAN im Kerngebiet von Durlach. Dann IT-moderne Schule, entsprechende Baukostenzuschüsse an die Stadtwerke für die Ausweitung des Glasfasernetzes. Hier auch eine Veränderung in der 2. Veränderungsliste. Und nochmal 1. Veränderungsliste: Erhöhung der Mittel für die Vorplanung zukünftiger Investitionsmaßnahmen.

Antrag 262 (Seite 503): Öffentliche Toiletten ausbauen: Haushaltsmittel erhöhen (DIE LINKE.)

Ich darf darauf hinweisen, dass wir da auch in der 1. Veränderungsliste etwas vorgenommen haben, eine Million zusätzlich zu diesem Zweck in den Haushalt eingestellt haben.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Da hat sich unser Antrag an der Stelle **erledigt**.

Der Vorsitzende: Auf der **Seite 505** haben wir in der 1. Veränderungsliste einen Sammelansatz Einbau elektrischer Lautsprecher und Alarmierungsanlagen in Schulgebäuden nochmal modifiziert.

Antrag 263 (Seite 509): Modernisierung Verwaltungsbau Helmholtzstraße 1 für Stadtjugendausschuss in 2021 beginnen (GRÜNE, SPD)

Antrag 264 (Seite 509): Modernisierung Verwaltungsbau Helmholtzstraße 1 für Stadtjugendausschuss in 2021 beginnen (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 265 (Seite 509): Modernisierung Verwaltungsbau Helmholtzstraße 1 für Stadtjugendausschuss in 2021 beginnen (Stadtjugendausschuss e. V.)

Antrag 266 (Seite 509): Bauvorhaben bereits im Jahr 2021 beginnen: Verwaltungsgebäude Kochstraße 7 (GRÜNE, SPD)

Wir könnten die drei Anträge gemeinsam aufrufen. GRÜNE und SPD haben darüber hinaus nochmal für die Kochstraße 7 ebenfalls 200.000 Euro begehrt und entsprechende Mehrkosten für die Nachfolgejahre. Wir können es gemeinsam diskutieren oder auch getrennt, das überlasse ich Ihnen.

Stadträtin Bischoff (GRÜNE): Ich würde den Antrag als Anlass nehmen, zu den letzten noch offenen Anträgen im Bereich Hochbau- und Gebäudewirtschaft zu reden. Wir wissen, wer Klimaschutz wirklich ernst nimmt, kommt um Gebäudesanierung und Modernisierungsmaßnahmen einfach nicht herum. Ich denke, wir können uns alle einig sein, dass genau hier eine große Möglichkeit besteht, von städtischer Seite einen richtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Das ist einfach eine der zentralen Stellschrauben, die wir hier haben. Über den Klimaschutz hinaus haben entsprechende Investitionen für die soziale Seite, besonders für die Schulen und Kindergärten, eine wichtige Bedeutung. Uns war es deshalb wichtig, dass wir aus allen Bereichen des

städtischen Gebäudebestands Projekte aufnehmen, die unserer Meinung nach nicht weiter aufgeschoben werden können.

Dazu zählen unter anderem das Verwaltungsgebäude des Stadtjugendausschusses, das dringend modernisiert werden muss, genauso wie die Gymnastikhalle der Leopoldschule und bei Neubauten die Dreifeldsporthalle in Oberreut, die schon ziemlich lange in der Planung steht und wo es wirklich wichtig wäre, dass es auch zu einer Umsetzung kommen würde. Bei dem Dachgeschoss der Dragonerkaserne für das Badische Konservatorium sind wir der Auffassung, dass alle Baumaßnahmen in einem Zug abgefertigt werden sollten, dass nicht zu einem späteren Zeitpunkt, wenn dann die Sanierung des Dachgeschosses aussteht, eventuell noch zusätzliche Kosten dadurch verursacht werden.

Auch der Neubau der Kita Ringelberghohl ist uns ein wichtiges Anliegen. Dazu möchte ich auch nochmal sagen: Das ist ein Projekt, das sich ziemlich lange zieht und der Bedarf ist auch weiter da. Es sind auch schon nicht unerhebliche Mittel in die Planung eingeflossen. Uns ist einfach wichtig, dass das Projekt sobald wie möglich umgesetzt wird. Es wurde schon ausgeführt, dass die Planung wieder neu aufgenommen werden musste. Uns wäre es daher wichtig, dass wir zu diesem Haushalt einer kostenkontrollierten Planung die entsprechenden finanziellen Mittel einstellen, dass wir dann wirklich 2022 mit der Umsetzung des Projekts beginnen können. Hier geht es nicht nur um die Kitaplätze, von denen in Grötzingen wirklich Bedarf ist, sondern auch darum, dass die Sanierung der Kindertagesstätte Kegelsgrund, die jetzt auch schon länger aussteht, auf diesen Neubau angewiesen ist.

Deswegen sind das die Projekte, die wir aufgeführt haben und die nach unserer Meinung in den kommenden Jahren auf jeden Fall umgesetzt werden müssten.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Es steht außer Frage, dass wir für die Geschäftsstelle des Stadtjugendausschusses neue Räume benötigen, weil durch die Aufgabenvielfalt der letzten Jahre und auch durch den Bedarf der Jugendverbände Handlungsbedarf besteht. Insofern tragen wir es grundsätzlich mit, dass wir hier etwas tun. Jetzt hat auf der einen Seite der Stadtjugendausschuss von sich aus signalisiert, dass er bereit ist, das Vorhaben ins Jahr 2022 zu verschieben. Deswegen werden wir diese Anträge heute auch ablehnen. Wir sehen keine Notwendigkeit, wenn sogar die beteiligten oder betroffenen Personen bereit sind, nach 2022 zu verschieben, dass wir jetzt zwanghaft schon 2021 Haushaltsmittel einstellen müssen.

Darüber hinaus stellt sich meiner Fraktion die Frage: Der Aufwand für die Modernisierung des Verwaltungsgebäudes Helmholtzstraße 1 ist gigantisch. Das Volumen und auch das, was tatsächlich getan werden muss. Gäbe es nicht eine andere Möglichkeit für die Geschäftsstelle des Jugendausschusses im Innenstadtbereich? Vielleicht könnten wir die Zeit zur Überbrückung dann auch noch nutzen, um die ein oder andere Immobilie zu prüfen, ob es andere kostengünstigere Möglichkeiten gibt. Für heute lehnen wir die Anträge ab. Wir bitten die Verwaltung nochmal um eine detailliertere Prüfung weitergehender Möglichkeiten.

Stadträtin Moser (SPD): Ich möchte etwas ausführlicher zu diesem Punkt Stellung nehmen. Der Stadtjugendausschuss ist seit Jahrzehnten Dachverband der Karlsruher Jugendverbände und Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit und übernimmt bei letztem die Aufgaben der Stadt. Die hervorragende Arbeit wird im Gemeinderat sehr geschätzt, so wie ich das einschätze. Die Geschäftsstelle des Stadtjugendausschusses bekam durch Aufgabenzuwächse in den letzten

Jahren immer mehr Personal, unter anderem bei Fachstellen oder Fachbereichsleitungen. Dieses Wachstum erklärt sich daraus, dass neue Arbeitsbereiche, beispielsweise zur Schulkindbetreuung, Armutsbekämpfung oder Beteiligung hinzukamen, mit denen der Stadtjugendausschuss beauftragt wurde. Das Anne-Frank-Haus ist traditionell das Haus der Jugendverbände und stellt für diese Gruppenräume zur Verfügung und bietet selbst Angebote an.

Die verbandlich und frei organisierte Jugendarbeit ist durch den Personalzuwachs enorm eingeschränkt. Aktuell stehen für die verbandliche Jugendarbeit nur drei Gruppenräume zur Verfügung und der Saal ist viel zu wenig. Die Räumlichkeiten im Anne-Frank-Haus reichen weder für den Stadtjugendausschuss noch für die Jugendverbände aus. Die Räume in der Helmholtzstraße sind hervorragend für die Arbeit des Stadtjugendausschusses geeignet und würden Platz für alle Mitarbeitende in der Geschäftsstelle bieten. Wir möchten die entsprechenden Mittel im Haushalt 2021 aufnehmen, da erfahrungsgemäß eine Zeitverzögerung immer höhere Kosten nach sich zieht. Dann stände auch das Anne-Frank-Haus für die Arbeit der Jugendverbände wieder zur Verfügung.

Stadtrat Wenzel (FW | FÜR): Was Frau Bischoff und auch Frau Moser ausgeführt haben, ist richtig. Wenn ich aber die Antwort der Verwaltung lese, glaube ich nicht, wenn wir heute dem zustimmen, dass das im Jahr 2021 überhaupt realisierbar ist. Und deshalb wäre es unehrlich, dem jetzt hier zuzustimmen, wenn die Verwaltung sagt, es kommt und es wird kommen. Deshalb können wir heute nicht zustimmen. Es ist ein Hilferuf in der Antwort der Verwaltung: Wir schaffen es nicht, und auch ein Zwang wird nicht dazu führen, dass es schaffbar ist. Das ist der Grund für unsere Ablehnung, obwohl wir diese Projekte für richtig halten.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich wollte nochmal bei dem Projekt Helmholtzstraße ergänzen: Das ist ein ganz großartiges Projekt. Das Raumkonzept, das der Stadtjugendausschuss vorgelegt hat, ist sehr detailliert und zeigt auch sehr gut, dass es in ihre Arbeit, in ihre sehr kreative und kooperative Zusammenarbeit, die sie sich in ihrer Geschäftsstelle vorstellen, sehr gut passt. Das heißt, die Suche nach neuen oder alternativen Räumlichkeiten erweist sich als eher müßig, wenn das Konzept schon so gut ist. Es ist gut und wichtig, wenn das Projekt zeitnah umgesetzt wird, damit auch die Räumlichkeiten im Anne-Frank-Haus wieder vermehrt für die Jugendverbände zur Verfügung stehen.

Der Vorsitzende: Ich verweise auf die Antwort der Verwaltung und möchte nochmal unterstreichen, dass wir sehr lange gesucht haben, bis wir für den Stadtjugendausschuss eine Immobilie gefunden haben und es hier schon sehr weit fortgeschrittene Gespräche und Planungen gibt.

Ich rufe mit den Ordnungsziffern 263 bis 265 die inhaltlich identischen Anträge von GRÜNEN, SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE. und aus der Bürgerschaft auf und stelle das jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Ich rufe mit der Ordnungsziffer 266 einen Antrag der GRÜNEN und der SPD zu Verwaltungsgebäuden, diesmal nicht Stadtjugendausschuss, sondern Sozial- und Jugendbehörde in der Kochstraße 7 auf, und bitte auch hier um Ihr Votum. – Auch das ist **mehrheitlich zugestimmt**.

Auf derselben Seite und der 1. Veränderungsliste verweise ich auf angepasste Summen für die Fortführung der Sanierung des Technischen Rathauses in der Lammstraße 7 a und auf der **Seite 512** über die 2. Veränderungsliste auf eine Verpflichtungsermächtigung zum Thema Drais-

Schule Bau A (Umbau der Mensa) für Fachklassen. Das hatten wir kürzlich als kostenkontrollierte Planung im entsprechenden Gremium.

Antrag 267 (Seite 517): Bauvorhaben bereits im Jahr 2021 beginnen: Modernisierung Gymnastikhalle der Leopoldschule (GRÜNE, SPD)

Auch da wollen Sie bereits 2021 beginnen. Ich sehe keine Wortmeldungen und bitte daher um Ihr Votum. – Auch das ist **mehrheitliche Zustimmung**.

Wir kommen zur 2. Veränderungsliste auf **Seite 517**. Die Anpassung der Ansätze für die Riedschule, Elektroakustisches Notfallwarnsystem und die Erneuerung des Datennetzes. Das hat etwas mit einer aktuellen Brandverhütungsschau zu tun.

Und auf der **Seite 521** weise ich darauf hin, dass wir im Schulzentrum Neureut, Umbau und Modernisierung der Naturwissenschaft- und Technikräume und Verwaltung mit Brandschutz, entsprechend erhöhte Gesamtkosten in die Planung eingepflegt haben.

Antrag 268 (Seite 525): Bauvorhaben bereits im Jahr 2021 beginnen: Neubau Dreifeldsporthalle Schulzentrum Südwest in Oberreut (GRÜNE)

Antrag 269 (Seite 525): Bauvorhaben bereits im Jahr 2021 beginnen: Neubau Dreifeldsporthalle Schulzentrum Südwest in Oberreut (SPD, DIE LINKE.)

Ich würde Ihnen alternativ vorschlagen, weil vor 2022 nicht mit dem Bau begonnen werden kann, dass wir für die nächsten und abschließenden Planungsstufen in das Jahr 2021 die Planungskosten reinnehmen und dafür den entsprechenden Ansatz an anderer Stelle für Planungskosten reduzieren, aber damit nochmal deutlich machen, dass wir den nächsten Schritt zu einer Umsetzung dieses Neubaus ab dem Jahr 2022 und damit den vorbereitenden Schritt auch wirklich nicht nur versprechen, sondern es auch im Haushalt entsprechend hinterlegen. Das würden wir sonst aus dem Gesamtbudget Planungskosten nehmen. Wir würden es aber explizit nochmal ausweisen, dass ein Teil davon für diese Planungskosten für Oberreut vorgesehen sind und damit die Voraussetzungen für einen Neubau 2022 geschaffen werden.

Stadträtin Uysal (SPD): Das passt so. Wir können gleich abstimmen.

Der Vorsitzende: Dann bräuchten wir nicht abstimmen, sondern würden Ihnen den Neubau ab 2022 zusagen und würden jetzt die entsprechenden Planungsmittel ausweisen ohne dass wir den Ansatz erhöhen.

Stadträtin Uysal (SPD): Es ist uns allen ein Anliegen, dass Sie das verbindlich zusagen, dass es tatsächlich 2022 los geht.

Der Vorsitzende: Das müssten wir dann im Haushalt ab 2022 darstellen. Das kann ich Ihnen nur eingeschränkt verbindlich zusagen. Aber der Auftrag von Ihnen ist klar. Und dann gucken wir, dass wir das hinbekommen. Und da wir dann schon alles fertig geplant haben, ist auch der entsprechende politische Druck dementsprechend. Also, damit könnten wir das heute für **erledigt** betrachten.

Ich will auf der **Seite 525** noch darauf hinweisen, dass wir die Ansätze für die Heinrich-Hübsch-Schule nochmal nach oben korrigiert und entsprechende Verpflichtungsermächtigungen eingestellt haben.

Antrag 70 (Seite 528): Bauvorhaben bereits im Jahr 2021 beginnen: Dachausbau Dragonerkaserne für KONS (GRÜNE, SPD)

Stadträtin Melchien (SPD): Wir setzen uns hier vehement für einen Ausbau der Übungsräume ein. Wir brauchen dringend diese Übungsräume, auch weil im Helmholtz welche noch zusätzlich zum vorhandenen Bedarf wegfallen. Es hängt nicht nur zusammen mit effizienter Flächenausnutzung, sondern tatsächlich auch mit einer Baumaßnahme, die Sinn macht. Nicht nur die Mehrkosten spielen da eine Rolle, sondern auch die Belastung, die Einschränkung während des Unterrichtsangebots, wenn wir es später irgendwann angehen. Jetzt ist die Maßnahme, jetzt müssen diese Übungsräume unserer Sicht nach ausgebaut werden. Selbst die Verwaltung antwortet, dass die Argumentation richtig und nachvollziehbar war. Das überzeugt uns noch mehr.

Stadtrat Hofmann (CDU): Die Kollegin Melchien hat es schon richtig gesagt. Da brauche ich gar nicht mehr auf das rein Fachliche eingehen. Da sind wir der gleichen Meinung.

Eines ist uns nur noch wichtig und das haben wir auch im zuständigen Ausschuss gesagt: Wir reden überall rum, dass wir Räume brauchen. Hier könnten wir Räume schaffen, bei einem Bauvorhaben, das im Bau ist. Das würden wir dann seinlassen und irgendwann auf später verweisen mit noch mehr Mehrkosten. Das wäre sicherlich mit den Haushaltslagen, die wir jetzt haben, überhaupt nicht nachzuvollziehen.

Allerdings das Zweite, und da legt meine Fraktion auch Wert darauf, wenn wir das machen, dann müssen wir es auch richtig machen. Derjenige, der dort war, sieht es. Das ist so hoch oben. Das heißt, wir könnten drei, vier Monate dort oben die Räume wahrscheinlich nur eingeschränkt nutzen, weil sie klimatisch einfach in so einem Zustand sind. Ich bitte dann, das zumindest so vorzuhalten, dass man, wenn man es nicht gleich macht, später eine Klimatisierung mit einbauen könnte. Damit man diese Sachen entsprechend mit reinnehmen kann. Und nicht dann nochmal neu anfängt. Oder es gleich so macht, dass es nicht gemacht werden kann. Das ist ganz wichtig. Denn in dem Gebäude das unter dem Dach zu machen, wäre fehl am Platze.

Stadtrat Hock (FDP): Man hat genau das angesprochen, was wir 100 % unterstützen können. Die Frage stellt sich natürlich, weil das finanziell im Moment im Haushalt schwierig ist. Aber wenn, dann sollte man auf jeden Fall jetzt schon - das haben wir auch im Ausschuss gesagt - daran denken, dass die Klimatisierung in dieser Dachgeschossebene auf jeden Fall erforderlich ist. Sonst könnten sie die Räumlichkeiten später nicht wirklich effektiv nutzen. Deshalb die Unterstützung zu dem Redebeitrag von Herrn Hofmann gerade.

Der Vorsitzende: Zunächst habe ich hier einen Antrag liegen, der sich mit Geld beschäftigt, von den GRÜNEN und der SPD. Jetzt ist die Frage, ob wir die Klimatisierung mit dazu nehmen, oder separat abstimmen.

Stadträtin Melchien (SPD): Die Bitte von Herrn Hofmann war ja nur, es so vorzusehen im Umbau, dass man es nachträglich machen könnte. Das heißt, wir müssen an der Summe nichts verändern. Nur denken Sie das bitte mit, und da sind wir uns als Antragssteller auch nicht einig,

dass es zumindest möglich wäre. Wir hatten es auch schon damals thematisiert, dass wir der Verwaltungseinschätzung nicht folgen können, dass das so problemlos möglich sein wird, im Sommer zu nutzen.

Der Vorsitzende: Dann nehmen wir die Prüfung mit, ob es zu demselben Aufwand möglich ist, es so einzurichten, dass eine nachträgliche Klimatisierung möglich ist. Und darüber möchte ich Sie bitten, sich im nächsten entsprechenden Ausschuss auch nochmal unter Verschiedenes auszutauschen.

Dann stimmen wir nun zunächst den Antrag so ab. Aber mit dieser Ansage von Ihnen. Dann rufe ich den Antrag der GRÜNEN und der SPD auf und bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Antrag 271 (Seite 529): Bauvorhaben Kita Ringelberghohl in 2021 beginnen (GRÜNE, SPD)

Hier bin ich schon verschiedentlich angesprochen worden. Jetzt sehe ich aber aus unseren Vorlagen, dass wir gar nicht mehr sicher sind, dass der Standort der richtige ist. Das heißt, wenn Sie den Antrag zur Abstimmung stellen, geht es für mich erstmal um eine Standortdefinition. Dann würden wir als nächstes in die kostenkontrollierte Planung einsteigen, damit der Standort als nächsten Schritt umgesetzt werden kann. Es wäre ausdrücklich nochmal wichtig, dass Sie hier eine Standortfestlegung vornehmen, weil wir die von der Verwaltung so nicht empfehlen können. Die Planungskosten werden wir im nächsten Jahr aus dem Gesamttopf rausnehmen, dass es da weitergeht, wenn Sie sich heute für diesen Standort entscheiden.

Stadtrat Marvi (SPD): Wie schon angesprochen: Wir verstehen die Verwaltungsvorlage, wir verstehen die Problematik. Wir haben aber auf die nächsten Jahre gesehen keine einfache Betreuungsinfrastruktursituation in Grötzingen. Uns geht es einfach darum, nicht zu sagen, dann lasst uns das mal 2023/24 machen, sondern jetzt alle möglichen Beschleunigungen in die Hand zu nehmen für nächstes Jahr: Standortsuche und kostenkontrollierte Planung, damit wir relativ schnell bauen können. Darum geht es uns.

Der Vorsitzende: Alles klar, dann habe ich es falsch verstanden. Es geht also darum, dass wir an der Stelle einen Standort suchen und den auch in eine nächste Planungsstufe bringen. Das können wir zusagen. Dann würden wir die entsprechenden Planungskosten aus dem Budget rausnehmen und es hier nochmal separat vermerken im Haushalt, so wie wir es bei der Dreifeldsporthalle auch gemacht haben. Können uns darauf so einigen? Dann brauchen wir den Antrag auch **nicht abstimmen**.

Dann darf ich noch darauf verweisen, dass wir auf der **Seite 530** eine angepasste Investitionszuweisung für die Maßnahme Europahalle in der 1. Veränderungsliste vorgenommen haben.

Stadtrat Huber (SPD): Es tut mir ganz furchtbar leid, dass ich Sie jetzt unterbreche, ich möchte nur ganz kurz zu Protokoll geben, dass ich aus nicht ersichtlichen Gründen bei den Ordnungsziffern 266 und 267 falsch abgestimmt habe. Ich stehe natürlich genauso wie meine Fraktion und die Mehrheit dieses Hauses hinter den Projekten.

Der Vorsitzende: Auf der **Seite 531** darf ich Sie noch darauf hinweisen, dass wir in der 1. Veränderungsliste beim Thema Badnerlandhalle eine Verpflichtungsermächtigung eingefügt haben.

Und auf derselben Seite auch eine weitere Verpflichtungsermächtigung für die Begegnungsstätte Grötzingen und dort die Küche in der 2. Veränderungsliste. Das wäre dann zum Haushalt alles.

Wir würden dann aus diesem Gesamtkonglomerat einen entsprechenden Beschluss formulieren und Ihnen den in einer Woche zur Beschlussfassung vorlegen, sodass wir heute mit dem Haushalt erstmal soweit fertig sind. Ich darf mich nochmal bei der Verwaltung für die Vorbereitung, bei der Kämmerei insbesondere für die Zusammenstellung des Vorbereiteten und bei Ihnen für die konstruktive Debatte hier bedanken. Alles Weitere zu dem dann vorgelegten endgültigen Haushaltsentwurf behalten wir uns für die nächste Sitzung in einer Woche vor.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
16. Februar 2021